SOMALIA

Somalia
Alte Konflikte und neue Chancen zur Staatsbildung
Band 6 der Reihe Demokratie

Eine Publikation zur «Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit»
Konzeption und Bearbeitung: Axel Harneit-Sievers und Dirk Spilker
Aus dem Englischen von Bettina Münch, Kathrin Razum und Jochen Schimmang
Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung
© Heinrich-Böll-Stiftung 2008
Alle Rechte vorbehalten

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt
Photos: Bettina Rühl (S. 31, 56-57, 122) und Axel Harneit-Sievers (S. 77)
Umschlagphoto: Bettina Rühl, *Flüchtlingscamp bei Mogadischu, November 2007*
Umschlag: blotto Design, Berlin
Druck: agit-druck

ISBN 978-3-927760-79-0

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Rosenthaler Str. 40/41, 10178 Berlin
T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** info@boell.de **W** www.boell.de
Neue Adresse ab Juli: Schumannstr. 8, 10117 Berlin

HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 6

Somalia

Alte Konflikte und neue Chancen zur Staatsbildung

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

INHALT

7 **Vorwort**

10 **I**
DIRK SPILKER Somalia am Horn von Afrika. Nationale und regionale Konfliktlinien in Vergangenheit und Gegenwart

32 **II**
KEN MENKHAUS Zum Verständnis des Staatsversagens in Somalia: interne und externe Dimensionen

58 **III**
MOHAMMED HASSAN IBRAHIM & ULF TERLINDEN Friedensstiftung und Wiederaufbau der Institutionen: Somaliland – eine Erfolgsgeschichte?

78 **IV**
JABRIL IBRAHIM ABDULLE Somalia: Zivilgesellschaft ohne Staat

99 **V**
SHUKRIA DINI Geschlechterbeziehungen, Gesellschaft und Politik in Somalia

123 **VI**
AXEL HARNEIT-SIEVERS Die Heinrich-Böll-Stiftung in Somalia: Aktivitäten und Erfahrungen

132 **Anhang**

VORWORT

Im Frühjahr 2008 bietet Somalia erneut ein Bild von Krieg und humanitärer Katastrophe. Trotzdem ist das Land fast vollständig aus den Weltnachrichten verschwunden, und die internationalen Beobachter scheinen an ihm das Interesse verloren zu haben. In all den militärischen Konflikten haben unschuldige Zivilisten ihre Lebensgrundlage verloren, von der Hoffnung auf Wandel ganz zu schweigen. Die heutige Situation hat alle Merkmale einer Katastrophe und steigert die in Somalia mittlerweile endemische menschliche Unsicherheit weiter.

Das Land hat siebzehn Jahre staatlichen Zerfalls hinter sich, und es lassen sich mindestens vierzehn gescheiterte Versöhnungskonferenzen zählen. Somalia hat einer ganzen Reihe von externen Interventionen «widerstanden», die darauf abzielten, Frieden und Sicherheit herzustellen und den Staat wiederaufzubauen. Nach dem Zusammenbruch des Regimes von Siad Barre 1991 und der Auflösung seiner Institutionen setzten sich klanbasierte Gruppierungen an die Macht. Sie bekämpften sich jedoch bald gegenseitig und lösten einen Krieg aus, der zum Tod von schätzungsweise 250.000 Menschen und zur Vertreibung Hunderttausender aus der Region führte. Im Dezember 1992 begannen, zunächst unter der Führung der USA, dann von der UNO fortgesetzt, «massive friedenserzwingende Maßnahmen» mit dem Ziel, wieder eine Zentralregierung zu etablieren. Dies war der erste von mehreren Versuchen der internationalen Gemeinschaft, Somalia die Art von zentralistischem Staatsaufbau zu geben, den die meisten externen Akteure mit einer «guten» Regierungsführung verbinden.

Das Jahr 2006 brachte eine dramatische Wende in Form des Interregnums der islamischen Gerichtshöfe, währenddessen auf erstaunliche Weise ein gewisses Maß an Sicherheit wiederhergestellt wurde (zumindest in Mogadischu). Doch damit war es schon nach einem halben Jahr wieder vorbei, als die Übergangsregierung (Transitional Federal Government, TFG) mit Hilfe der äthiopischen Armee (und amerikanischer Unterstützung im Hintergrund) die islamischen Gerichtshöfe entmachtete – was allerdings zu einem wachsenden bewaffneten Widerstand seitens der Gerichtshöfe sowie anderen Gegnern der TFG führte. Der militärische Erfolg der TFG wird indessen nichts nützen, wenn für den Konflikt, einen der kompliziertesten in ganz Afrika, keine grundlegende Lösung gefunden wird. Jedes Scheitern wird vor allem die äthiopischen Streitkräfte, aber auch die Truppen der Afrikanischen Union treffen, und unterdessen wird das somalische Volk weiter leiden. Damit eine Lösung erzielt werden kann, muss die Intervention der AU mit neuen und kreativen politischen Initiativen verbunden werden.

Aber wie könnten solche neuen Initiativen aussehen? Wer sollte daran beteiligt sein und auf welche Weise?

Ziel dieses Sammelbandes ist es, Geschichte und Gegenwart des anhaltenden Staatszerfalls in Somalia näher zu beleuchten, wobei das Augenmerk vor allem auf die

möglichen Gründe für das Scheitern der zahlreichen bisherigen Versuche gerichtet wird, den Staat wieder aufzubauen. Es wird ein genauerer Blick auf die internen und externen Akteure geworfen, die an diesen Anstrengungen beteiligt sind; außerdem wird angeregt, der somalischen Zivilgesellschaft und dabei insbesondere der Geschlechterdynamik mehr Beachtung zukommen zu lassen.

Die ersten beiden Beiträge von Dirk Spilker und Ken Menkhaus bieten eine Einführung in den geschichtlichen Hintergrund des Somalia-Konfliktes und dessen jüngere Entwicklungen, die sich als kaum beeinflussbar erwiesen haben. Beide Autoren verweisen besonders auf die Wechselwirkung zwischen den lokalen Akteuren und dem weiteren politischen Umfeld am Horn von Afrika und über die Region hinaus. Im dritten Beitrag befassen sich Mohammed Hassan Ibrahim und Ulf Terlinden mit der im Nordwesten Somalias liegenden Region Somaliland, die sich zur unabhängigen Republik erklärt hat und trotz ausbleibender internationaler Anerkennung beachtliche Fortschritte bei der Friedenskonsolidierung und dem Wiederaufbau grundlegender staatlicher und demokratischer Strukturen erzielt hat. Jabril Ibrahim Abdulle beschreibt im folgenden Beitrag die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen unter den schwierigen Bedingungen Somalias. Er untersucht die zahlreichen Bemühungen, die Tag für Tag von der somalischen Zivilgesellschaft zum Überleben geleistet werden, und macht sich Gedanken über deren Versuche, den Frieden zu fördern und – angesichts des Fehlens staatlicher Institutionen – Strukturen zu schaffen, die staatliche Aufgaben übernehmen könnten. Die Rolle der Frauen in Somalia und ihre speziellen Nöte sowie die Arbeit der somalischen Frauenorganisationen werden im fünften Beitrag von Shukria Dini analysiert. Im letzten Aufsatz schließlich gibt Axel Harneit-Sievers einen Überblick über das Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung in Somalia und fasst die Erfahrungen zusammen, die bei dieser Arbeit im Verlauf der letzten zehn Jahre gemacht wurden.

Als eine politische Stiftung, die der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahesteht, engagiert sich die Heinrich-Böll-Stiftung in verschiedenen Ländern und Regionen der Welt, in denen gewalttätige Konflikte zu einer grundlegenden Schwächung der Staats- und Regierungsinstitutionen geführt haben. Das Spektrum reicht von Afghanistan über Somalia bis zum Libanon. Die Kriegsursachen und die Gegebenheiten in den einzelnen fragilen (oder zerfallenen) Staaten sind sehr unterschiedlich, doch ihnen allen gemein ist eine lange Geschichte externer Interventionen mit dem Ziel, «Frieden und Stabilität wiederherzustellen». Viele dieser Interventionen sind gescheitert, manche geradezu dramatisch.

Als Teil ihres Engagements in diesen Ländern setzt sich die Heinrich-Böll-Stiftung mit den Erfahrungen internationaler Akteure im Bereich Frieden und Demokratie auseinander. Die Publikationsserie «Demokratieförderung unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit» in der Reihe Demokratie möchte zu einer präziseren Analyse und einem besseren Verständnis spezifischer lokaler Situationen in bestimmten Regionen bzw. Ländern beitragen. Zugleich wird jeder einzelne Fall als eine Lektion bestehender Risiken und Möglichkeiten, durchführbaren und sich verbietenden Ansätzen bei der Arbeit unter Bedingungen fragiler oder zerfallener Staatlichkeit begriffen.

Dieser Band zu Somalia wäre ohne die konzeptionelle und redaktionelle Mitarbeit und die eigenen Beiträge meiner beiden Kollegen Dr. Axel Harneit-Sievers und Dirk

Spilker nicht entstanden. Aufrichtiger Dank gebührt auch allen anderen Autorinnen und Autoren, deren Kenntnis und Verständnis der Lage vor Ort es uns ermöglicht, die anhaltende Katastrophe nicht als ein unabänderliches Schicksal, sondern als einen überwindbaren Zustand zu betrachten. Schließlich sollten wir nicht vergessen, dass die Menschen in Somalia, denen ein Leben in Sicherheit und Wohlstand zusteht, selbst entscheiden müssen, welche Art von System und Regierung ihnen am besten entspricht.

Berlin, im April 2008

Kirsten Maas-Albert
Leiterin des Afrika-Referats der Heinrich-Böll-Stiftung

DIRK SPILKER

Somalia am Horn von Afrika

Nationale und regionale Konfliktlinien in Vergangenheit und Gegenwart

1 Einleitung

Der ostafrikanische Staat Somalia ist in mehrerer Hinsicht einzigartig – und gleichzeitig weiten Teilen der westlichen Öffentlichkeit bestenfalls dem Namen nach bekannt. Das Land, das seit bald 20 Jahren über keine funktionierende Zentralregierung verfügt, wird von den meisten Ausländern gemieden. Und es steht selten im Fokus der internationalen Berichterstattung. Mit dem Ende des Kalten Krieges hatte Somalia seine geostrategische Bedeutung verloren, und nach den gescheiterten UN-Operationen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre hatte die Weltgemeinschaft – von einer Handvoll standhafter Hilfsorganisationen abgesehen – Somalia praktisch sich selber überlassen. Erst nach dem 11. September 2001 flammte das internationale Interesse an Somalia im Rahmen des US-amerikanischen «War on Terror» wieder auf: eine neue Aufmerksamkeit, die sich für Somalia nicht unbedingt vorteilhaft auswirkte.

Die öffentliche Teilnahme am Leid der somalischen Bevölkerung in der westlichen Welt ist gering. Meldungen von anhaltenden Kämpfen, Hunderttausenden Flüchtlingen und einer immer wieder drohenden bzw. existierenden humanitären Katastrophe werden international entweder gar nicht oder weitgehend achselzuckend zur Kenntnis genommen. Von den an Somalia interessierten Wissenschaftlern und Praktikern wird das Land meist unter dem Aspekt des fortgesetzten Staatszerfalls betrachtet, gilt es doch gemeinhin als Paradebeispiel für einen gescheiterten Staat.

In der europäischen und US-amerikanischen, aber auch in weiten Teilen der afrikanischen Öffentlichkeit sind die Kenntnisse über die wesentlichen Faktoren, die Politik, Geschichte und Gesellschaft Somalias in der Vergangenheit bestimmt haben – und bis heute bestimmen –, nur eingeschränkt vorhanden. Dabei ist die somalische Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht so einzigartig, dass ohne ein Mindestmaß an Hintergrund eine Analyse der gegenwärtigen Lage und der bestehenden Handlungsoptionen in aller Regel zu kurz greift – ein Problem, dass sich bisweilen auch in der aktuellen Politik externer Akteure deutlich zeigt.

Dieses einleitende Kapitel zeigt die wichtigsten Funktionsgrundlagen der somalischen Politik und Gesellschaft auf, die für das Verständnis der Historie und der aktuellen Situation des Landes notwendig sind. Gleichzeitig bettet es die somalische Geschichte ein in die der Region «Horn von Afrika». Es zeigt auf, wie sich in der Vergangenheit regionale Entwicklungen auf Somalia auswirkten und umgekehrt.

Da ist zum einen die somalische Gesellschaftsordnung, die in der Region und wahrscheinlich weltweit ihresgleichen sucht. Sie beruht auf einigen entscheidenden, prägenden Faktoren: da ist vor allem der somalische Islam (im Spannungsfeld zwischen Sufi-Mystik und islamistischer Instrumentalisierung), des Weiteren der

immer wieder aufflammende und aus politischen Gründen angeheizte somalische Nationalismus sowie das Klansystem. Deren wechselseitiger Einfluss ist für ein Verständnis der somalischen Politik und Gesellschaft unabdingbar.

Das «Horn von Afrika»

Für die Region finden sich unterschiedliche Definitionen, von denen sich bis heute keine durchsetzen konnte. Als «Horn» im engeren Sinne werden hier die vier Länder Äthiopien, Eritrea, Somalia und Dschibuti bezeichnet. Als Region «Greater Horn» gelten gemeinhin die Staaten der Regionalorganisation IGAD, d.h. zusätzlich zu den vier genannten noch Uganda, Kenia und der Sudan.

Für ein Verständnis der Situation im Horn von Afrika ist ferner eine Kenntnis der historischen und aktuellen regionalen Konfliktlinien notwendig. Insbesondere ist eine tief verwurzelte Feindschaft zwischen Somalia und Äthiopien bis heute ein wesentlicher Faktor zur Erklärung der regionalen Politik. Weiterhin muss die Rolle externer Akteure thematisiert werden, die auch vor, aber insbesondere seit der Kolonialzeit die Entwicklung des Horn von Afrika im Allgemeinen und Somalias im Speziellen immer wieder entscheidend – und in aller Regel nachteilig – beeinflusst haben.

2 Politik und Gesellschaft in Somalia: Einflussgrößen

Mit Somalia wird der de jure bestehende Staat «Republik Somalia» bezeichnet. Er umfasst in seiner heutigen Form die Republik Somaliland im Nordwesten (vgl. dazu den Beitrag von Abdulle in diesem Band), die autonome Region Puntland im Norden bzw. Nordosten sowie einen dritten Teil, der als Südsomalia, South-Central Somalia oder einfach Restsomalia bezeichnet wird. Signifikante somalische Bevölkerungsteile gibt es weiterhin im heutigen Dschibuti sowie im Nordosten Kenias. Die fünf Regionen zusammen bilden historisch die fünf Teile Somalias, bis heute symbolisiert im fünfzackigen Stern der Nationalflagge und immer wieder Anlass für Befürchtungen der Nachbarstaaten.

Somalia liegt am Horn von Afrika, das die Schnittstelle zwischen dem Golf von Aden mit der Zufahrt zum Roten Meer und dem Suezkanal sowie dem indischen Ozean an der Ostküste Afrikas markiert. Die angrenzenden Staaten sind Dschibuti, Äthiopien und Kenia. Nach den letzten verfügbaren Schätzungen hat Somalia derzeit vielleicht etwa 8 Mio. Einwohner. Bei der Bevölkerung, die zu zwei Dritteln von der nomadischen Viehzucht lebt, handelt es sich um 99% sunnitische Muslime; etwa 95% werden ethnisch den «Somali» zugerechnet und sprechen dieselbe gleichnamige Sprache. Hinzu kommen lediglich kleine Minderheiten ethnischer Araber und indischer bzw. pakistanischer Abstammung.[1]

1 Die Ausführungen in diesem Kapitel zu den Grundlagen der somalischen Politik und Gesellschaft beziehen sich hauptsächlich auf eine Reihe von Standardwerken. Insbesondere hervorzuheben sind dabei Lewis 1980, Lewis 1998 sowie Samatar 1988 und Lata 2004. Die deutschsprachigen Referenzwerke sind Touati 1997 (speziell zu Somalia) sowie Matthies 1992 und Matthies 2005 (übergreifend zum Horn von Afrika).

2.1 «Familie» und «Klan» als Merkmale der somalischen Gesellschaft

Die mündlich überlieferte Geschichte identifiziert als Ursprung des somalischen Volkes die Verbindung von afrikanischen Bantugruppen und Zugewanderten von der arabischen Halbinsel. Wissenschaftliche Quellen datieren das Entstehen somalischer Siedlungen am Horn von Afrika recht früh, allgemein wird von einer mindestens zweitausendjährigen Geschichte ausgegangen. In dem Siedlungsgebiet der Somalier bestand ein pastorales Wirtschaftssystem, in dem jeder Haushalt bzw. jede Familie hochgradig autonom war. Familien waren lose verbunden über Klans, auf die man sich insbesondere in wirtschaftlicher Notlage besann. Über diese Klanverbindungen kamen Familien zusammen, um sich gegenseitig zu helfen, etwa bei gewalttätigen Verteilungsstreitigkeiten (z.B. um Wasser), die durchaus häufig waren.

Über Jahrhunderte hinweg entstand damit ein differenziertes gesellschaftliches System: Familien verbanden sich zu Subklans, diese wiederum zu Klans und schließlich zu Klanfamilien.

Segmentäre Gesellschaften

Der ursprünglich von Emile Durkheim geprägte Begriff beschreibt eine gesellschaftliche Organisationsform, die aus durch Abstammungslinien bestimmten, weitgehend gleichartigen Segmenten (Klans) besteht. Diese Segmente teilen sich auf in Sub-Segmente unterschiedlicher Größe und Bedeutung, auf die neben Abstammung auch andere Faktoren (u.a. lokale und wirtschaftliche) Einfluss nehmen können. Das Zusammenspiel der (Sub-) Segmente gewährleistet eine ganz weitgehende politische Selbstregulierung ohne die Einschaltung einer staatlichen Zentralinstanz. In der Literatur werden segmentäre Gesellschaften häufig als «akephal» (staatenlos) gekennzeichnet. Segmentäre Gesellschaften sind kulturell relativ homogen; Konflikte werden damit innerhalb einer gemeinsamen historischen, kulturellen und mythologischen Werteordnung ausgetragen. Dieser Faktor unterscheidet Konflikte in segmentären Gesellschaften von ethnischen Konflikten.

Diese «Lineage»-Systeme ermöglichen die Bildung von großen Einheiten und erlauben umgekehrt die Segmentierung einer Gesellschaft durch Rückbezug auf eine konkrete oder fiktive Abstammung. Diese Segmentierung ist zwar einerseits kennzeichnendes Merkmal somalischer Historie; sie unterliegt gleichwohl einer ständigen Dynamik. «Lineages» treten in verschiedenen Situationen in unterschiedlicher Stärke auf, sei es als politische, wirtschaftliche oder soziale Einheiten. Ebenso werden in Konfliktfällen kurzfristige Bündnisse eingegangen, die stets auf einen bestimmten Konflikt bezogen sind. Dadurch entstehen Situationen, in denen zwei verfeindete Segmente sich in einem neu entstehenden Konflikt problemlos kurzfristig gegen einen gemeinsamen Feind verbünden können, bevor sie ihren bilateralen Konflikt fortsetzen. Diese wechselnde Bündnispolitik – ein häufiges Merkmal segmentärer Gesellschaften – führt in ihrer Gesamtheit zu einem Gleichgewicht der Kräfte: Die Stellung der

einzelnen Segmente zueinander verändert sich ständig, aber die Balance insgesamt bleibt erhalten. Sie ist die Folge ständiger Aushandlungsprozesse und wird dezidiert nicht hergestellt durch permanente politische Institutionen – eine derartige Vorstellung ist segmentären Gesellschaften in aller Regel fremd.

In der mythologischen mündlichen Überlieferung Somalias hat sich ein «Top down»-System der Segmentierung erhalten: Aus dem somalischen Ur-Klan entstanden danach die zwei Klanfamilien Samaale und Sab. Letztere teilt sich auf in die Klans Digil und Rahanweyn, die im Süden zumeist als Bauern und Fischer leben und die Politik Somalias nicht entscheidend bestimmt haben. Diese Rolle war bisher den Samaale vorbehalten. Am einflussreichsten war über weite Strecken der Geschichte der Klan Darod (sein Einflussgebiet erstreckt sich v.a. auf eine Region im Südwesten des Landes) mit den wichtigsten Subklans Majertain und Marehan (aus dem u.a. der Diktator Siad Barre stammt), ferner Ogadeni und Dhulbahante. Zur Klanfamilie der Samaale gehören weiter die Isak mit Haupteinflussbereich im heutigen Somaliland sowie die Hawiye (Einflussgebiete im Süden rund um die Hauptstadt Mogadischu und in den südlichen Küstenregionen) mit den Subklans Habar Gedir und Abgal. Zwischen Klans innerhalb einer Familie können Somalier im kollektiven Gedächtnis über viele Generationen hinweg Verknüpfungen bestimmen.

Um ein Verbindung zwischen den Sab und Samaale herzustellen, muss die überlieferte «lineage» bis in die Zeit Mohammeds zurückverfolgt werden, auf dieser abstrakten Ebene betrachten sich die Somalier alle als «Kinder des Propheten». Damit besteht gleichzeitig eine Verbindung zwischen «lineage» und Religion, die in segmentären Gesellschaften eine wichtige Integrationsfunktion hat.

2.2 Religion in Somalia

Fast die gesamte Bevölkerung besteht aus Sunniten, damit ist Somalia eines der religiös homogensten Länder Afrikas. Die islamische Prägung entstand durch Handelskontakte mit der arabischen Halbinsel und wechselseitiger Migration, die ab dem 9. Jahrhundert überliefert ist. Ab dem 9. Jahrhundert war Mogadischu zunächst eine von somalisch-arabischen Stämmen regierte Handelskolonie, aus der sich im 13. Jh. ein erstes Sultanat («Muzaffar») auf somalischem Boden entwickelte, das mehrere Jahrhunderte Bestand haben sollte. Erst ab dem 16. Jahrhundert verlor Muzaffar langsam seine Bedeutung als ökonomisches Zentrum und verschwand später im Zuge der europäischen Kolonialisierung.

Sufismus in Somalia

Sufismus wird häufig als die «islamische Mystik» bezeichnet. Seine Anhänger (die «Sufis» oder auch «Derwische»), streben eine innige Verbindung mit Gott unter Aufgabe eigener Wünsche und Begehrlichkeiten an. Gott wird als «der Geliebte» bzw. als reine Liebe erfahren. Dieser Kern des Sufismus, die innere Beziehung zu Gott, macht ihn weitgehend apolitisch. Der Sufismus erreichte seinen theologischen Höhepunkt etwa im 12./13. Jahrhundert. Damit verlief seine Entwicklung 4-500 Jahre lang zeitgleich mit der Ausbreitung des sunnitischen Islam in Somalia. Die drei bedeutendsten Sufi-Orden Somalias sind

bekannt unter den Bezeichnungen Qáderiyyah, Ahmaddiyyah und Sálihiyyah. Qáderiyyah als ältester Sufi-Orden Somalias entstand im 15. Jh. in der Stadt Harar (Region Ogaden). Ahmaddiyyah und seine spätere Abspaltung Sálihiyyah kamen gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts in den südlicheren Teilen Somalias auf. Bis heute praktiziert die Mehrheit der Somalier traditionellen Sufismus.

Damit besteht immerhin seit 800 Jahren eine historische Tradition von arabisch geprägten Sultanaten auf dem Gebiet Somalias. Insbesondere Küstenzentren wie Mogadischu boten eine gute Voraussetzung für die Verankerung und Verbreitung des Islam in der Gesellschaft, da sich von diesen festen Orten aus durch die ständigen nomadischen Wanderbewegungen eine systematische Ausbreitung des Islam in das Hinterland vollziehen konnte. Bis heute ist der Sufismus, der sich ebenfalls ab dem 9. Jahrhundert, ausgehend von den Küstenzentren, ausbreitete, prägend für Somalia. Sufi-Bruderschaften waren und sind tief in der Gesellschaft verwurzelt.

Die Beziehungen zwischen Sufis und klanbasierten Akteuren waren traditionell komplementär: Säkulare Macht war in den Händen der Klanführer, die religiöse Autorität in Händen der Sufis. Letztere wurden ihrerseits von den Klanautoritäten respektiert, da sie keine eigene politische Agenda verfolgten.[2]

In der somalischen Überlieferung lassen sich Anzeichen dafür finden, dass eine Rückbesinnung auf die Religion Klandifferenzen mildern kann: Verfolgt man die überlieferte «lineage» bis in die Zeit Mohammeds zurück, lässt sich – wie schon erwähnt – eine Verbindung zwischen den Klanfamilien Sab und Samaale herstellen. Lewis (1998: 6f.) spricht von einer «solidarity [that] transcends all sectional interests and divisions, including that between Somaali and Sab and represents a real consciousness of common nationality and religion». Tatsächlich verfügten die Sufi-Bruderschaften in der somalischen Geschichte durchaus teilweise über eine klanübergreifende Anhängerschaft.

3 Erstes Eingreifen des Westens: Die Kolonialgeschichte und ihre Folgen

Bereits aus dem 16. Jahrhundert werden Kämpfe zwischen christlichen amharischen Bevölkerungsgruppen des äthiopischen Hochlandes und muslimischen Sultanaten des östlichen Tieflandes (heute Somalia) berichtet. Die Ankunft der europäischen Kolonialmächte komplizierte die Beziehungen weiter.[3] Die somalischen Einwohner der Region fühlten sich durch die kolonialen Protektorate zunehmend eingekreist und gleichzeitig durch Verträge der Kolonialmächte mit Klanführern betrogen. Der äthiopische Herrscher Menelik II. hingegen stand den Europäern aufgeschlossen gegenüber, so lange diese seine eigene territoriale Expansion nicht behinderten, und unterhielt freundliche Beziehungen v.a. zu England und Frankreich. Er besetzte 1887

2 Vor diesem Hintergrund erklärt sich ein guter Teil der Abneigung, die weite Teile der somalischen Bevölkerung traditionell gegenüber politischen Ausprägungen des Islam hatten und haben.

3 Zur Kolonialgeschichte der Region finden sich Darstellungen z.B. in Kollmer & Mückusch 2007 sowie Matthies 2005. Eine ausführlichere Analyse der Kolonialgeschichte Somalias bietet Touati 1997. Speziell mit der Rolle und Bedeutung des somalischen Nationalhelden Hassan befasst sich Sheik-Abdi 1993.

die Stadt Harar in der Region Ogaden und verkündete seinen Gebietsanspruch auf die gesamte Region, der von den Kolonialmächten anerkannt wurde. Die somalischen Siedlungsgebiete wurden schließlich 1897 in Italienisch-, Britisch- sowie Französisch-Somaliland aufgeteilt, ein Teil der Gebiete ging an Kenia und der Ogaden an Äthiopien.[4]

Das Horn von Afrika im Griff der Kolonialmächte

Das Horn von Afrika geriet in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erstmals relevant in das Blickfeld der Europäer. Speziell das Interesse Frankreichs an der Region (Frankreich verfügte über einen Hafen im Golf von Tjadoura) stieg nach der Eröffnung des Suezkanals 1869 sprunghaft an. Nach 1869 dehnte die «Grande Nation» ihre Besitzungen an der Küste des Horn von Afrika stark aus, bis sie Ende der 1880er Jahre auch größere somalische Nomadengebiete umfassten. Damit war der Grundstein für einige der territorialen Konflikte des 20. Jahrhunderts bereits gelegt. Im Jahr 1884 etablierte auch Großbritannien ein Protektorat über Gebiete des heutigen nördlichen Somalia (Somaliland), um von dort aus seine Truppen in Aden zu versorgen. Italien gewann 1889 die Kontrolle über das Gebiet des heutigen Eritrea.

Die als Demütigung empfundene Gebietsteilung ist erstens bis heute Ausgangspunkt für einen groß-somalischen Nationalismus, der die Wiedervereinigung der fünf Teile propagiert (v.a. instrumentalisiert von Siad Barre, groß-somalische Rhetorik findet sich jedoch auch im Vokabular der somalischen Islamisten). Zweitens wurde die Feindschaft zwischen Äthiopien und Somalia Ende des 19. Jahrhunderts zementiert, und der Ogaden ist seither ein ständiger Streitpunkt und potentieller Kriegsgrund zwischen den beiden Ländern. Drittens ist im kollektiven Gedächtnis der Somalier die Einmischung externer (westlicher) Akteure mit Unheil verbunden; letzteren wird mit Skepsis und bisweilen Ablehnung begegnet. In den somalischen Gebieten entstand ferner ein militanter antikolonialer Widerstand, der als Geburtsstunde des somalischen Nationalismus und Islamismus gelten kann.

3.1 Der antikoloniale Widerstand als erste nationalistisch-islamistische Bewegung Somalias

Die traditionellen Klanältesten hatten eine Reihe von Friedensabkommen mit den Kolonialmächten geschlossen. Den religiösen Eliten fiel es schwerer, die weißen, christlichen Kolonialherren zu akzeptieren – hier dürfte auch die bereits seit Jahrhunderten andauernde Rivalität zum christlich dominierten Äthiopien eine wichtige Rolle gespielt haben –, und sie besannen sich auf die Religion als verbindendes Element der Somalier.

4 Italienisch-Somaliland umfasste die Gebiete des heutigen Puntland und Südsomalia, Britisch-Somaliland die Republik Somaliland, die sich 1991 unabhängig erklärte, und Französisch-Somaliland den heutigen Staat Dschibuti.

Said Mohammed Abdullah Hassan
ist bis heute der bedeutendste somalische Nationalheld und eine klanübergreifende Identifikationsfigur. Er stand in der spirituellen Tradition von Sheikh Muhammad Abd al-Wahhab. Al-Wahhab gründete den Wahhabismus im 18. Jahrhundert als konservative sunnitische Bewegung (die Gründung des Königreichs Saudi-Arabien erfolgte 1744 auf Grundlage seiner Lehre). Zu den zentralen Anliegen des Wahhabismus gehört(e), alle fremden Einflüsse und Neuerungen im Islam zu unterbinden. Dazu gehörte u.a. die Ablehnung des Gräber- und Heiligenkults der Sufis. Hassan predigte zunächst die Wiederbelebung des religiösen Geistes und die Abkehr von Materialismus und Konsum, wurde jedoch gegen Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend radikaler und begann schließlich 1899 den Kampf gegen die britischen Kolonialherren und erklärte allen Nichtmuslimen den Dschihad.

Die politischste Bruderschaft um die Jahrhundertwende war die Sálihiyyah, die sich unter ihrem Anführer Hassan vor allem im Norden des Landes ausbreitete. Die Briten unternahmen mit Unterstützung der Italiener und Äthiopier ab 1901 mehrere Feldzüge gegen Hassan und seine «Derwisch-Bewegung»[5]. Sie konnten sich jedoch aus innenpolitischen Gründen nicht voll engagieren und gaben Hassan damit Spielraum für diplomatische Manöver. Es gelang ihm, mit Italien einen Friedensvertrag abzuschließen (1905), der in der Etablierung einer eigenen territorialen Struktur (des «Derwisch-Staates») resultierte. Die Briten zogen sich derweil zunächst aus dem Landesinneren zurück. In der folgenden Dekade errichtete Hassan seinen zentralistisch und hierarchisch aufgebauten Derwisch-Staat als geduldete Parallelautorität zur italienischen Kolonialverwaltung und regierte ihn mit eiserner Hand. Kurz nach Ende des Ersten Weltkrieges beendeten die Briten Hassans Experiment mit gezielten Bombardierungen seiner Stellungen. Er floh darauf in den Ogaden (wo er 1921 starb), und die verbliebenen Derwisch-Einheiten wurden innerhalb kürzester Zeit zerschlagen, womit die bedeutendste antikoloniale Widerstandsbewegung in Somalia ihr plötzliches Ende fand.

Bis zum heutigen Tag gilt Mohammed Abdullah Hassan als der bedeutendste somalische Nationalheld. Seine Leistung bestand darin, mehrere zeitgenössische Strömungen nutzbar gemacht zu haben: Er positionierte sich erfolgreich gleichermaßen als politische und als religiöse Autorität, strebte die Unabhängigkeit von den Kolonialmächten an und propagierte gleichzeitig die Einheit von Staat und Religion. Damit bestand unter Hassan eine Einheit zwischen Islamismus und Nationalismus, das eine bedingte das andere, beide erschienen als zwei Seiten einer Medaille.

Zwar brachen auch unter Hassan Klananimositäten immer wieder auf, durch seine charismatische Persönlichkeit gelang es ihm jedoch, diese Fliehkräfte lange im

5 Die Bezeichnung leitet sich ab aus dem persischen «Darvish» für «asketischer Mönch». Im europäischen Sprachraum wurden häufig generell Angehörige von Sufi-Orden als Derwische bezeichnet. Der Begriff wurde von europäischen Autoren auf mehrere antikoloniale Widerstandsbewegungen angewandt (u.a. im Sudan und Somalia).

Zaum zu halten. Die externen Akteure, also die Kolonialmächte und Äthiopien, boten Hassan eine Projektionsfläche für nationalistische und islamistische Rhetorik; da sich der Kampf gegen externe Unterdrückung mit einem Dschihadistischen Element des Kampfes gegen «Ungläubige» verband. Die Derwisch-Bewegung kann damit als erste nationale und erste islamistische Bewegung Somalias gelten.

4 Der Kalte Krieg am Horn: Diktatoren, Partnertausch und Allianzenwechsel

Geostrategie am Horn von Afrika

Die grundsätzliche geostrategische Bedeutung des Horn von Afrika im Kalten Krieg gründet auf seiner Lage am Ende des Roten Meeres und gegenüber der arabischen Halbinsel. Es liegt an der Schnittstelle der Suezkanalroute und der Kaproute, die den Persischen Golf, Süd- und Südostasien mit den USA und Westeuropa verbinden. Aus Sicht der USA wurde im Kalten Krieg auch eine Nutzung von Standorten am Horn von Afrika als Ausgangsbasis und Aufmarschgebiet für den Nahen Osten diskutiert. Als Folge eines verstärkten Einflusses der Sowjetunion in der Region befürchteten die USA u.a. die Unterbrechung kommerzieller Schifffahrtslinien Richtung Westen und des Zugangs zu den Ölreserven des Nahen Ostens.

Seit den 1940er Jahren wurde das Horn von Afrika der Einflusssphäre der USA zugerechnet, die Äthiopien durch umfangreiche Militärkooperation zu einer kontinentalen Macht aufbaute. Insbesondere nach dem ägyptischen Coup d'Etat 1952 wurde Äthiopien bis weit in die 1970er Jahre hinein zum größten Empfänger von US-Militärhilfe in den Ländern südlich der Sahara. Äthiopiens Kaiser Haile Selassie versprach sich durch die Kooperation eine langfristige Sicherung seiner Hegemonialstellung in der Region, insbesondere gegenüber Somalia.[6]

Andererseits reichten die Beziehungen zwischen Äthiopien und Russland weit in die Vergangenheit zurück: Bereits ab dem 17. Jahrhundert hatte es durch orthodoxe Mönche Kontakte zwischen dem äthiopischen Kaiserreich und dem zaristischen Russland gegeben (das christliche Äthiopien war für Russland ein natürlicher Verbündeter in einer muslimisch geprägten Region). Das Interesse der Sowjetunion an Äthiopien war im zweiten Weltkrieg wieder erwacht und hatte zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1943 geführt. Die Kontakte ruhten danach angesichts Selassies West-Einbindung, wurden aber in den 1960er Jahren wieder intensiviert. Just zu diesem Zeitpunkt (1963) akzeptierte jedoch auch die somalische Führung ein voluminöses Angebot der Sowjetunion zur Ausbildung ihrer Armee.

6 Das internationale Standardwerk zur Politik der USA im Kalten Krieg gegenüber Äthiopien und Somalia hat Lefebvre 1991 vorgelegt. Patman (1990) steuert eine Analyse der sowjetischen Politik bei. Ein frühes Überblickswerk – relevant für die Zeit bis zu den 1970er Jahren – stammt von Ottaway (1982). Im deutschsprachigen Raum analysiert Ghebresillasie (1999) detailliert «Äthiopien und Somalia im Spannungsfeld der Supermächte 1945-1991». Einen Gesamtüberblick über den Kalten Krieg in Afrika findet man bei Marte (1994).

4.1 Somalia nach dem 2. Weltkrieg: Die erneute Aufteilung und die semi-demokratischen 1960er Jahre

Durch die Niederlage der Achsenmächte im Zweiten Weltkrieg befand sich fast das gesamte somalische Gebiet unter britischer Verwaltung (Ausnahme war das französische Dschibuti). 1946 schlug Großbritannien eine Vereinigung aller somalischen Teilgebiete vor, die jedoch von Frankreich, den USA und der Sowjetunion abgelehnt wurde. Ein Grund für die Ablehnung war u.a. die Befürchtung, Großbritannien könne sich mit dem vereinigten Somalia de facto eine neue – große – Kolonie aneignen. Ebenso bedeutend war jedoch die Lobbyarbeit des äthiopischen Kaisers Haile Selassie bei der US-Regierung für einen Verbleib des Ogaden unter seiner Herrschaft. Hier spielten vor allem geopolitische Überlegungen der USA eine Rolle. Zu diesem Zeitpunkt fanden Verhandlungen mit Selassie über den Aufbau einer US-Militärbasis auf äthiopischem Gebiet statt. Großbritannien erkannte die Aussichtslosigkeit seiner Position und stimmte schließlich dem Verbleib des Ogaden bei Äthiopien zu, womit die Aufteilung Somalias erneut besiegelt wurde.

Die UN stellte 1949 Somalia unter italienische Treuhandschaft und entließ es in den Grenzen des früheren Britisch- und Italienisch-Somalilands (also der heutigen Gebiete Somaliland, Puntland und Südsomalia) 1959 in die Unabhängigkeit; die Region Ogaden war 1954 formal an Äthiopien übergeben worden.

Nach der Unabhängigkeit folgte in Somalia ein Jahrzehnt, das gelegentlich als die «goldene demokratische Phase» bezeichnet wird, obwohl es sich eher um den Versuch einer Demokratie auf Klanbasis – nicht unähnlich der späteren Verhandlungen um die Übergangsregierungen ab 2000 – handelte. Die Klanbasis zeigte sich in der Zusammensetzung der Übergangsregierung und des Parlaments, indem Posten durch ein Quotensystem an Klans vergeben wurden.

Außenpolitisch erfolgte ab 1963/64 eine Hinwendung zur Sowjetunion, die bald begann, die somalische Armee aufzurüsten und auszubilden. Als ein Grund wird häufig eine bereits damals tief empfundene Abneigung gegen die USA angegeben, die maßgeblich den Erzfeind Äthiopien aufrüsteten. Zwischen den beiden Nachbarn gab es immer wieder Zusammenstöße an der gemeinsamen Grenze, und in der somalischen Politik und vor allem der somalischen Armee hielten sich relevante Kräfte, die die militärische Verwirklichung eines Groß-Somalia befürworteten.

4.2 Zeit der Putschisten

Zahlreiche Auseinandersetzungen, Rücktritte und Kabinettsumbildungen im Laufe der 1960er Jahre hatten zu einem starken Rückgang des Rückhaltes für das demokratische Experiment in der Bevölkerung geführt. Gegen Ende der 1960er Jahre wurde die innenpolitische Situation durch extreme ökonomische Probleme (v.a. durch die Schließung des Suez-Kanals) zunehmend unruhig.

Am 15. Oktober 1969 wurde der demokratisch gewählte Präsident Abdirashid Ali Shermarke ermordet; daraufhin etablierte sich ein Revolutionsrat mit General Siad Barre an der Spitze und baute die Beziehungen zur Sowjetunion schnell aus. Diese ergriff die Gelegenheit, ihre Position am Horn zu festigen. Im Rahmen von Militärabkommen wurde die somalische Armee bis Mitte der 1970er Jahre so aufgerüstet, dass sie der Äthiopiens vermutlich überlegen war.

Während für die Sowjetunion das Horn von Afrika als eine Front des Kalten Krieges relevant war, stand auf Barres eigener Agenda der Wunsch nach einem nationalistischen Groß-Somalia weit oben. Die USA wollten ein Groß-Somalia verhindern, da sie die Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereiches fürchteten, während der äthiopische Kaiser Haile Selassie sich naturgemäß vor allem um den Verlust des Ogaden sorgte.

Aber Selassies Tage als Kaiser waren gezählt: Ab 1974 erlebte Äthiopien den «schleichenden Coup» mit allgemeiner sozialer und wirtschaftlicher Unzufriedenheit, Streiks und Meutereien in der Armee, der schließlich zur Absetzung Selassies durch einen militärischen Verwaltungsrat führte – der unter dem Namen «Derg» (amharisch für «Komitee») berüchtigt werden sollte. Der neue Machthaber Colonel Mengistu Haile Mariam legte eine zunehmend aggressive Linksrhetorik an den Tag.

Pragmatisch wandte sich der Derg jedoch noch Anfang 1975 mit der Bitte um weitere Militärhilfe an die USA, wo sich Realpolitiker durchsetzten, die einen mäßigenden Einfluss auf den Derg ausüben wollten. Dadurch kam es zu zwei Ironien des Kalten Krieges: Mengistu rief im April 1976 die Volksrepublik Äthiopien aus und beschimpfte seine Hauptwaffenlieferanten als «weiße Imperialisten» und «Reaktionäre», bis die US-Regierung schließlich 1977 entnervt ihre Militärhilfe einstellte. Da er gleichzeitig 1976 ein Militärhilfeabkommen in Moskau abgeschlossen hatte, unterstützte die Sowjetunion nun die beiden zutiefst verfeindeten Nachbarn Äthiopien und Somalia militärisch.

4.3 Der Ogaden-Krieg und seine Folgen

Anfang 1977 ging die Revolution in Äthiopien in den «Roten Terror» über, eine extrem geführte Kampagne gegen Oppositionelle und Kritiker, gepaart mit öffentlichen Tumulten und allgemeiner Instabilität.

Siad Barre sah seine Zeit gekommen, ein Groß-Somalia zu errichten und ließ ab Mitte des Jahres somalische Truppen in den Ogaden einsickern. Gleichzeitig hatte die Carter-Administration im Lichte der sowjetisch-äthiopischen Kooperation im Frühjahr 1977 Versuche einer Annäherung an Somalia gemacht und im Juli 1977 der Lieferung von Verteidigungswaffen zugestimmt. Als jedoch bekannt wurde, dass somalische Truppen vermutlich bereits 2/3 des Ogaden kontrollierten, stoppten die USA die Auslieferung von Waffen an Somalia. Auch die Sowjetunion stellte kurz darauf ihre Lieferungen an Somalia ein. Der weitere Kriegsverlauf war verheerend für Siad Barre: Die USA machten für eine weitere Kooperation den vollständigen Rückzug aus dem Ogaden zur Bedingung, und die Sowjetunion und ihre Verbündeten leisteten entscheidende militärische Hilfe an Äthiopien; zwischenzeitlich waren u.a. 10-15.000 kubanische Soldaten im Einsatz. Am 9. März 1978 musste Barre den Rückzug aus dem Ogaden ankündigen.[7]

In Bezug auf das Verhältnis der beiden Nachbarn hat sich die kriegerische Auseinandersetzung 1977/78 fest in das kollektive Gedächtnis der Somalier und Äthiopier eingebrannt und ist bis heute ein entscheidender Faktor der tief empfundenen gegenseitigen Abneigung.

7 Nach einer Übergangsphase erfolgte wieder eine Annäherung zwischen den USA und Somalia, während Mengistus Äthiopien fest an der Seite der Sowjetunion stand. Daher ist die Episode um den Ogadenkrieg auch als «reversal of alliances» am Horn bekannt.

5 Die «Dritte Welle der Demokratisierung» fällt aus – Somalia nach dem Ogaden-Krieg

Dritte Welle der Demokratisierung
Der Begriff geht auf Samuel Huntington zurück (u.a. «The third wave: democratization in the late twentieth century», 1991) und bezeichnet die Demokratisierungswelle, die Mitte der 1970er Jahre mit dem Ende der Militärdiktaturen in Spanien und Portugal begann, in den 1980er Jahren Lateinamerika erfasste und sich kurze Zeit später auch in Osteuropa, Afrika und Asien durchsetzte.

Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Somalia – damals wie heute eines der ärmsten Länder der Welt – hatten sich durch den Krieg enorm verschärft. Etwa 1,5 Mio. Menschen, deren Re-Integration durch das angespannte Verhältnis zu Äthiopien unmöglich war, lebten in Flüchtlingslagern. Die Versorgung durch internationale Hilfsorganisationen rettete zwar zunächst die meisten Flüchtlinge, beschädigte aber den somalischen Wirtschaftskreislauf weiter. Hinzu kam, dass die Ökonomie Somalias wesentlich von der Bewegungsfreiheit der Nomaden abhängig ist, deren traditionelle Wanderwege ab 1977/78 nur unter größten Gefahren benutzbar waren.

5.1 Vom Ogaden-Krieg zum Bürgerkrieg

Somalia war ab 1978 fast vollständig von ausländischer Hilfe abhängig. Weiterhin wuchs als Folge der ökonomischen Missstände mit der Schattenwirtschaft ein neues Konfliktpotential heran: So kontrollierte etwa der Isak-Klan den Khat-Handel[8] im Norden, was zu Verteilungskonflikten mit der Darod-dominierten Zentralregierung unter Siad Barre führte. Auf Seiten der Regierung explodierten Korruption und Nepotismus. Gleichzeitig verstärkte sich ab den 1980er Jahren die «klanistische» Orientierung der Gesellschaft.

Siad Barre hatte sich oft in die Tradition charismatischer religiöser Nationalhelden gestellt und immer wieder seine überlieferte Verwandtschaftsbeziehung mit Nationalheld Hassan betont. Diese Rhetorik war allerdings hauptsächlich die Grundlage für Barres aggressiven Nationalismus. Barre stufte – so seine Darstellung – das Klansystem als Entwicklungshindernis ein und hatte eine Enttribalisierungskampagne eingeleitet, um klanbasierten Nepotismus zu beseitigen. De facto hatte er jedoch immer genau diesen gefördert, indem er aus machtpolitischen Gründen Klans gegeneinander ausspielte. Unter anderem dadurch hatte die soziale Kohäsion bereits nach den ersten Jahren seiner Herrschaft langsam abgenommen, und tribalistische sowie religiöse Strömungen an Zulauf gewonnen, anders ausgedrückt: Die Politik Siad Barres instrumentalisierte und förderte jahrzehntelang die Tribalisierung der somalischen Gesellschaft.

8 Die Blätter der einheimischen Pflanze Khat werden traditionell von Somaliern als mildes Betäubungs- und Rauschmittel gekaut.

Widerstand gegen Barre: SSDF und SNM

Ab Ende der 1970er Jahre entstanden mit Unterstützung Mengistus mehrere militante Widerstandsbewegungen; die entscheidenden waren dabei die Somali Salvation Democratic Front (SSDF) unter Colonel Abdullahi Yusuf Ahmed, dem heutigen Präsidenten des Transitional Federal Government, sowie das Somali National Movement (SNM, getragen von Hawiye und Isak). Nach anfänglich koordinierten Aktionen kam es 1986 zu Spaltungen zwischen den beiden Organisationen. Dabei verlor erstere die Unterstützung Äthiopiens; ihr Anführer Jusuf wurde verhaftet und saß bis zum Sturz Mengistus 1991 in äthiopischer Haft.

Durch die militärische Niederlage befand sich Somalia Ende der 1970er Jahre wieder in einer Position der Schwäche gegenüber Äthiopien. Die Reste der Armee waren damit beschäftigt, Übergriffe von Guerillakämpfern und einzelnen äthiopischen Einheiten abzuwehren. In diesem Umfeld brach der Unmut der (Sub-) Klans offen aus und führte zu verstärkten Spaltungstendenzen in der somalischen Gesellschaft, die zuvor von Barres autoritärer Herrschaft und groß-somalischen Visionen überdeckt worden waren. Barre verfolgte jedoch in den 1980er Jahren weiterhin eine Politik des «teile und herrsche», die eine geschlossene Opposition zu verhindern suchte, indem sie Klan-Antipathien verstärkte und gegeneinander ausspielte. So vergab er etwa politische und militärische Posten sowie Geld und Waffen an Angehörige marginalisierter Sub-Klans.

Der offene Ausbruch des somalischen Bürgerkrieges fand seinen Auslöser im Friedensschluss zwischen Somalia und Äthiopien. Die unter Gorbatschow einsetzende Politik der Entspannung der Sowjetunion lief auf einen Rückzug aus dem Horn hinaus. Damit sank ebenso aus Sicht der USA die strategische Bedeutung der Region, und im April 1988 schlossen Äthiopien und Somalia auf Druck der Großmächte ein Friedensabkommen, das u.a. einen Stopp der wechselseitigen Unterstützung von Guerillaeinheiten einschloss.

Damit stellte Äthiopien seine Unterstützung für das SNM ein, das daraufhin seine Basis schwinden sah und sich für einen Militärschlag in der Isak-Region im Norden Somalias zusammenzog, der den offenen Bürgerkrieg einleitete. Meuternde Ogadeni und Hawiye verwickelten die somalische Armee in Kämpfe an weiteren Fronten. Die somalische Armee kontrollierte schließlich 1989 nur noch einige größere Städte und das Gebiet um die Hauptstadt, was Barre den Beinamen «Bürgermeister von Mogadischu» einbrachte. Am 27. Januar 1991 floh Barre in die Gebiete seines Subklans Marehan im Südwesten des Landes, von wo aus er sich später nach Kenia absetzte.

5.2 Wie Somalia von der Welt sich selbst überlassen wurde

Nach Barres Flucht begannen in Mogadischu zwischen Milizen der mächtigsten Kriegsherren Ali Mahdi und Mohammed Aidid blutige Kämpfe um die Vorherrschaft. Im Jahr 1992 kam es zu einem Waffenstillstandsabkommen, das durch eine UN-Friedensmission überwacht werden sollte; die Kämpfe wurden jedoch in verschiedenen Landesteilen unvermindert fortgesetzt. Insbesondere im Südwesten brachen

ab Frühjahr 1992 Hungersnöte aus, weil in den Kampfgebieten keine Felder bestellt werden konnten und Viehwirtschaft unmöglich war. Das vom Internationalen Roten Kreuz durchgeführte Lebensmittelhilfsprogramm, dem sich ab Mai 1992 die UNO im Rahmen von UNOSOM I anschloss, stand vor dem erheblichen Problem, dass bis zu 80% der Lebensmittellieferungen geplündert wurden. Es entwickelte sich eine florierende Kriegsökonomie, deren Bestandteile u.a. Wegezölle, Schutzgelder, Plünderungen bis hin zum Einfrieren von Konten der Hilfsorganisationen (in Somaliland) gehörten. Gegen Ende 1992 kam die Nahrungsmittelhilfe praktisch zum Erliegen und UNOSOM I galt als gescheitert.[9]

Somalia als Testfeld für Peacekeeping der dritten Generation

Die vorangegangenen Peacekeeping-Missionen bis 1989 bestanden aus zur Selbstverteidigung leichtbewaffneten, neutralen Truppen, die einen von allen beteiligten Konfliktparteien ausgehandelten Frieden überwachen sollten (erste Generation). Mit dem Ende des Kalten Krieges wurden die Funktionen der UN-Truppen wesentlich erweitert (u.a. humanitäre Hilfe, Durchführung von Wahlen etc.; zweite Generation). Während UNOSOM I als Mission der ersten Generation konzipiert war, beinhaltete das Mandat der UNITAF (und später UNOSOM II) militärische Funktionen zur Erzwingung des Friedens, also das Eingreifen in einen akuten Konflikt. Dieses Vorgehen wurde als «robustes Peacekeeping» oder Peacekeeping der dritten Generation bekannt und bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte des Peacekeeping.

Im August 1992 erfolgte der Beschluss zur Einrichtung einer Luftbrücke unter Leitung des Pentagon nach Kapitel VII der Charta der UN zu der Operation UNITAF (United Task Force), die auch unter der von Präsident Bush (senior) geprägten Bezeichnung «Operation Restore Hope» bekannt wurde. Bis Januar 1993 wurden tatsächlich Mogadischu und weitere größere Städte gesichert, Nachschubwege geöffnet, Minen geräumt und Konvois eskortiert, ohne dass es zu nennenswerten militärischen Konfrontationen kam.

Die Lage in Mogadischu wurde jedoch schnell wieder fragil, und es kam zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen US-Truppen und lokalen Milizen, insbesondere denen Mohammed Aidids. Entscheidend war u.a., dass die amerikanischen Soldaten, denen zunächst von der lokalen Bevölkerung Wohlwollen entgegen gebracht worden war, durch ihr aggressives Vorgehen Sympathien verspielten. Aidid seinerseits positionierte sich als Wahrer somalischer Interessen: Er mobilisierte mit einer

9 Einen Überblick über UN-Friedensoperationen in Afrika bietet Debiel (2003). Analysen mit speziellem Blick auf die UN in Somalia liefern u.a. Lyons & Samatar (1995), Hirsch & Oakley (1995), Lewis (1997) und Rezwanian-Amiri (2000). Eine umfassende chronologische Auflistung der Ereignisse findet sich bei Krech (1996). Die Ereignisse um den 3. Oktober 1993 beschreibt Metz (1994) im Detail.

antiamerikanisch-nationalistischen Rhetorik Unterstützung gegen die «westlichen imperialistischen» Eindringlinge. Der Antagonismus zwischen Aidid und UNITAF/UNOSOM II kulminierte in einer blutigen Auseinandersetzung am 3.Oktober 1993, bei der 18 amerikanische und 1 malaysischer Soldat sowie vermutlich weit über 500 Somalier getötet wurden.

Am folgenden Tag gingen Fernsehbilder um die Welt, in denen ein toter US-Soldat von einer johlenden Menge nackt durch die Straßen Mogadischus geschleift wurde. Diese Aufnahmen lösten ein verheerendes Presseecho aus und leiteten einen sofortigen Politikwechsel der USA ein, die beschlossen, ihre Truppen abzuziehen. Andere Staaten taten es ihnen gleich, und die verbliebene UNOSOM II stand der vollständigen «Re-Somalisierung» des Bürgerkriegs hilflos gegenüber. Im März 1995 verließen die letzten pakistanischen UN-Soldaten den Hafen von Mogadischu, der sofort geplündert wurde. Somalia wurde damit, praktisch unbemerkt von der Weltöffentlichkeit – die seinerzeit mit dem Balkan befasst war – sich selbst überlassen. Damit hat sich nach den Erfahrungen der Kolonialzeit ein weiteres Bild externer Kräfte im kollektiven Gedächtnis der Somalier verankert: Sie kommen, handeln in großer Unkenntnis der Umstände, verschlimmern die Situation und ziehen sich wieder zurück.

Seit der Vertreibung Barres und insbesondere seit dem Abzug der UN-Truppen besteht keine zentrale Staatsmacht in Somalia. Das Land ist heute unterteilt in drei Gebiete: Bereits im Mai 1991 hatten Angehörige der Isak die unabhängige Republik Somaliland ausgerufen, die seither eine vergleichsweise positive Entwicklung durchlaufen hat, jedoch international nicht anerkannt ist. Im Nordosten entstand die autonome Region Puntland, die seit 1998 unter Eigenverwaltung steht. Insbesondere der dritte Teil, South-Central Somalia, leidet seither unter gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Klans, marodierenden Milizen, Kriegsherrentum und -ökonomie[10], Waffenschmuggel, Piraterie und einem insgesamt extremen Gewaltniveau. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre beschränkte sich internationales Eingreifen weitgehend auf humanitäre Hilfe, sofern es die Sicherheitslage zuließ. Zahlreiche Versuche der Nachbarländer, bei der Aushandlung einer Friedenslösung behilflich zu sein, scheiterten.

6 Entwicklungen ab der Jahrtausendwende

Um die Jahrtausendwende kennzeichneten zwei Entwicklungen das politische Geschehen in Somalia: Die massiven Anti-Terror-Maßnahmen der USA in der Region und die zunächst vielversprechenden Verhandlungen, die zur Bildung einer Übergangsregierung führten.[11]

6.1 Im Fadenkreuz der Terrorfahnder

Nach dem Abzug der internationalen Gemeinschaft geriet Somalia zunächst 1998 durch die Anschläge auf US-Botschaften in Kenia und Tansania kurzfristig wieder ins

10 Zur Kriegsökonomie sehr anschaulich Grosse-Kettler (2004).

11 Somalias Rolle im internationalen Terrorismus behandeln Bryden (2003), de Waal (2004), Menkhaus (2005) sowie die International Crisis Group (2005a). Die Friedensprozesse zu Beginn des Jahrtausends beschreiben etwa Paffenholz (2003) oder Kamudhayi (2004).

Visier der USA. Ab 2001 jedoch interpretierten die USA die regionale Lage aus dem Blickwinkel des «War on Terror». Zwar gab es nachweislich Verbindungen somalischer Gruppen zu al-Qaida, und deren Anhänger nutzten Somalia als Aufenthalts- oder Transitgebiet. Beweise für Basen der al-Qaida fanden sich jedoch nicht. Diesbezügliche äthiopische Geheimdienstberichte über islamistische Aktivitäten in Somalia erwiesen sich als übertrieben und spiegelten wohl eher die äthiopischen Eigeninteressen wieder.[12]

Dennoch ließen die USA Pläne für ein militärisches Eingreifen erstellen, schreckten vor einem Bodeneinsatz jedoch angesichts der Erfahrungen 1993 zurück. Stattdessen verlegten sie sich zunächst auf eine intensive Beobachtung in Kooperation mit den Geheimdiensten Puntlands und Somalilands. Vor dem Hintergrund des Krieges gegen den Terror wurde Somalia international noch stärker isoliert als zuvor: Der somalische Pass wurde ab 2001 vollkommen nutzlos, was internationale Reisen zu einem Privileg einer kleinen Oberschicht mit ausländischen Pässen machte. Die halb informellen somalischen Geldhäuser, die für einen Großteil des Geldzuflusses aus der Diaspora sorgten, sowie viele Hilfsorganisationen wurden massiv behindert. Insbesondere übte die USA Druck auf Wohlfahrtsorganisationen aus der arabischen Welt aus; so zog sich etwa die saudiarabische «al-Haramayn» zurück und schloss ihre Waisenhäuser.

So entstand (ähnlich wie 1993) langsam aber spürbar der Eindruck einer Einmischung der USA zum Nachteil der somalischen Bevölkerung. Gleichzeitig verbreitete sich die Wahrnehmung, dass sich lokale Kriegsherren durch Kooperation mit den USA zu Handlangern des neuen Imperialismus machten.

6.2 Diplomatische Totgeburten

Ein in Dschibuti gestarteter Verhandlungsprozess auf Klanbasis führte zur Einberufung des Transitional National Government (TNG) im August 2000. Zu den Schwachstellen des Dschibuti-Prozesses gehörte jedoch der Ausschluss einiger wesentlicher Akteure. So waren entscheidende Kriegsherren nicht eingeladen gewesen, ebenso wurden die Interessen einiger Nachbarn nicht berücksichtigt. Die ausgeschlossenen Kriegsherren formierten darauf mit Unterstützung der äthiopischen Regierung das Somali Reconciliation and Restauration Council (SRRC) als Opposition zum TNG, woraufhin sich die gewaltsamen Zusammenstöße im Land noch verschlimmerten. Die politische Führung des TNG unter Abdiqassim Salad Hassan galt in weiten Teilen der Bevölkerung als korrupt und konnte nie ihren Herrschaftsbereich auf signifikante Teile des Landes ausdehnen (Somaliland und Puntland waren ohnehin den Verhandlungen ferngeblieben).

Auf Initiative der Regionalorganisation IGAD wurden 2002 in Kenia erneut Verhandlungen aufgenommen, und 2004 kam es schließlich zur Etablierung eines Übergangsparlamentes und einer neuen Übergangsregierung. Dieses Mal wurden nach einem proportionalen System unter Einbeziehung aller relevanten Klans und Kriegsherren unter den Delegierten insgesamt 275 Abgeordnete ausgewählt. Abdullahi Yusuf Ahmed, früher Anführer der SSDF, später Führer der Region Puntland,

12 Zudem bestehen zumindest Zweifel, ob und in welchem Maße sich zerfallene Staaten wie Somalia als sichere Häfen für Terroristen eignen (Menkhaus 2005).

ehemaliger Widerstandskämpfer gegen Siad Barre und Verbündeter des äthiopischen Regimes unter Meles Zenawi, wurde im Oktober 2004 zum neuen Präsidenten Somalias gewählt. Nach einem weiteren Jahr entschloss sich die neue Regierung zu einem Umzug nach Baidoa nordwestlich der Hauptstadt, in der Nähe der äthiopischen Grenze (Februar 2006). In weiten Teilen der Bevölkerung wurde auch die neue Übergangsregierung mit großem Misstrauen gesehen und konnte ihren Herrschaftsbereich nicht konsolidieren.

Eine für viele Beobachter überraschende Wende brachte 2006 das Auftreten einer neuen Kraft, die die Machtverhältnisse massiv veränderte und sich beinahe dauerhaft als neue Herrscher in Somalia etabliert hätte: die Islamisten der Islamischen Gerichtshöfe.

7 Das Interregnum der Islamischen Gerichtshöfe, ihre Vertreibung und die Folgen

Als sich gegen Ende 2004 die neue Übergangsregierung formierte, entstand etwa zeitgleich eine Organisation, die zunächst unter dem Namen Supreme Council of Sharia Courts in Somalia bekannt wurde und als Dachorganisation für die islamischen Gerichte Somalias fungieren sollte. Die ersten islamischen Gerichtshöfe waren nach dem Fall Barres in der ersten Hälfte der 1990er Jahre als lokale Versuche entstanden, der um sich greifenden Anarchie ein Mindestmaß an Ordnung entgegenzusetzen.[13]

Im Jahr 2004 trat dann mit Sheikh Hassan Dahir Aweys eine altbekannte Figur der somalischen Politik auf und sicherte sich entscheidenden Einfluss im Supreme Council. Während der Vorsitzende des Council, Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, als moderat galt, gehörte und gehört Aweys zu den islamistischen Hardlinern Somalias. Ende 2005 hatten sich in Mogadischu insgesamt elf Gerichtshöfe unter dem Dach des Supreme Council versammelt. Mehrere Gerichtshöfe stellten Kämpfer zur Verfügung, so dass sich im Laufe des Jahres 2005 eine schlagkräftige bewaffnete Miliz bildete.

7.1 Easy come, easy go? Aufstieg und Fall der islamischen Gerichte

Aufgeschreckt durch Berichte, regten die USA ihre verbündeten Kriegsherren in Mogadischu an, sich zu vereinigen – und besiegelten damit ein weiteres Mal das Scheitern ihrer Politik in Somalia. Im Februar 2006 kam auf Druck des US-Außenministeriums die «Alliance for Restoration of Peace and Counter-Terrorism» (ARPCT) zustande. Noch im selben Monat kam es zu Zusammenstößen mit Milizen der islamischen Gerichte.

Schließlich entwickelte sich ein offener Straßenkampf um Mogadischu, bei dem die Kriegsherren aus der Stadt vertrieben wurden. Ende Juni 2006, gut eine Woche nach dem Sieg in Mogadischu, übernahm Sheikh Aweys den Vorsitz über das Council

13 Ein detaillierter Überblick über den Islamismus in Somalia (bis kurz vor der Machtübernahme der Islamic Courts) findet sich bei der International Crisis Group (2005b). Zu Aufstieg und Fall der Islamic Courts sowie übergreifend zur Bedeutung des (fundamentalistischen) Islam in der somalischen Geschichte seit der Kolonialzeit siehe Spilker (2008). Zur jüngeren politischen Geschichte Somalias allgemein siehe umfassend Menkhaus (2007) sowie dessen Beitrag im vorliegenden Band.

of Islamic Courts (CIC, so mittlerweile der offizielle Name), das seinen Einflussbereich schnell ausdehnte und bis September 2006 weite Teile Südsomalias kontrollierte. Obwohl es zunächst einige regionale Vermittlungsversuche zwischen dem TFG (Transitional Federal Government) und dem CIC gegeben hatte, wurde in der zweiten Jahreshälfte 2006 deutlich, dass fast alle Nachbarn in Somalia involviert waren und für die eine oder andere Seite Partei ergriffen. Zum einen sorgte die zutiefst nationalistische Rhetorik Aweys', die auf die Vereinigung der fünf somalischen Gebiete ausgerichtet war, für Unruhe bei Nachbarstaaten. Insbesondere die äthiopische Regierung unter Meles Zenawi fühlte sich durch die islamistisch-nationalistische Rhetorik zur Reaktion gezwungen. Zum anderen galt und gilt die zweite Sorge Äthiopiens dem verfeindeten Eritrea, das versuchte, wie schon im äthiopisch-eritreischen Krieg 1998-2000 eine Stellvertreterfront in Somalia zu eröffnen.

Die Islamisten des CIC wurden gleichzeitig unterstützt von einer Reihe arabisch geprägter Länder der Region. Neben Eritrea unterstützten zeitweilig Dschibuti, Ägypten, Libyen, Iran, Saudi Arabien, Syrien sowie die libanesische Hisbollah die Milizen der Islamic Courts. Das TFG wurde neben Äthiopien von Uganda unterstützt, ferner halten sich hartnäckig Berichte über direkte finanzielle Unterstützung und Waffenlieferungen durch die CIA.

Sheikh Hassan Dahir Aweys

Ursprünglich ein Colonel unter Siad Barre (u.a. im Ogaden-Krieg), diente Aweys später dem Kriegsherren Mohammed Aidid, der 1993 die Amerikaner aus Mogadischu vertrieb, bevor er zur islamistischen Gruppierung al-Itihaad al-Islamiya überlief. Al-Itihaad hatte in den 1990er Jahren nicht nur zweimal versucht, ein islamisches Emirat in Somalia zu etablieren; der Organisation und Aweys persönlich wurden immer wieder Verbindungen zu al-Qaida nachgesagt. Nach der Vertreibung der Islamic Courts floh Aweys aus Somalia und setzte sich später 2007 an die Spitze einer in Eritrea gegründeten Oppositionsbewegung gegen das TFG.

In der zweiten Jahreshälfte 2006 gewannen offenkundig die Hardliner um Aweys die Oberhand innerhalb des CIC und schickten sich – begleitet von einer offensiv nationalistisch-islamistischen Rhetorik – an, auf den TFG-Sitz Baidoa vorzurücken, wodurch Äthiopien unmittelbar seine Sicherheitsinteressen bedroht sah. Nach zahlreichen Zusammenstößen zwischen Milizen des CIC und äthiopischem Militär gegen Ende 2006 erklärte Premierminister Zenawi am 24. Dezember offiziell den Islamisten den Krieg.

In der Folge rückten TFG-Regierungstruppen und äthiopische Einheiten schnell und praktisch ohne Widerstand nach Mogadischu vor. Bis Anfang Januar 2007 wurden die Milizen der islamischen Gerichte aus der Hauptstadt vertrieben bzw. zerstreuten sich, mischten sich unter die Zivilbevölkerung oder flohen Richtung Kenia. Neben Mogadischu wurden weite Teile des Südens schnell unter die Kontrolle der Regierungstruppen bzw. der äthiopischen Verbände gebracht, und Präsident Yusuf konnte zu Beginn 2007 tatsächlich mit seiner Regierung erstmalig in Mogadischu Quartier beziehen.

7.2 Bedeutung des Interregnums für die somalische Politik

Die Führungsriege der Islamic Courts hatte sich nach ihrer für viele überraschenden Machtübername mit einigem Erfolg als Massenbewegung versucht und gleichsam als Volksaufstand gegen die Kriegsherren in Stellung gebracht und dabei gleichzeitig als Wahrerin somalischer Interessen gegenüber äthiopischen und westlichen (christlichen) Einflüssen positioniert. In der Bevölkerung Südsomalias (v.a. in Mogadischu) bestanden durchaus Sympathien für die Islamic Courts, die vor allem auf dem Wunsch nach Ruhe und Ordnung beruhten. Gleichzeitig verbanden die Führer des CIC den in der Bevölkerung bestehenden Wunsch nach öffentlicher Ordnung mit islamistischer Propaganda und nationalistischen und pan-somalischen Anklängen.

Gleichzeitig kann nicht geleugnet werden, dass auch die Bewegung der Islamic Courts stark nach Klanlogik funktionierte. Das CIC wie die gesamte Bewegung waren von Beginn an stark Hawiye-lastig, und das politische Agieren seiner Führung ließ sich unmittelbar anhand von Klanaffilitäten deuten. Somit erklärt sich auch der starke Rückhalt der Bewegung in Mogadischu nicht zuletzt dadurch, dass die Stadt seit 1991/92 (also seit dem «Exodus der Darod» nach der Vertreibung Barres) von den Hawiye dominiert wird.[14] Die Führung des CIC – insbesondere Sheikh Aweys – galt als tief eingebunden in Klanaffinitäten und war somit – entgegen der islamistisch-nationalistischen Rhetorik der Bewegung – keine pansomalische Integrationsfigur, sondern wirkte eher polarisierend.

Hinzu kam, dass eine dezidiert dschihadistische Doktrin, wie sie Aweys propagierte, vermutlich von der Mehrzahl der Anhänger ohnehin abgelehnt wurde. So stieß denn auch die anfängliche Sympathie in der Bevölkerung bereits an ihre Grenzen, als die fundamentalistischeren Elemente in den Gerichtshöfen begannen, das öffentliche und soziale Leben einzuschränken. Insbesondere gegen das Verbot des Khat und die Einführung des Scharia-Strafrechts regte sich – wie schon zu früheren Zeiten – einiger Widerstand.

Die Frage, inwieweit sich eine fundamentalistische Politik des CIC mit der traditionell apolitischen Interpretation des Sufi-Islam in Somalia vertragen hätte und ob sich durch eine Stärkung der moderaten Kräfte innerhalb des CIC vielleicht Chancen eröffnet hätten, ist durch das Eingreifen der äthiopischen Armee obsolet geworden. Unklar ist weiterhin, ob und in welche Richtung sich eine machtpolitisch relevante Neugruppierung der CIC-Führung entwickeln wird, und insbesondere, wie die Hardliner sich weiterhin positionieren. Jedoch ist seit dem Interregnum der Islamischen Gerichtshöfe der politische Islam auf die somalische politische Agenda zurückgekehrt und wird in absehbarer Zukunft kaum ignoriert werden können.

14 Die Klanlogik lässt sich auch in Details zeigen. So war etwa die Führung des CIC stark durch einen Subklan der Hawiye, Habar Gedir-Ayr, dominiert, wodurch sich durchaus der Rückhalt der islamischen Gerichte in verschiedenen Teilen Südsomalias erklärte: Große Teile der Region Hiraan (Habar Gedir-Ayr) nördlich von Mogadischu standen dem CIC recht wohlwollend gegenüber. Weiter östlich hingegen erschwerten starke Anteile des Subklans Habar Gedir-Saad den Vormarsch der Islamisten.

7.3 Rückfall ins Chaos?

Nach der schnellen Vertreibung der Islamischen Gerichtshöfe sahen zwar einige Beobachter schon eine Möglichkeit für einen Versöhnungsprozess, jedoch bedeutete das Verschwinden der Gerichtshöfe zunächst nur die Rückkehr der Kriegsherren, und die bekannte klanbasierte und milizengestützte Machtpolitik hielt wieder Einzug in Mogadischu.

Gegen die Präsenz des TFG und v.a. die äthiopische Unterstützung entstand 2007 bewaffneter Widerstand von mehreren Seiten, der in seiner Gesamtheit als «complex insurgency» bezeichnet wird. Dabei handelte es sich zum einen um Milizen der Hawiye, die sich marginalisiert sahen, um lokale Kriegsherren, einige Geschäftsleute sowie einzelne Teile islamistischer Milizen. Als offizielle Oppositionsbewegung gegen das TFG wurde in Asmara die Alliance for the Re-Liberation of Somalia (ARS) gegründet, die ein breites Spektrum von islamistischen Hardlinern wie Aweys bis hin zu nicht-religiösen Akteuren umfasst und im Wesentlichen durch die Abneigung gegenüber dem TFG und Äthiopien verbunden ist. Sie spielt jedoch bisher machtpolitisch keine entscheidende Rolle.

Derweil ist die humanitäre Lage in Somalia mehr als katastrophal. Die mit erneuter Schärfe ausgebrochenen Kampfhandlungen in Mogadischu zwangen Ende November 2007 über 200.000 Einwohner zur Flucht. Insgesamt werden bis zu einer Million Binnenflüchtlinge vermutet. Während direkte Opferzahlen bereits in die Tausende gehen, droht nunmehr auch eine Hungersnot enormen Ausmaßes. Beobachter fühlen sich bisweilen an die desaströse Lage 1992 erinnert.

Die Macht der knapp 2.000 Soldaten der Friedenstruppe AMISON der Afrikanischen Union reichte zu Beginn des Jahres 2008 gerade aus, um wenige zentrale Stellen wie den Präsidentenpalast, den Hafen und den Flughafen zu sichern. Ursprüngliche Planungen einer wesentlich stärkeren und potenteren Einsatztruppe hatten sich bereits im Laufe des vergangenen Jahres als illusorisch erwiesen.

8 Resümee

Klanbeziehungen waren und sind bis auf weiteres ein – wenn nicht das – entscheidende Element, das die somalische Politik prägt. Allerdings sind Klanaffinitäten weder allein entscheidend noch statisch: Sie sind ständiger Neuaushandlung und Veränderung ausgesetzt. Durch externe Einflüsse und Manipulationen werden Klansympathien wie -antipathien verstärkt, abgemildert oder temporär überwunden – so etwa durch die aggressive nationalistische Rhetorik eines Siad Barre in der Vergangenheit oder die nationalistische und islamistische Rhetorik der Islamischen Gerichtshöfe heute. Der pan-somalische Nationalismus ist eine nicht zu unterschätzende Einflussgröße, die in der Vergangenheit immer wieder Wirkung entfaltet hat, wenn er angeheizt wurde. Verstärkt wurde die Gefahr eines aggressiven Nationalismus historisch und aktuell meist durch die Einmischung äußerer Kräfte. Die seit Jahrhunderten zementierte, tiefe gegenseitige Abneigung zum Nachbarn Äthiopien ist ein wesentliches Moment dieser regionalen Konfliktkonstellation. Auch die Islamisten des CIC haben – durchaus mit Erfolg – versucht, die nationalistische Karte zu spielen. Zwar sind die islamistischen Hardliner des CIC vorerst besiegt und vertrieben, seit der kurzzeitigen Machtübernahme der Islamischen Gerichtshöfe ist jedoch der

Islamismus, der mit kleinen lokalen Ausnahmen über viele Jahrzehnte hinweg unterdrückt und marginalisiert war, als Einflussfaktor in die somalische Politik zurückgekehrt – auch und gerade in Abgrenzung zu als feindlich wahrgenommenen westlichen Einflüssen.

In Somalia ist mittlerweile mindestens eine Generation fast vollständig in bürgerkriegsähnlichen Zuständen herangewachsen. Für viele junge Männer dieser Generation ist marodierendes Milizentum ein «way of life», und die Erinnerung an Frieden und Stabilität kaum mehr vorhanden. Mogadischu ist mit einiger Wahrscheinlichkeit die Stadt mit der höchsten Handfeuerwaffendichte in der Welt; die allgemeine Gewaltbereitschaft ist unfassbar hoch.

Gleichzeitig muss die verheerende und bisweilen hoffnungslos erscheinende Situation Grund und Anlass sein, sich in und für Somalia zu engagieren. Dabei muss die sorgfältige Analyse der Gegebenheiten vor Ort und der entscheidenden politischen und gesellschaftlichen Einflussfaktoren und ihrer wechselseitigen Bedeutung Grundlage jedes Engagements sein. Zwar lassen sich durchaus einige Lichtblicke ausmachen: etwa die positive Rolle der Zivilgesellschaft, der Intellektuellen oder der Klanältesten. Die sprichwörtlichen «agents of change» lassen sich bei näherem Hinsehen durchaus finden – wenngleich in Zahl und Macht längst noch nicht ausreichend. Auch aus der vergleichsweise positiven Entwicklung in Somaliland könnten einige Lehren gezogen werden. Zunächst einmal sollte aber gezeigt werden, warum externe Einmischung in der somalischen Bevölkerung unbeliebt ist: Externe Akteure kommen mit unzureichender Kenntnis ausgestattet, verschlimmern die Lage und gehen wieder. Aus diesem Grunde empfiehlt sich ein vorsichtiges und behutsames Vorgehen mit langfristigem Zeit- und Zielhorizont, also eine langfristige Verpflichtung der externen Akteure.

Literatur

Brons, Maria (2001): Society, Security, Sovereignty and the State in Somalia: From Statelessness to Statelessness? Utrecht: International Books/University of Groningen.

Bryden, Matt (2003): «No Quick Fixes: Coming to Terms with Terrorism, Islam, and Statelessness in Somalia.» The Journal of Conflict Studies, Vol. XXIII, No. 2, Fall 2003: 24-56.

De Waal, Alex (ed.) (2004): Islamism and its Enemies in the Horn of Africa. Addis Abeba: Shama Books.

Debiel, Tobias (2003): UN-Friedensoperationen in Afrika. Weltinnenpolitik und die Realität von Bürgerkriegen. Bonn: Dietz.

Ghebresillasie, Girma (1999): Kalter Krieg am Horn von Afrika: Regionale Konflikte: Äthiopien und Somalia im Spannungsfeld der Supermächte 1945-1991. Baden-Baden: Nomos.

Grosse-Kettler, Sabine (2004): External Actors in Stateless Somalia. A War Economy and its Promoters. Bonn: Bonn International Center for Conversion.

Hirsch, John L. & Robert B. Oakley (1995): Somalia and Operation Restore Hope: Reflections on Peacemaking and Peacekeeping. Washington DC.: United States Institute of Peace Press.

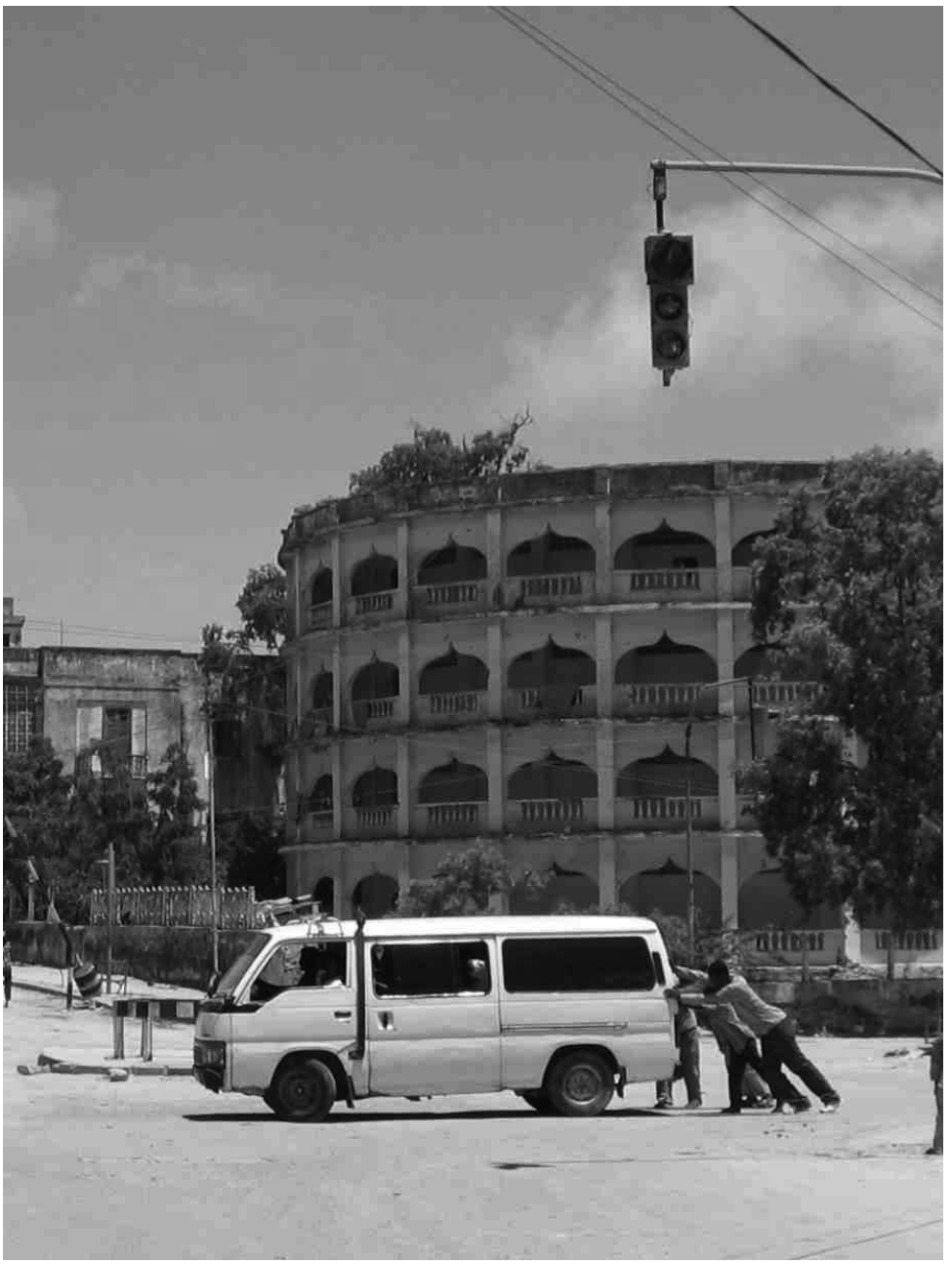
Höhne, Markus V. (2002): Somalia zwischen Krieg und Frieden. Strategien der friedlichen Konfliktaustragung auf internationaler und lokaler Ebene. Hamburg: Institut für Afrikakunde.

International Crisis Group (2004): Somalia: Continuation of War by Other Means? Africa Report No. 88. Brüssel/Nairobi: International Crisis Group.

International Crisis Group (2005a): Counter-Terrorism in Somalia. Losing Hearts and Minds? Africa Report No. 95. Brüssel/Nairobi: International Crisis Group.

International Crisis Group (2005b): Somalia's Islamists. Africa Report No. 100. Brüssel/Nairobi: International Crisis Group.
International Crisis Group (2006): Can the Somali Crisis be contained? Africa Report No. 116. Brüssel/Nairobi: International Crisis Group.
International Crisis Group (2007): Somalia: The Tough Part Is Ahead. Africa Briefing No. 45. Brüssel/Nairobi: International Crisis Group.
Kamudhayi, O. (2004): «The Somali Peace Process.» In M. Mwagiru (Hrsg.) African Regional Security in the Age of Globalisation, 107-124. Nairobi: Heinrich Böll Foundation / Institute of Diplomacy and International Studies / National Defence College of Kenya.
Kollmer, Dieter H. & Andreas Mückusch (Hrsg.) (2007): Wegweiser zur Geschichte: Horn von Afrika. Paderborn: Schöningh.
Krech, Hans (1996): Der Bürgerkrieg in Somalia (1988-1996). Ein Handbuch. Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes Bd. 1. Berlin: Verlag Dr. Köster.
Laitin, Davis D. & Said S. Samatar (1987): Somalia. Nation in Search of a State. Boulder: Westview Press.
Lata, Leenco (2004): The Horn of Africa as Common Homeland. The State and Self-Determination in the Era of Heightened Globalization. Ontario: W.L. University Press.
Lefebvre Jaffrey A. (1991): Arms for the Horn: U.S. Security Policy in Ethiopia and Somalia, 1953-1991. Pittsburgh: University of Pittsburgh Press.
Lewis, Ioan M. (1980): A Modern History of Somalia. London: Longman.
Lewis, Ioan M. (1998): Saints & Somalis. Popular Islam in a Clan-based Society. London: Haan Ass. Publishing.
Little, Peter D. (2003): Somalia: Economy without state. Oxford: James Currey Publishers.
Lyons, Terrence & Ahmed I. Samatar (1995): Somalia. State Collapse, Multilateral Intervention, and Strategies for Political Reconstruction. Washington: Brookings.
Matthies, Volker (1992): Äthiopien, Eritrea, Somalia, Dschibuti. Das Horn von Afrika. München: Beck.
Matthies, Volker (2005): Kriege am Horn von Afrika. Historischer Befund und friedenswissenschaftliche Analyse. Bewaffnete Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes Band 19. Berlin: Verlag Dr. Köster.
Marte, Fred (1994): Political Cycles in International Relations : The Cold War and Africa 1945 – 1990. Amsterdam: VU University Press.
Menkhaus, Ken (2004): Somalia: State Collapse and the Threat of Terrorism. IISS Adelphi Paper 264. London: The International Institute if Strategic Studies.
Menkhaus, Ken (2005): «Somalia and Somaliland: Terrorism, Political Islam, and State Collapse.» In R. Rotberg (ed.): Battling Terrorism in the Horn of Africa. Washington: Brookings Institution Press.
Menkhaus, Ken (2007): «The Crisis in Somalia: Tragedy in Five Acts.» *African Affairs* 101/204, 357-390.
Metz, Dirk (1994): Die Schlacht um das Olympic Hotel am 3./4. Oktober 1993 in Mogadischu/Somalia. Die Niederlage von US- und UN-Streitkräften in einem asymmetrischen Konflikt. Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Bd. 16. Berlin: Köster.
Ottaway, Marina (1982): Soviet and American Influence in the Horn of Africa. Pretoria: Institute for Strategic Studies.
Paffenholz, Thania (2003): Konfliktbearbeitung in Somalia: Lehren aus einem Dutzend gescheiterter Friedensprozesse. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
Patman, Robert G. (1990): The Soviet Union in the Horn of Africa: The Diplomacy of Intervention and Disengagement. Cambridge: Cambridge University Press.
Rezwanian-Amiri, Natali (2000): Gescheiteter Staat – Gescheiterte Intervention? Zur humanitären Intervention in Somalia. Glienicke/Berlin: Galda + Wilch
Samatar, Ahmed I. (1988): Socialist Somalia. Rhetoric & Reality. London: Zed Books.
Sardesai, Shonali (2005): Conflict in Somalia. Drivers and Dynamics. Washington: The World Bank.
Sheik-Abdi, Abdi (1993): Divine Madness. Mohammed Abdulle Hassan 1856-1920. London:

Spilker, Dirk (2008): Mad Mullahs? Islamischer Fundamentalismus in Somalia: Geschichte und Hintergründe, Strategien und aktuelle Entwicklung. Köln: PMG.
Touati, Jasmin (1997): Politik und Gesellschaft in Somalia (1890-1991). Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
Touval, Saadia (1963): Somali Nationalism. Cambridge: Harcard University Press.



Mogadischu, im Oktober 2006

KEN MENKHAUS

Zum Verständnis des Staatsversagens in Somalia: interne und externe Dimensionen

«Zuerst die Diagnose, dann die Therapie» lautet eine Ermahnung, die oft von politischen Beobachtern zu hören ist, die die hohen Fehlschlagquoten bei den externen Friedensbemühungen in Afrikas Bürgerkriegen erklären. Dieses Axiom gilt gleichermaßen für die innerstaatlichen wie die internationalen Anstrengungen, den Aufbau von Staatlichkeit in Regionen anhaltenden Staatsversagens zu unterstützen. Viel zu oft sind gut gemeinte Pläne, eine funktionierende demokratische Regierungsführung wiederherzustellen, von Anfang an zum Scheitern verurteilt, weil sie auf falschen Annahmen und fehlerhafter Diagnose der Krise beruhen.

Das trifft nach wie vor im Fall Somalia zu, das bereits siebzehn Jahre totalen Staatszerfalls erduldet und sich als unempfänglich für eine ganze Reihe oftmals erheblicher externer Anstrengungen erwiesen hat, den Zentralstaat wiederzubeleben. Die dramatischste und kostspieligste dieser Anstrengungen war die UN-Operation in Somalia in den Jahren 1992 bis 1995, die nicht nur in dem Bemühen fehlschlug, in Somalia wieder eine Zentralregierung zu schaffen, sondern auch einen erheblichen Rückschlag für weitergehende Ambitionen der UN darstellte, eine friedensstärkende Rolle in der Ära nach dem Kalten Krieg zu spielen. In jüngerer Vergangenheit hat die Inter-Governmental Organization for Development (IGAD) dazu beigetragen, eine Übergangsregierung (Transitional Federal Government – TFG) in Somalia zu installieren. Aber von Beginn an hat sich das TFG erheblichen Legitimationsproblemen und Kapazitätsmängeln gegenübergesehen und war nie in der Lage, sich als eine wirklich effektive Regierung zu etablieren. Ende 2007 scheint sich das TFG der langen Liste totgeborener Regierungen anzuschließen, die in Somalia seit 1991 proklamiert wurden.

Dieser Beitrag untersucht die inneren und äußeren Kräfte, die zu Somalias außerordentlich langer Periode des Staatszerfalls beigetragen haben. Er kommt zu dem Schluss, dass die Kräfte, die diesen Zusammenbruch bewirkt und dann seine Dauer verlängert haben, sich im Lauf der Zeit verändert haben. Die ersten Jahre des Staatszerfalls in Somalia können weitgehend auf interne wirtschaftliche und politische Interessen zurückgeführt werden, die Bedingungen für Gesetzlosigkeit und bewaffnete Konflikte geschaffen haben. Mit der Zeit haben zunehmend externe Akteure – besonders Nachbarstaaten, die Rivalitäten ausgenutzt, hegemoniale Absichten verfolgt und sicherheitspolitische Bedürfnisse berücksichtigt haben – eine wichtige Rolle beim Fehlschlag der Wiederbelebung der Staatlichkeit in Somalia gespielt. Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Hindernisse waren für die Wiederbelebung der Staatlichkeit zwar erheblich, aber keineswegs unüberwindbar. Zu einigen Zeitpunkten, insbesondere seit 2004, sind wichtige Gelegenheiten ausge-

lassen worden, erfolgreiche Bemühungen zur Wiederherstellung von Staatlichkeit in Somalia zu stärken bzw. fortzusetzen – und zwar durch die Kurzsichtigkeit der politischen Führung und durch falsche Entscheidungen sowohl der nationalen Führung wie auch der ausländischen Mächte.

Eine eingehendere Bewertung des anhaltenden Staatzerfalls in Somalia zeigt aber auch, dass sich nichtsdestotrotz Gemeinden und andere kleinere lokale Einheiten angepasst haben, indem sie eine ganze Reihe von Systemen entwickelten, die ein Mindestmaß an Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit garantieren sollen. Dieses Phänomen des «Regierens ohne Regierung» in ganz Somalia reicht von einfachen Kontrollsystemen auf Nachbarschaftsebene über die Anwendung von Gewohnheitsrecht bis hin zu formelleren städtischen und regionalen Regelungen und hat Somalia ein bißchen weniger anarchisch gemacht, als man gemeinhin annimmt. Es ist eine ständige Herausforderung und Aufgabe in Somalia, Wege und Methoden zu finden, um dieses verwirrende Mosaik aus Regelungsansätzen an der Basis in die Arbeit einer neu geschaffenen Zentralregierung zu integrieren. Dies ist ein besonderes Problem, wenn man den schwachen Zustand der somalischen Wirtschaft bedenkt. Es bedeutet, dass eine neu geschaffene Zentralregierung zumindest in der näheren Zukunft sehr schlicht und bescheiden sein muss, was ihre Möglichkeiten und ihre Kapazitäten betrifft.

Schließlich unterstreicht dieser Beitrag die Bedeutung von Risikominimierung und Risikomanagement als Erklärung für die Handlungen sowohl inländischer wie externer Akteure angesichts des andauernden Staatszerfalls in Somalia. Für eine Reihe der wichtigsten Akteure – darunter somalische Geschäftsleute, Milizenführer und angrenzende Staaten – wäre die Wiedergeburt eines somalischen Staates überaus wünschenswert und gleichzeitig ein sehr risikobeladenes Unterfangen. In manchen Fällen bringt das die Akteure dazu, Staatsbildungsinitiativen zu untergraben, von denen sie glauben, dass sie ihre Sicherheit, ihre Machtbasis oder ihre wirtschaftlichen Aktivitäten bedrohen könnten. Wichtig ist, dass diese Interessen nicht statisch sind, dass sie sich verändern können und das auch tun. Daraus ergeben sich Ansatzpunkte für politische Strategien, die darauf zielen, breitere Unterstützerkreise für einen wiederhergestellten somalischen Staat zu schaffen.

Der anfängliche Zusammenbruch des somalischen Staates

Die rasante Auflösung der somalischen Zentralregierung in den späten 1980er Jahren war das Ergebnis des Zusammenwirkens von Faktoren, die zugleich die Leistungsfähigkeit des Staates schwächten und Befreiungsbewegungen zu dem Versuch ermutigten, ihn zu entmachten. Zwei Faktoren waren dabei besonders wichtig, ein nationaler und ein internationaler.

Der inländische Faktor war die räuberische, repressive und auf Vetternwirtschaft beruhende Regierung von Siad Barre. Die Brutalität und Korruptheit des Barre-Regimes war im Afrika der 1980er Jahre keineswegs einmalig, obwohl viel dafür spricht, dass es in Somalia schlimmer war als in den meisten anderen Ländern. Das Regime beruhte auf einer strikt begrenzten Koalition von Klans, ging scharf gegen jedes kleine Anzeichen von Opposition vor, nutzte die Staatsgewalt, um Land, Unternehmen und andere Ressourcen in Gemeinschaften, die außerhalb der eng begrenzten Koalition standen, zu enteignen, und verwendete den Großteil seiner

Energie darauf, die enormen Summen an ausländischer Hilfe, die ins Land flossen, in die Taschen der strategisch gut positionierten Eliten des Regimes umzuleiten. Im Anschluss an die katastrophale Niederlage der somalischen Armee im Ogaden-Krieg gegen Äthiopien 1977/78 entstanden im Norden des Landes zwei Befreiungsbewegungen, die Somali Salvation Democratic Front (SSDF), geführt von Colonel Abdullahi Yusuf, und die Somali National Movement (SNM). Beide Aufstandsbewegungen hatten ihre Basis in Äthiopien, und keine von ihnen stellte anfangs eine ernsthafte Gefahr für das Barre-Regime dar. Als 1988 der Bürgerkrieg im Nordwesten ausbrach und die Somali National Movement (SNM) gegen die Regierungskräfte antrat, antwortete die Regierung mit einem massiven Angriff auf den gesamten Isak-Klan, der der Hauptunterstützer der SNM war. Die Folge waren rund 50.000 Todesopfer und 400.000 Flüchtlinge (Gersony 1989; Africa Watch 1990: 10). Im ganzen Land wuchs ein weitverbreiteter Groll gegen die Regierung, was neuen Befreiungsbewegungen, die sich nach 1988 bildeten, die Rekrutierung leicht machte. Allerdings war jede Bewegung in einem Klan verankert, ein Spiegel der Jahre politischer Manipulation von Seiten Barres. Diese Unfähigkeit, die Aversionen zwischen den Klans oder Subklans zu überwinden, war ein Faktor, der die Opposition beim Versuch der Einigung zur Bildung einer Regierung versagen ließ, nachdem das Barre-Regime erst einmal gestürzt war (Lyons und Samatar 1995: 19).

Der internationale Faktor, der den Zusammenbruch des somalischen Staates beschleunigte, bestand in den Auswirkungen des Tauwetters und schließlich des Endes des Kalten Krieges in den späten 1980er Jahren. Das verminderte Somalias strategische Bedeutung für den Westen und eröffnete den Geberstaaten – geführt von den USA – die Möglichkeit, die ausländische Hilfe für das Barre-Regime aus menschenrechtlichen Gründen einzufrieren. Vor 1988 hatte Somalia eine der höchsten Pro-Kopf-Raten bei der ausländischen Hilfe weltweit. Das verschaffte dem Barre-Regime weitreichende Ressourcen, mit denen es sich eine Klientelpolitik leisten konnte, die einen aufgeblähten Beamtenstand und eine der größten Armeen in Afrika hervorbrachte. Bis 1985 wurden 100% des staatlichen Entwicklungsbudgets und 50% des jährlichen Etats aus ausländischer Hilfe finanziert (Rawson 1993; Menkhaus 1997: 124-149). Der somalische Staat war ein auf Sand gebautes Schloß. Als die Hilfe eingefroren wurde, schwand die Leistungsfähigkeit des somalischen Staates schnell dahin. Durch zahlreiche Überläufer und den Zerfall der Armee in autonome, an Klans gebundene Einheiten verlor die Regierung die Kontrolle über den Großteil des Landes. Anfang Januar 1991 flohen Barre und seine Helfer aus der Hauptstadt.

Das anschließende Versagen der verschiedenen Befreiungsbewegungen bei der Vereinigung zu einer Übergangsregierung war der Beginn der langen und tragischen Geschichte vom zusammengebrochenen Staat Somalia. Anstatt eine die Macht teilende Übereinkunft zu erzielen, richteten die Führer der einzelnen Gruppen ihre Angriffe jetzt gegen rivalisierende Klans, was zu einer massenhaften Flucht von Angehörigen des Klans der Darod aus Mogadischu führte und in einem zweijährigen zerstörerischen Bürgerkrieg mündete. Einige der schwersten Kämpfe ereigneten sich, als einzelne Milizen sich über die Führerschaft und über Streitigkeiten innerhalb der Klans noch einmal spalteten. Spannungen im United Somali Congress (und im Hawiye-Klan) gipfelten zum Beispiel Ende 1991 in einem fürchterlichen Krieg, der den Großteil von Mogadischus Zentrum in Trümmern hinterließ (Omaar 1992: 233-239). Noch schlimmer war, dass die verschiedenen Klan-Milizen nicht bezahlt und nicht

kontrolliert wurden. Anfängliche Plünderungen, deren Ziele Regierungsgebäude und ausländische Botschaften waren, weiteten sich schnell zur allgemeinen Kriminalität und der Demontage von allem aus, was irgendwie einen Wert besaß. Fortgesetzte Plünderungen auf dem Land führten schließlich zu einer großen Hungersnot, bei der schätzungsweise 250.000 Somalis umkamen und mehrere Hunderttausende als Flüchtlinge nach Kenia und Äthiopien gingen (Hansch et al. 1994). Die öffentliche Empörung im Westen über die Plünderungen von Nahrungsmittellieferungen, die für die Opfer der Hungersnot gedacht war, trug schließlich dazu bei, im Dezember 1992 eine groß angelegte Friedensintervention zu initiieren, die ursprünglich von den USA angeführt wurde und später der UN-Operation in Somalia (UNOSOM) im Mai 1993 angegliedert wurde (Menkhaus und Ortmayer, 1995).

Für das Versagen beim Aufbau einer gemeinsamen Regierung sind viele Beteiligte verantwortlich gemacht worden. Ein wesentlicher Faktor war sicher die kurzsichtige Führung der einzelnen Klangruppen. Wenn Ali Mahdi und General Aidid vom United Somali Congress (USC) ihre konkurrierenden Führungsansprüche geregelt hätten, hätte der USC möglicherweise Frieden in Mogadischu und in Teilen des südlichen und zentralen Somalia schaffen können, der zumindest ein bestimmtes Niveau von Staatlichkeit geschaffen hätte. Diese Regierung hätte aufständische Aktivitäten der anderen Gruppen zu bewältigen gehabt, aber wenigstens die Zentralregierung mehr oder weniger funktionsfähig erhalten. Siad Barres erfolgreiche Versuche, in den letzten Tagen seines Regimes das Misstrauen und die Feindseligkeit zwischen den Klans zu schüren, sind als eine der Ursachen schon benannt worden (Lyons und Samatar 1995: 14). Auch die Rekrutierung einer großen Zahl junger Viehhüter für die Klan-Milizen ist von einigen Beobachtern kritisiert worden, die die Zerstörung von Mogadischu als die Geschichte einer Stadt lesen, die von marodierenden Plünderern überrannt wurde, welche eine eingewurzelte Abneigung gegen eine Zentralgewalt hatten. Die leichte Verfügbarkeit billiger Handfeuerwaffen – aufgrund der Eroberung der Waffenarsenale der Regierung und des Zuflusses von Waffen aus Äthiopien im Jahr 1991, als dort das Mengistu-Regime gestürzt wurde – machte die Kontrolle über die Klanmilizen und kriminelle Banden noch schwieriger.

Schließlich trug auch das Fehlen von Vermittlungsbemühungen durch die internationale Gemeinschaft zur Krise bei. Diese Gleichgültigkeit gegenüber Somalia in einer kritischen Zeit ist auf verschiedene Gründe zurückgeführt worden. Als erster ist die weitverbreitete Desillusionierung über Somalia in Teilen der westlichen Botschaften zu nennen, die von der Korruption und den Manipulationen des Barre-Regimes zutiefst enttäuscht waren. Ein anderer Punkt war die Tatsache, dass man mit den bedeutsamen Ereignissen jener Zeit vollauf beschäftigt war: vom Fall der Berliner Mauer über den Golfkrieg 1991 bis zum Ende der Sowjetunion. Im Gegensatz dazu hatte Somalia praktisch keine strategische oder politische Bedeutung. Wie es der frühere US-Botschafter in Somalia, Frank Crigler, später ausdrückte, machten die USA und die internationale Gemeinschaft «das Licht aus und die Tür zu und vergaßen das Land einfach».[1] Die internationale Indifferenz wurde noch vertieft durch das Fehlen einer Idee, wie man mit einer Situation umgehen sollte, die damals nicht vorhersehbar war, nämlich dem totalen Zusammenbruch des Staates. Die mangelnde Bereitschaft, in der somalischen Krise früh zu vermitteln – bevor die

1 Zitiert in Jeffrey Clark, «Debacle in Somalia», *Foreign Affairs*, vol. 72 (1993), 115.

Zerstörung von Mogadischu, die massive Vertreibung und die hohe Zahl der Todesopfer die Positionen der einzelnen Gruppen verhärteten und den Konflikt sehr viel weniger handhabbar machten – wurde später von Mohamed Sahnoun, dem UN-Sonderbeauftragten für Somalia, als «verpasste Gelegenheit» bezeichnet, eine Sicht, die viele andere Beobachter teilten (Sahnoun 1994; Menkhaus und Ortmayer 2000; Zartman und Lions 2005: 121-160).

Aber bei dem Fehlschlag, in Somalia eine Regierung nach Barre zu etablieren, müssen auch die weitreichenden strukturellen Herausforderungen in Rechnung gestellt werden, denen sich das Unternehmen «Staatsaufbau» im Jahr 1991 gegenübersah. Wegen mangelnder ausländischer Hilfe und im Kontext einer vollständig zusammengebrochenen Wirtschaft hatten die möglichen Führer praktisch keinerlei Ressourcen, um Milizen und Beamte zu bezahlen und die auf Patronage beruhende Loyalität gegenüber dem Staat aufrechtzuerhalten. Das Problem der knappen Ressourcen ist bis heute ein wesentliches Hindernis für die Wiederherstellung der Staatlichkeit in Somalia geblieben, besonders dann, wenn die Führer versuchen, jene Art aufgeblähten Staatsapparat wiederaufzubauen, den sie noch von der Barre-Ära im Gedächtnis haben. Das ist ein Modell der Staatsbildung in Somalia, das heute mit den wirtschaftlichen Realitäten des Landes überhaupt nicht mehr in Einklang zu bringen ist.

Der anhaltende Zerfall des somalischen Staates

Die Theorien, die ein Licht auf die Frage werfen, warum der somalische Staat ursprünglich zusammenbrach, sind nun allerdings kaum hilfreich bei der Beantwortung der Frage, warum in Somalia die Wiederherstellung von Staatlichkeit seit siebzehn Jahren so schwer zu verwirklichen ist. Andere Länder haben kurze Perioden totalen Staatszusammenbruchs erlitten, und viele hatten mit teilweisem Staatsversagen zu kämpfen. Aber keines ist für eine so lange Zeit im Zustand des vollständigen Zusammenbruchs verblieben wie Somalia. Unter diesem Gesichtspunkt ist dieses Land ein einzigartiger Fall.

Neuere Erklärungsansätze dafür, warum manche Bürgerkriege und Fälle von Staatsversagen so schlecht in den Griff zu bekommen sind, legen großes Gewicht auf das Problem der Kriegsökonomie. Nach dieser theoretischen Schule verwandeln sich bewaffnete Konflikte, die ursprünglich durch eine empfundene Benachteiligung oder Marginalisierung mancher Gruppen motiviert waren, nach und nach in durch «Gier» bestimmte Bürgerkriege, in denen sowohl die Aufständischen als auch Regierungstruppen den größten Teil ihrer Energien auf illegale wirtschaftliche Aktivitäten verwenden, die durch den Zusammenbruch einer allgemeinen Ordnung möglich geworden sind – darunter Plünderungen, Erpressung und Wucher, Entführung, Handel mit illegalen Waren, Landbesetzung, Diebstahl von Hilfsmitteln und Zwangsarbeit.[2] Die Akteure kämpfen nicht mehr, um zu gewinnen, sondern um «Bedingungen andauernder Instabilität» zu schaffen, unter denen sie straffrei ihrer illegalen Plünderungstätigkeit nachgehen können (Keen 2000: 19-41). Diese Theorie kann die Logik von Kriegen erklären, die andernfalls irrational erscheinen müssten, indem sie

2 Diese Theorie wird kritisch untersucht in einer Reihe von Arbeiten, darunter Mats Berdal und David Malone 2000.

ihr Hauptaugenmerk auf die wirtschaftlichen Interessen der Akteure beim Schüren bewaffneter Konflikte richtet. Für unsere Zwecke ist diese Theorie von Bedeutung, weil sie die Tatsache hervorhebt, dass Konfliktparteien ein Interesse an der Anheizung des bewaffneten Konflikts haben, um eine effektive Wiederherstellung von Staatlichkeit zu verhindern und den Zustand der Gesetzlosigkeit fortzusetzen.

Ein verwandter theoretischer Ansatz betont eher politische als ökonomische Motive jener Akteure vor Ort, die Aussöhnung und Staatsaufbau sabotieren – das sogenannte «Störenfriedproblem» («spoiler problem») (Stedman 1997). Politische Akteure, deren Machtbasis auf Angst und allgemeinen Spannungen beruht und die riskieren, in einer normalisierten politischen Umgebung marginalisiert oder sogar in Haft genommen zu werden, versuchen, nationale Aussöhnungsgespräche und Maßnahmen zur Regierungsbildung zu torpedieren. Normalerweise erreichen sie das, indem sie Misstrauen schüren und Zwischenfälle inszenieren, die mühsam erreichte Übereinkünfte wieder auflösen sollen. Ganze gesellschaftliche Gruppen können die Rolle des Störenfrieds spielen, wenn der Frieden und eine wiedererstandene Regierung ihre Kontrolle über wertvolle Ressourcen gefährden würden, die sie im Krieg gewonnen haben.

Sowohl die Theorien zur «Kriegsökonomie» wie auch die zum «Störenfried» helfen bei der Erklärung des fortdauernden Staatszerfalls in Somalia.[3] Ohne Zweifel entwickelte sich in Somalia rasch eine Ökonomie des Plünderns und schuf eine Bandbreite von Akteuren – von unbezahlten Milizangehörigen bis zu reichen Geschäftsleuten –, die ihren Lebensunterhalt durch das Chaos verdienten, das dem Staatszusammenbruch im Jahr 1991 folgte. Eine Haupttriebkraft der Kriegsökonomie war die Tatsache, dass die einzelnen Milizen, die von den Klanchefs für den Kampf gegen das Barre-Regime rekrutiert worden waren, unbezahlte Kämpfer waren. Das hieß, dass ihr «Sold» in der Beute bestand, die sie durch Plünderungen erlangen konnten. Nach dem Sturz des Barre-Regimes blieb das Verlangen nach Kriegsbeute bestehen, wobei die Zivilisten in Südsomalia die vorrangigen Opfer waren. Diese Praxis war besonders verheerend in den landwirtschaftlich genutzten Gebieten des südlichen Somalia, wo die Dorfbewohner immer wieder durch rivalisierende Milizen angegriffen und ausgeplündert wurden, was schließlich zu einer Hungersnot 1991/92 führte. Die Mehrzahl der bewaffneten Räuber waren junge Viehhirten, in der Regel Analphabeten und nicht im Besitz von Fähigkeiten, die ihnen in einer Friedenswirtschaft Arbeit verschafft hätten. Etliche Milizangehörige, die von Journalisten befragt wurden, stellten fest, dass «meine Waffe meine Arbeit ist», und argumentierten, sie seien für die Ernährung einer ganzen Familie verantwortlich. Andere Berichte deuten darauf hin, dass sie sich nicht nennenswert bereicherten, sondern eher durchschlugen, indem sie stahlen und Geld erpressten.

Im Gegensatz dazu machte auf den Kommandohöhen der somalischen Kriegswirtschaft eine kleine Anzahl von Milizenführern und anderen Kriegsunternehmern aus den Umständen der Gesetzlosigkeit beachtliche Vermögen. Wer den Export von Altmetall kontrollieren konnte, machte bei der Überwachung der Demontage von Somalias Fabriken und sonstiger Infrastruktur Millionen von Dollars. Waffenhändler

3 An anderer Stelle habe ich beide Theorien im somalischen Kontext erörtert; siehe Ken Menkhaus: «Governance without Government in Somalia: Spoilers, State Building, and the Politics of Coping», *International Security* vol. 31, no. 3 (Winter 2006/07), 74-106.

erzielten besonders gute Gewinne bei Somalias lebhaftem Handel mit Handfeuerwaffen. Eine Menge anderer illegaler Aktivitäten, die vom Menschenschmuggel über den Export von Kohle bis zum Drogenhandel reichten, blühten im Kontext des staatlichen Zusammenbruchs auf. Aber die lukrativsten Aktivitäten von allen hatten mit der Ausbeutung der Hungersnot zu tun, die der Bürgerkrieg und die Plünderungen im südlichen Somalia 1991/92 hervorbrachte. Ab Mitte 1991 waren die meisten Miliz- und Geschäftsaktivitäten darauf ausgerichtet, von den internationalen Hilfsaktionen zu profitieren. Das beinhaltete systematische «Umleitung» von Nahrungsmittelhilfe, um diese auf den regionalen Märkten zu verkaufen, die Kontrolle der wichtigsten Häfen, Landepisten und Straßenkorridore, wo man Zölle auf Hilfsgüter erheben konnte, und die Monopolisierung von Transport, Sicherheit, Wohnungen, Geldwechsel und anderen Dienstleistungen, auf die die wachsende Zahl internationaler Hilfsagenturen angewiesen war, die auf der Bühne auftauchten (Menkhaus 2004: 15-36). Obwohl einige Hilfsagenturen Abkommen mit lokalen Milizen abschließen konnten, die die «Abzweigung» von Nahrungsmittelhilfe in ihrem Operationsgebiet verminderte, wurde die internationale Hungerhilfe doch ein zentrales Element einer Beutewirtschaft, die ihrerseits die Kämpfe weiter anheizte, welche ursprünglich die Hungersnot verursacht hatten. Es überrascht nicht, dass viele der heutigen Wirtschaftsführer in Somalia ihr erstes Vermögen als Vertragspartner oder Angestellte bei den riesigen Hilfsaktionen 1991/92 machten.[4]

Die Kräfte, die aus dem Krieg und dem staatlichen Zusammenbruch ihren Lebensunterhalt bestritten, waren jedoch nicht der größte Hemmschuh für die Neubelebung des Staates. Wie unten erörtert wird, erwiesen sich sowohl Geschäftsleute als auch bewaffnete Kämpfer als fähig, sich mit der Zeit an akzeptablere Formen des Erwerbs anzupassen. Die ernsthafteren Hindernisse waren die politischen Störenfriede, die alle Anstrengungen, wieder eine Zentralregierung zu schaffen, als Gefährdung ihrer Interessen ansahen und noch immer ansehen. Diese politischen Störenfriede zerfallen in mehrere große Gruppen. Die eine Gruppe besteht aus Milizenführern, die durchaus als «Warlords» bezeichnet werden können. Diese Personen sind höchst wachsam gegenüber jedem Versuch, den Staat wiederherzustellen, da dieser Recht und Ordnung neu etablieren könnte. Einige fürchten, dass sie für Kriegsverbrechen zur Verantwortung gezogen werden könnten. Andere kalkulieren damit, dass ihre Machtbasis auf einem fortgesetzten Zustand der Angst und der allgemeinen Spannungen beruht, was ihre Anhängerschaft (d. h. ihren Klan) dazu bewegt, sich auf sie als Schutzmacht zu verlassen. Eine zweite Gruppe von Störenfrieden sind ganze Klans oder Subklans in Somalia, die im Lauf des Krieges wertvollen Besitz an sich gerissen und für sich reklamiert haben und fürchten, dass die Rückkehr der Herrschaft des Gesetzes die Rückgabe geraubten Besitzes mit sich bringen könnte, ebenso wie lokale Wahlen, die zahlenstärkere Gruppen an die Macht bringen würden anstatt diejenigen, die über die größere Feuerkraft verfügen. General Aidids erfolgreiche Mobilisierung seines Subklans gegen die UN-Opera-

4 Es ist wichtig zu betonen, dass nicht alle Somalier, die als Vertragspartner der Hilfsagenturen während der Hungersnot fungierten, an der Verlängerung der Hungersnot oder der Abzweigung von Nahrungsmittelhilfe beteiligt waren. Viele von ihnen waren rechtmäßige Vertragspartner, die sehr schwierige Aufgaben beim Transport und bei der Absicherung von Nahrung und Geld übernahmen.

tion in Somalia im Jahre 1993 war großenteils durch die Angst angetrieben, dass der Subklan, der die Kontrolle über wertvollen Grundbesitz in Mogadischu und am Fluss Shabelle gewonnen hatte, durch Wahlen und die Rückkehr der Gesetzlichkeit marginalisiert werden würde.

Etliche Jahre danach ist Somalia noch immer die Heimat einer ganzen Reihe von «Kriegsunternehmern», die entschlossen scheinen, die Wiederherstellung des Staates zu sabotieren, um ihre eigenen wirtschaftlichen oder politischen Interessen zu schützen. Aber seit 1993, als die Vereinten Nationen mit 30.000 Friedenssoldaten intervenierten, um den Krieg zu beenden und die Aussöhnung zu fördern, hat sich in der somalischen Gesellschaft eine Weiterentwicklung der Interessenlage ergeben. Besonders in den letzten fünfzehn Jahren hat sich ein steigender Prozentsatz somalischer Geschäftsleute, darunter auch Milizenführer, die eigene Firmen besitzen, eher in Richtung gesetzlich akzeptierter ökonomischer Sektoren bewegt: Sie investieren inzwischen in feste Anlagegüter – darunter Hotels, Telekommunikationsgebäude, Lagerhäuser, Leichtindustrie und Landeplätze (Menkhaus 2003). Dieser Trend ist wichtig. Er inspiriert bei einer wachsenden Zahl politischer und kaufmännischer Eliten eine wesentlich größere Wertschätzung für Recht und Ordnung und die Abwehr übermäßiger Gewalt, die ihre Anlagegüter und den Handelsfluss gefährden könnte. Während es einerseits wichtig ist, diese Trendverschiebung vom «Warlord zum Landlord» nicht zu sehr zu betonen – konkurrierende Geschäftskartelle setzen noch immer Gewalt als Mittel gegen ihre geschäftlichen Rivalen ein, und viele Geschäftsleute unterstützen nach wie vor bewaffnete Gruppen und sind an illegalen Aktivitäten wie dem Holzkohleexport beteiligt –, gibt es andererseits keinen Zweifel, dass in Somalia heute die Herrschaft des Gesetzes und das Konfliktmanagement wesentlich größere Unterstützung genießen als 1992. Ironischerweise könnte dieser Trend sehr wohl durch die beachtlichen Summen angestoßen worden sein, die UNOSOM während seines zweijährigen Engagements in Somalia 1993/94 für den Aufbau ausgegeben hat. Das eröffnete den Kaufleuten neue Möglichkeiten, sich von einer Beutewirtschaft wegzuorientieren und Vertragsgeschäfte mit der UNOSOM zu machen.

Eine ähnliche Verschiebung ist bei den jungen bewaffneten Kämpfern auszumachen, die im gesetzlosen Somalia mit Plünderungen und Erpressung ihren Lebensunterhalt verdienten. Schon recht früh zeigte sich, dass viele von ihnen eine weniger gefährliche und angesehenere Arbeit als Sicherheitskräfte für Firmen, Wohnviertel oder Scharia-Gerichte vorzogen, statt als unbezahlte Revolverhelden auf der Straße zu bleiben. Die schnelle Expansion des privaten Sicherheitsbereichs in Somalia seit 1995 war unter diesem Aspekt sehr hilfreich, indem für Sicherheitskräfte zahlreiche Jobs geschaffen wurden. Um die Jahrhundertwende standen einige der größten Milizen in Mogadischu im Dienst von Unternehmen. Ähnlich hat die Expansion von Scharia-Gerichten in Wohnvierteln Mogadischus und den umliegenden Ortschaften Hunderte von ehemaligen Kämpfern aufgesogen und in Scharia-Polizeieinheiten integriert.

Der wichtige Punkt dabei ist, dass die Konfliktparteien in Somalia (und vermutlich auch anderswo) Interessen haben und dass Interessen nicht für immer fixiert sind, sondern sich ändern können und das auch tun. Eine Analyse, die sich auf die Interessen der wichtigsten Akteure konzentriert (statt sie unter die unveränderlichen Kategorien «Störenfried» und «Warlord» einzureihen) ist deshalb sehr viel

eher in der Lage, Veränderungen in den Präferenzen und im Verhalten der Akteure in Zonen staatlichen Zusammenbruchs zu erklären (Menkhaus 2004a). Eine interessenzentrierte Analyse kann deshalb helfen, die Theorien zum anhaltenden Krieg und Staatszerfall in Theorien zu transformieren, die sowohl erklären, warum Krisen wie Staatszerfall andauern können, als auch, warum sie eine interne Dynamik besitzen, die zu Bedingungen führen können, welche einer wiederhergestellten Gesetzlichkeit zuträglicher sind.

Wenn man feststellt, dass die Interessen wichtiger Akteure in Somalia sich so geändert haben, dass sie die öffentliche Ordnung höher schätzen als vorher, heißt das jedoch nicht, dass die somalischen Akteure «rational Handelnde» sind, die auf vorhersehbare Weise ihre unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen verfolgen. Im Gegenteil hat es den Anschein, dass die somalischen Akteure auf der Basis sehr unvollständiger und unzuverlässiger Informationen handeln, auf deren Basis sie ihre Berechnungen über die Vorteile und die Kosten einer wiedereingesetzten Zentralregierung anstellen.

Wichtig ist, dass Geschäftsleute in Somalia einen deutlichen Unterschied zwischen der Unterstützung der öffentlichen Ordnung und der Wiedereinsetzung der Zentralregierung machen. Das ist ein Unterschied, den externe Friedenskräfte oft übersehen, weil sie öffentliche Ordnung mit dem Staat verbinden. Es ist jedoch durchaus möglich, öffentliche Ordnung zu wollen und zugleich die Wiederherstellung von Staatlichkeit zu fürchten und sogar zu blockieren. Während die meisten Geschäftsleute und andere Beteiligte aus den Bedingungen öffentlicher Ordnung unmittelbare Vorteile ziehen, weil sie die Sicherheitskosten für den Handelsverkehr reduzieren, Investitionen schützen und die Lebensqualität für die einzelnen Haushalte verbessern, birgt die Aussicht auf einen wiederhergestellten Zentralstaat viel größere Risiken in sich. Wie bereits erwähnt, war die historische Erfahrung mit dem Zentralstaat in Somalia nicht so, dass er die Herrschaft des Gesetzes gefördert und gute Bedingungen für privaten Unternehmergeist geschaffen hätte. Stattdessen war der Zentralstaat ein Instrument der Enteignung und Unterdrückung, von einigen wenigen Klans monopolisiert, um alle anderen zu dominieren. Um es anders zu sagen: Die Förderung öffentlicher Ordnung in Somalia ist ein Gewinnspiel, während vielen Somalis die Wiederherstellung von Staatlichkeit als Nullsummenspiel erscheint – und zwar als ein Spiel mit sehr hohen Einsätzen. Während beinahe alle Somalis der Ansicht sind, dass sie die Kerndienstleistungen brauchen, die eine funktionierende Zentralregierung liefert, lässt die Gefahr, dass diese Regierung in die Hände von Rivalen fallen oder dass sie Zwangsmittel anwenden und sich gegenüber dem privaten Sektor räuberisch verhalten könnte, den Aufbau von Staatlichkeit für einige Gruppen in Somalia zu risikoreich erscheinen, als dass sie ihn unterstützen wollten. Die jüngste Erfahrung mit dem TFG, das von somalischen Geschäftsleuten Millionen von Dollar erpresst hat, während es zugleich keinerlei Dienstleistungen oder Sicherheit als Gegenleistung bot, hat diese Ansicht vermutlich nur bestärkt. Wenn das so ist, wird es in Zukunft noch schwieriger werden, somalische Geschäftsleute davon zu überzeugen, dass sie die Wiederherstellung von Staatlichkeit unterstützen.

Tatsächlich kann man behaupten, dass Versuche zur Wiederherstellung eines Zentralstaates die bewaffneten Konflikte verschärft haben. Staatsaufbau und Friedensstiftung sind in Somalia zwei verschiedene und unter einigen Gesichts-

punkten widersprüchliche Unternehmungen. Es ist nicht die Existenz einer funktionierenden und effektiven Zentralregierung, die den Konflikt hervorbringt, sondern eher scheint der Prozess der Bildung von Staatlichkeit im Kontext des staatlichen Zusammenbruchs die Instabilität und den bewaffneten Konflikt in Somalia zu verschärfen.

Trotz alledem schienen somalische Geschäftsleute wenigstens einige Male bereit zu sein, einen wiederhergestellten Staat zu unterstützen. Das deutlichste Beispiel war die Unterstützung für die kurzlebige Administration in Mogadischu 2006, die vom Council of Islamic Courts (CIC) kontrolliert wurde. Zwar stimmt es, dass Teile der Geschäftswelt ihre finanzielle Unterstützung unter Zwang gaben, zugleich scheint es aber so, dass viele andere sich dem Projekt einer Staatenbildung unter islamischer Führung verbunden fühlten. Eine der zahlreichen Tragödien der somalischen Saga ist die, dass gerade zu einem Zeitpunkt, als die Konstellation lokaler Interessen günstig für die Akzeptanz und Förderung der Wiederherstellung von Staatlichkeit war, äußere Faktoren bzw. Akteure (vor allem Äthiopien) Einfluss nahmen und diese Bemühungen untergruben (Menkhaus 2007).

Regieren ohne Regierung

Im Angesicht des Staatszerfalls haben verschiedene somalische Gruppen emsig alternative Methoden verfolgt, um sich mit den wichtigsten Diensten zu versorgen, die man normalerweise mit dem Staat assoziiert: vor allem anderen Sicherheit und öffentliche Ordnung.[5] Diese lokalen Sicherheits- und Ordnungssysteme sind unterschiedlicher Art, schwach und anfällig für plötzliche Rückschläge, aber der generelle Trend in ganz Somalia (bis 2007, als die äthiopische Intervention diese Entwicklungen zerstörte) war die zunehmende Verbesserung der Sicherheitslage seit den frühen 1990er Jahren. Durch diese informellen Methoden des Regierens haben manche Somalier für öffentliche Ordnung gesorgt, ohne dabei notwendigerweise die Wiederherstellung von Staatlichkeit zu unterstützen. Die Entwicklung informeller Regierungs- und Sicherheitssysteme ist den ausländischen Hilfskräften, die sich für die Förderung von Gesetzesherrschaft und Staatlichkeit engagieren und deren Energien sich hauptsächlich strikt auf formelle staatliche Strukturen richten, weitestgehend entgangen. Externe Initiativen zur Wiederherstellung von Staatlichkeit haben manchmal öffentliche Sicherheit und Ordnung eher untergraben als gefördert, indem sie existierende informelle Sicherheits- und Regierungssysteme ausgehöhlt haben.

Die wichtigste einzelne Quelle der Sicherheit für Familien und Gemeinschaften in Somalia ist die Abschreckung – die Drohung mit Vergeltung durch ganze Subklans als Antwort auf Angriffe auf ein Mitglied des eigenen Klans. Dieser Mechanismus ist zugleich jedoch auch die Ursache für Teufelskreise aus Rachemorden und allgemeiner Gewalt und trägt die Instabilität von vornherein in sich. Allerdings ist die Drohung mit Tötung aus Vergeltung nur ein Teil eines breiteren Gewohnheitsrechts, das Diebstahl, Körperverletzung sowie Mord und Totschlag bestraft und regelt.

Ein Großteil des informellen Regierens in Somalia stützt sich auf sogenannte «traditionelle» Ursprünge der Herrschaft in der somalischen Gesellschaft: Gewohn-

5 Dieser Teil des Kapitels ist aus einer ausführlicheren Fassung der These in Menkhaus 2006 abgeleitet.

heitsrecht (*xeer*), Blutgeld- bzw. Entschädigungsverbände[6] (*diya*), Zugehörigkeit zu einem Subklan oder einem Klan (und die gemeinsame Aktion, die Klans zur Verteidigung von Gruppeninteressen vornehmen). Diese Systeme sind über Jahrhunderte verfeinert worden, um die «pastorale Anarchie» in den Griff zu bekommen, lange, bevor es den Kolonialstaat gab. Obwohl das Gewohnheitsrecht und die traditionellen Autoritäten politisch oft manipuliert oder aber durch das schiere Ausmaß der Gewalt im heutigen Somalia verdrängt wurden, haben sie immer noch eine nützliche Rolle in der kolonialen und postkolonialen Ära gespielt. Das offizielle juristische System im unabhängigen Somalia ist nie der bestimmende Rahmen für die Entscheidung von Rechtsfällen gewesen; der Sitz eines fachkundigen Scheichs war normalerweise voller streitender Parteien, während der örtliche Gerichtshof leer blieb. Seit dem Zusammenbruch des Staates haben *xeer* und *diya* eine noch wichtigere Rolle in den informellen Systemen rechtlicher Ordnung gewonnen.

Aber die Gemeinschaften in Somalia haben sich nicht allein auf die traditionellen Mechanismen der Herrschaft des Gesetzes gestützt. Informelle Sicherheitssysteme sind in Somalia generell gemischte Arrangements, die komplexe und ständig neu ausgehandelte Bündnisse zwischen traditionellen Klanführern, lokalen politischen Eliten, führenden Geschäftsleuten, zivilen Führern (NGOs) und religiösen Persönlichkeiten beinhalten. Sie nutzen herkömmliche Methoden des Konfliktmanagements, vermengen diese aber innovativ und pragmatisch mit modernen politischen Instrumentarien. Diese gemischten Sicherheitsarrangements haben in manchen Fällen bewaffnete Jugendliche, Milizenführer und andere Personen, die ein politisches und wirtschaftliches Interesse an der Fortdauer von Gesetzlosigkeit und Unsicherheit haben, in die Schranken verwiesen oder auch kooptiert.

Dass lokale Gemeinschaften nicht passive Opfer des staatlichen Zusammenbruchs sind, sondern aktiv neue Systeme des Regierens und der Sicherheit schaffen, ist eine Feststellung, die nicht bestritten wird. Strittig ist aber, ob diese lokalen Regierungssysteme in Somalia von den ausländischen Akteuren als Basisbausteine für die Wiederherstellung von Staatlichkeit anerkannt und unterstützt werden sollten. Manche wenden sich gegen die Einbeziehung der nichtstaatlichen Systeme der Regierungsausübung, weil sie nur vorübergehend funktionierende Mechanismen darstellten, die schnell verschwinden würden, wenn die formellen staatlichen Strukturen erst einmal wiederhergestellt seien. Andere wenden sich gegen die Legitimierung informeller Regierungssysteme, weil diese mit Verfassungen und den universellen Menschenrechten kollidierten. Tatsächlich sind alle lokalen Sicherheitsarrangements in den von Somalis bewohnten Teilen Ostafrikas bis zu einem gewissen Grade «illiberal»: Die Gerechtigkeit und Sicherheit, die sie stiften, entsprechen nicht den internationalen Menschenrechtsstandards und bieten den verschiedenen Teilen der Gemeinschaft (insbesondere den Frauen, den Mitgliedern schwacher oder wenig angesehener Familien, Flüchtlingen und den Armen) sehr ungleichartige und fragmentarische Formen von Sicherheit. Da, wo diese Quellen öffentlicher Ordnung mit offiziellen staatlichen Strukturen koexistieren (in Kenia, Äthiopien und Somaliland), kollidieren sie mit den verfassungsmäßigen Rechten.

6 Blutgeldverbände sind Klans oder Subklans, die anfallendes Blutgeld (mit dem eine Todesstrafe aufgehoben werden kann) gemeinsam zahlen; vgl. www.warsame.de/html/somalia.html (Anm. d. Red.)

Es überrascht deshalb nicht, dass die vom Ausland finanzierten Programme zur Herstellung von Gesetzlichkeit und Staatlichkeit in Somalia dazu tendierten, die formelle Staatlichkeit zu stützen und informelle Systeme der Regierungsausübung zu ignorieren.

Man kann jedoch auch so argumentieren, dass diese Strukturen zwar keine funktionierenden Mechanismen, sehr wohl aber der Ausdruck einer organischeren, von der Gemeinschaft getragenen Regierungsbildung sind und das Potential haben, als Bausteine für die Wiederherstellung von Staatlichkeit zu dienen. Aus dieser Perspektive sind lokale Regierungsstrukturen die einzige Quelle von Sicherheit und Ordnung auf der Ebene der Familien und Gemeinschaften, und deshalb sollten Hilfsagenturen wenigstens das Prinzip anwenden, sie nicht zu beschädigen.

Wieder andere stellen die These auf, dass die Regierungssysteme auf lokaler Ebene zur Geburt eines neuen, postkolonialen Staates beitragen könnten und man ihnen deshalb Raum und Entwicklungsmöglichkeiten einräumen müsse. Im nördlichen Kenia und in Somaliland mussten schwache Staatsautoritäten sich mit diesen gemischten somalischen Regierungsformen arrangieren, um indirekt lokale Kontrolle über die örtlichen Bevölkerungen ausüben zu können, und zwar aufgrund von Arrangements, die man als «vermittelte Staatlichkeit» bezeichnen könnte (Menkhaus 2007a). Die Entwicklung einer vermittelten Staatlichkeit ist eine so faszinierende wie problematische Form der Koexistenz zwischen einem schwachen Staat und informellen Sicherheitsstrukturen an seinen Rändern. Es könnte sein, dass eine Strategie zum Aufbau von Staatlichkeit, die die Koexistenz einer sich herausbildenden staatlichen Struktur mit ergänzenden informellen Sicherheitsarrangements zulässt – also eine gewisse Variation des Modells des «vermittelten Staats» – wenigstens kurz- bis mittelfristig ein unumgänglicher Ansatz bei der Wiederherstellung von Staatlichkeit in Somalia wäre, obwohl die Anstrengungen der «Regierung» – zuerst seitens der islamistischen Autoritäten in Mogadischu 2006 und dann 2007 seitens des TFG –, lokale Regierungsstrukturen zu unterdrücken und zu ersetzen, darauf hindeuten, dass Vertreter offizieller Staatlichkeit in Somalia nichtstaatliche lokale Autoritäten als Bedrohung empfinden.

Somalia heute: Inländische Akteure und Interessen

Der Charakter und die Zusammensetzung der heimischen Hauptakteure in Somalia hat sich seit den frühern 1990er Jahren deutlich verändert: dazu gehören die Infragestellung von Autorität im entstaatlichten Somalia ebenso wie die ständig wechselnden Koalitionen. Beispielsweise waren Interessengruppen («factions») in der ersten Hälfte der 1990er Jahre die politischen Hauptakteure. Die meisten von ihnen wurden von einem Milizenführer geführt und repräsentierten einen einzelnen Klan. Sie hatten faktisch das Monopol bei den nationalen Versöhnungsgesprächen und verschwanden dann in der Bedeutungslosigkeit. Regionale und lokale Organisationen besaßen zeitweise eine gewisse Bedeutung, aber nur selten auf der Ebene der nationalen Friedensgespräche. Seit den späten 1990er Jahren waren eine Reihe lockerer Koalitionen die Hauptakteure. Von 2000 bis 2004 erwies sich dann zum Beispiel der von Äthiopien unterstützte Somali Reconstruction and Reconciliaton Council (SRRC), geführt von Abdullahi Yusuf, als wirkungsvolle Koalition gegen das Transitional National Government (TNG). 2005 stellte die «Mogadishu Group», gebildet aus einer

Reihe von Milizenführern, Islamisten, zivilen Führern und Geschäftsleuten hauptsächlich aus dem Hawiye-Clan, eine kurzlebige, aber machtvolle Koalition gegen die von Äthiopien unterstützte TFG dar. Die breite islamistische Koalition, die im Council of Islamic Courts (CIC) zusammengefasst war, übernahm 2006 die Kontrolle über Mogadischu und einen Großteil Südsomalias, bevor sie bei einer militärischen Offensive Äthiopiens im Dezember des Jahres eine vernichtende Niederlage erlitt.

In einigen Fällen haben sich politische Akteure herausgeschält, die sich einen festen Platz auf dem politischen Spielfeld in Somalia erobert haben. In der Regel sind das Gruppen, die in Somalia beachtliche Macht und beachtlichen Einfluss ausüben (und deshalb bei Friedensgesprächen berücksichtigt werden müssen), jedoch schwach organisiert und untereinander zerstritten sind, infolgedessen auch nicht als «Akteure» im strikten politischen Wortsinn angesehen werden können. Eine dieser Gruppen ist die starke Geschäftswelt Somalias, die erhebliche Ressourcen kontrolliert und private Milizen unterhält und von Regierungen und Koalitionen als Verbündete umworben wird. Die Geschäftswelt verfügt über beeindruckende Partnerschaften quer durch die Klans, ist aber bezogen auf die politischen Loyalitäten unverändert geteilter Meinung und hat sich bisher ganz allgemein dagegen gesträubt, direkt in die politische Arena zu steigen. Das typische Verhalten der Geschäftswelt besteht darin, mit jedem zu verhandeln, der die Häfen und Städte kontrolliert, um sich den Zugang zu den Märkten zu erhalten. Eine andere neu entstehende Gruppe ist die große somalische Diaspora[7], heute mehr als eine Million Menschen. Für die somalische Wirtschaft ist die Diaspora überaus wichtig, weil sie jährlich zwischen 500 Millionen und 1 Milliarde Dollar nach Somalia schickt. Sie unterstützt politische Bewegungen in erheblichem Umfang finanziell und auch anderweitig und wird zunehmend zu einem wichtigen Rekrutierungsfeld von Führern für die politischen Gruppen im Land.[8]

Während man verschiedene Interessengruppen und Koalitionen in Somalia seit 1991 hat kommen und gehen sehen, gibt es zwei große Gruppierungen, die in unterschiedlicher Gestalt die ganze Zeit Bestand gehabt haben. Die reinsten Erscheinungsformen dieser beiden Koalitionen waren der SRRC (2000-2004) und die Mogadishu Group (2005). Der SRRC wurde von Äthiopien unterstützt, war antiislamistisch, wurde vom Darod-Klan dominiert, war hauptsächlich in den Regionen außerhalb von Mogadischu beheimatet und fühlte sich dem Föderalismus verbunden. Die Mogadishu Group war das genaue Gegenteil – entschieden antiäthiopisch, stand den Golfstaaten und islamischen Interessen nahe, hatte selbst Islamisten in der Koalition, sammelte sich um machtvolle Subklans des Hawiye-Klans (insbesondere Habar Gedir/Ayr), hatte ihre Basis in Mogadischu und neigte eher zu einem starken Zentralstaat statt zu einem föderativen System. Diese beiden Koalitionen haben verschiedene Formen angenommen – zur Zeit dominiert der SRRC zum Beispiel das Transitional Federal Government (TFG) –, bestehen aber in der einen oder anderen Form schon ein Jahrzehnt lang. Zwischen diesen beiden Koalitionen gibt es eine Menge

7 Gemeint sind die im Ausland lebenden Somalier, die hauptsächlich im Mittleren Osten, in den USA und Kanada, in Großbritannien, den Niederlanden und den skandinavischen Ländern leben (Anm. d. Red.).

8 Zur ausführlichen Erörterung der Bedeutung der Diaspora beim Aufbau des somalischen Staates siehe A. Osman Farah et al. 2007.

von «Springern» – opportunistische Milizen und politische Figuren, die zwischen den Allianzen hin- und herspringen und denen keine von beiden vertraut. Die Springer vermitteln externen Beobachtern den falschen Eindruck politischer Bewegung und wichtiger Koalitionsbildung, während die politische Szene in Somalia in Wahrheit in einen relativ unbeweglichen Konflikt zwischen den beiden Koalitionen feststeckt.

Gegenwärtig sind die wichtigsten inländischen politischen Akteure in Somalia die folgenden:

Das **Transitional Federal Government** (TFG). Das TFG war von Beginn ein sehr schwacher Akteur in Somalia, seiner offiziellen Rolle zum Trotz. Seine Schwäche ist zum Teil auf die geringe Legitimation in den Augen der meisten Somalis zurückzuführen, die argumentieren, dass die Führer der Übergangsregierung in einem sehr umstrittenen Verfahren ausgewählt wurden und nur Marionetten Äthiopiens sind. In den zweieinhalb Jahren seit ihrer Einsetzung hat die Übergangsregierung eine bejammernswert unterentwickelte Amtsführung vorzuweisen und hat bei der Lösung der Kernaufgaben praktisch keine Fortschritte gemacht. Die Sache wird noch schlimmer dadurch, dass sie sich an der sehr plump und ungeschickt durchgeführten Kampagne gegen die Aufständischen beteiligt hat, die vom äthiopischen Militär in Mogadischu geleitet wurde. Statt eine Quelle der öffentlichen Ordnung zu sein, sind die TFG-Sicherheitskräfte für die Öffentlichkeit in Mogadischu eine der Hauptursachen der Unsicherheit. Der geringe Legitimationsgrad des TFG ist durch die Tatsache noch verstärkt worden, dass die Regierung, die als eine Regierung der nationalen Einheit gedacht war, stattdessen auf einer sehr begrenzten Koalition einiger weniger Klans beruht und einige Subklans von wichtigen Regierungsämtern ausschließt. Aus dem Übergangsparlament, das der Theorie nach der Treuhänder der somalischen Souveränität und die Verkörperung der angemessenen Repräsentation der Klans ist, wurden 2007 die meisten Oppositionellen verdrängt; die Mehrheit der Abgeordneten der heutigen Parlamentsmitglieder geben ihre Stimmen auf der Basis von Zahlungen ab, die sie von der Exekutive erhalten haben, was das Parlament nicht gerade zu einem Inbegriff des demokratischen Prozesses macht. Die Vergehen der Parlamentsmitglieder verblassen allerdings im Vergleich mit den Vorwürfen gegen die Regierung: Premierminister Ghedi wurde beschuldigt, unter dem Deckmantel der «Besteuerung» Geld von den Geschäftsleuten erpresst und den Großteil der Erlöse in die eigene Tasche gesteckt zu haben. Ghedi musste schließlich in November 2007 als Premierminister zurücktreten und wurde durch Nur «Adde» Hassan Hussein ersetzt. Nur Adde sah sich sofort einer ganzen Reihe von Problemen gegenüber: der Verschlechterung der Gesundheit des alternden Präsidenten Yusuf, die seine Krankenhauseinweisung in Kenia erforderlich machte; dem Rücktritt von vier Kabinettsmitgliedern nach Nurs Kabinettsumbildung und der Weigerung der im Exil befindlichen Opposition, mit dem neuen Premierminister in Dialog zu treten. Was wir heute TFG nennen, ist in Wahrheit eine Ansammlung zunehmend autonomer, bewaffneter Interessengruppen, die von verschiedenen Ministern des TFG geführt werden, welche ihre eigene Machtbasis und die Kontrolle über Teile der Hauptstadt zu verstärken suchen. Dieses Ausmaß interner Zerstrittenheit macht es schwierig, das TFG als einen monolithischen Akteur anzusehen. Viele der führenden Politiker des TFG werden anscheinend von einer sehr kurzfristigen Gier angetrieben und hoffen, soviel wie möglich für sich zusammenzuraffen, bevor das TFG als ganzes zusam-

menbricht. Das spiegelt den «verkürzten politischen Horizont» politischer Akteure in «Schattenstaaten» wider, den William Reno beschrieben hat (2000: 45).

Die **Opposition**. Die meisten Somalier lehnen sowohl die Übergangsregierung – die sie als illegitime Marionette Äthiopiens ansehen – als auch die äthiopischen Besatzer aus tiefstem Herzen ab; daher umfasst die Opposition eine enorme Bandbreite an Gruppen, die miteinander praktisch nichts gemein haben außer dem Wunsch, Äthiopien vom somalischen Territorium zu vertreiben und das TFG am wirkungsvollen Handeln zu hindern. Die somalische Opposition kann in keiner Hinsicht als kohärente Gruppe angesehen werden, und selbst diejenigen, die Mitte September 2007 in Asmara (Eritrea) die «Alliance for the Re-Liberation of Somalia» (ARS) bildeten, stellen eine sehr lose und heterogene Koalition dar, die sowohl Nicht-Islamisten als auch islamistische Hardliner umfasst. Die Opposition gegen das TFG und gegen die äthiopische Besetzung besteht aus zwei verschiedenen Kategorien von Akteuren. Die eine davon ist ein Kernbestand somalischer Gruppen, deren Interessen sich grundlegend von denen des TFG und Äthiopiens unterscheiden (weiter oben als «Mogadishu Group» beschrieben); die zweite ist eine Sammlung opportunistischer Widersacher, deren politisches Verhältnis zum TFG und zur Opposition sich im Lauf der Zeit verändert hat und die zu dem Schluss gekommen sind, dass die Zukunft bei der Opposition liegt. Die «Kernopposition» errang 2000 die Kontrolle über das Transitional National Government (TNG), das vom durch Äthiopien unterstützten SRRC erfolgreich bekämpft und ausgehebelt wurde; diese Kernopposition war auch der Hauptunterstützer des Council of Islamic Courts während seines kurzen Interregiums 2006.

Die **Shabaab-Miliz**. Die Shabaab-Miliz (*shabaab* ist das arabische Wort für «Jugend») war ursprünglich eine speziell ausgerüstete Einheit der Scharia-Gerichte in Mogadischu, kurz nach 1998 durch den islamistischen Hardliner Hassan Dahir Aweys ins Leben gerufen. Aweys versuchte, eine gut ausgebildete, gut ausgerüstete und klanübergreifende Miliz zu schaffen, die den Anführern der islamischen Gerichtshöfe unterstellt war. Zu jener Zeit waren alle anderen Scharia-Milizen in Mogadischu klangebunden, nur lose den Islamisten verpflichtet und auf den örtlichen Gerichtsbezirk des Scharia-Gerichtshofs ihres Subklans beschränkt. Im Gegensatz dazu war die Shabaab eine Art somalische Mudschaheddin, gebildet aus jungen Kämpfern, die sich einem radikalen Islam verpflichtet fühlten. Man glaubt, dass die Shabaab bis zum Jahr 2004 ungefähr 400 Kämpfer besaß. Sie wurde von einem Veteranen aus Afghanistan geführt, Aden Hashi 'Ayro. Die Shabaab führte einen «schmutzigen Krieg» mit politischen Morden an Gegnern der Islamisten, darunter zivile Führer, aber ganz besonders somalisches Sicherheitspersonal, das verdächtigt wurde, Kontakte zu westlichen Geheimdiensten zu haben. Schon 2004 gab es Spekulationen, dass die Shabaab eine autonome und radikal gewalttätige Truppe war, die nicht länger von Aweys kontrolliert wurde (ICG 2005; 2005a). Das Verhältnis zwischen der Shabaab und den islamistischen Führern ist ein Gegenstand der Spekulation geblieben. Als äthiopische Einheiten im Dezember 2006 in Somalia einmarschierten, erlitt die Shabaab schwere Verluste – 'Ayro selbst wurde verwundet –, und eine Zeitlang nahm man an, sie sei eine aufgeriebene Einheit. Aber Reste der Shabaab formierten sich in Mogadischu neu und bildeten den Kern eines immer stärkeren Widerstands gegen das TFG

und Äthiopien. In ihren wenigen öffentlichen Verlautbarungen besteht die Shabaab darauf, dass sie den Widerstand anführt und dass die Opposition außerhalb des Landes sie «unterstützt». Das widerspricht den öffentlichen Erklärungen der islamistischen Opposition im Exil, die für sich beansprucht, den Widerstand zu führen. All das deutet darauf hin, dass die Shabaab in irgendwelchen Friedensgesprächen zwischen dem TFG und der Opposition im Exil keineswegs eingeplant werden kann. Es ist auch nicht klar, ob jemand die Shabaab «marginalisieren» kann, wie es oft im Gespräch war. Die künftige Ausrichtung der Shabaab ist eines der schwierigsten langfristigen Probleme in Somalia.

Die **Geschäftswelt.** Die Geschäftswelt spielt, wie oben schon erwähnt, auf der politischen Bühne Somalias eine wichtige Rolle, vor allem als zentrale Quelle von Geldmitteln für politische Bewegungen und Regierungen. Die Interessen der Geschäftswelt sind geteilt, und sie scheint dafür schlecht gerüstet, sich direkt politisch zu betätigen. Die Geschäftsleute haben wenig andere Möglichkeiten, als «Steuern» an wen auch immer zu zahlen, der eine Regierung oder einen Hafen kontrolliert. Allgemein hält man es zunehmend für unerlässlich, die Geschäftsleute direkter in die Friedensgespräche zur Wiederherstellung des Zentralstaats einzubeziehen.

Die **Zivilgesellschaft**. Die somalische Zivilgesellschaft hat im letzten Jahrzehnt an Bedeutung gewonnen und ist eine wichtige Kraft für den Frieden und die Wiederherstellung von Staatlichkeit. Allerdings haben die politische Gewalt, Morde und brutale Maßregelungen sowohl durch das TFG als auch durch die Islamisten in den letzten Jahren die Zivilgesellschaft erheblich geschwächt. Besonders hart betroffen wurden die unabhängigen Medien.

Somalia heute: ausländische Akteure und Interessen

Äthiopien. Kein anderer Beteiligter ist so entscheidend für den Ausgang der Dinge in Somalia wie die Regierung von Äthiopien. Die militärische Besetzung Südsomalias ist der wichtigste Katalysator für den bewaffneten Aufstand; die Truppen des Landes stellen einen wesentlichen Schutz für die Übergangsregierung dar, ohne den die Regierung schnell aus der Hauptstadt vertrieben würde, und Äthiopien genießt direkte Unterstützung durch die Vereinigten Staaten. Die andauernde Besetzung Mogadischus durch die Ethiopian National Defense Force (ENDF) ist für Äthiopien in mehrfacher Hinsicht kostspielig – finanziell, diplomatisch und personell (im Hinblick auf die steigende Zahl der Todesopfer). Trotzdem hat sich die Belastung durch den andauernden und unentschiedenen Kampf gegen den Aufstand bis heute für die äthiopische Regierung als erträglich erwiesen. Die ENDF ist das größte stehende Heer im Afrika südlich der Sahara und kann die Belastung gleichzeitiger Einsätze in Somalia, dem östlichen Äthiopien und entlang der eritreischen Grenze aushalten. Wenn auch der Krieg und die Todesopfer in Äthiopien unpopulär sind, braucht doch die Regierung Meles nach ihrem drakonischen Vorgehen gegen die Oppositionsparteien im Jahr 2005 kaum mit inneren Unruhen zu rechnen. Die Vereinigten Staaten als Verbündeter haben die Meles-Regierung gegen die Kritik der internationalen Diplomatie abgeschirmt, mit denen sie zu rechnen gehabt hätte wegen der humanitären Folgen, die mit der Taktik ihres Kampfes gegen den Aufstand verbunden sind.

Alles in allem steckt Äthiopien in Somalia zwar tief im Morast, versinkt aber nicht darin. Der Hauptteil der Kosten des derzeitigen Aufstands und des Kampfes gegen ihn wird von der somalischen Bevölkerung geschultert, nicht von Äthiopien. Das eröffnet der Regierung Meles die Möglichkeit, den Krieg fortzusetzen, solange sich keine anderen Optionen anbieten. Nach dem, was zu hören ist, ist die gegenwärtige Krise in Mogadischu – das Versagen des TFG und der fortdauernde und sich verschärfende Widerstand – für Äthiopien kostspielig, für die äthiopischen Amtsträger frustrierend und in keiner Weise das Szenario, das sie gern hätten. Wenn aber die einzige Alternative der Rückzug und der dann folgende Sieg der Aufständischen über das TFG sind, wird die Regierung Meles ihren Kurs in Mogadischu wohl beibehalten. Das wirft die Frage auf, was die Regierung Meles genau in Somalia erreichen will und mit welchen Ergebnissen sie zu leben bereit ist. Diese Frage ist wichtig für ein Verhandlungsergebnis in Somalia und Gegenstand einer ausgedehnten Debatte. Die meisten Diplomaten, die mit der somalischen Sache befasst sind – darunter auch Vertreter der USA, die engere Kontakte zu den äthiopischen Politikern haben –, sind sich über die äthiopischen Politikziele in Somalia sehr unsicher. Viele erzürnte somalische Kritiker behaupten, dass Äthiopien entschlossen sei, den Zustand der Warlord-Herrschaft und das Chaos in Somalia aufrechtzuerhalten, und dass Somalia niemals Frieden finden wird, bis Äthiopien besiegt ist. Andere behaupten, Äthiopien werde sich nur mit einer Marionettenregierung in Mogadischu zufrieden geben, um in Somalia dieselbe autoritäre Herrschaft über die nominell autonomen ethnischen Bundesstaaten auszuüben wie im eigenen Land. Wieder andere beschuldigen Äthiopien, es sei unwillig, den Islamisten in Somalia irgendeine Rolle einzuräumen, eine Haltung, die den permanenten Konflikt garantieren würde, wenn man bedenkt, welchen wichtigen Faktor der politische Islam in Somalia darstellt. Fragt man äthiopische Regierungsvertreter, weisen sie auf das Verhältnis der äthiopischen Regierung zum Sudan seit den 1990er Jahren hin, um zu belegen, dass die Regierung Meles sowohl ihre Bereitschaft als auch ihre Fähigkeit gezeigt hat, mit islamistischen Regierungen zusammenzuarbeiten, vorausgesetzt, dass diese Regierung die äthiopischen Sicherheitsinteressen respektiert. Sie weisen ferner darauf hin, dass sie sowohl vor wie nach der Offensive vom Dezember 2006 den Dialog mit den somalischen Islamisten gesucht hätten und beschuldigen die Hardliner in der Bewegung, die Gespräche torpediert zu haben, indem sie irredentistische Ansprüche auf äthiopisches Gebiet stellten, zum Dschihad gegen Äthiopien aufriefen und den bewaffneten Aufstand gegen die Regierung Meles unterstützten und finanzierten. Die Unsicherheit über die Art der Regierung, die Äthiopien in Mogadischu akzeptieren würde, wird vermutlich bleiben. Doch einige Punkte in Bezug auf die äthiopischen Interessen und Positionen sind klar und dienen als Ausgangsbasis für eine effektivere diplomatische Strategie. Zunächst einmal ist festzustellen, dass Äthiopien in der somalischen Krise seit den späten 1990er Jahren einer der Hauptbeteiligten war. Das ist ganz offensichtlich, und dennoch ist Äthiopien niemals direkt an den Versöhnungsgesprächen beteiligt worden, die sich immer auf die somalischen Beteiligten konzentriert haben. Unter den vielen Triebkräften, die Somalias andauernden Staatszerfall bewirkt haben, war der wichtigste Äthiopiens unausgesetzter Kampf gegen die Koalition antiäthiopischer Gruppen in Mogadischu. Äthiopien hat indirekt gegen die Mogadishu Group mit Hilfe seiner somalischen Stellvertreter gekämpft (bis 2004, mit dem Somali Reconciliation and

Reconstruction Council, SRRC) und dann ab Ende 2007 direkt durch die militärische Besetzung des südlichen Somalia. Eine Lösung der somalischen Krise erfordert, dass Äthiopien und die Mogadischu-Gruppe irgendwann einen *modus vivendi* finden. Es unterstreicht die schlechte Qualität der früheren Konfliktanalyse, die man der Diplomatie in Somalia geliefert hat, dass die diplomatische Arbeit in Somalia im letzten Jahrzehnt sich nicht darauf konzentriert hat, diese beiden Hauptkonfliktpartner ins direkte Gespräch zu bringen. Darüber hinaus hat Äthiopien in Somalia legitime Sicherheitsinteressen, die von der somalischen Opposition anerkannt und berücksichtigt werden müssen, wenn es eine Verhandlungslösung in Mogadischu geben soll. Die Neigung somalischer Oppositionskreise, äthiopische Sicherheitsbedürfnisse zu missachten, ist absolut kontraproduktiv. Wenn eine somalische Regierung oder politische Bewegung eine irredentistische Politik gegenüber Äthiopien unterstützt, logistische Hilfe für bewaffnete Aufständische gegen die äthiopische Regierung liefert, sich als Plattform für radikale Islamisten zur Verfügung stellt oder enge Beziehungen zu Äthiopiens regionalem Rivalen Eritrea pflegt, dann muss man damit rechnen, dass die äthiopische Regierung gegen diese Regierung vorgeht. Die Notwendigkeit, Äthiopiens Sicherheitsgebote anzuerkennen, ist ein zwar schmerzliches, aber unerlässliches Zugeständnis, das alle somalischen politischen Bewegungen leisten müssen, wenn Äthiopien eine wiederhergestellte somalische Zentralgewalt unterstützen soll. Äthiopien ist wohl der einzige ausländische Akteur, der sowohl vitale Interessen am politischen Geschehen in Somalia hat als auch über die militärische Schlagkraft verfügt, diese Interessen zu verfolgen. Im Gegensatz dazu tendieren andere externe Beteiligte dazu, sich in Somalia dilettantisch und opportunistisch zu verhalten, entweder, weil Somalia für sie zweitrangige Bedeutung hat, oder aber, wie im Fall Kenia, weil sie ihre Fähigkeit zeigen wollen, in Somalia die Muskeln spielen zu lassen. Das ist ein weiterer Grund, warum die äthiopischen Interessen in den Mittelpunkt realistischer politischer Lösungen in Somalia gestellt werden müssen. Die äthiopische Führung ist sichtbar überrascht von der Dauer und Stärke des bewaffneten Aufstands, und sie ist von der Unfähigkeit des TFG, wirksam zu arbeiten, tief enttäuscht worden. Ohne Zweifel hat sich Äthiopien verrechnet, als es sich zur Besetzung von Mogadischu entschloss, wobei sowohl die somalische Politik als auch die Bereitschaft anderer afrikanischer Führer, Friedenstruppen für AMISOM zu stellen, falsch eingeschätzt wurde. Die gegenwärtige Situation ist zweifellos nicht das, was sich Äthiopien in Somalia erwartet hatte. Aber der Mangel an deutlich besseren Alternativen heißt, dass die Regierung Meles wahrscheinlich ihren bisherigen Kurs fortsetzen wird – und dabei wohl auch ihre Vorliebe für unbeholfene Taktik bei der Bekämpfung des Widerstands, die kollektive Strafen und völlig unangemessene Reaktionen mit einschließt. Wenn es stimmt, dass Somalia für Äthiopien ein Sumpf ist, in dem es nicht versinken wird, wird Äthiopien sehr wahrscheinlich seine heutige Politik in Somalia fortsetzen, bis eines der folgenden Ereignisse eintritt: nämlich eine ernsthafte Bereitschaft zu Konzessionen und Sicherheitsgarantien seitens der somalischen Opposition oder ein unzumutbarer Anstieg der Kosten des Kampfs gegen den somalischen Widerstand.

Eritrea. Eritrea unterstützt die Alliance for the Re-Liberation of Somalia, indem es ihm eine Basis in Asmara sowie logistische Hilfe bietet. Es hat außerdem Waffen und Ausbildung für den Council of Islamic Courts (CIC) zur Verfügung gestellt, als dieser

Mogadischu beherrschte, und man nimmt an, dass Eritrea Waffen für den Widerstandskampf gegen Äthiopien in Mogadischu einschleust. Eritreas Ziele sind klar und einfach – man will bewaffnete Gruppen in Somalia, islamistische wie nicht-islamistische, als Stellvertreter gegen den Rivalen Äthiopien benutzen. Eritrea hofft, Äthiopien im somalischen Sumpf festhalten zu können, und ist bereit, zu diesem Zweck radikale Islamisten zu unterstützen, trotz des Faktums, dass die Regierung von Eritrea eine säkulare Regierung ist, die im eigenen Land sowohl gegen christliche wie gegen muslimische Führer hart vorgegangen ist. Eritrea hat an einem Verhandlungsfrieden, der Äthiopien erlauben würde, sich aus Somalia zurückzuziehen, wenig Interesse. Was den Staatsaufbau angeht, war Eritrea ein Hauptunterstützer des CIC und seiner kurzlebigen Regierungsbemühungen im Jahr 2006.

Vereinigte Staaten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat in Somalia eine Politik verfolgt, die hauptsächlich von Motiven des Kampfes gegen den Terrorismus bestimmt war. Aus diesem Grund unterstützten die USA in Mogadischu ein Bündnis von Milizenführern, die 2006 vom Council of Islamic Courts besiegt wurden. Seitdem haben die USA das TFG und Äthiopien bei ihren Bemühungen unterstützt, eine Regierung aufzubauen und den vielfältigen Widerstand in Mogadischu zu brechen. Die USA haben mit erheblichem Druck versucht darauf hinzuwirken, dass eine Friedenstruppe der Afrikanischen Union die Äthiopier ablöst, weil sie erkennen, dass die fortwährende Anwesenheit der Äthiopier der Hauptkatalysator des Widerstands ist. Die USA haben auch auf die Führung des TFG Druck ausgeübt, in Verhandlungen mit der Opposition einzutreten, um eine repräsentativere Regierung zu bilden. Aber sie haben immer auch die bewaffnete Opposition für die Krise in Mogadischu verantwortlich gemacht, unterstützen die äthiopische Okkupation, stufen die islamistische Opposition als extremistisch ein und bestehen darauf, dass sie auf Gewalt verzichtet als Vorbedingung für die Einbeziehung in den politischen Dialog. Neuere Erklärungen deuten darauf hin, dass die USA dazu neigen, ihre Somalia-Politik insofern zu ändern, dass sie eher den politischen Übergangsprozess betonen und nicht mehr so sehr die Regierungsfähigkeit des TFG stärken wollen.

Golfstaaten. Die Golfstaaten – vor allem Saudi-Arabien, Kuwait, der Jemen und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAR) – spielen in Somalia unregelmäßig eine gewisse Rolle, widmen dem Land aber keine große Aufmerksamkeit. Von Zeit zu Zeit leisten sie Hilfe und werden deshalb von den somalischen Interessengruppen und Übergangsregierungen umworben. Sie erweisen der Opposition gute Dienste und räumen ihr manchmal – Islamisten wie nicht-islamistischen Gruppen – die Möglichkeit ein, ungehindert in ihrem Land zu operieren, sich niederzulassen und Geldmittel zu beschaffen. Gleichzeitig haben sie versucht, gute Arbeitsbeziehungen zur TFG und Äthiopien zu pflegen und sind von den USA um diplomatische Unterstützung ersucht worden. Sie spielen alle eine wichtige Rolle in Somalias Wirtschaft, wobei die VAR für Somalia das wichtigste Handels- und Finanzzentrum sind, Saudi-Arabien den bedeutendsten Auslandsmarkt darstellt und Jemen die Hauptbezugsquelle für Handfeuerwaffen ist sowie ein erster Durchreisehalt für Migranten, die im Golf Arbeit suchen. Einige Diplomaten haben ihre Hoffnung ausgedrückt, dass manche Golfstaaten eine «Koalition der Willigen» für eine Friedenstruppe anführen könnten, die den äthiopischen Truppen den Rückzug erlauben würde.

Geberstaaten (westliche Länder). Die Geberländer – vor allem europäische Länder und die Europäische Union – spielen eine wichtige Rolle, sowohl als Quelle von Auslandshilfe als auch in der somalischen Diplomatie. Sie haben alle ihren Sitz in Nairobi. Europa war über Jahre der größte Geldgeber für Somalia und hat zeitweise beachtlichen Einfluss in den politischen Angelegenheiten Somalias ausgeübt. Unter den europäischen Ländern hat Italien eine Führungsrolle gespielt, und auch Großbritannien und die skandinavischen Staaten haben sich in Somalia mehr als andere engagiert. Die westlichen Geberstaaten waren sich über die Somalia-Politik nicht immer einig; besonders die USA sahen sich wegen ihrer Fixierung auf den Kampf gegen den Terrorismus zunehmend in der Isolation – eine Agenda, für die andere Geberländer weniger Enthusiasmus aufbrachten. Früher suchten alle politischen Strömungen und Interessengruppen in Somalia enge Beziehungen zu den Geberländern in Nairobi. Kenias Hauptstadt war die diplomatische Drehscheibe Somalias. Da mittlerweile die islamistischen und nicht-islamistischen Oppositionsgruppen am Golf oder in Eritrea sitzen und enger mit der islamischen Welt als mit dem Westen verbunden sind, hat sich der diplomatische Schwerpunkt von Nairobi fortbewegt. Der Einfluss westlicher Geberländer auf die Bemühungen des Aufbaus von Staatlichkeit in Somalia war unterschiedlich und in manchen Bereichen umstritten. Einige der innovativsten Hilfsprojekte für Verwaltung und Demokratisierung auf lokaler Ebene wurden von westlichen Staaten finanziert, aber viele Bestrebungen der Geberländer zur Wiederherstellung der Staatlichkeit waren eher formelhaft und wurden für die Verschärfung der Probleme mit den Warlords und der Korruption verantwortlich gemacht.

Vereinte Nationen und andere internationale Organisationen. Die Vereinten Nationen spielen bei der humanitären Hilfe, bei Staatsbildungsprogrammen und der politischen Vermittlung in Somalia eine führende Rolle. Wie die Geberländer haben auch die zuständigen Behörden der UN und ihr Political Office for Somalia (UNPOS) ihren Sitz in Nairobi. Der Auftritt der UN in Somalia war sehr wechselhaft, und wiederholt waren sie der Kritik durch somalische und andere Gruppierungen ausgesetzt. In letzter Zeit genießt die Führungsrolle der Vereinten Nationen bei den diplomatischen Bemühungen, den Aufstand in Somalia zu beenden, die Unterstützung und das Vertrauen der Geberländer.

Die somalische Diaspora. Wie bereits erwähnt, ist die somalische Diaspora sehr zahlreich – etwa eine Million Menschen – und einflussreich. Die Diaspora engagiert sich immer mehr in den somalischen Angelegenheiten, wobei viele, wenn nicht die meisten der somalischen Politiker noch eine zweite Staatsbürgerschaft besitzen. Die Diaspora unterstützt politische Bewegungen auch finanziell: Der CIC zum Beispiel hat beachtliche Summen in der Diaspora gesammelt. In ihren politischen Positionen ist die Diaspora kein einheitlicher Block, war aber durchgehend sehr entschieden in der Verurteilung der äthiopischen Okkupation Mogadischus. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Rolle der Diaspora in der somalischen Politik in den kommenden Jahren noch größer werden wird, weil sie auch das Rekrutierungsfeld eines Großteils der Fachkräfte und Experten für das Land ist.

Ausländische islamistische Bewegungen. Eine Reihe ausländischer islamistischer Bewegungen, hauptsächlich aus den Golfstaaten, spielen in Somalia eine wichtige

Rolle, vor allem als Geldquelle. Diese islamistischen Gruppen sind in der Regel, wenn auch nicht ausschließlich, salafistisch orientiert und befürworten eine strenge Interpretation des Islam, die dem traditionell in Somalia praktizierten Sufi-Islam entschieden zuwiderläuft. Zu diesen Gruppen gehören salafistische Missionare wie die Tabliq-Bewegung, die bei der Beschaffung von Geldmitteln für den Neubau von Moscheen hilft, Geistliche entsendet und Stipendien für somalische Gefolgsleute vergibt. Es gibt auch progressivere islamische Gruppen, die Geld für somalische Bewegungen wie al-Islah beschaffen, die im Süden Somalias beim Bau von Schulen und Krankenhäusern geholfen hat (vgl. Le Sage 2004). Ein zahlenmäßig geringer, aber gefährlicher Faktor bei den ausländischen islamistischen Akteuren in Somalia sind al-Qaida oder andere radikale Gruppen und Personen, von den man annimmt, dass sie Geld für die Shabaab-Miliz zur Verfügung stellen. Eines der Elemente, die in den Gesprächen zur Förderung des Friedens und zur Wiederherstellung von Staatlichkeit in Somalia gefehlt haben, war die aktive Zusammenarbeit von islamischen Wohlfahrtseinrichtungen und Gruppen mit der in Nairobi ansässigen westlichen Diplomatie.

Welche Art Staat in Somalia?

In den vergangenen 17 Jahren haben Somalier und externe Geberländer beharrlich versucht, eine Zentralregierung mit konventionellen staatlichen Strukturen wiederaufzubauen. Während es über die Details heftigste Auseinandersetzungen gab – über die Art des Föderalismus, der eingeführt werden sollte; über das Ausmaß, in dem der Klan die Basis der Repräsentation in der Legislative sein sollte und so weiter –, wurde der Grundgedanke einer umfangreichen Regierung mit Dutzenden von Ministerien und Tausenden von Beamten nicht in Frage gestellt. Diese folgt der Vision eines Staates, der die Logik der Klientelpolitik erfüllt, mit umfangreicher ausländischer Hilfe, um die Kosten einer großen Armee, eines großen Beamtenapparats und eines entsprechenden Budgets zu decken. Dieser maximalistische Staat ist das Modell, das die heutige Generation somalischer Politiker unter Siad Barre zu schätzen gelernt hat: der Staat als Auffangbecken für Auslandshilfe, Darlehen und Zolleinnahmen, an denen sich gut positionierte Politiker bereichern können. Dass das TFG 2005 ein Kabinett aus 82 Ministern gebildet hat, indem es auch den bizarren Posten eines Tourismusministers gab, gibt sehr gut das Bestreben wieder, eine große und ausufernde Zentralregierung zu bilden. Die externen Geber haben wenig getan, dieses Bestreben zu entmutigen.

Längerfristig, falls Somalia sich eines nachhaltigen und kräftigen Wirtschaftswachstums und höherer Steuereinnahmen erfreuen kann, wird das somalische Volk in der Lage sein, sich zwischen einer minimalistischen und einer umfangreichen Regierung zu entscheiden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann sich das Land den Luxus solcher Wahlmöglichkeiten gar nicht erlauben. Ein sehr kompakter und effizienter Zentralstaat, der sich auf die Bewältigung weniger Kernaufgaben des Regierens konzentriert und alles andere dem privaten Sektor und örtlichen Verwaltungseinheiten überlässt, ist das einzige Aufbaumodell von Staatlichkeit, das sich Somalia derzeit leisten kann. Per definitionem kann diese Form des Staates nicht als Instrument von Klientelpolitik benutzt werden – es würde an den Ressourcen fehlen, die dafür erforderlich sind. Stattdessen wird er seine begrenzten Ressourcen gezielt für einen kleinen, aber effizienten Beamtenapparat verwenden: einen Apparat,

der den privaten Sektor reguliert, ihm den Weg freimacht und der für die örtlichen Herrschaftssysteme Partner und nicht Rivale ist. Organisatorisch bedeutet das eine Umstrukturierung der Regierung, weg von der derzeitigen Form eines Stundenglases bei der Übergangsregierung – viele Minister an der Spitze, praktisch keine Beamten in der Mitte und eine große Sicherheitstruppe ganz unten – zu einer Gestalt, die mehr einem eher zylinderförmigen Messbecher ähnelt, mit weniger Ministern und mehr Beamten als bei dem ersten Modell. Die Regierung muss, wenigstens als Interimsmaßnahme, dazu verpflichtet werden, viele Staatsfunktionen lokalen Strukturen zu überlassen, die weiter oben als Somalias «Regieren ohne Regierung» beschrieben worden sind. Das würde bis zu einem gewissen Grad das Modell eines Regierens durch mittelbare Staatlichkeit in Somalia konstituieren.

Gerade weil ein nachhaltigeres Staatsmodell kleiner sein muss und über weniger Zwangsmittel und Möglichkeiten der Begünstigung verfügt, muss die Regierung auf dem Konsens aufgebaut werden, nicht auf Unterdrückung oder Kooptation. Für eine so schlanke Regierung wird die Aufgabe darin bestehen, die Entwicklung zu lenken und die Sicherheit zu erhalten. Wie der somalische Wissenschaftler Ahmed Samatar festgestellt hat, «hat kaum eine Gesellschaft den Weg der Modernität und Entwicklung beschreiten können ohne einen starken Nationalstaat».[9] Die somalische Aufgabe wird darin bestehen, einen Staat zu bauen, der stark genug ist, um die Entwicklung zu fördern, und der zugleich in Umfang und Auftrag außerordentlich schlank ist.

Realismus ist auch im Hinblick auf den regionalen Kontext in Somalia erforderlich. Auf kurze Sicht wird Somalia ein wesentlich schwächeres Land bleiben als sein großer Nachbar Äthiopien. Das Überleben einer neuen Regierung in Mogadischu macht es deshalb unabdingbar, einen *modus vivendi* mit Äthiopien zu finden, der die Sicherheitsgarantien bietet, die Äthiopien braucht. Das könnte indirekt eine eingegrenzte Souveränität Somalia in seinen Außenbeziehungen nach sich ziehen; ganz besonders muss eine neue Regierung Umsicht in ihren Beziehungen zu salafistischen oder radikal islamistischen Bewegungen und Staaten üben. Die Aussicht, Innen- wie Außenpolitik mit der Rückbesinnung auf äthiopische Bedürfnisse gestalten zu müssen, wird für somalische Nationalisten eine bittere Pille sein, die sie schlucken müssen. Die emotionalen Wogen gegen Äthiopien schlagen sehr hoch in Somalia, und das gewiss zu Recht. Aber das ändert nichts am Machtkalkül in der Region, noch ändert es etwas an der Tatsache, dass ein Äthiopien, das sich durch politische Entwicklungen in Somalia bedroht fühlt, nicht zögern wird, diese zu unterminieren.

Jenseits dieser fiskalischen und regionalen Beschränkungen sollten die vielen anderen wichtigen Entscheidungen über den Charakter und die Struktur des somalischen Staates – Föderalismus, Repräsentation und Wahlsystem, die Rolle des Islam im politischen Leben und der Rechtsprechung und so weiter – dem somalischen Volk überlassen werden. Der Versuchung auf der Seite Außenstehender, speziell der Geberländer, den Somalis die Art des politischen Systems zu diktieren, das sie zu übernehmen haben, muss widerstanden werden. Die internationale Gemeinschaft hat eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Somalis mit Informationen über die Vielfalt der politischen Systeme – das sogenannte «Menu der Möglichkeiten» –, aber irgendwelche Bestrebungen, darüber hinauszugehen und auf einem besonderen Modell zu bestehen, unterminieren «local ownership» und verurteilt die

9 Ahmed I. Samatar1994, 98.

Bestrebungen von Beginn an zum Scheitern. Je organischer das Regierungssystem in Somalia ist, desto wahrscheinlicher wird es überleben und sich entwickeln, trotz des schwierigen Umfelds, das Somalia für die Wiederherstellung von Staatlichkeit hat.

Literatur

Africa Watch (1990): «Somalia: A Government at War with its Own People». Washington DC, *Africa Watch*, Januar 1990.

Clark, Jeffrey (1993): «Debacle in Somalia». *Foreign Affairs*, vol. 72.

Farah, A. Osman, Mammo Muchie und Joachim Gundel (eds.) (2007): Somalia: Diaspora and State Reconstruction in the Horn of Africa. London.

Gersony, Robert (1989): Why Somalis Flee: Synthesis of Accounts of Conflict Experience in Northern Somalia by Somali Refugees, Displaced Persons, and Others. Washington DC: US Department of State, Bureau for Refugee Programs, August 1989.

Keen, David (2000): «Incentives and Disincentives for Violence». In: Mats Berdal und David Maone (eds.): Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars. Boulder: 19-41.

Hansch, Steve, et al. (1994): Excess Mortality and the Impact of Health Intervention in the Somalia Humanitarian Emergency. Washington DC: Refugee Policy Group.

International Crisis Group (2005): Counter-Terrorism in Somalia: Losing Hearts and Minds? Brüssel: ICG Africa Report 95, 11. Juli 2005.

dies. (2005a): «Somalia's Islamists». Brüssel: ICG Africa Report 100, 12. Dezember 2005.

Le Sage, André (2004): Somalia and the War on Terrorism: Political Islamic Movements and US Counter-Terrorism Efforts. Cambridge University: Ph.D. Diss., Juni 2004.

ders. (2004a): «Somalia: Sovereign Disguise for a Mogadishu Mafia». *Review of African Political Economy*, Vol. 29, No. 91, März 2002, 132.

Lyons, Terrence, und Ahmed Samatar (1995): Somalia: State Collapse, Multilateral Intervention, and Strategies for Political Reconstruction. Washington DC: Brookings Institution.

Menkhaus, Ken (2008): «State-Building in a Zone of Protracted Collapse: Informal Governance and Prospects for a 'Mediated State' in Somalia». In: The Challenges of State-Building and Peacebuilding, hg. von Chuck Chall. Boulder.

ders. (2003): «State Collapse in Somalia: Second Thoughts». *Review of African Political Economy*, Vol. 30, No. 97 (September 2003), 405-422.

ders. (2004): Somalia: State Collapse and the Threat of Terrorism. Adelphi Paper 364. Oxford.

ders. (2004a): «Vicious Circles and the Security-Development Nexus in Somalia». *Conflict, Security, and Development*, vol. 4, no. 2 (August 2004), 149-165.

ders. (2006): «Governance without Government in Somalia: Spoilers, State Building, and the Politics of Coping». *International Security*, vol. 31, no. 3 (Winter 2006/07), 74-106.

ders. (2007): «The Crisis in Somalia: Tragedy in Five Acts». *African Affairs* no. 106 (Sommer 2007), 357-390.

ders. (2007a): «Local Security Systems in Somali East Africa». In: Fragile States and Insecure People? Violence, Security, and the Statehood in the Twenty-First Century, hg. von Louise Andersen, Bjørn Møller und Finn Stepputat, 67-98. New York.

Menkhaus, Ken, und Lou Ortmayer (2000): «Somalia: Misread Crises and Missed Opportunities». In: *Opportunities Missed, Opportunities Seized: Preventive Diplomacy in the Post-Cold War World,* hg. von Bruce Jentleson. New York: 211-237.

Omaar, Rakiya (1992): «Somalia: At War with Itself», *Current History*, Vol. 91, Mai 1992, 233-239.

Rawson, David (1993): The Somali State and Foreign Aid. Washington DC: Foreign Service Institute.

Reno, William (2000): «Shadow States and the Political Economy of Civil Wars». In: Mats Berdal und David Malone (eds.): Greed and Grievance: Economic Agendas in Civil Wars. Boulder: Lynne Rienner Publications, 43-68.

Samatar, Ahmed I. (1994): «The Curse of Allah: Civic Disembowelment and the Collapse of the State in Somalia». In: ders. (ed.): The Somali Challenge: From Catastrophe to Renewal? Boulder, 95-146.

Stedman, Steve (1997): «Spoiler Problems in Peace Processes». *International Security*, Vol. 22, No. 2, Herbst 1997, 5-53.
Zartman, I. William (2005): Cowardly Lions: Missed Opportunities to Prevent Deadly Conflicts and State Collapse. Boulder.

Im Zentrum von Mogadischu, November 2007

MOHAMMED HASSAN IBRAHIM & ULF TERLINDEN

Friedensstiftung und Wiederaufbau der Institutionen: Somaliland – eine Erfolgsgeschichte?

Nachdem es die Zeiten interner Konflikte überstanden hat, hat Somaliland die wichtigsten staatlichen Institutionen aufgebaut und 2005 die ersten Parlamentswahlen abgehalten. Obwohl Somaliland von keiner anderen Regierung anerkannt wird und die östlichen Regionen Sool und Sanaag von Puntland beansprucht werden, ist sein Territorium in den vergangenen zwölf Jahren weitgehend stabil geblieben.

Dieser Beitrag[1] erörtert die Frage, ob Somaliland in mehrfacher Hinsicht – im Hinblick auf die Stärkung des Friedens und die Aussöhnung, den Aufbau eines Staates und die Entwicklung demokratischer Regierungsformen – als Erfolgsgeschichte betrachtet werden kann; und all dies trotz fehlender internationaler Anerkennung.

Geschichtlicher Hintergrund

Das somalische Volk lebt traditionell in einem Gebiet, dem Horn von Afrika, das sich vom nordöstlichen Zipfel der Republik Somalia (der heute Puntland heißt) bis zum heutigen Dschibuti, die Region Ogaden in Äthiopien und bis Nordkenia erstreckt, geeint durch die somalische Sprache, den sunnitischen Islam und eine auf den Klans beruhende soziopolitische Organisation. Deshalb sind die Somalis als «eine ethnische Nation, jedoch kein einheitliches Gemeinwesen» beschrieben worden (Lewis 1994: 222). Nach einem verheerenden Konflikt trennte sich die nordwestliche somalische Region als Republik Somaliland ab und bestimmte seine Grenzen als die des früheren britischen Protektorats. Heute hat Somaliland etwa zwei Millionen Einwohner[2], die auf einem Gebiet von 137.600 km² leben. Somaliland erstreckt sich vom Golf von Aden südwärts bis nach Äthiopien, westwärts nach Dschibuti und ostwärts bis zum Verwaltungsgebiet Puntland.

In der vorkolonialen Zeit war die somalische Gesellschaft vorwiegend nomadisch, ohne staatliche Organisation und auf verwandtschaftlicher Basis organisiert, wobei die gesellschaftlichen und politischen Beziehungen durch Klans, Subklans und Familien strukturiert waren. Kurzfristig einberufene Versammlungen der Ältesten

1 Die Autoren möchten Anna Lindley und Stefan Raths für ihren Beitrag zu diesem Papier danken.

2 Die Schätzung der Einwohnerzahl variiert beträchtlich zwischen einer und drei Millionen (Bradbury 2007: 161), wobei die offizielle Zahl des Ministeriums für Planung und Koordination drei Millionen lautet.

(*shir*) regelten die inneren und äußeren Angelegenheiten der jeweiligen Gruppen, wobei sie sich auf Gewohnheitsrecht *(xeer)* wie auch auf die islamische Scharia stützten (Lewis 1982: 196-201). Die Briten schlossen mehrere Protektionsverträge mit den Klanältesten des Ciisse-, des Gadabursi- und des Isak-Klans im Nordwesten, die 1887 das Protektorat Britisch-Somaliland begründeten (Brons 2001). Eine zentralisierte Verwaltung wurde eingeführt, wobei einige der Ältesten als bezahlte Leiter *(aqils)* und Richter *(qaadiyo)* einbezogen wurden. Aber selbst im küstennahen und westlichen Somaliland wurden die auf Klans beruhenden Einrichtungen noch weitgehend genutzt, besonders um Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen zu regeln. Im Osten stießen die Kolonialisten auf hartnäckigen Widerstand durch Dhulbahante, Warsangeli und andere Subklans der Darod (Drysdale 2000: 6-7).

Eine unabhängige Republik Somalia wurde 1960 aus der früheren italienischen Kolonie im Süden und Somaliland im Norden gebildet. Die Zeit nach der Unabhängigkeit war dadurch gekennzeichnet, dass klangebundene politische Parteien wie Pilze aus dem Boden schossen, man sich vor allem auf Finanzhilfe von anderen Ländern stützte und die öffentliche Unzufriedenheit über die offenkundige Korruption und einseitige Konzentration in der Hauptstadt Mogadischu im Süden immer größer wurde, besonders im Nordwesten (Lewis 1994).

Nach einem Militärputsch 1969 schlug General Siad Barre mit sowjetischer Militär- und Entwicklungshilfe einen Weg des «wissenschaftlichen Sozialismus» ein. Nach Somalias Niederlage im Ogaden-Krieg gegen Äthiopien 1978 und einem folgenden Putschversuch wurde das Regime immer repressiver. Während einerseits eine Anti-Stammesgesetzgebung formell die Erscheinungsformen der Klanorganisation beseitigte, inklusive der Kompensationszahlungen (wie Blutgeld), war Barre in vieler Hinsicht ein «Meistertribalist» (Lewis 1994). Als die Sowjets sich abwandten, strömte westliche Entwicklungs- und humanitäre Hilfe in enormem Ausmaß ins Land und stärkte den einheimischen Klientelismus (UNDP 2001). Darüber hinaus boten die Klans dort, wo der Staat bei der Bildung verantwortlicher formeller Institutionen mit einer breiten Basis versagte, brauchbare alternative Gerüste an und sorgten so weiterhin für ein gewisses Maß an Sicherheit und Gerechtigkeit, insbesondere im Norden. Nach und nach wurde die Mehrheit der Isak im Nordwesten durch die Manipulationen des Regimes in der Klanpolitik stufenweise marginalisiert. Die wachsende staatliche Intervention in der Wirtschaft wurde bei den geschäftstüchtigen nördlichen Bewohnern als Einmischung angesehen, die durch zunehmende Ausplünderung durch Staatsbeamte und durch Korruption noch verschlimmert wurde. Die Unzufriedenheit mit dem Regime führte 1981 zur Gründung der hauptsächlich im Isak-Klan verankerten Somali National Movement (SNM) (Jimcaale 2005). Nach Somalias Niederlage 1978 war ein Großteil der schätzungsweise 1,5 Millionen Ogaden-Flüchtlinge in den Norden gegangen und stellte für den Landbesitz der Isak eine Bedrohung dar. Die meisten der Flüchtlinge unterstützten politisch das Barre-Regime und wurden später für den Kampf gegen die SNM bewaffnet. Die Regierung beantwortete die Angriffe der SNM im Nordwesten 1988 mit grausamen Vergeltungsmaßnahmen gegen Zivilisten aus dem Isak-Klan, wobei mehr als 50.000 Menschen getötet wurden und eine massive Vertreibung stattfand (ADP/WSP 1999: 19). Aber es entstanden auch andere Widerstandsbewegungen, und das Regime geriet in eine Krise (siehe auch die vorherigen Beiträge in diesem Band). Im Januar 1991 enthob der United Somali Congress Barre seines Amtes und setzte einen geschäftsführenden

Präsidenten und eine Interimsregierung ein. Während die SNM ursprünglich die Einheit mit dem Süden hatte erhalten wollen, wurden diese unilaterale Maßnahme und andere Signale südlicher Vorherrschaft durch die SNM und auch durch einige südliche Parteiungen abgelehnt.

Den politischen Unterschieden und Spaltungen zwischen ihren einzelnen Klans zum Trotz, hatte die Bevölkerung des heutigen Somaliland eine genau umschriebene Kolonialgeschichte, die Abneigung gegen die Konzentration der Macht und der Ressourcen im Süden nach der Unabhängigkeit und auch den Groll gegen Barres Militärherrschaft gemeinsam. Etwas spezieller war die gemeinsame Erfahrung der Verfolgung, des Widerstands und der Flucht in das kollektive Gedächtnis des Isak-Klans eingeschrieben (Bradbury 1997: 11). Gleichzeitig hatten jedoch das Militärregime und der Bürgerkrieg die Teilung zwischen den Isak auf der einen Seite und den Gadabursi (Awdal), Warsangeli und Dhulbahante (Sanaag, Sool) auf der anderen Seite vorangetrieben, die größtenteils das Barre-Regime bis zum Ende unterstützten. Aus diesem komplexen politischen Zusammenhang entstand Somaliland. Selbstverständlich sind die Prozesse der Friedensstiftung, des Staatsaufbaus und der Demokratisierung auf schwierige Art miteinander verschlungen; sie können dennoch in drei großen und einander überlappenden historischen Phasen getrennt erörtert werden.

Der Prozess der Friedensstiftung

Nach dem Zusammenbruch von Siad Barres Regime 1991 schlugen die Bemühungen um die Festigung von Frieden und Sicherheit in Somaliland eine ganz andere Richtung ein als im Süden. Nach ihrer Machtübernahme im größten Teil des früheren Nordwestsomalias entschied sich die vom siegreichen Isak-Klan geführte SNM für Aussöhnung und eine Beendigung der Feindseligkeiten, anstatt auf Rache zu sinnen und alte Rechnungen begleichen zu wollen. Vor allem wollten die Isak die politische Kontrolle über das Territorium festigen. Auf der anderen Seite brauchten die nicht zu den Isak gehörigen Subklans (Dhulbahante, Warsangeli und Gadabursi) mehr als alles andere friedliche Beziehungen zur herrschenden SNM, ganz besonders weil es keine gangbaren Alternativen gab. Also waren beide Seiten entschlossen, die Feindseligkeiten einzustellen. Man kam zu der strategischen Entscheidung, den Aussöhnungsprozess über das indigene System der Konfliktlösung zu bewerkstelligen und unterzog so die Fähigkeit zur Friedensstiftung bei den traditionellen Ältesten der verschiedenen Klans einem ernsthaften Test. Wenn auch teilweise verändert, hatten diese traditionellen Institutionen die britische Kolonialherrschaft und den somalischen Staat funktional intakt überlebt, während sie in der italienischen Siedlungskolonie und unter dem Barre-Regime im Süden schon stärker zersetzt waren (Reno 2003).

Frieden und Sicherheit wurden durch eine Reihe von nicht weniger als 38 Friedens- und Aussöhnungskonferenzen und -treffen auf Klanbasis zwischen 1990 und 1997 erreicht (APD/Interpeace 2008). Aber die Fundamente der Friedensstiftung im Norden waren schon deutlich vor dem Zusammenbruch des Regimes gelegt worden. Zum Beispiel führten eine Schlüsselfigur des Dhulbahante-Klans, Garaad Abdiqani Garaad Jamac, und Jaamac Rabileh von den Gadabursi schon 1990 den Dialog, um die Beziehungen zur Führung der SNM zu verbessern. Nach 1991 erleichterten diese Beziehungen zur SNM den sofortigen Waffenstillstand zwischen

den Isak und den Dhulbahante (Bradbury 2007: 84f.). Ähnliche Bemühungen, die Isak mit ihren westlichen Nachbarn von den Gadabursi auszusöhnen, profitierten 1991 sehr stark von der Vermittlungsrolle von Abdirahman Ali Farah, einem Gadabursi, der im Kampf der von den Isak geführten SNM eine Schlüsselrolle gespielt hatte.

Anfang Februar 1991 brachte das von der SNM organisierte Treffen in Berbera Delegationen aller Isak- und Nicht-Isak-Klans aus Somaliland zusammen. Die Versammlung einigte sich auf das Ende der Feindseligkeiten und benannte den Termin für die «Große Konferenz der nördlichen Völker», die erste Interklankonferenz, die im Mai 1991 in Burco abgehalten wurde (Drysdale 1992). In Burco arbeiteten die Ältesten sieben Vorschläge aus, die dann vom Zentralkomitee der SNM gebilligt wurden. Diese Vorschläge führten zu einer grundsätzlichen Aussöhnung der Konfliktparteien, zur Ausrufung der Republik Somaliland am 18. Mai 1991 und zum Beginn eines gesonderten Aussöhnungsprozesses für die Region Sanaag (APD/WSP 1999).

Unter dem Strich war die Burco-Konferenz darin erfolgreich, das Potential für gewaltsame Konflikte zwischen den Isak und ihren nicht dem Klan angehörenden Nachbarn bis zu einem gewissen Grad zu entschärfen. Aber sie trug wenig dazu bei, die schon existierenden Spannungen in der SNM selbst anzugehen, die bis dahin wegen des Kampfs gegen das Regime unterdrückt worden waren. Kein Jahr nach dem Treffen in Burco sah sich die SNM in Parteienkämpfe verwickelt. Anfang 1992 führten die Versuche der Regierung, die Entwaffnung und Reintegration der bis zu 50.000 irregulären Milizen in Gang zu setzen und eine nationale Armee zu bilden, zu gewaltsamen Zusammenstößen der Truppen des Subklans Habr Yonis (für die Regierung) mit denen der Habr Jeclo (jetzt «Opposition») in Burco (Jimcaale 2005: 61f.). Auf der Seite der Regierung stehende Truppen versuchten sechs Monate lang vergeblich, die strategisch wichtige Hafenstadt Berbera einzunehmen, und die Kämpfe weiteten sich schließlich auf die Hauptstadt Hargeisa aus.

Einmal mehr griffen die Ältesten ein. Die Kämpfe wurden durch eine erneute (eher lokal begrenzte) Friedenskonferenz in der Stadt Sheikh Ende 1992 beendet, was seinerseits zu dem nationalen Aussöhnungstreffen führte, das unter dem Namen «Boroma Conference» bekannt wurde. Dieses zwischen Januar und Mai 1993 abgehaltene Treffen stellt einen Wendepunkt im Friedens- und Aussöhnungsprozess in Somaliland dar. Der 150 Mitglieder starke Ältestenrat (*guurti*) beschloss zusammen mit Hunderten von Delegierten und Beobachtern aus ganz Somaliland eine Friedenscharta als Basis für Bemühungen um einen längerfristigen Friedensprozess, der in einer weiteren Übergangsperiode erfolgen sollte, die auf zwei Jahre festgesetzt wurde. Ein Großteil des Erfolgs der Konferenz ist auf die Tatsache zurückzuführen, dass es sich wegen der direkten Einbeziehung der traditionellen Führer um einen lokal verankerten Prozess handelte. Da es keine nennenswerte Unterstützung oder Beeinflussung von außen gab, lag die Hauptlast für die Ausrichtung der Konferenz auf den Schultern der Gemeinde Boroma, was zu einem gestärkten Bewusstsein für Eigenverantwortung führte.

Die Boroma-Konferenz bahnte auch den Weg für eine erste Verhandlungsrunde zur Reintegration und Demobilisierung. Insbesondere brachte sie den Hafen von Berbera unter effektive Regierungskontrolle und brachte so wichtige Einnahmen für die Stabilisierung des Landes. Außerdem wurden viele der ehemaligen SNM-Kommandeure in das neue Kabinett aufgenommen, wodurch viel von ihrem Störpo-

tential neutralisiert wurde. All das erlaubte es der Regierung, die Beseitigung von Straßensperren fortzuführen, die nach der Konferenz in Sheikh begonnen hatte, und einige der Milizen formal in eine «nationale Armee» zu integrieren. Jedoch konnte der Integrationsprozess nicht in vollem Umfang durchgeführt werden, besonders weil Klans in den östlichen Gebieten nicht kooperationswillig waren und die Abhängigkeit von den Zuteilungen der Regierung hoch blieb. Es gab nur wenig Unterstützung für die Reintegration der ehemaligen Kämpfer ins Zivilleben, wobei das Gros die Form der «Selbstdemobilisierung» wählte. Der überdimensionierte Sicherheitsapparat verschlang nun einen großen Teil des nationalen Budgets und schränkte die Staatsausgaben für andere Sektoren schmerzlich ein.

Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Truppen der klangebundenen Opposition brachen erneut 1994 in Hargeisa und dann 1995 in Burco aus und setzten sich bis 1996 fort. Diese Kämpfe erwuchsen vor allem aus der Unzufriedenheit einiger Subklans mit ihrer politischen Repräsentation nach der Konferenz von Boroma. Besonders ein Subklan der Isak, Habr Yonis, der von 1991 bis 1993 den Präsidenten stellte, hatte sofort sein Missfallen an der Entfernung «seines» Präsidenten von der Macht gezeigt. Man war außerdem verärgert über die Zahl der Parlamentssitze und Kabinettsposten, die dem Subklan zugestanden wurden. Hinzu kam noch das Bemühen der Regierung, die Verfügung über ertragreiche Anlagen zu gewinnen, wie etwa den Flughafen der Hauptstadt, der bis dahin von der Miliz der Eidagalle kontrolliert wurde, nahen Verwandten der Habr Yonis (Jimcaale 2005). Trotz zahlreicher Bemühungen sowohl aus dem Land selber wie auch von Seiten der Diaspora machten die Friedensgespräche bis 1996 nur geringe Fortschritte (Bryden & Ahmed Yusuf Farah 1996). Schließlich wurde auf der nachfolgenden nationalen Konferenz in Hargeisa 1996/97 eine Friedensregelung getroffen, die einigen der Klagen der Opposition entgegenkam, indem ihr Anteil in den beiden Kammern des Parlaments vergrößert wurde (Bradbury 1997). 1997 kehrte die allgemeine Stabilität zurück.

Parallel zu diesen verschiedenen Konflikten, Treffen und Konferenzen fand ein Friedens- und Aussöhnungsprozess in der Region Sanaag statt, wo Stämme der Isak (Habr Yonis und Habr Jeclo) und der Harti (Warsangeli und Dhulbahante) Seite an Seite wohnen, untereinander geheiratet haben und seit langem wechselseitige soziale und wirtschaftliche Bindungen pflegen. Während des somalischen Bürgerkriegs bis 1991 haben die Harti weitgehend Siad Barres Regime unterstützt, während die Isak auf Seiten der SNM standen. Während die Friedensbemühungen auf den Konferenzen von Burco und Boroma sich auf die Makroebene und die politische Machtverteilung im nationalen Maßstab konzentrierten, waren Friedensinitiativen auf lokaler Ebene nötig, um abgebrochene Beziehungen wiederherzustellen. Das war erforderlich, um Weideland gemeinsam zu nutzen und landwirtschaftliche Fläche und geraubtes Eigentum im Austausch für den Zugang zum Handel und zu Reisemöglichkeiten zurückzugeben. Insgesamt zwölf Treffen gipfelten am Ende in einer großen Konferenz in Ceerigaabo von August bis Oktober 1993. Trotz dieser Erfolge besteht in Sool und in den östlichen Regionen von Sanaag die Instabilität weiter, da diese sowohl von Somaliland wie auch vom benachbarten Puntland beansprucht werden.

Der Prozess des Staatsaufbaus

Der Ausgangspunkt jedes erfolgreichen Staatsbildungsversuchs ist die Schaffung elementarer Sicherheit und eines annehmbaren Grundgerüsts für das Regieren. Ohne diese grundsätzlichen Voraussetzungen muss die Bewältigung aller anderen politischen, sozialen und ökonomischen Aufgaben des Wiederaufbaus nach einem Krieg scheitern. Da Somaliland international nicht anerkannt wurde und Hilfe von außen deshalb nur sehr begrenzt erfolgte, musste es die Sicherheit und die Schaffung neuer politischer Strukturen auf eigene Faust in Angriff nehmen. Das hieß, den postautoritäten Übergangsprozess von Grund auf beginnen zu müssen.

Neben der Aussöhnung gelang es der Konferenz von Burco auch, die erste Nachkriegsregierung zu bilden. Als Teil des neuen Arrangements wurde Abdulrahman Ahmed Ali Tuur der erste Übergangspräsident von Somaliland, und das durch Aufnahme von Angehörigen anderer Klans als der Isak erweiterte Zentralkomitee der SNM übernahm die Funktion eines provisorischen Nationalrats (Brons 2001: 247). Die SNM-Übergangsregierung bestand aus neunzehn Ministerien, einem öffentlichen Dienst, einem Obersten Gerichtshof, Sicherheitsabteilungen und einer Zentralbank. Da man versuchte, eine Regierung auf breiter Basis zu etablieren, wurden sechs Kabinettssitze an Personen vergeben, die nicht den Isak angehörten (zwei Dhulbahante, zwei Gadabursi, ein Warsangeli und ein Ciisse) (Drysdale 1992: 8). Das Kabinett Tuur amtierte von 1991 bis 1993 und versuchte, eine funktionierende Regierungstätigkeit zu etablieren. Doch war es aufgrund von Parteienkämpfen, dem allgemeinen Zustand des Landes und dem Mangel an Ressourcen während der Amtszeit von Tuur sehr schwierig, konkrete Fortschritte zu erzielen.

Da es keine administrativen Strukturen auf lokaler Ebene gab, bildete man Adhoc-Ältestenräte *(guurtiida)*. Sie sollten die Rolle der Administration übernehmen und Milizen führen, Streitigkeiten beilegen, Recht sprechen, mit internationalen Behörden verhandeln und örtliche Steuern erheben (Bradbury 1994: 75). Diese verschiedenen regionalen und lokalen Ältestenräte wurden zwischen 1991 und 1993 in Awdal, Togdheer, Sanaag und Sool gegründet.

Die Konferenz von Boroma wurde für den Staatsbildungsprozess ebenfalls zu einem bestimmenden Ereignis. Die Nationale Übergangscharta, die auf der Konferenz geschrieben wurde, sah die Schaffung und Ratifizierung einer Verfassung in einem Zeitraum von zwei Jahren vor. Um die Klaninteressen bezüglich der politischen Repräsentation und der Machtverteilung in Einklang zu bringen und auszubalancieren, wurde für die Regierungsform das System *beel* übernommen: Es bezog die Klans und ihre Führungen in den formalen Rahmen der Regierungstätigkeit mit ein (Bradbury 2007: 102f.). *Beel* bezeichnet die zeitweilige Niederlassung nomadischer Hirten, einer Gemeinschaft und einer «Klanfamilie». Das auf Klans oder Gemeinschaften beruhende *beel*-System ist als eine «dynamische Mischung westlicher und herkömmlicher Formen und Wesenszüge» beschrieben worden (Jimcaale 2005: 81). Es institutionalisierte die Teilhabe der Ältesten in Somaliland am weiteren politischen Aufbauprozess – eine Rolle, die sie als Ergebnis des Auflösungsprozesses der SNM und der Notwendigkeit der Aussöhnung übernommen hatten.

Die Nationale Übergangscharta bestimmte die Exekutive (Präsident, Vizepräsident und Ministerrat), die Legislative (ein Zweikammerparlament mit einem Oberhaus der Ältesten – der Guurti – und einem Unterhaus aus Abgeordneten) und

eine unabhängige Justiz. Die Charta schrieb ferner vor, dass der Oberste Rechnungsprüfer, der Chef der Zentralbank und die regionalen Gouverneure und Bürgermeister durch die Zentralregierung bestimmt werden sollten.

In Boroma wählte man Mohammad Haji Ibrahim Egal, einen altgedienten Politiker, zu Somalilands neuem Präsidenten und Abdirahman Aw Ali Farah als Vizepräsidenten, damit sie die auf zwei Jahre terminierte Übergangsregierung führten. In dieser Zeit sollte die Regierung grundlegende Regierungsinstitutionen wieder aufbauen und den Weg zu einem Mehrparteiensystem nach westlichem Muster einschlagen. Dieses ehrgeizige politische Programm erwies sich als enorme Herausforderung. Bis zum Jahr 1997 konnte Egal, der beachtliches öffentliches Vertrauen genoss, spürbare Fortschritte in der Etablierung der Regierungsinstitutionen vorweisen, außerdem bei der Demobilisierung, der Schaffung eines Steuersystems und eines sicheren Umfelds für die wirtschaftliche Erholung, aber es reichte nicht für politische Reformen, die Wahlen erlaubt hätten. Dennoch war Präsident Egal aufgrund seiner Führungsqualitäten und der ihn legitimierenden Unterstützung durch die Guurti in der Lage, die Macht des Staates zu festigen und den Weg zu einer weiteren Demokratisierung des Landes zu ebnen.

In den ersten beiden Jahren ihrer Amtszeit konnte die Regierung die Sicherheit garantieren und eine grundsätzliche Herrschaft des Gesetzes wiederherstellen. Ministerien wurden wieder in Betrieb genommen, Amtsräume aufgemöbelt und eine neue Kommission für den Öffentlichen Dienst eingesetzt. Die Mitarbeiter der Regierung bekamen nach und nach regelmäßig Gehälter. Die Polizei in Hargeisa, Boroma und Berbera wurde reorganisiert und ausgerüstet. Regionale und Bezirksgerichte wurden wieder eingesetzt und stützten sich auf das Strafgesetzbuch von 1960.

Signifikante Fortschritte gab es auch an der wirtschaftlichen Front: Es wurden Zollämter eingerichtet und wieder Steuern erhoben. Eine von der Regierung kontrollierte Zentralbank wurde geschaffen und der Somaliland-Shilling 1994 als neue Währung eingeführt, was erheblich zur wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung des Landes beitrug (War-torn Societies Project 2005: 64). Im November 1994 wurde der erste Jahreshaushalt von Somaliland verabschiedet; beinahe die Hälfte des Budgets ging in den Sicherheitsbereich. Bildungs- und Gesundheitswesen erhielten zusammen 17% des Gesamthaushalts (Gilkes 1995: 29). Man hielt regelmäßige Koordinationstreffen zwischen dem Planungsministerium und internationalen NGOs und UN-Behörden ab (Bradbury 2007: 113).

Zugleich ging der politische Wiederaufbau langsamer als erwartet vor sich. Im April 1995, als das zweijährige Mandat für Egal endete, wurde seine Amtszeit und die der Legislative (Oberhaus) um weitere achtzehn Monate verlängert. Dies geschah, damit er Zeit hatte, den Krieg zu beenden, die Verfassungsgebung abzuschließen und das Land auf Wahlen vorzubereiten. Aber Uneinigkeit zwischen dem Präsidenten und dem Unterhaus über das Konzept erschwerte die Abfassung eines entsprechenden Dokuments. Eine Konferenz in Hargeisa Anfang 1997 verabschiedete und ratifizierte schließlich eine Arbeitsverfassung, um die Bühne für Wahlen innerhalb eines Mehrparteiensystems innerhalb der folgenden fünf Jahre zu bereiten (bis Februar 2002).

Was die Dezentralisierung und die Ausweitung der Regierungstätigkeit betrifft, begann die Regierung, funktionsfähige Beziehungen zu den Regionen aufzubauen. Doch der Wiederaufbauprozess im Land blieb uneinheitlich. Bis zur Konferenz in

Hargeisa 1996/97 war er im Wesentlichen auf Hargeisa, Berbera, Boroma und bis zu einem gewissen Ausmaß auch auf Burco beschränkt, die unter der Verfügungsgewalt der Regierung standen. Die Zentralregierung autorisierte regionale Gesundheits- und Bildungsprogramme und begann, finanzielle Anreize für Mitarbeiter des Gesundheits- und Bildungswesens zu schaffen. Mit Unterstützung von UN-Habitat entwickelte die Stadtverwaltung von Hargeisa erste Ansätze für eine Stadtplanung und die Entwicklung des privaten Bauwesens, wozu auch die Instandsetzung von Regierungsbüros und die Rekonstruktion der grundlegenden Infrastruktur zählten.

Nach der Konferenz von Hargeisa und der Neuorientierung der Regierung (insbesondere im Verhältnis zu den Habr Yonis) weitete sich der politische Wiederaufbau allmählich auch auf den Osten aus. Jedoch bleibt er bis heute um Burco (Toghdeer) herum weniger erfolgreich. In Ceerigaabo (Sanaag) ist bis jetzt nur das Skelett von Regierungsstrukturen etabliert worden, während sich das östliche Sanaag nach wie vor außerhalb der Regierungskontrolle befindet. Bemühungen, die Regierung von Somaliland in Sool zu verankern, haben erst nach der Einnahme von Las Anod im Oktober 2007 eingesetzt.

Der Demokratisierungsprozess

Ein Jahrzehnt, nachdem Somaliland im Mai 1991 Kurs auf eine angeblich nur zweijährige Übergangsperiode nahm, befand sich das Land noch immer im Umbruch. Als sich die Regierungszeit 2001 dem Ende näherte, war Somalilands politische Zukunft völlig ungewiss. Obwohl die auf der Konferenz von Hargeisa beschlossene Arbeitsverfassung Wahlen in einem Mehrparteiensystem vorgesehen hatte, war sich die Öffentlichkeit über den Kurs, den die Regierung einschlagen würde, nicht klar.

Eine lebhafte öffentliche Debatte über die zukünftige politische Richtung des Landes setzte ein. Es gab unter den Menschen die verschiedenartigsten Meinungen zu dieser Frage: Einige plädierten für die Fortsetzung des bestehenden klanbasierten Regierungssystems bei vorsichtigen Änderungen und Verbesserungen; andere betonten die Bedeutung von Wahlen, den Risiken zum Trotz, weil es Zeit für den Fortschritt sei. Die Mehrheit der Bevölkerung unterstützte jedoch weder die Einberufung einer erneuten Großen Klankonferenz *(shir-beeleed)* noch Wahlen zwischen verschiedenen Parteien nach westlichem Muster – und plädierte stattdessen für eine Lösung dazwischen. Denn sie sahen ein *shir-beeleed* als rückschrittlich an, hielten das Mehrparteiensystem aber zugleich nicht für praktikabel. Wie auch immer die jeweilige Einstellung war – niemand war in der Lage, eine handhabbare Kompromissformel zu finden.

Deshalb waren das ganze Land, insbesondere aber die Opposition und die Kritiker der Regierung überrascht, als Präsident Egal plötzlich den Plan für ein Referendum über die Verfassung verkündete. Im März 2001 beschloss das Parlament eine Provisorische Verfassung und verabschiedete ein Gesetz, das ein Referendum über die Verfassung für den 31. Mai 2001 vorsah. Die Verabschiedung dieses Gesetzes war der erste und entscheidende Schritt zum längst überfälligen politischen Transformationsprozess (Ibrahim 2004).

Während der Vorbereitungen für das geplante Referendum wurde die Kritik der Opposition lauter. Die Regierung ignorierte das. Eine versteckte Drohung mit Waffen-

gewalt durch die Opposition schürte die politischen Spannungen. Die Öffentlichkeit, die bis hierhin der Debatte um die Verfassungsreform wenig Aufmerksamkeit geschenkt hatte, fürchtete jetzt, dass eine ernsthafte Krise entstehen könne. Durch die öffentliche Inpflichtnahme sowohl der Regierungs- wie der Oppositionsseite gelang es einer von der Academy of Peace and Development veranstalteten Forumsdiskussion, die Spannungen zu zerstreuen (Ibrahim 2004).

Nach Angaben der Regierung von Somaliland gaben etwa 1,8 Millionen Menschen beim Verfassungsreferendum vom 31. Mai 2001 ihre Stimme ab, wobei überwältigende 97,7% der Verfassung zustimmten.[3] Die Wahlbeteiligung im östlichen Sanaag und in der Region Sool war jedoch schwach, was die Tatsache widerspiegelte, dass viele in diesen Gebieten prinzipiell gegen das politische System in Somaliland waren. Dennoch kamen ausländische Beobachter zu dem Schluss, dass der Prozess insgesamt international akzeptierten Standards entsprach, und schätzten, dass annähernd 66% der Wahlberechtigten in Somaliland die neue Verfassung gebilligt hatten (Initiative and Referendum Institute 2001).

Die Zustimmung zur Verfassung führte dazu, dass man endlich in Richtung Wahlen voranschreiten konnte. Am 6. August 2001 wurde das Gesetz No. 14 verabschiedet, das die Bildung politischer Organisationen legalisierte. Nur einen Monat nach dem Referendum und bereits zwei Monate vor der Legalisierung politischer Organisationen hatte Präsident Egal seine politische Organisation UDUB auf einer großen Konferenz in Hargeisa ins Leben gerufen. Weitere sieben politische Organisationen waren bis Ende September 2001 angemeldet worden. Ein Wahlgesetz wurde im November 2001 verabschiedet und im Februar 2002 die National Electoral Commission (NEC) gebildet (Bradbury et al. 2003).

In der zweiten Jahreshälfte 2001 kamen bei den Menschen Zweifel daran auf, dass es unter Egal freie und faire Wahlen geben könne, und der Opposition gelang es, von einigen Mitgliedern des Parlaments und einigen Klanführern Unterstützung zu erhalten. Im August 2001 überstand Präsident Egal eine versuchte Amtsenthebung mit nur einer Stimme Mehrheit. Im selben Monat forderte eine Gruppe von Sultans (traditionelle Klanführer) die Autorität des Präsidenten heraus, indem sie verlangten, dass UDUB innerhalb von 45 Tagen aufgelöst und eine nationale Konferenz über die politische Zukunft des Landes einberufen werden sollte. Als die Regierung einige der Sultans in Hargeisa inhaftierte, stand das Land am Rand eines erneuten Bürgerkriegs, der nur durch die Vermittlung von religiösen Führern, Geschäftsleuten und Gruppen der Zivilgesellschaft vermieden werden konnte. Egals zweite Amtszeit ging schließlich ohne Wahlen zu Ende. Am 12. Januar 2002 beriefen sich die *Guurti* auf Artikel 83 der Verfassung und verlängerten die Amtszeit der Regierung (die am 22. Februar 2002 ablaufen sollte) um ein weiteres Jahr – innerhalb dessen der Übergang abgeschlossen werden sollte. Diese Maßnahme löste die politischen Spannungen, in die das Land gegen Ende 2001 verstrickt gewesen war.

Während eines Besuchs in Südafrika im Mai 2002 starb Egal unerwartet. Der Vizepräsident Dahir Rayaale Kahin wurde unverzüglich als sein Nachfolger vereidigt und sicherte so die Kontinuität. Egals Tod machte das politische Feld im Land etwas

3 Bei der Wahl gab es keine Kontrollmechanismen, um doppelte Stimmabgaben auszuschließen. Es ist jedoch unumstritten, dass die große Mehrheit der Bevölkerung der Verfassung zustimmte (Bradbury et al. 2003: 463).

ausgeglichener und ermutigte einige Gruppen, die bis dahin dem politischen Prozess ablehnend gegenüber gestanden hatten, daran teilzunehmen.

Der neue Präsident setzte den Übergangsprozess fort. Am 15. Dezember gingen die Somaliländer zum ersten Mal seit mehr als dreißig Jahren zu Wahlen. Der Wahlzyklus begann mit Wahlen zu den Gemeinderäten, weil das Ergebnis dieses Wettbewerbs zwischen den sechs politischen Organisationen (ASAD, Hormood, Kulmiye, Sahan, UDUB und UCID) darüber entscheiden würde, wer berechtigt war, die drei politischen *Parteien* zu bilden, an den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen teilzunehmen. Am 23. Dezember 2002 verkündete die National Electoral Commission (NEC), dass UDUB, Kulmiye und UCID in den kommenden Wahlen antreten würden (Ibrahim 2004).

Nach der Verfassung mussten die Präsidentschaftswahlen vor dem Februar 2003 und die Parlamentswahlen vor dem Mai 2003 abgehalten werden – jeweils einen Monat vor dem Ende der jeweiligen Amtszeit. Es war jedoch weder technisch noch finanziell noch politisch machbar, innerhalb dieser beiden Monate zwei aufeinanderfolgende Wahlen durchzuführen. Außerdem war das Wahlgesetz für die Parlamentswahlen umstritten, und das konnte unter Umständen zu einer Spaltung führen. Die Uneinigkeit über solche Fragen wie die Verteilung der Parlamentssitze nach Regionen und die Grenzen der Wahlbezirke konnte nicht ausgeräumt werden.

Aber ohne Verlängerung des Regierungsmandats wäre es verfassungswidrig gewesen, die Wahlen zu verschieben. Die Regierung bestand darauf, die Wahlen wie geplant durchzuführen, während die beiden Oppositionsparteien (Kulmiye und UCID) sie für den 30. Mai anstrebten. Nach Beratungen mit allen Seiten setzte die Wahlkommission die Präsidentschaftswahlen schließlich unter Berufung auf technische und finanzielle Probleme für den 31. März fest. Die Guurti sah das als Verletzung der Verfassung an, weil es ihr ausschließliches Verfassungsprivileg berührte, den Regierungsauftrag zu verlängern. Schließlich machte die Kommission einen Rückzieher, und die Guurti verlängerte das Mandat der Regierung um drei Monate, um Präsidentschaftswahlen zu ermöglichen. Im April verlängerte die Guurti die Amtsperiode des Unterhauses um ein Jahr, was derjenigen der Guurti zwei Jahre hinzufügte, weil ihre Amtsperiode immer ein Jahr nach der des Unterhauses endet (Bradbury et al. 2003).

Am 14. April 2003 gingen schließlich beinahe eine halbe Million Somaliländer zur Wahl, um einen neuen Präsidenten zu küren. Die Abstimmung verlief friedlich, ordnungsgemäß und ohne nennenswerte Sicherheitsvorfälle. Sowohl internationale wie einheimische Beobachter bestätigten, dass die Wahl frei und transparent durchgeführt wurde (Bradbury et al. 2003: 468).

Politische Beobachter und Experten in Somaliland hatten einen sehr engen Ausgang der Wahl vorhergesagt und wurden bestätigt. Das von der NEC am 19. April bekanntgegebene vorläufige Endergebnis sprach der regierenden UDUB einen knappen Sieg über die Kulmiye zu, bei einem Vorsprung von 80 Stimmen. Die Kulmiye focht das Ergebnis an und legte Beweise für einen Zählfehler des NEC in der letzten Auszählung vor. UDUB focht die Wahlergebnisse ebenfalls an, in der Hoffnung, einen größeren Stimmenvorsprung zu erzielen. Die NEC weigerte sich, sich mit den Anträgen beider Parteien zu befassen und verwies die Angelegenheit an den Obersten Gerichtshof. Am 11. Mai 2003 entschied der Oberste Gerichtshof, nach Anhörung beider Parteien und der NEC, zugunsten der UDUB. Kulmiye erkannte das

Urteil nicht an und zog die Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofs in Zweifel, aber Dahir Rayaale Kahin wurde am 16. Mai 2003 als Präsident von Somaliland vereidigt. Kurz danach beugte sich die Führung von Kulmiye dem wachsenden öffentlichen Druck und erkannte Rayaales Sieg an (International Crisis Group 2003).

Nach den Präsidentschaftswahlen brauchte es beinahe zweieinhalb Jahre, bevor die ersten Wahlen für die Legislative abgehalten werden konnten. Am 29. September 2005 konnte das Volk schließlich die 82 Abgeordneten für das neue Unterhaus wählen. Während der Wahlkampagne stellten politische Spannungen zwischen der Regierung und den beiden Oppositionsparteien Kulmiye und UCID den Wahlvorgang in Frage. Vereinzelte autokratische und undemokratische Praktiken zur Behinderung der Redefreiheit drohten, die Kampagnen entgleisen zu lassen (Kibble & Abokor 2004). Mit 33 Sitzen eroberte die regierende UDUB zwar den größten Einzelanteil, aber 28 Kulmiye-Abgeordnete und 21 der UCID verschafften der Opposition zusammen eine Parlamentsmehrheit von beinahe 60%!

Das Oberhaus des Parlaments, die Guurti, wurde noch nicht gewählt. Die Guurti sollte im September 2006 neu konstituiert werden, aber da das Unterhaus noch über ein angemessenes Wahlgesetz für die Wahl der neuen Guurti-Mitglieder diskutierte, verlängerten diese ihre eigene Amtsperiode um weitere vier Jahre. Das Unterhaus, die Parteien der politischen Opposition und große Teile der somaliländischen Gesellschaft verurteilten diese Maßnahme und stellen seine Verfassungsmäßigkeit in Frage. (APD/Interpeace 2006b).

Interventionen von außen

Das Einwirken von außen, ob auf multi- oder bilateralem Niveau durch die internationale Gemeinschaft oder durch Aktivitäten der Zivilgesellschaft, durch Geschäftsbeziehungen und den Kontakt mit den Medien, kann auf Prozesse des politischen Wiederaufbaus wichtige Einflüsse ausüben. Im Fall Somaliland veränderte sich das Engagement von außen allmählich, sowohl in der Intensität und in der Form als auch bezüglich der Rolle, die das für innere Prozesse spielte.

Das beinahe völlige Fehlen ausländischer Unterstützung beim Friedensprozess in Somaliland wird oft als ein wesentlicher Faktor seines Erfolgs hingestellt (APD/WSP, 1999: 94). Abgesehen von einiger geringer materieller Unterstützung durch NGOs, wurden alle Friedenskonferenzen aus inländischen Mitteln bezahlt. Kein einziger der Blauhelme von UNOSOM setzte jemals einen Fuß auf somaliländischen Boden, und die internationale Aufmerksamkeit beschränkte sich auf kurze Besuche durch Beobachter. Diese Umstände schufen den Raum für ernsthafte Eigenverantwortung, während die zeitgleiche Stationierung von UNOSOM in Somalia zusätzliche Anreize schuf, eigene Lösungen zu finden. Sowohl die Konferenz von Sheikh wie die von Boroma ließen den Wunsch deutlich werden, eine Ausdehnung der Friedensmission nach Somaliland zu verhindern.

Im Gegensatz dazu zeigte der Staatsbildungsprozess spürbare Diskrepanzen zwischen den inneren Notwendigkeiten und der von außen angebotenen Hilfe. Besonders in den ersten Jahren nach dem Ende der Konflikte in Somaliland war das internationale Engagement beim Aufbau des nicht anerkannten Staates sehr zögerlich und schwankend. Als die anfängliche Vorsicht nach dem Ende des Krieges zurückging, wandelte sich die Hilfe nach und nach vom symbolischen zum strate-

gischen Engagement, parallel zum wachsenden Absorptionsvermögen der Regierung. Beispielsweise unterstützte UNDP das Finanz- und das Planungsministerium durch internationale Berater, und ein größeres «Somali Civil Protection Programme» förderte das Justizministerium, die Gerichte und die Polizei. Aber der Mangel an internationaler Anerkennung zügelt noch immer die ausländische Hilfe, versperrt der Regierung Zugang zu internationalen Finanzinstitutionen und entmutigt größere Direktinvestitionen von ausländischer Seite.

Mit den Jahren hat das externe Engagement im Demokratisierungsprozess einen vollständigen und entscheidenden «Sinneswandel» durchgemacht. Verhaltene internationale Hilfe gab es bei der Aufklärung der Wähler vor den Wahlen auf lokaler Ebene im Jahr 2002. Nur wenige Geber waren aber bereit, die Präsidentschaftswahlen 2003 durch Finanzierung von technischer Hilfe und Wähleraufklärung zu unterstützen (Bradbury et al. 2003: 466-468). Die Parlamentswahlen im September 2005 stellen einen Durchbruch dar, da die Geber reichlich Unterstützung lieferten. Der Erfolg dieser Wahlen förderte nicht nur Somalilands internationales Ansehen nach Kräften, sondern stärkte auch trotz der Nichtanerkennung Somalilands enorm das Vertrauen der Geberländer hinsichtlich des weiteren Demokratisierungsprozesses. Die Regierungen der Geberländer haben inzwischen erhebliche Unterstützung bei der kostspieligen Wählerregistrierung und bei den lokalen und den Präsidentschaftswahlen 2008 zugesagt. Durch finanzielle Mittel, technische Unterstützung und aufmerksame politische Beobachtung spielt die internationale Unterstützung auf diesem Gebiet nicht nur eine entscheidende Rolle bei Somalilands Demokratisierungsprozess, sondern zeigt auch die enormen Möglichkeiten konzertierter internationaler Hilfe beim politischen Wiederaufbau des Landes auf.

Frieden, Staat, Demokratie – eine unabgeschlossene Angelegenheit?

Friedensstiftung: Äußere und innere Herausforderungen

Die Hauptaufgabe auf dem Feld des Friedens und der Aussöhnung in Somaliland ist vorrangig keine innere Angelegenheit: nämlich die Beilegung des lang andauernden Disputs mit dem benachbarten Puntland (Somalia) über Sool und das östliche Sanaag. Somalilands Ansprüche gründen in der Geschichte seiner kolonialen Grenzen zu Somalia, während die Nachbarregion ihre Position auf die Tatsache stützt, dass die in dem Gebiet wohnenden Dhulbahante und Warsangeli Teil des Harti-Klans sind, der Puntland beherrscht. Während der Egal-Regierung (1993-2002) war der Konflikt zwischen beiden nur ein «Kalter Krieg», aber nachdem Rayaale die Präsidentschaft übernommen und der Region Sool einen Besuch abgestattet hatte, entlud er sich in blutigen Zusammenstößen. Seit Ende 2002 stehen sich Einheiten aus Somaliland und Puntland in einem Patt gegenüber, begleitet von einigen Kämpfen insbesondere im Jahr 2004. Nach Zusammenstößen in Dhahar (östlicher Sanaag) in März und April 2007 führten weitere Kämpfe im Oktober 2007 zur Einnahme von Sools Hauptstadt Las Anod durch Truppen aus Somaliland. Die Situation bleibt angespannt, und Beobachter erwarten eine Reihe immer wiederkehrender Zusammenstöße, solange der zugrundeliegende Konflikt nicht gelöst wird.

Im Inneren blickt Somaliland auf rund ein Jahrzehnt der Ruhe zurück. Die Friedensstiftung im Land ist deshalb als bemerkenswert erfolgreich anzusehen,

besonders wenn man es mit dem ehemaligen Somalia und das gesamte konfliktgeplagte Horn von Afrika vergleicht.

Dennoch bleibt die Sorge, ob der Aussöhnungsprozess wirklich abgeschlossen ist und bis zu welchem Grad die institutionalisierten Formen der Konfliktlösung den noch immer fragilen Frieden erhalten können, wenn er unter Druck geraten sollte (ADP/WSP 1999: 84). Diese Besorgnis war deutlich spürbar, als Anfang 2007 zwischen rivalisierenden Angehörigen der Subklans Habr Yonis und Eidagalle Kämpfe in Daroor ausbrachen, der äthiopischen Somaliregion nahe der Grenze zu Somaliland. Nach Berichten wurden 43 Menschen getötet, 50 verwundet, und zahllose andere flohen. Obwohl dieser Konflikt sich innerhalb Äthiopiens ereignete, trug Somaliland seine Hauptlast, weil die Gemeinschaften dieser Subklans (der Isak-Garxajis) auf beiden Seiten der Grenze leben. Krankenhäuser in Hargeisa und Burco nahmen zahlreiche Verwundete auf, und viele Beobachter waren besorgt, dass der Konflikt sich auf diese wichtigen städtischen Zentren Somalilands ausdehnen könnte (APD 2007).

Es mangelt nicht an Potential für künftige Konflikte: von den Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen wie Land und Wasser über Vergeltungsmorde und die Antworten darauf, eine Reihe ungeklärter Fragen auf lokaler Ebene (besonders im Osten) bis zur Gefahr der Entgleisung des politischen Prozesses, der doch noch außer Kontrolle geraten und in größere gewaltsame Konflikte münden könnte. Zweifellos gibt es einen starken allgemeinen Willen, den Frieden zu erhalten, und die Somaliländer haben mehr als einmal ihre Bereitschaft zum Kompromiss für die Bewahrung dieses übergeordneten Gutes gezeigt. Aber das stellt keine Garantie dafür dar, dass, wenn Parteien oder Gruppen bewusst für individuelle oder politische Ziele instrumentalisiert werden, die Mechanismen der Konfliktlösung – ad hoc geschaffen, oft improvisiert und örtlich begrenzt, wie sie meistens sind – ausreichen werden, die Gefahr neuer Gewalt zu bannen. Um die Stabilität zu festigen, wird Somaliland von den improvisierten Lösungen und der friedlichen Koexistenz zu einer institutionellen Sicherung des Friedens und zu einer Verschmelzung der Gesellschaft fortschreiten müssen. Das betrifft insbesondere die Schaffung von Konfliktlösungsinstitutionen und einem Konfliktmanagement, die wirklich übergreifend und nicht klanintern sind, und außerdem eine langfristige strukturelle Transformation des Konflikts.

Der Kampf um die Konsolidierung der staatlichen Institutionen

Mit den drei etablierten Säulen der Regierungstätigkeit, dazu einem Beamtenapparat, einer Armee und der Polizei sowie mit lokalen und regionalen Administrationen in beinahe jedem Landesteil war Somaliland bei der Reorganisation der nominalen staatlichen Strukturen gewiss erfolgreich. Während man diese Errungenschaften besonders angesichts des Ausbleibens massiver und direkter internationaler Hilfe nicht unterschätzen darf, ähnelt der neue Staat in vieler Hinsicht dennoch weiter eher einem Skelett als einem wirklichen Körper mit funktionierenden Organen und lebendigen Strukturen. «Ein Staat ist immer *work in progress*», stellt Mark Bradbury fest.[4] Die Kapazität und Durchschlagskraft des Staates, die Verteilung und Balance der Macht, der Grad an Dezentralisierung und der Mangel an internationaler Anerkennung bleiben bei Somalilands Bemühungen um die Staatenbildung wichtige «Baustellen».

4 Siehe Bradbury 2007: 248; als Paraphrase auf Milliken und Krause 2003: 1.

Das schwierigste unter allen zu lösenden Aufgaben wird die Transformation der bestehenden Administration in eine effektive, stabile, formalisierte und professionelle Bürokratie sein. Die begrenzte Kapazität und Durchschlagskraft der staatlichen Institutionen wurzelt in einer ganzen Reihe von Faktoren, darunter dem frappierenden Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen, die der Regierung zur Verfügung stehen, aber auch in dem Widerstand gegen Reformen sowie im Missmanagement – was beides eng mit der Rolle zusammenhängt, die der Staat zur Zeit in der Gesellschaft von Somaliland spielt.

Nicht genug, dass der Staat jährlich wenig mehr als zwanzig Millionen US-Dollar zur Verfügung hat; die Regierungseinrichtungen sind auch mit weitgehend unqualifiziertem Personal besetzt, von dem ein Großteil aufgrund seiner Klanzugehörigkeit und des Proporzes ausgewählt wurde statt wegen seiner Fähigkeiten. Ebenso sind auch die Minister mindestens so stark Repräsentanten ihres Klans, wie sie Regierungsmitglieder sind. Die Notwendigkeit, die Klans auf dieser Ebene gleichmäßig zu bedienen, hat die Zahl der Portfolios künstlich aufgeblasen, während die Ministerien auf der unteren Ebene so schwach besetzt sind, dass sie ihre Aufgaben kaum wahrnehmen können. Darüber hinaus liegen in diesen Ein-Mann-Ministerien alle Entscheidungen beim Minister; in seiner Abwesenheit bewegt sich gar nichts mehr. Als weitere Folge wird das nationale Budget weitgehend durch die Grundkosten dieses riesigen Staatsskeletts verzehrt, so dass kaum etwas für ein operatives Budget übrig bleibt und dementsprechend der Spielraum zur Auflegung und Durchführung von Regierungsprogrammen stark eingeschränkt ist.

Obwohl einige bürokratische Prozeduren eingeführt worden sind, wird ein Großteil der Regierungsgeschäfte noch immer auf der Ebene persönlicher Kontakte betrieben, anstatt innerhalb eines formalisierten Ablaufs. Ein Mangel an Transparenz, Verantwortlichkeit, Professionalität und Sinn für Beamtenpflichten ist offenkundig und hat die Korruption verstärkt.

Obwohl das Gleichgewicht und die Teilung der Gewalten zwischen den drei Säulen des Regierens in der Verfassung klar niedergelegt sind, hat die Exekutive in der Praxis überwältigend mehr Gewicht als die anderen beiden Gewalten. Ohne wirklichen Einfluss auf die Regierungstätigkeit sind die Judikative und die Legislative nicht in der Lage, innerhalb des neuen politischen Systems für wirkliche Gewaltenteilung zu sorgen.

Das **Parlament** mit seinen beiden Kammern muss jede Gesetzgebung ratifizieren. Auch das gewählte Unterhaus kann Gesetze einbringen und hat vor allem das Verfassungsprivileg, den Staatshaushalt zu berichtigen und zu bewilligen. Jedoch war das Parlament bisher nicht in der Lage, dieses Recht effektiv auszuüben. Von den Gesetzen, die seit den Parlamentswahlen im September 2005 eingebracht worden sind, sind nur vier von der Guurti genehmigt und vom Präsidenten als Gesetz unterzeichnet worden. Parlamentarische Initiativen, eine Gesetzgebung unabhängig von der Exekutive zu entwickeln, stießen auf Ablehnung und waren in der Tat sehr begrenzt. Seit 2002 ist dem Parlament nur der Jahresrechnungsabschluss 2005 im Jahr 2007 vorgelegt worden, und die Änderungsvorschläge des Parlaments zum Budget für das Jahr 2007 wurden zurückgewiesen. Aufforderungen an Kabinettsmitglieder, dem Parlament Bericht zu erstatten, sind regelmäßig ignoriert worden, und Minister und

andere Beamte sind lange über ihre Amtszeit hinaus im Amt geblieben, auch wenn dies vom Unterhaus nicht gebilligt worden war. Mit einem Wort, das gewählte Parlament hat nur sehr wenig Möglichkeiten, eine wirkungsvolle Kontrolle auszuüben.

Der Gerechtigkeit halber muss gesagt werden, dass die Beschränkungen des Parlaments nicht nur von außen kommen. Zur Hälfte ihrer ersten Legislaturperiode mangelt es der Legislative noch immer sowohl am Verständnis ihrer eigenen Rolle wie auch am Sinn für ihre funktionale Kapazität. Es gibt fortgesetzte Uneinigkeit zwischen den Regierungs- und den Oppositionsparteien über die Rolle der Führung des Hauses, was die Fähigkeit des Unterhauses, als einheitliche Gesamtinstitution aufzutreten, beeinträchtigt hat. Die Führung des Hauses wird außerdem beschuldigt, unabhängig von der Vollversammlung zu handeln. Alles in allem ist die gesetzgeberische Kompetenz des Parlaments bei der Formulierung von Gesetzen unzureichend, die parlamentarischen Abläufe sind kaum festgeschrieben und werden nicht verstanden, und die Initiative ist begrenzt. Um die Exekutive rechenschaftspflichtig zu halten, wird die weitere Entwicklung dieser scheinbar «technischen» Aspekte ebenfalls von Bedeutung sein.

Der **Ältestenrat** (Guurti, das Oberhaus des Parlaments) ist ein besonderer Fall. Geschichtlich gesehen spielte er bei der Friedensstiftung und bei der Grundsteinlegung des neuen Staates eine wichtige Rolle und war so zu seiner Zeit eine Innovation. Jedoch hat anders als bei vielen anderen Teilen des Staatsapparates die weitere Entwicklung und Anpassung an die zunehmend komplexeren politischen Aufgaben bei dieser wesentlichen Institution stagniert. Obwohl der zweite Wahlzyklus in Somaliland 2008 unmittelbar bevorsteht, gibt es bis heute keine Gesetzgebung, die die künftige Nominierung (wenn nicht Wahl) für das Oberhaus regelt. Inzwischen sind viele Mitglieder der Guurti urbanisiert worden und haben sich von ihren überwiegend ländlichen Wahlkreisen entfremdet. Diese Probleme betreffen die Legitimation der Guurti und werfen eine zunehmende Zahl von Fragen auf, insbesondere im Kontext ihrer grundlegenden Fähigkeit, Angelegenheiten zu regeln, die eine Gefahr für den Frieden sind. Das ist besonders heikel, denn es handelt sich hier nicht länger ausschließlich um Klankonflikte. Die Guurti wird in Verfassungsauseinandersetzungen einbezogen, die ihre Möglichkeiten und Rolle tendenziell überschreiten.

Die **Judikative** in Somaliland verfügt im Großen und Ganzen nicht über das Vermögen und die Professionalität, die Herrschaft des Gesetzes zu stärken und durchzusetzen (APD 2002). Das Zivil- und das Strafrecht sind aus der Zeit unmittelbar nach der Unabhängigkeit, und es hat nach dem Krieg keine größeren Reformen gegeben. Es gibt einen rechtlichen Pluralismus, der sich aus somalischem, italienischem und britischem Recht, aus Gewohnheitsrecht *(xeer)* und dem Recht der Scharia zusammensetzt – und daraus ergeben sich erhebliche Widersprüche. Wegen des grundlegenden Mangels an professionellen Richtern und dem Fehlen funktionaler Rechtskörperschaften bleibt das juridische System schwach. Die meisten Gerichte verfügen nicht über die Mittel, um angemessen arbeiten zu können, und die Korruption ist endemisch. Außerdem hat die Judikative nicht die nötige Unabhängigkeit, um zu einer effektiven Gewaltenteilung im neuen politischen System beitragen zu können: Der Oberste Richter wird leichtfertig ernannt und wieder abgesetzt; und Versuche des Parlaments, die Kandidaten für das Amt zu überprüfen, sind meist fehlgeschlagen. Es

gibt keine Gerichtsverwaltung, die unabhängig vom Justizministerium wäre, das alle wichtigen Organe mit Ausnahme des Obersten Gerichtshofs kontrolliert. Der Mangel an Garantien für die Unabhängigkeit der Judikative ist besonders im Hinblick auf den Obersten Gerichtshof von Bedeutung, der seit dem Beginn des Demokratisierungsprozesses immer wieder über wichtige gesetzliche Streitigkeiten zwischen Regierung und Opposition zu entscheiden hat.

Um eine Rückkehr zu autoritärer Herrschaft auszuschließen und die politische Teilhabe zu stärken, unterstützt die Verfassung von Somaliland ein **dezentralisiertes Regierungssystem** (Jimcaale 2005; APD/Interpeace 2006a). Doch trotz der Etablierung lokaler Verwaltungen und der Einführung von Wahlen für die Gemeinderäte bleibt die Erreichung dieses Ziels weiterhin eine Aufgabe. Die Entwicklung der lokalen Verwaltungen ist unterschiedlich verlaufen, die meisten Räte haben bisher bei der Erfüllung ihrer Aufgaben versagt. Die festgelegten Funktionen der Räte (als Entscheidungsträger) und des Bürgermeisters (als Exekutive) werden nicht erfüllt; Bürgermeister sind oft mit Amtsenthebung bedroht worden, wenn sie den Erwartungen der Ratsmitglieder nicht gerecht wurden. Außerdem hat das System bei der Aufgabe versagt, besseren Zugang für die Öffentlichkeit zu schaffen. Die Steuererhebung bleibt überwiegend zentralisiert und lässt den Räten wenig Gestaltungsspielraum.

Schließlich ist ein anderer wesentlicher Aspekt des unvollendeten Staatsaufbaus in Somaliland ganz offenkundig – wie schon erwähnt – der Mangel an internationaler Anerkennung und das ungeklärte Verhältnis zu Somalia. Internationale Hilfe kann kaum durch regierungsoffizielle Kanäle fließen, solange Somaliland kein anerkannter Staat ist. Das hindert ihn auch daran, Verbindungen mit internationalen Finanzinstitutionen zu knüpfen. Ein weiterer Effekt, der zunehmend Besorgnis hervorruft, ist die Tatsache, dass der Mangel an international anerkannter Souveränität den Schutz und den Beistand, mit dem Somaliland im Fall einer Aggression von außen rechnen könnte, auf ein Minimum reduziert. Zwar behindern diese Aspekte offensichtlich die fortgesetzten Bemühungen um den Staatsaufbau, aber – darauf haben Beobachter hingewiesen – die Nichtanerkennung hat zugleich den Raum und die Freiheit gegeben, eigene Institutionen hervorzubringen und ohne internationalen Konformitätsdruck experimentieren zu können.

Demokratisierung: Von der formalen Demokratie zur demokratischen Transformation?
Nach dem Verfassungsreferendum und mit einem abgeschlossenen Wahlzyklus (lokale, Präsidentschafts- und Parlamentswahlen) ist Somaliland ein gutes Stück in seinem Demokratisierungsprozess vorangekommen. Aber es ist vor allem wichtig, wann und mit welcher Qualität dieser Prozess fortgesetzt wird. Es gibt wachsende Bedenken bezüglich des Zeitplans, der nach der Wählerregistrierung die zweite Runde lokaler und Präsidentschaftswahlen 2008 vorsieht. Die erste, schwierige Wählerregistrierung durchzuführen ist eine echte Herausforderung, besonders unter dem Zeitdruck und dem Risiko, dass jede weitere Verzögerung die Spannungen steigern könnte. Daneben gibt es eine Auseinandersetzung über die Wählbarkeit neu entstandener politischer Vereinigungen bei den lokalen Wahlen, die noch immer nicht entschieden ist.

Derweil bleibt Somalilands Demokratie trotz der Erfolge beim formalen Demokratisierungsprozess irgendwie «knapp legal» und in einem fragilen Entwicklungsstadium. Eine tiefgreifende demokratische Transformation, die die gesamte Gesellschaft umfasst und eine nachhaltige und funktionierende Demokratie schafft, steht weiterhin aus. Wichtiger als legale Aspekte sind die Reform von Regierung und Staat und die Entwicklung neuer Elemente, die eine demokratische Kultur befördern können. Dazu gehören viele der unvollendeten Aspekte des Staatsbildungsprozesses: insbesondere eine bessere Teilung und Balance der Gewalten, die Stärkung der Gesetzesherrschaft und eine Fortführung des Dezentralisierungsprozesses. Damit dieser Prozess gelingt, muss vor allem an eine wirkungsvolle politische Partizipation der Bürgerinnen und Bürger gedacht werden. Dazu braucht es insbesondere:

- eine Demokratisierung und Öffnung der politischen Parteien, die allen engagierten Staatsbürgerinnen und -bürgern Zugang gewähren und ihnen Möglichkeiten zur Teilhabe innerhalb des Rahmens des begrenzten Dreiparteiensystems bieten;
- einen politischen Raum für die aktive Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und marginalisierten politischen Interessengruppen (das schließt besonders die Entwicklung von Plattformen der Interessenvertretung und die Schaffung von Schnittstellen für den Dialog mit Parlament und Exekutive ein);
- einen freien politischen Wettbewerb mit dem Recht zur friedlichen politischen Vereinigung und freien Meinungsäußerung;
- eine Stärkung des Parlaments, unter anderem durch Förderung seiner Leistungsfähigkeit und der Intensivierung der Beziehungen zur Wählerschaft und den Wahlkreisen;
- eine Liberalisierung des Mediensektors, Hand in Hand mit der Entwicklung eines größeren Verantwortungssinns bei Journalisten (inklusive Herausgebergremien und Mechanismen der Selbstkontrolle);
- die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte als Garantien uneingeschränkter Teilhabe.

Langfristig gesehen, sind diese Fragen auch eng verbunden mit der Herausbildung einer größeren Wählerschaft, die eine Fortsetzung und Vertiefung des Demokratisierungsprozesses stärkt und garantiert. Bisher fehlt in Somaliland eine wahrnehmbare Gruppe, die man zweifelsfrei als populäre Triebkraft des Demokratisierungsprozesses einschätzen könnte. Aufgrund des Mangels an Partizipationserfahrung in einer liberalen Demokratie gibt es eine Tendenz, nach oben zu schauen und auf Konzepte zu warten, die von oben kommen. Obwohl die Ansicht, dass die Demokratie für die Bevölkerung gut ist, weit verbreitet ist, gibt es keine Bereitschaft, für sie zu kämpfen. Die Demokratie hat nur eine sehr kleine aktive Lobby, obwohl sie allgemein Zustimmung findet.

Nur wenige sind im eigentlichen Wortsinn Reformen zugeneigt und haben auch den Erfahrungshorizont, um die entsprechenden Konzepte und ihre Komplexität zu verstehen. Die so weit sind, haben große Schwierigkeiten, sich mit anderen zusammenzutun und eine gemeinsame Plattform zu schaffen, vor allem wegen der Klantrennungen, der wirtschaftlichen Konkurrenz in der Zivilgesellschaft und der (zum Teil auf Erfahrung beruhenden) Meinung, dass es für eine organisierte Bürgerbewegung, die eine politische und Interessen vertretende Rolle übernimmt, in dem jungen Staat keinen politischen Raum gibt.

Ironischerweise ist es genauso schwierig, eindeutig «antidemokratische Kräfte» auszumachen. Oft hat es den Anschein, dass die Frage der demokratischen Orientierung sehr stark davon abhängt, wo die Akteure in einem bestimmten Moment im System stehen. In den verschiedenen Abschnitten der Entwicklung Somalilands tendierten die Machthaber dazu, Reformen zu betreiben, die auf die Erhaltung des Status quo zielten, während die Machtlosen die Demokratisierung anstrebten, um Einfluss und Zugang zur Macht zu gewinnen. Diese Einstellung wurde durch die Erbschaft der langen Diktatur noch verfestigt: In den Augen der Öffentlichkeit versuchen die Inhaber der Macht, ihre Stellung zu festigen und alles in ihren Händen zu zentralisieren.

Alles in allem verlaufen die Haupttrennlinien der Gesellschaft weiterhin entlang der Klangrenzen und -bündnisse. Übergreifende und «horizontale» Formen bürgerlichen Zusammenschlusses sind nach wie vor sehr begrenzt, was hauptsächlich mit dem Fehlen einer Kultur breit zusammengesetzter Bewegungen zusammenhängt. Als Folge davon konzentriert sich das organisatorische Vermögen auf die Interessenvertretung von gesellschaftlichen Teilgruppen statt auf Problemstellungen und besondere Strategien. Das schafft eine Tendenz zur Aushöhlung der formalen Demokratie, indem diese auf eine Arena zur Regelung unterschiedlicher Interessen reduziert wird, anstatt als Motor tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandels betrachtet zu werden.

Der Weg nach vorn

Per Saldo hat Somaliland eine sehr gute Arbeit in Bezug auf Friedensstiftung geleistet, alle Grundlagen der Staatenbildung geschaffen und eine bemerkenswerte Entschlossenheit gezeigt, eine formale Demokratie zu schaffen. Eine wichtige Lektion, die man aus dieser Erfahrung lernen kann, ist die Tatsache, dass internationale Anerkennung keine unabdingbare Vorbedingung für die Wiederherstellung funktionierender Herrschaftsstrukturen ist. Solche Anstrengungen können sogar in einem Gebilde ziemlich erfolgreich sein, das einstmals nur Teil eines zusammengebrochenen Staates war. Vor allem im Vergleich mit den zahllosen fehlgeschlagenen Versuchen auf nationaler Ebene, in dem früheren Somalia den Staat wiederherzustellen, ist Somaliland tatsächlich eine Erfolgsgeschichte.

In mancherlei Hinsicht mag es ein Segen gewesen sein, dass all das mit wenig internationaler Unterstützung erreicht wurde, weil es die Eigenverantwortung stärkte und Anreize zur Konsensfindung und zu guter Regierungsführung im Land schuf. Aber diese Konstellation hat ihre Grenzen, und es wäre töricht seitens der Welt, die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte des Landes für selbstverständlich zu halten. Der Groll gegen die internationale Gemeinschaft wächst, weil Anerkennung und intensive Zusammenarbeit bei der Entwicklung eine «Friedensdividende» erbracht hätten, die nun im Großen und Ganzen ausgeblieben ist. Die Sicherung der Errungenschaften in Somaliland, auch gegen Bedrohungen von außen, und die Vertiefung des Staatsaufbaus und der Demokratisierung verlangen verstärkte internationale Hilfe und bi- wie multilaterale Kooperation. Es versteht sich zudem von selbst, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme von außen in solchen Fragen – wenn sie erforderlich sein sollte – ganz klar von der Einbindung in ein konkretes Land abhängen.

Derweil ist Somaliland nach wie vor an verstärkter internationaler Zusammenarbeit interessiert und brennt sogar darauf. Solange das Land nicht anerkannt worden

ist, bleibt die internationale Gemeinschaft gefordert, kreative Formen der Unterstützung zu finden, die dennoch bei der Bewältigung von Engpässen und kritischen Fragen im Staatsaufbau und im Demokratisierungsprozess helfen können. Die Investitionen der internationalen Gebergemeinschaft für die Parlamentswahlen 2005 in Somaliland sind ein herausragendes Beispiel dafür, wie man effektiv und nützlich helfen und dabei dicht unter der Schwelle der internationalen Anerkennung bleiben kann, andererseits aber die «klassischen» Formen ausländischer Hilfe für ein nicht anerkanntes Land deutlich überschreitet. Ein anderes Beispiel für Bemühungen dieser Art ist die Unterstützung der Weltbank bei der Entwicklung von Somalilands öffentlichem Finanzwesen, die erhebliche Motivationen für gutes Regieren mit sich bringt.

Diese Initiativen unterstreichen, dass die Welt nicht mehr das Motto «Gut genug im Vergleich mit dem südlichen Somalia» anwendet, sondern die Erfolge und Bedürfnisse Somalilands nach den eigenen Maßstäben des Landes bewertet. Das signalisiert die Bereitschaft zu wachsendem Engagement ebenso, wie es jede mögliche Form der Selbstgefälligkeit und Gleichgültigkeit verbietet.

Literatur

APD (2002): The Judicial System in Somaliland. April 2002. Hargeisa: Academy for Peace and Development, http://www.apd1996org/docs/Judiciary_Report.PDF (eingesehen am 14.3.2005).

APD (2007): «The Burco Dilemma – Striking a Balance between Troubleshooting and Peace Building», in: *The Academy Today*, 1 (April 2007) 1, 7-8.

APD/WSP (1999): A Self-Portrait of Somaliland: Rebuilding from the Ruins. Dezember 1999. Hargeisa: Academy for Peace and Development/War-torn Societies Project, http://www.apd-somaliland.org/docs/Self_Portrait.PDF (eingesehen am 16.12.2006).

ADP/Interpeace (2006a): Local Solutions: Creating an Enabling Environment for Decentralisation in Somaliland, Dialogue for Peace, Oktober 2006. Hargeisa: Academy for Peace and Development/Interpeace, http://www.apd-somaliland,org/docs/apd2006decentralisation.pdf (eingesehen am 1.3.2007).

APD/Interpeace (2006b): A Vote for Peace, How Somaliland successfully hosted its first Parliamentary Elections in 35 years. Dialogue for Peace, September 2006. Hargeisa: Academy for Peace and Development/Interpeace, http://www.apd-somaliland.org/docs/apd2006electionspluserrata.pdf (eingesehen am 1.3.2007).

ADP/Interpeace (2008) (noch nicht erschienen): Somaliland Peace Mapping. Entwurf. Academy for Peace and Development, Interpeace.

Bradbury, Mark; Adan Yusuf Abokor; Haroon Ahmed Yusuf (2003): Somaliland: Choosing Politics over Violence, in: Review of African Political Economy, No. 97 (2003), S. 455-478.

Bradbury, Mark (1994): The Somali conflict: prospects for peace. Oxford (England): Oxfam.

Bradbury, Mark (1997): Somaliland. CIIR country report. London: Catholic Institute for International Relations.

Bradbury, Mark (2007): Becoming Somaliland (Entwurf).

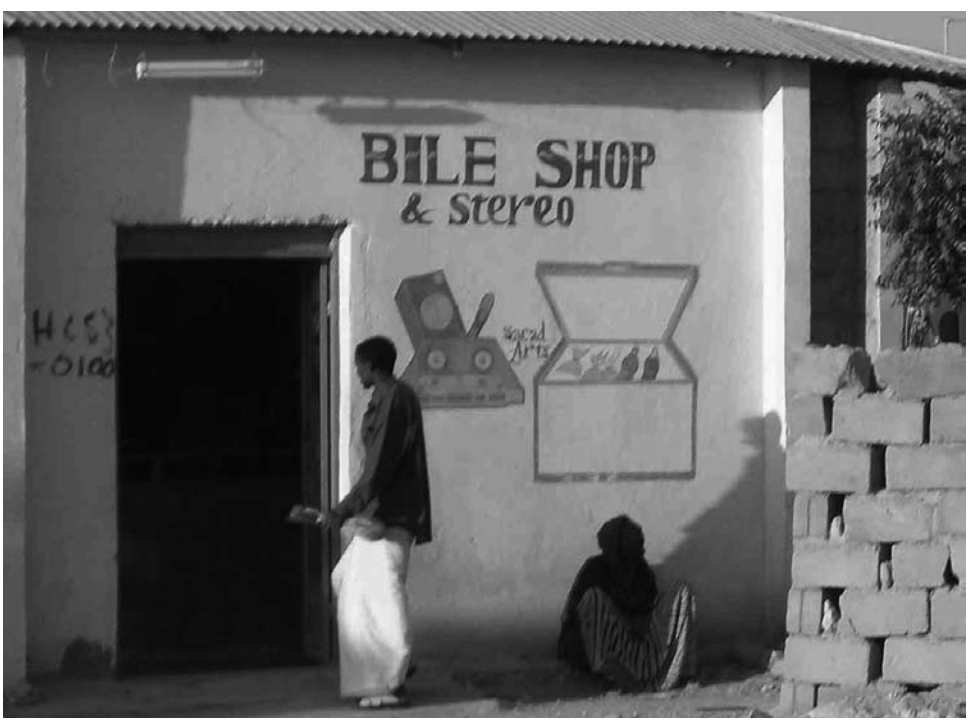
Brons, Maria (2001): Society, security, sovereignty, and the state in Somalia. From statelessness to statelessness? Utrecht: International Books.

Bryden, Matt; Ahmed Yusuf Farah (1996): The Somaliland Peace Committee: Case-Study for a Grassroots Peace-Making Initiative. Addis Abeba: UNDP/EUE.

Carothers, Thomas (2003): Is Gradualism possible? Carnegie Paper 39, Carnegie Endowment for International Peace, Juni 2003, http://www.carnegieendowment.org.

Drsysdale, John (1992): Somaliland: The Anatomy of Secession. Hove, UK.

Drsysdale, John (2000): Stoics wirthout pillows: A way forward for the Somalilands. London HAAN Associates.
Gilkes, Patrick S. (1995): Acceptance but not Recognition: The Republic of Somaliland 1993-95, 20. 4. 1995, Biggleswade.
Ibrahim, Mohammed Hassan (2004): Somaliland's Election: Transition without Transformation. Konzeptpapier für die Somali Studies Conference, Dänemark.
Initiative and Referendum Institute (2001): Somaliland National Referendum, May 31, 2001. Final Report of the Initiative & Referendum Institute's Election Monitoring Team. Washington, D.C.
International Crisis Group (2003): Somaliland: Democratisation and its Discontents. Nairobi/Brüssel, http://www.icg.org//library/documents/report_archive/A401067_28072003.pdf (eingesehen am 29.7.2003)
Jimcaale, Cabdiraxmaan (2005): «Consilidation and Decentralization of Government Institutions», in: Programme, WSP Somali (ed.): Rebuilding Somaliland: Issues and Possibilities. Lawrenceville, N.J.: Red Sea Press, 49-122.
Kibble, Steve; Adan Abokor (2004): Somaliland – CIIR Draft Pre-election Assessment for the 2005 Parliamentary Elections (Dritter Entwurf). 22.12.2004. London/Hargeisa.
Lewis, Ion M. (1982): A pastoral democracy: a study of pastoralism and politics among the northern Somali of the Horn of Africa. New York, N.Y.: African Pub. Co. for the International African Institute.
Lewis, Ion M. (1994): Blood and Bone. Lawrencevill: Red Sea Press.
Milliken, J.; K. Krause (2003): State Failure, State Collapse, and State Reconstruction. Oxford: Blackwell Publishing, 1-21.
Reno, William (2003): Somalia and Survival. In the Shadow of the Global Economy. QEH Working Paper Series 100. Northwestern University.
UNDP (2001): Human Development Report 2001, Somalia. Nairobi, Kenia: UNDP.
War-torn Societies Project (2005): Rebuilding Somaliland: Issues and possibilities. Lawrenceville: Red Sea Press.



In Hargeisa, Somaliland, Februar 2007

JABRIL IBRAHIM ABDULLE

Somalia: Zivilgesellschaft ohne Staat

Seit zwanzig Jahren leisten zivilgesellschaftliche Organisationen («civil society organizations» – CSOs) in den Regionen Hilfe, in denen bewaffnete Konflikte das soziale und ökonomische Leben des somalischen Volkes zerstört haben. Viele der Organisationen setzten sich für das Wohl des somalischen Volkes im Allgemeinen und für die benachteiligten und schutzlosen Gruppen im Besonderen ein. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben heute einen weit positiveren Einfluss auf das Leben vieler Somalier als alle anderen Institutionen. Die zahlreichen von ihnen eingerichteten Krankenhäuser, Schulen, ja sogar gemeindebasierten Universitäten zeigen das beispielhaft.

Außerdem hat die Zivilgesellschaft politische Räume geschaffen, in denen Differenzen durch Dialog statt durch Gewalt gelöst werden konnten und können. Sie hat eine Reihe von Initiativen zur Friedenskonsolidierung hervorgebracht. Während Frauen in der somalischen Gesellschaft – besonders im ökonomischen Bereich – weiterhin vielfach ausgeschlossen werden, haben sie dank ihrem Engagement in den CSOs doch an Einfluss gewonnen. Insbesondere Frauen aus der Diaspora haben an den Bemühungen um Konfliktvermittlung und Friedensentwicklung maßgeblich mitgewirkt. Der zivilgesellschaftliche Sektor in Somalia hat Führungspersonen hervorgebracht, die sich der sozialen Verantwortung, demokratischen Werten und der Achtung der Menschenrechte sichtlich stärker verpflichtet fühlen als die derzeitige Generation der politischen und militärischen Führer.

Zugleich hat die somalische Zivilgesellschaft mit diversen Einschränkungen und Herausforderungen zu kämpfen, die aus der von Unsicherheit und Gewalt geprägten Lage, den soziopolitischen Verhältnissen und internen Kapazitätsproblemen erwachsen. Zu diesen Einschränkungen gehören das Fehlen stabiler, einheitlicher Strukturen bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen, ein tiefes Misstrauen zwischen den zivilgesellschaftlichen Institutionen und der Obrigkeiten (zunächst den Kriegsherren, dann den nationalen und lokalen Übergangsinstitutionen) und schließlich die begrenzte finanzielle und moralische Unterstützung durch externe Akteure, die in die Somaliakrise involviert sind. Zudem agiert die Zivilgesellschaft in Somalia in einem problematischen politischen Umfeld, das durch Klan- und andere Differenzen gespalten ist – was die zivilgesellschaftlichen Organisationen oft in schwierige, manchmal auch gefährliche Situationen bringt.

Dieser Beitrag befasst sich mit der Rolle, die zivilgesellschaftliche Organisationen in Somalia angesichts des Fehlens eines funktionierenden Staates übernehmen. Er untersucht die Beziehungen zwischen verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren und informiert über den geschichtlichen Hintergrund der zivilgesellschaftlichen Bewegung, derzeitige Initiativen und künftige Herausforderungen. Es wird aufgezeigt, wie wichtig die Zivilgesellschaft für den Entwicklungs- und Wiederaufbau-

prozess Somalias ist, auf welche Weise die demokratischen Übergangsprozesse am besten gestärkt und beeinflusst werden können und welche Rolle zivilgesellschaftliche Gruppen, die in diesen Bereichen arbeiten, möglicherweise in Zukunft spielen könnten. Zudem werden Wege aufgezeigt, wie in einem Land, in dem es fast keine staatliche Kontrolle gibt, die Zivilgesellschaft belebt werden kann.

1 Einführung

In den letzten zehn Jahren hat die Anzahl und Vielfalt der Organisationen und Verbände, die den Kern der zivilgesellschaftlichen Bewegung in Somalia ausmachen, rapide zugenommen. Zwar existieren keine verlässlichen Daten über die genaue Anzahl der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Somalia, doch ist diese von einigen wenigen kleinen Institutionen Anfang der 1980er Jahre auf Hunderte von Organisationen in ganz Somalia in den 1990ern gestiegen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen werden größer und ihre organisatorischen Kapazitäten besser. Obwohl es keine zentrale Koordination und formale Struktur gibt, sind sie im Bereich der sozialen Dienste und anderer wichtiger öffentlicher Dienstleistungen stark engagiert.

Neben der Erbringung von Dienstleistungen kann eine starke Zivilgesellschaft auch ein Gegengewicht zur Staatsmacht darstellen – oder, im Falle Somalias, zu den Milizen, Kriegsherren und anderen lokalen Machthabern. Sie kann Kommunikationswege eröffnen und sich für Transparenz zwischen den staatlichen bzw. lokalen Behörden und den Bürgerinnen und Bürgern einsetzen. So können die Grundlagen für künftige demokratische Institutionen geschaffen werden. Außerdem kann die Zivilgesellschaft das Wachstum einer starken Marktwirtschaft fördern, die ihrerseits Dienstleistungen erbringen, Gemeinschaften stärken und organisatorische Kapazitäten an der Basis ausbauen kann.

2002 erfasste Novib in einer Studie die somalische Zivilgesellschaft in allen Regionen des Landes. Die Studie (Novib-Oxfam 2003) kam zu dem Ergebnis, dass die Zivilgesellschaft in vier Kategorien unterteilt werden kann: Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Netzwerke, Berufsverbände und gemeinschaftsbasierte Organisationen («community-based organizations» – CBOs).

Dank der anhaltenden Förderung und des fortgesetzten Engagements der internationalen Gemeinschaft hat die somalische Zivilgesellschaft eine gewisse Reife erlangt. Zivilgesellschaftliche Organisationen kooperieren und vernetzen sich zunehmend, besonders diejenigen, die sich der Friedensförderung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Frauen- bzw. Genderfragen widmen. Darüber hinaus meldet sich die zivilgesellschaftliche Bewegung auch in der sozialen und politischen Arena deutlicher zu Wort und gewinnt an Einfluss. Beispiele für diese Umorientierung sind die friedlichen und ungestört verlaufenen Demonstrationen, die von zivilgesellschaftlichen Gruppen in Mogadischu und anderen Landesteilen, aber auch in der Diaspora durchgeführt wurden, so zum Beispiel die Friedensdemonstration in Minnesota im Mai 2007 (Somali Women Peace Rally 2007).

Die somalische zivilgesellschaftliche Bewegung ist, obwohl noch im Entstehen begriffen, zum Sammelpunkt für Intellektuelle und Angehörige der gehobenen Berufe geworden, die auf dem Weg zu einer Kultur des Friedens und der verantwortungsbewussten Regierungsführung eine immer wichtigere Rolle spielen.

2 Die Zivilgesellschaft in Somalia: Ein geschichtlicher Rückblick

Die Geschichte der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Somalia reicht bis in die frühen 1940er Jahre zurück. Damals initiierte die Somali Youth League (SYL) mit Unterstützung der traditionellen Klanältesten eine breite Bürgerbewegung, die gegen die Kolonialmächte und für ein geeintes Großsomalia kämpfte. Nachdem Somalia 1960 die Unabhängigkeit erlangt hatte, verlor die SYL ihre Bedeutung, denn es gelang ihr nicht, sich über den Befreiungsdiskurs hinauszubewegen. Die führenden Mitglieder der SYL gründeten Parteien, um an den Wahlen teilnehmen zu können. Formale zivilgesellschaftliche Strukturen entstanden in den 1960er Jahren nicht, doch von den traditionellen Strukturen und Obrigkeiten gingen damals oft positive Impulse zur verantwortungsbewussten Regierungsführung und Friedenserhaltung aus.

Unter der Zivilregierung (1960-69) etablierten sich zivilgesellschaftliche Gruppen nur langsam, und ab 1969 wurden sie durch das Militärregime von Siad Barre (1969-91) in ihren Wirkungsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Stattdessen gründete das Siad-Barre-Regime parastaatliche soziale Organisationen, die Ministerien untergeordnet waren, zum Beispiel eine Frauenorganisation und eine Gewerkschaft. Diese Organisationen waren Teil des staatlichen Apparats und dienten der sozialen Kontrolle; sie waren weder autonom noch berechtigt, Kritik an der Regierung zu üben. Nach Ansicht vieler wurden diese Organisationen vor allem zu dem Zweck geschaffen, die Interessen der Regierung zu vertreten. Jegliche Versuche, unabhängige zivilgesellschaftliche Strukturen zu schaffen, wurden vom Regime unterdrückt.

Dass es in Somalia kein unabhängiges Netzwerk von Vereinigungen gab, wird durch die Geschichte der Nichtregierungsorganisationen illustriert: Institutionalisierte NGOs entstanden in Somalia erst in den frühen 1980er Jahren im Gefolge der internationalen Hilfsorganisationen, die dem Land angesichts des gewaltigen Zustroms äthiopischer Flüchtlinge nach dem Ogaden-Krieg 1977/78 zu Hilfe geeilt waren. Bei diesen ersten NGOs handelte es sich vorwiegend um lokale Hilfsorganisationen. Als sich die internationalen Organisationen 1980 zurückzuziehen begannen, nahm die Zahl der örtlichen NGOs zu; sie führten hauptsächlich Projekte im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Erschließung von Erwerbsmöglichkeiten durch. Die meisten dieser NGOs hatten ihren Sitz in Mogadischu.

Hierzu gibt es zweierlei anzumerken: Erstens war die Idee der NGO in Somalia neu – die ersten NGOs wurden gegründet, als der Bürgerkrieg bereits vor der Tür stand. Zweitens war es eine großangelegte Hilfsaktion, die den Impuls zur Gründung von NGOs gab. Daher setzten diese sich zumeist kurzfristige Ziele und konzentrierten sich auf die aktuelle Krise. Sie orientierten sich hauptsächlich an den internationalen Hilfsorganisationen und kümmerten sich nicht um langfristige Entwicklungsziele.

Allerdings ließen sich vor dem Bürgerkrieg nur wenige Organisationen offiziell als NGO registrieren. Ein Bedarf an unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen entstand erst nach Ausbruch des Bürgerkriegs und dem Zusammenbruch des Staatsapparats im Jahr 1991. In der Zeit unmittelbar nach dem Umsturz des Barre-Regimes kam es, wie de Waal (1994: 143) schreibt, zu «einer rapiden Zunahme zivilgesellschaftlicher Organisationen, denn zum ersten Mal seit über zwanzig Jahren waren sie nicht der Kontrolle einer autoritären Regierung unterworfen».

Dieser kurzen Blüte der Zivilgesellschaft wurde jedoch rasch ein Ende gesetzt: zunächst durch die Kämpfe zwischen den klanbasierten Milizen, die Barre entmachtet hatten, dann durch den massiven Zustrom internationaler Hilfsorganisationen im Rahmen der Friedensmission UNOSOM, die den örtlichen Organisationen das Heft aus der Hand nahmen und sie marginalisierten.

Nach der Landung der unter amerikanischer Führung stehenden Truppen der «Operation Restore Hope» Ende 1992 gelang es den internationalen Hilfsorganisationen in Zusammenarbeit mit den neu entstehenden somalischen NGOs, den von Krieg und Dürre heimgesuchten Somaliern die dringende humanitäre Hilfe zukommen zu lassen. Sie nahmen in diversen Städten in ganz Somalia – besonders in Südsomalia, wo die internationalen Streitkräfte stationiert waren – Schulen und Gesundheitseinrichtungen wieder in Betrieb und sorgten für ein Grundbildungsangebot und medizinische Notfallversorgung. Nach dem Abzug der UNOSOM-II-Truppen im März 1995 wurden jedoch nur wenige dieser Einrichtungen weitergeführt.

Das Vakuum, das durch den Abzug fast aller westlicher Hilfsorganisationen entstand, verbunden mit der allseits vorherrschenden Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit zwang die somalischen NGOs, einige der vormals von den Hilfsorganisationen betriebenen Dienste zu übernehmen. Ein wichtiger Punkt in diesem Zusammenhang ist, dass in dieser Periode islamische NGOs und Zivilinstitutionen, die zu den internationalen Hilfsorganisationen gehört hatten, im Land blieben, um weiterhin die dringend benötigte humanitäre Hilfe zu leisten. Die islamischen NGOs in Somalia führten die Dienste mit Hilfe örtlicher qualifizierter Kräfte weiter, mit Mitteln, die von den örtlichen Gemeinschaften aufgebracht wurden. Die islamischen NGOs regten viele zivilgesellschaftliche Organisationen dazu an, sich im Bereich der sozialen Dienstleistungen und der Mobilisierung der Bevölkerung zu engagieren. So kam es zu einer ersten Welle seriöser somalischer NGOs unter der Führung somalischer qualifizierter Kräfte.

Ab Ende der 1990er Jahre organisierte sich die somalische Zivilgesellschaft stärker. Einige NGOs bildeten Dachverbände und Netzwerke, um ihre Aktivitäten zu koordinieren. So wurde etwa 1996 die Coalition for Grassroots Women Organization (COGWO) ins Leben gerufen, um die Anstrengungen von zwanzig verschiedenen Frauenorganisationen zu bündeln. Mit INXA wurde ein weiteres Netzwerk gegründet, dem eine Vielzahl von Advocacy- und Menschenrechtsorganisationen angehören. Des Weiteren gibt es Bildungsnetzwerke wie das Formal Private Education Network for Somalia (FPENS), einen der größten und effektivsten Dachverbände im Bildungsbereich, der Schulbildung auf Primar- und Sekundarstufe vermittelt. Er ist in der Hälfte der 18 Regionen Somalias aktiv, darunter auch in Borama im Nordwesten (Somaliland) und Bossasso im Nordosten (Puntland), und umfasst 101 Bildungszentren mit 51.378 Schülern, davon 33,5% Mädchen, und 1.384 Lehrenden (FPENS, 2003). Das Lehrpersonal unterrichtet größtenteils auf Arabisch.[1] Zudem studieren

1 In Somalia gab es früher Schulen mit drei verschiedenen Unterrichtssprachen: Arabisch, Englisch und Italienisch. Von der Erlangung der Unabhängigkeit bis zum Jahr 1991 hatten die Absolventen der Schulen, in denen Englisch oder Italienisch die Unterrichtssprache war, die besten beruflichen und politischen Aufstiegschancen. Deshalb landeten viele der Absolventen der arabischsprachigen Schulen beim Militär, so dass die meisten hochrangigen Offiziere einen entsprechenden schulischen Hintergrund hatten. Heute stehen die meisten Schulen in Somalia direkt oder indirekt unter dem Einfluss von Absolventen arabischsprachiger Schulen.

derzeit 261 Studenten im Rahmen des Stipendienprogramms der Islamic Bank an Universitäten in Ländern wie Sudan, Jemen und Ägypten.

Im neuen Jahrtausend gedeiht die somalische Zivilgesellschaft weiter, und es sind viele neue Netzwerke und gut strukturierte, professionelle Organisationen entstanden. Besonders rege ist die Zivilgesellschaft in folgenden Bereichen:

- Bildung: Schulen, Universitäten und andere Institutionen
- Gesundheitsversorgung: Krankenhäuser und Mutter-Kind-Einrichtungen
- Friedensentwicklung: Versöhnung der Konfliktparteien; Beseitigung der Kontrollpunkte der Milizen
- Menschenrechte, Frauen- und Kinderrechte: Advocacyarbeit in den Medien und öffentlichen Foren; Berichte über Menschrechtsverletzungen; Bewusstseinsbildung hinsichtlich Genitalverstümmelung, HIV/AIDS und Kinderarbeit
- Humanitäre Hilfe: Unterbringung von Binnenvertriebenen

3 Traditionelle Institutionen und die Zivilgesellschaft

Die traditionellen Klanführer und die religiösen Führer hatten in Somalia immer eine Schlüsselstellung inne, ganz besonders in der präkolonialen Zeit. Eine der wichtigsten Aufgaben der Klanältesten und religiösen Führer ist seit jeher die Streitschlichtung. Leider hat sich ihr Wirkungsbereich jedoch nie über das lokale Umfeld hinaus entwickelt, so dass sie Schwierigkeiten haben, regionale oder nationale Konflikte zu bewältigen. Aufgrund der unterschiedlichen Formen von Kolonialherrschaft – der «indirekten Herrschaft» in Britisch-Somaliland gegenüber der stärker zentralisierten italienischen Kolonialverwaltung im Rest des Landes – hatten und haben die traditionellen Klanältesten von Region zu Region ein unterschiedliches Maß ein Einfluss. In Somaliland und Puntland sind die traditionellen Klanältesten auch heute noch in allen Sektoren ziemlich einflussreich, in Südsomalia hingegen nicht. Nach Erlangung der Unabhängigkeit beschränkten die somalischen Zivilregierungen wie auch das Barre-Regime die Rolle der Ältesten und religiösen Führer auf die traditionelle Konfliktlösung. In vielen Fällen erkaufte sich die jeweilige Regierung Loyalitäten und verlieh denen Macht, die bereit waren, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Nach dem Zusammenbruch des Siad-Barre-Regimes verloren die traditionellen Ältesten im Zuge der «Operation Restore Hope» unter Führung der USA und der UN-Operationen UNOSOM I und II (1992-95) weiter an Einfluss. Die politische Stärkung der bewaffneten Verbände durch die internationale Gemeinschaft und die beträchtliche Zunahme an Waffen unterminierte in Südsomalia – vor allem in Mogadischu – ihre Autorität.

Während des Arta-Friedensprozesses in Dschibuti im August 2000 jedoch wurde die Rolle der Ältesten wieder gestärkt. Man wollte die Fehler früherer Friedensinitiativen, in denen nur die Anführer der bewaffneten Verbände eine wichtige Rolle gespielt hatten, vermeiden, deshalb durften traditionelle Klanälteste teilnehmen. Auf der Konferenz waren Vertreter der Zivilgesellschaft, traditionelle und religiöse Führer sowie Frauengruppen vertreten. Die Anführer der bewaffneten Verbände konnten nur als Privatpersonen teilnehmen und hatten keinen speziellen Status. Vor diesem Hintergrund hat der Arta-Friedensprozess zum Wiedererstarken und Macht-

gewinn einiger Klanältester geführt, die sich in den folgenden Jahren als moralische Instanz etablierten und zivilgesellschaftliche Aktivitäten unterstützten. Auch ist es ihnen gelungen, einzelne Klans zu bestimmten grundlegenden Themen zusammenzuführen. Besonders in Puntland und Somaliland sind in letzter Zeit viele Konflikte durch die gemeinsamen Anstrengungen Klanältester gelöst worden.

4 Zivilgesellschaft ohne Staat: begriffliche Fragen

Zwar ist die Definition der Zivilgesellschaft nicht klar festgelegt, doch über gewisse Aspekte sind sich die meisten Wissenschaftler einig. Die Zivilgesellschaft setzt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger voraus und ermöglicht es ihnen, ihre Meinung zu sagen. Sie beinhaltet gemeinsames Handeln aufgrund gemeinsamer Interessen, Ziele und Werte. Das Engagement in der Zivilgesellschaft stärkt das soziale Kapital, das Vertrauen und die gemeinsamen Werte. Man könnte sagen, dass das Engagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen, ob in formellen oder informellen Strukturen, einen Lernschritt in Richtung Partizipation an demokratischen Entscheidungsprozessen darstellt.

Üblicherweise wird die Rolle der Zivilgesellschaft in ihrem Verhältnis zum Staat definiert. Einige Fachleute vertreten die Ansicht, dass «die Zivilgesellschaft nur gedeihen kann, wenn es einen effektiven, starken Staat gibt, der die Spielregeln festlegt und einen klaren Rahmen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten schafft» (Porter/Kilby 1996: 32). In Somalia jedoch entstanden in den 1990er Jahren zivilgesellschaftliche Institutionen aus dem Bedürfnis heraus, das Vakuum auszufüllen, das eben durch das Fehlen staatlicher Strukturen entstanden war und aus dem Wunsch nach dauerhaftem Frieden und langfristiger Entwicklung. Und Studien des Centre for Research and Dialogue (CRD) haben gezeigt, dass eine lebendige, starke Zivilgesellschaft auch ohne einen funktionierenden Staat bestehen und dass das Vorhandensein zivilgesellschaftlicher Organisationen die Staatsbildung erleichtern kann (CRD/Weltbank 2004).

Hann und Dunn (1996) argumentieren, dass der Begriff der Zivilgesellschaft sich allgemeiner auf die moralische Gemeinschaft und die Probleme des Vertrauens, der Verantwortlichkeit und der Zusammenarbeit beziehen sollte, mit denen sich alle Gruppen auseinandersetzen müssen. Diese Sichtweise, die besonderes Gewicht auf die Bedeutung des Vertrauens und die Frage der Vertrauensbildung im sozialen Leben legt, stellt die Zivilgesellschaft in einen engen Zusammenhang mit dem Konzept des sozialen Kapitals. Dieser Ansatz erscheint im somalischen Kontext sinnvoll.

Desweiteren wird in der wissenschaftlichen Literatur für gewöhnlich zwischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und gemeinschaftsbasierten Organisationen (CBOs) unterschieden (Hann/Dunn 1996; North 1995). Dabei gelten die NGOs als Vermittler zwischen den Basisinitiativen (d.h. gemeinschaftsbasierten Organisationen, die Mitgliedsorganisationen sind) einerseits und dem Staat andererseits sowie als wesentliche Akteure hinsichtlich der Gestaltung einer starken, auf Vereinigungen basierenden Zivilgesellschaft. Ihre Aufgabe besteht darin, einen Mechanismus zur politischen und wirtschaftlichen Stärkung der Mitgliedsorganisationen zur Verfügung zu stellen. Wenn NGOs und CBOs als Vermittler zwischen Staat und Gemeinschaft fungieren sollen, stellt sich im somalischen Kontext die Frage: Welche Rolle spielen

sie in einer Gesellschaft ohne Staat? Werden sie selbst de facto zum Staat, in dem sie die Staatsverantwortung übernehmen?

Im Falle Somalias haben zivilgesellschaftliche Organisationen in allen Sektoren staatliche Vakuen ausgefüllt, und dies oft effizient und produktiv. Zum Teil ist das ein Ergebnis ihres Ansatzes auf Graswurzelebene. Außerdem hat das Fehlen eines regulatorischen Rahmens eine neue Generation zivilgesellschaftlicher Führungspersonen hervorgebracht, die unternehmerisch sowie im Bereich der Gemeindeentwicklung besonders befähigt sind. Zugleich bringt die somalische Diaspora – mit Hilfe örtlicher zivilgesellschaftlicher Organisationen wie etwa des CRD – neue Ideen hervor, die auf der Graswurzelebene ins Land zurückgelangen und außerdem über somalische Websites und andere Medien verbreitet werden.[2]

Heute versorgen die florierenden Medienorganisationen die somalische Gemeinschaft im In- und Ausland seriös und verlässlich mit Informationen. Diese Entwicklung ist durch die technische – und zum Teil auch finanzielle – Unterstützung seitens bestimmter zivilgesellschaftlicher Organisationen befördert worden.

Doch das Fehlen eines staatlichen Rahmens stellt die zivilgesellschaftlichen Organisationen auch vor einige Probleme. Zum Beispiel erfüllen die zivilgesellschaftlichen Organisationen derzeit eine Reihe staatlicher Funktionen, ohne ein klares Mandat dafür zu haben. Die Legitimität und Ursprünge einiger zivilgesellschaftlicher Organisationen sind fragwürdig. Manche sind eindeutig klanbasiert und werden von Leuten geleitet, die ihre eigenen Interessen verfolgen. Es wurde schon oft kritisiert, dass manche zivilgesellschaftliche Organisationen einfach nur dazu beitragen, die Macht schon jetzt mächtiger Klans zu konsolidieren. Und während die somalischen Medien ein wirkungsvolles Instrument sind, um Ideen zu verbreiten, befinden sich die meisten wichtigen Medienorganisationen im Besitz großer Klans. Zudem spielen Frauen in den Medien weiterhin eine sehr geringe Rolle.

Auch die Frage der Gerechtigkeit ist insofern von Belang, als ohne einen Staat die Armen und Randgruppen oft keinen ausreichenden Zugang zur Gesundheitsversorgung und zum Bildungsangebot haben. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen betreiben die sozialen Dienste zumeist gegen Entgelt. In vielen der Schulgebäude beispielsweise wird heute von zivilgesellschaftlichen Organisationen Unterricht gegen Bezahlung angeboten. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen argumentieren damit, dass sie nicht nur Unterricht anbieten, sondern auch für eine künftige Regierung die Infrastruktur erhalten. Gemeinschaften oder Einzelpersonen ohne finanzielle Mittel haben deshalb jedoch oft nur eingeschränkten Zugang zu diesem Angebot.

Heute erhalten zu einem großen Teil die zivilgesellschaftlichen Organisationen das Land aufrecht – dies gilt insbesondere für Südsomalia. Ihr Engagement in Bereichen wie Gesundheitsversorgung und Bildung wurzelt in dem echten und dauerhaften Wunsch, kommenden Generationen bessere Verhältnisse zu hinterlassen. Wenn diese Gruppen keine sozialen Kapazitäten aufbauen, wird eine ganze Generation von Kindern nichts anderes kennen als Klanloyalität, Gewalt und Anarchie. Die derzeitige Zunahme und Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in

2 Das CRD hat kürzlich ein Projekt initiiert, das sich an die somalische Diaspora in den USA, Kanada, Europa und Australien sowie Studenten in Malaysia richtet: Sie sollen dazu gebracht werden, sich ernsthaft beim Wiederaufbau ihres Landes zu engagieren.

Somalia muss gefördert werden, damit eine künftige, funktionierende Regierung auf Bürgerinnen und Bürger zurückgreifen kann, die mehr als nur Gewalt und Anarchie erlebt haben.

Dieser Artikel fasst den Begriff der Zivilgesellschaft recht weit, denn nur eine umfassende Definition kann die Einzigartigkeit und Vielfalt der somalischen Zivilgesellschaft erfassen. Der Begriff Zivilgesellschaft beschreibt hier «einen Zwischenbereich zwischen Staat und Familie, bevölkert von Organisationen, die dem Staat gegenüber eine gewisse Autonomie genießen und von Mitgliedern der Gesellschaft freiwillig zur Verteidigung ihrer Interessen oder Werte gebildet werden» (White 1994: 6). Dieser soziologische Ansatz impliziert, dass die Zivilgesellschaft eine große Bandbreite sozialer Kräfte umfasst. Diese können modern oder traditionell sein, die Demokratie befördern oder behindern, sich in die Politik einmischen oder nicht.

Während sich viele der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Somalia als unpolitisch bezeichnen, agieren sie doch in einem politischen Umfeld, dem sie kaum entkommen können. Obwohl viele zivilgesellschaftliche Organisationen über Klangrenzen hinweg entstanden sind, ist die Klanzugehörigkeit als Grundlage der Loyalität und des eigenen Handelns in Somalia nach wie vor von Bedeutung. So leisten gewisse somalische zivilgesellschaftliche Organisationen leider eindeutig dem Klandenken Vorschub. In jüngerer Zeit haben sich einige zivilgesellschaftliche Organisationen offensichtlich politischen Lagern angeschlossen, wie etwa der Asmara-Gruppe[3] oder der Übergangsregierung (Transitional Federal Government, TFG).

Insgesamt jedoch haben die jüngeren Entwicklungen in der somalischen Gesellschaft zu einer Situation geführt, in der zivilgesellschaftliche Organisationen die Menschen in grundlegenden Fragen über Klangrenzen hinweg vereinen können. Ein solcher Fall war etwa die Befriedung von Mogadischu. Im Mai 2005 bündelten die zivilgesellschaftlichen Organisationen von Mogadischu ihre Kräfte, um die über die ganze Stadt verteilten Straßensperren zu beseitigen, und tatsächlich gelang es ihnen innerhalb weniger Tage, über 60 der Sperren zu entfernen. Zusammen mit der Übergangsregierung in Mogadischu gelang es einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen, über 1500 Milizionäre mit 60 «technicals» (mit Artillerie aufgerüstete Lastwagen) in zwei Ausbildungslagern außerhalb von Mogadischu einzuquartieren. Außerdem führten einige zivilgesellschaftliche Organisationen eine Fundraising-Kampagne durch und warben eine beträchtliche Summe zur Unterstützung des Mogadischu Security and Stabilization Plan (MSSP) ein. Die politische Teilhabe zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Konfliktfolgezeit könnte zu einer Abwendung vom Klandenken und einer Hinwendung zur Beschäftigung mit wichtigen Themen und Problemen beitragen, die für die ganze Gemeinschaft von überragender Bedeutung sind.

3 Die Asmara-Gruppe ist eine 2007 in Asmara, Eritrea, entstandene somalische Oppositionsbewegung gegen die aktuelle Übergangsregierung; sie besteht aus Mitgliedern der ehemaligen Union der islamischen Gerichtshöfe und der im Jahr 2000 gebildeten Übergangsregierung.

5 Engagement und Wachstum der Zivilgesellschaft

Es gibt im heutigen Somalia eine breite Vielfalt an zivilgesellschaftlichen Institutionen. In diesem Abschnitt sollen die wichtigsten Gruppen vorgestellt werden.

5.1 Die Frauengruppen

Die Frauengruppen sind heute eine einflussreiche und mächtige Stimme in Somalia. Während ihre Aktivitäten vorrangig auf das Wohl der Frauen und Kinder ausgerichtet sind, waren diese Gruppen bei einer Reihe von Gelegenheiten doch auch maßgeblich an der Friedensentwicklung und den Bemühungen um nationale Versöhnung beteiligt. Sie haben sich über künstliche, durch das formale politische System geschaffenen Grenzen und über Beschränkungen durch die Klans, die Frauen tendenziell ausschließen, hinweggesetzt und Initiativen zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit sowie zur nationalen Versöhnung unternommen. Einem weit verbreiteten Klischee zufolge kommen die Männer direkt vom Schlachtfeld an den Verhandlungstisch, der Ausgangspunkt der Frauen dagegen ist das bürgerschaftliche Engagement und die Versorgung der Familie. Im Gegensatz zu den Männern betrachten die Frauen den Frieden eher als eine Frage der sozialen Sicherheit; sie werden von dem Gedanken geleitet, dass ihre Kinder eine bessere Zukunft haben sollen.

Im Folgenden einige der von Frauengruppen unternommenen Anstrengungen zur Friedensentwicklung:

- Eine Gruppe von Frauen versuchte der Verbreitung von Waffen entgegenzuwirken, indem sie sich an die Ehefrauen von Milizionären wandten und sie drängten, ihre Männer für den Friedensprozess zu gewinnen.
- Die Frauengruppen von Mogadischu, angeführt von Haweenka Horseedka Nabadda (HINNA), der einflussreichsten Frauengruppe der Stadt, unterstützten mehrere Friedensinitiativen, die sich an die Anführer der bewaffneten Verbände und ihre Milizionäre wandten.
- In Mogadischu forderten Frauen, die Zivilgesellschaft müsse eine aktivere Rolle bei der Friedensentwicklung spielen, nachdem zahlreiche von Männern dominierte Organisationen keine Fortschritte hatten erzielen können. Viele dieser Frauen überschritten Demarkationslinien, um über Klandifferenzen hinweg für den Frieden zu werben.
- In Merca hat eine örtliche Frauen-Entwicklungsorganisation ein Demobilisierungsprojekt für Jungen, die Milizen von Kriegsherren angehören, ins Leben gerufen. Ihnen werden Schulbildung und alternative Verdienstmöglichkeiten geboten, damit sie ihre Waffen gegen eine bessere Zukunft eintauschen.
- In Südsomalia tat sich eine Frauengruppe mit einer «Youth for Peace»-Gruppe zusammen und besuchte die am stärksten von Gewalt heimgesuchten Gegenden, um auf die Milizen einzuwirken, damit sie ihre Kämpfe einstellten. Die Jugendlichen überzeugten nicht nur ihre Altersgenossen, sondern beeinflussten auch die Haltung vieler Älterer.
- In verschiedenen Gegenden halfen Frauen, Nachbarschaftswachen zum Schutz der Gemeinschaft vor Entführungen und Diebstahl einzurichten.

Während somalische Frauengruppen also einige Erfolge vorzuweisen haben, benötigen sie Schulung, um ihre Kapazitäten weiter auszubauen und effizienter arbeiten zu können. Dies wird ihre Rolle im Friedensprozess stärken, auch wenn die traditionellen und kulturellen Einschränkungen, denen die Frauen in Somalia unterliegen, ein Hindernis bleiben: Obwohl die somalischen Frauen in den letzten siebzehn Kriegsjahren aktiv am Aufbau ihres Staates mitgewirkt und beeindruckende Fähigkeiten an den Tag gelegt haben, wurde ihnen das Recht zur politischen Partizipation weitgehend abgesprochen. 2004 veröffentlichten 20 Frauengruppen gemeinsam einen Aufruf, in dem sie dagegen protestierten, aus den politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen zu sein. Der Zusammenschluss dieser Frauengruppen zeigt, dass das Wachstum von sozialem Kapital Segmente der Bevölkerung politisch stärkt, die zuvor durch Klanloyalitäten marginalisiert und zersplittert waren.

5.2 Die Medien

Nach Ausbruch des Bürgerkriegs wurden die privaten Medien zu einer der effektivsten zivilgesellschaftlichen Institutionen. Besonders in Mogadischu war ein Aufkommen neuer, in Privatbesitz befindlicher Zeitungen und Radiosender zu verzeichnen. Außerdem entstanden zahlreiche somalische Websites[4], die den somalischen Gemeinschaften auf der ganzen Welt Informationen, politische Analysen und Diskussionsforen sowie moderne Medienfunktionen bieten (Liddle 2001). Allerdings sind einige der neuen Medienorgane zum Sprachrohr der klanbasierten Kriegsherren geworden, die sie für ihre Machtkämpfe nutzten (CRD/UNDP 2004: 59). Dies gilt auch für die Websites, die zum Teil nur eingesetzt werden, um die politische Agenda bestimmter Klans zu propagieren.

Andererseits haben viele der Mainstream-Medien in Südsomalia von ihrer früheren Kriegstreiberei Abstand genommen und sind zu Unterstützern zivilgesellschaftlicher Aktivitäten geworden. Sie tragen zur «Konfliktprävention und -lösung [bei], indem sie einen neutralen politischen Raum für den Meinungsaustausch innerhalb der Bevölkerung schaffen und sich für die Menschenrechte einsetzen. Insgesamt haben die Medien in der Region bei den Friedensprozessen eine entscheidende Rolle gespielt» (CRD 2004: 45).

Es gibt keinen regulatorischen Rahmen für die Medien in Südsomalia. Doch das bedeutet nicht, dass sie frei und ungehindert arbeiten können. Man muss sich darüber klar sein, dass die Medien in einer hoch politisierten Umgebung, in der jeder einem Klan und dem Anführer einer Konfliktpartei nahesteht, nicht völlig unabhängig sein können.

Umgekehrt wird die Haltung der Gesellschaft zu einem bestimmten Medienunternehmen auch davon beeinflusst, in wessen Besitz es ist. Medien, die Förderung aus dem Ausland erhalten, gelten den Somaliern schnell als «ausländisch kontrolliert». Genauso betrachtet ein bestimmter Teil der Gesellschaft Sender wie VOA und BBC als Sprachrohr externer Akteure, was die Reporter und andere Angestellte in Lebensgefahr bringen kann.

4 Beachtenswert und beliebt sind HornAfrik Radio (www.hornafrik.com), Radio Shabelle (www.shabelle.net), Radio Dalmar (www.dalmar.org), Radio Garowe (www.garoweonline.com), Hiiraan Online (www.hiiraan.com) und SomaliWeyn (www.somaliweyn.com).

Eine weitere Bedrohung für die Medien geht von den Streitkräften des TFG, Äthiopiens und der Opposition aus. Am 11. August 2007 wurde Ali Imam Sharma'arke auf dem Rückweg von der Beerdigung seines Kollegen Mahad Mohammed Elmi umgebracht, der am selben Tag ermordet worden war. Der Leiter von Radio Shabelle, Bashir Nur Geedi, wurde von unbekannten Milizionären vor seinem Haus ermordet.

5.3 Die traditionellen religiösen Führer

Im Allgemeinen sind die traditionellen religiösen Führer in Somalia immer noch Respektspersonen. Sie sind ein integraler Bestandteil der Gemeinschaft, wirken als Vermittler, begraben die Toten und leisten der Gemeinschaft in Krisenzeiten moralischen Beistand. Es ist allgemein anerkannt, dass sie versuchen, den Konflikt zu beenden und zum Dialog aufzurufen. Die Somalier beziehen immer noch Hoffnung aus ihren religiösen Überzeugungen. Und die religiösen Führer haben sämtliche Friedensprozesse vom Dschibuti-Prozess an bedingungslos unterstützt.

Obwohl den religiösen Führern im Friedensprozess in Kenia 2002-2004 keine offizielle Rolle eingeräumt wurde, unterstützten sie die Initiativen, die in die richtige Richtung zu führen schienen. Sie äußerten sich auch in den lokalen Medien zu den Klan-Versöhnungsprozessen. Angesichts von Chaos, Anarchie und dem Fehlen eines funktionierenden Staates klammern sich manche Somalier nur umso fester an ihren Glauben, denn die islamische Lehre ist die dominierende Kraft im Leben der Menschen und die Grundlage ihrer Werte.

Die muslimischen Geistlichen haben durch ihre zivilrechtliche Tätigkeit in den islamischen Scharia-Gerichten immer eine wichtige Rolle gespielt. Doch als die Union der islamischen Gerichtshöfe (Islamic Courts Union, ICU) 2006 eine Quasi-Regierungsrolle übernahm, wurde die Rolle der traditionellen religiösen Führer in Südsomalia politisch.

Nach der Machtübernahme des ICU im Juni 2006 hatte man in Mogadischu zum ersten Mal seit langem das Gefühl, die öffentliche Sicherheit sei bis zu einem gewissen Grad wiederhergestellt. Kontrollpunkte wurden beseitigt, Straßensperren aufgehoben, der Flug- und der Seehafen wieder geöffnet, nachdem sie jahrelang für die Öffentlichkeit nicht zugänglich gewesen waren. Doch viele der traditionellen religiösen Führer wurden von der aufstrebenden jungen Führerschaft der Gerichtshöfe, die eine weitreichendere Agenda hatte, an den Rand gedrängt. Auch nach dem Sturz des ICU bleibt die Glaubwürdigkeit der traditionellen Führer von Bedeutung.

5.4 Die somalische Diaspora: die andere Zivilgesellschaft

Die Diaspora unterstützt die Entwicklung der somalischen Gesellschaft auf vielfältige Weise. Die Geldüberweisungen aus der Diaspora sind für viele Familien in Somalia eine wichtige Einkommensquelle und leisten einen bedeutenden Beitrag zur Wirtschaft. Diese umfänglichen Überweisungen resultieren zum einen aus Somalias Rolle als Arbeitskräftereservoir für die Golfstaaten (seit den 1970er Jahren), zum anderen aus dem Bestehen einer großen Diasporagemeinschaft im Westen (seit Mitte der 1980er Jahre).

In den 1970er und 1980er Jahren galt die Möglichkeit, als Arbeitsmigrant in den Golfstaaten sein Geld zu verdienen, als ein Privileg, das den Mittel- und Oberschichthaushalten Somalias vorbehalten war, obwohl es sich oft um niedere Arbeiten handelte. Ab Mitte der siebziger Jahre wurden die Überweisungen aus dem Ausland zu einem Grundpfeiler der somalischen Wirtschaft. 1983 kam eine Studie der Boston University zu dem Schluss, dass Somalias Export von Arbeitskräften keineswegs als «Braindrain» aufzufassen sei, sondern vielmehr als der bestmögliche Einsatz dieser Arbeitskräfte, die im Ausland weit besser verdienten als zu Hause (African Studies Centre 1983; Miller 1982).

Ab Anfang der 1990er Jahre begannen jedoch somalische Intellektuelle und qualifizierte Fachkräfte in großer Zahl das Land zu verlassen, und so wuchs die Bedeutung der Diaspora. Mitglieder der Diaspora haben sich an Katastrophenhilfe und Wirtschaftsförderung beteiligt (einigen Schätzungen zufolge haben sie sogar mehr Hilfsgelder zur Verfügung gestellt als die UN-Organisationen). Außerdem unterstützen sie in Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen den Bau und Erhalt von Schulen und Universitäten.

Alle Konfliktparteien waren irgendwann auf Überweisungen angewiesen oder haben von ihnen profitiert. Denn natürlich unterstützen viele Gruppen innerhalb der Diaspora ihren Klan oder die Konfliktpartei, der sie nahe stehen. Und so können die Überweisungen aus der Diaspora die lokalen Konflikte sogar noch verschärfen. «Einer der Faktoren, die den Konflikt zwischen den Subklans Salemaan und Said verlängerte, war das viele Geld, das aus der Diaspora geschickt wurde – beide Klans erhielten beträchtliche Summen von Mitgliedern aus der Diaspora», berichtete Ahmed Dualle, ein Klanältester aus der Region Mudug in einem Interview mit dem CRD.

2006 unterstützte die somalische Diaspora offenbar den Aufstieg der ICU mit Millionen von US-Dollar, um in den am stärksten heimgesuchten Landesteilen Frieden und Stabilität zu fördern. Doch was Teile der somalischen Gemeinschaft als positive Entwicklung betrachteten, galt der amerikanischen Regierung und einigen anderen Geberländern als ernsthafte Bedrohung.

5.5 Die Geschäftswelt

Die Aktivitäten der Geschäftsleute haben auf den Gesamtkonflikt wie auf das Leben der übrigen Somalier sowohl eine stabilisierende als auch eine destabilisierende Wirkung (International Alert 2006). Ökonomische Prosperität selbst auf niedrigem Niveau trägt zur Aufrechterhaltung des Alltagslebens bei und verhindert den weiteren Zerfall der Gesellschaft. Hinzu kommt das Phänomen, dass Geschäftsleute eine beträchtliche Zahl von Bewaffneten aus den Klans beschäftigen (zum Beispiel als Wachleute) und den jungen Männern so eine Alternative zu den Milizen und der dort oft vorherrschenden Hoffnungslosigkeit bieten.

Man kann darüber streiten, ob die Geschäftwelt tatsächlich der Zivilgesellschaft zugeordnet werden sollte. Immerhin ist der Wirtschaftssektor darauf ausgerichtet, Profit zu erzielen, was dem Gemeinwohl, dem sich die Zivilgesellschaft widmet, entgegenstehen könnte. Doch es steht außer Frage, dass wichtige Teile der Geschäftswelt ein Interesse an der Befriedung der Region haben.

Einige vormals staatliche Krankenhäuser (zum Beispiel Banadir und Medina) werden heute von Geschäftsleuten, die mit CSOs zusammenarbeiten, finanziert.

Viele Geschäftsleute betrachten ihre Zuwendungen an die Gemeinschaft als eine wohltätige Gabe, zu der ihr Glaube sie verpflichtet, als Zakah[5]. Insofern besteht hier ein wechselseitiger Nutzen.

Somalische Geschäftsleute haben außerdem in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft logistische Hilfe bei diversen Treffen zur Konfliktvermittlung sowie Interventionen zur Deeskalation aufflackernder Konflikte geleistet, indem sie traditionelle Klanälteste zusammenführten. Die Einbeziehung der Ältesten der Digil-Mirifle-Klans im «Lidaale-Konflikt» 1996 und der traditionellen Ältesten im Konflikt in den Zentralregionen sind hierfür gute Beispiele. Der lokale Friedensprozess in Brava, Elbur und Moqonkori wurde von Geschäftsleuten finanziert. Abas Ahmed, ein örtlicher Geschäftsmann, erklärte: «Als Geschäftsmann weiß ich die Unterstützung durch das Volk sehr zu schätzen, und deshalb müssen wir dem Volk auch etwas zurückgeben. Wir sorgen uns um ihre Sicherheit, die auch die unsere ist, und wir haben unsere eigenen zivilgesellschaftlichen Organisationen.»

Das Beispiel einer der erfolgreichsten CSOs in der Region Bandir, der Shabelle Business Women's Association, beweist, dass die Bedeutung von Frauen-CSOs in der Gemeinschaft zunehmend akzeptiert wird. Durch die zivilgesellschaftlichen Organisationen haben die Frauen endlich eine eigene Stimme gewonnen.

Andererseits gibt es nicht wenige, die von der Kriegswirtschaft Somalias profitieren. Der Zusammenbruch des Staates hat neue Unternehmer hervorgebracht, die in verschiedenen informellen Wirtschaftssektoren im ganzen Land aktiv sind. Es sind Kaufleute und Kriegsgewinnler, deren vorrangiges Ziel es ist, öffentliche Mittel für private Zwecke zu nutzen. Es ist offensichtlich, dass diese Leute zumeist eine auf Habgier beruhende Wirtschaft aufrechterhalten, während die Mehrheit der Bevölkerung unter Arbeitslosigkeit und Armut leidet. Zu den wichtigsten Aktivitäten dieser Gruppe gehören das Drucken von Falschgeld, der Waffenhandel, das Betreiben von Kontrollpunkten, von privaten Flugplätzen und Seehäfen, der Holzkohleexport, die illegale Fischerei, die Piraterie und andere kriminelle Machenschaften. Diese Kriegsgewinnler sind natürlich nicht daran interessiert, sich für Friedensentwicklung und Staatsbildung einzusetzen.

Insgesamt kann man jedoch sagen, dass in der Geschäftswelt der Wunsch vorherrscht, an der politischen Stabilisierung und Friedenskonsolidierung mitzuwirken. So ist es durch die Anstrengungen einzelner Geschäftsleute im zivilgesellschaftlichen Kontext bis zu einem gewissen Grad gelungen, Milizen zu entwaffnen und die Milizionäre zu ermuntern, eine reguläre Arbeit zu finden. In Somalia ist der Wirtschaftssektor ein integraler Bestandteil der zivilgesellschaftlichen Strukturen, und Geschäftsleute spielen in vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen eine wichtige Rolle.

6 Kräfte des Wandels

Die sich mehrenden Erfolge der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Somalia und ganz besonders in Mogadischu unterstreichen, wie wichtig ihre Arbeit für die Friedensbemühungen ist. Doch gilt es noch einige Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Wenn die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine starke Gegenkraft zu

5 Die Zakah ist eine der «Fünf Säulen», d.h. Hauptpflichten, des Islam.

den bewaffneten Verbänden werden sollen, ist es unumgänglich, dass sie von der individuellen, fragmentierten und unorganisierten zur kollektiven Interessenvertretung übergehen.

Die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Mogadishu Security and Stabilization Plan (MSSP) können hier als Beispiel dienen. Der MSSP kam dadurch zustande, dass eine Koalition aus Frauengruppen, Gruppen aus der Geschäftswelt, NGOs und gemeindebasierten Organisationen systematisch Druck auf die Übergangsregierung ausübten, bis sie den MSSP billigte.

Der MSSP beinhaltete einen Zeitplan für die Einquartierung der örtlichen Milizen und die Beseitigung der schweren Waffen aus Mogadischu mit dem Ziel, die Hauptstadt wieder sicher genug für die Rückkehr der Regierung zu machen. Die Frauenorganisation HINNA warb bei lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Geschäftsleuten und der Bevölkerung beträchtliche Mittel für die Implementierung des Plans ein. Durch sozialen Druck und die Mobilisierung der Öffentlichkeit gelang es den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Anführer der Milizen bzw. Kriegsherren zu zwingen, ihre Milizen aufzugeben und einquartieren zu lassen. Auch die Medien engagierten sich zum Teil massiv, so dass die Kriegsherren gezwungen waren, den Forderungen der Öffentlichkeit Folge zu leisten und ihre Truppen aus der Stadt zu schicken. Als die Milizen – zumindest teilweise – die Stadt verlassen hatten, genossen die Einwohner von Mogadischu zum ersten Mal seit langem eine gewisse Sicherheit. Da jedoch keinerlei Unterstützung von der internationalen Gemeinschaft kam und die Konflikte zwischen den Institutionen des TFG eskalierten, blieb den zivilgesellschaftlichen Gruppen nichts anderes übrig, als diese Initiative schließlich aufzugeben. Und die ICU weigerte sich nach ihrem Sieg über die Kriegsherren, den MSSP zu übernehmen.

Die Lehre, die sich aus dieser Erfahrung ziehen lässt, könnte lauten: Wenn die Zivilgesellschaft die Macht nutzt, die sie auf Gemeindeebene entwickeln kann, vermag sie beträchtliche Erfolge zu erzielen – auch wenn diese zuweilen nur kurzlebig sind.

Doch solche Anstrengungen werden durch Versuche, die öffentlichen Stimmen zum Schweigen zu bringen, massiv bedroht. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Somalia haben zahlreiche schwerwiegende Zwischenfälle – zum Beispiel tätliche Angriffe auf oder Verhaftungen von Journalisten und die Schließung von Zeitungsredaktionen und Radiosendern – erlebt und dokumentiert. Es wurden sogar prominente Führungsgestalten aus der Bevölkerung ermordet, darunter auch Friedensaktivisten, weil man fürchtete, sie seien imstande, das Kräftegleichgewicht der somalischen Gesellschaft zu verändern. Man wollte vorhandene kritische Stimmen zum Schweigen bringen und andere von vornherein abschrecken.[6]

7 Die somalische Zivilgesellschaft in der Übergangszeit

In Ermangelung funktionierender und zuverlässiger öffentlicher Institutionen ist die internationale Entwicklungsgemeinschaft massiv auf lokale zivilgesellschaftliche Organisationen angewiesen, um die marginalisierten und schutzlosen Bevölkerungs-

6 Viele dieser Morde fielen zeitlich mit wichtigen Ereignissen in Somalia zusammen. Abdulkadir Yahya Ali beispielsweise, einer der prominenten Führer der somalischen Zivilgesellschaft, wurde ermordet, als der Präsident und der Parlamentssprecher der zerstrittenen Übergangsregierung (die in Jowhar und Mogadischu saßen) gerade einen Dialog begannen.

gruppen zu erreichen. In Ländern, die von Konflikten heimgesucht sind, spielt die Zivilgesellschaft bei der Schlichtung und Lösung der Konflikte eine wichtige Rolle. Umgekehrt trägt das Fehlen einer aktiven und organisierten Zivilgesellschaft und professioneller, unabhängiger Medien zu Konflikten bei.

Somalia ist in dieser Hinsicht ein klassischer Fall. Es hat sich gezeigt, dass in Postkonfliktstaaten leicht Gelder veruntreut werden, da es meistens keine Kontrollmechanismen gibt. Dies kann zu großer Ungerechtigkeit und Korruption führen, was weitere Gewalttätigkeiten nach sich zieht.

Die Friedenskonferenzen für Somalia waren für gewöhnlich Übungen im State Building, die auf die schnellstmögliche Bildung einer nationalen Regierung abzielten. Da die meisten Somalier davon ausgehen, dass eine künftige Regierung die vertrauten politischen Verhaltensmuster reproduzieren wird, erfüllt diese Aussicht sie verständlicherweise mit gemischten Gefühlen. Die Tatsache, dass die meisten politischen Führer wohlbekannt sind, da sie entweder in den vorherigen Regimes gehobene Posten innehatten oder aber an den internen politischen und militärischen Konflikten während des Bürgerkriegs teilhatten, bestärkt die Menschen in der Erwartung, dass die Geschichte sich wiederholen wird. Die Mehrheit der Somalier setzt nur wenig Vertrauen in die derzeitige politische Führung, die im Rahmen von extern geförderten Friedensprozessen entstanden ist. Viele betrachten die Führungspersonen der Zivilgesellschaft als Alternative zur derzeitigen politischen Führung.

Zu den Schwierigkeiten, vor denen die Übergangsregierung steht, gehören der Mangel an Verantwortlichkeit und an Personal. Dies ist Ausdruck eines grundsätzlicheren Problems: Da kein funktionierendes Steuersystem existiert, gibt es auch keine Staatseinkünfte und somit keinen Mechanismus, um fähiges Personal einzustellen. Folglich fehlen der Übergangsregierung die Kapazitäten, um die grundlegenden staatlichen Funktionen auszuüben.

Hinzu kommt, dass die meisten höheren Regierungsangestellten keine Erfahrung mit der Verwaltung eines Postkonfliktlandes haben. Manche hatten schon im vorigen Regime eine höhere Position inne, doch ihnen fehlt die fachliche Kompetenz, um wirkungsvoll den Wiederaufbau einer Gesellschaft zu betreiben, die von Differenzen und kollidierenden Interessen geprägt ist. Auch der Führungsriege des TFG mangelt es eindeutig an den nötigen Fähigkeiten und manchmal auch an dem Willen, um effektiv auf die Versöhnung hinzuarbeiten.

Die somalischen zivilgesellschaftlichen Organisationen haben in den letzten siebzehn Jahren zwar in großer Unsicherheit, zugleich aber auch frei von staatlicher Regulierung und Intervention agiert. Daher ist es nachvollziehbar, dass einigen zivilgesellschaftlichen Organisationen die Vorstellung einer stärkeren Zentralregierung bedrohlich erscheint. Die Übergangsregierung wiederum betrachtet die Zivilgesellschaft in erster Linie als eine gesellschaftliche Kraft, die die Autorität der Regierung in Frage stellt. Dementsprechend herrscht tiefes Misstrauen zwischen den beiden.

Doch durch die erheblichen Kapazitätsprobleme der Übergangsregierung kommt den zivilgesellschaftlichen Organisationen eine umso größere Bedeutung zu. Sie erfüllen in der Übergangszeit eine außerordentlich wichtige Funktion – sei es, indem sie soziale Dienste anbieten, indem sie durch aktive Basisarbeit Friedenskonsolidierung vor Ort betreiben oder indem sie durch die Vermittlung politischer Bildung der Demokratie den Boden bereiten (siehe unten).

In der derzeitigen Situation können die zivilgesellschaftlichen Organisationen in Somalia auch zur Verfassungsdiskussion beitragen. Somalia braucht dringend eine neue – föderative – Verfassung, und zu ihrer Erarbeitung ist eine öffentliche Diskussion vonnöten. Vertreter der Zivilgesellschaft, die vor Ort sind und die Stimmung der Menschen erleben, können diesen Prozess am besten fördern.

Doch um die Feindseligkeit, die zwischen der Übergangsregierung und der Zivilgesellschaft herrscht, zu überwinden, muss ein echter Dialog stattfinden, und beide Seiten müssen sich zu einem partnerschaftlichen Umgang als Grundlage für eine künftige Zusammenarbeit bekennen.

Ein äußerst wichtiger Bereich, in dem somalische zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen mit der Übergangsregierung Wandel und den Übergang zur Demokratie herbeiführen können, ist die politische Bildung. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten sich stärker auf die politische Bildung konzentrieren und zu diesem Zweck mit staatlichen Institutionen und Mitgliedern der Übergangsregierung zusammenarbeiten.

Politische Bildung sollte zunächst den Führungspersonen auf Gemeindeebene sowie den Regierungsbeamten vermittelt werden. Sie hilft den Menschen an der Basis zu erkennen, was sie von ihrer Regierung erwarten können und was ihre eigenen, staatsbürgerlichen Pflichten sind. Zivilgesellschaftliche Organisationen können kreative Wege beschreiten, um bei den zahlreichen Beratungen auf Gemeindeebene bessere Ergebnisse zu erzielen. Ein neues Denken muss sich etablieren, und die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen Wege finden, die politische Struktur der somalischen Gesellschaft zu verändern: von einem klanbasierten System hin zu einem Umfeld, in dem das Gesetz geachtet wird.

Schließlich sollten die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Anstrengungen nicht zuletzt darauf richten, Brücken zwischen den Menschen in Somalia und der Diaspora zu schlagen. Die Rolle der Diaspora muss sich nicht auf finanzielle Unterstützung Somalias beschränken, sondern kann dahingehend erweitert werden, dass Somaliern geholfen wird, in ihren Gastländern zurechtzukommen. Das Centre for Research and Dialogue hat auf diesem Gebiet schon sehr viel geleistet, aber es gibt weiterhin viel zu tun, zum Beispiel hinsichtlich eines besseren Zugangs zu Gesundheitsversorgung, Bildung und Arbeitsplätzen, um die Marginalisierung von Somaliern in der Diaspora zu vermeiden.

8 Die ICU als Teil der Zivilgesellschaft

Um die Entstehung der islamischen Gerichtshöfe (ICU) als zivilgesellschaftlicher Instanz in den größeren Kontext einordnen zu können, muss man sich vor Augen halten, was dem Aufkommen der Gerichtshöfe vorausgegangen war. Die Entwicklung der islamischen Gerichtshöfe begann 1993, als im Distrikt Medina der erste Gerichtshof etabliert wurde, um das Vakuum auszufüllen, das durch den Zusammenbruch des Staates und die Unfähigkeit der Kriegsherren, funktionierende Verwaltungsstrukturen aufzubauen, entstanden war. Dem 1994 eingerichteten, weithin bekannten islamischen Gerichtshof von Nord-Mogadischu wird eine beachtliche Verbesserung der örtlichen Sicherheitslage zugeschrieben. In den folgenden Jahren entstanden weitere islamische Gerichtshöfe in anderen Teilen von Südsomalia und sogar darüber hinaus.

2004 wurde in Mogadischu ein neuer Dachverband gebildet – zunächst unter dem Namen Supreme Council of Islamic Courts (SCIC) –, in dem sich die sieben islamischen Gerichte der Stadt zusammenschlossen. Ein Vorstand wurde gewählt, und der Rat wurde im Laufe der Zeit um einige neu gegründete Gerichtshöfe erweitert. Ab Ende 2004 entwickelte sich der SCIC zu einer besser organisierten gesellschaftlichen Kraft mit größerer Durchsetzungsfähigkeit, d. h. mit militärischen Kapazitäten, und Anfang 2006 hatte er sich zur ICU umgebildet.

Die zu Ministern gewordenen Kriegsherren, die zuvor die volle Kontrolle über Mogadischu gehabt hatten, mussten jetzt anerkennen, dass es eine neue politische Kraft in der Hauptstadt gab. Daher gründete am 18. Februar 2006 eine Gruppe von vier über bewaffnete Kräfte verfügenden Ministern und einem bekannten Geschäftsmann aus Nord-Mogadischu eine «Allianz für die Wiederherstellung des Friedens und gegen Terrorismus». Die Islamischen Gerichtshöfe bezichtigten diese Koalition, sich nach den Bedürfnissen ausländischer Mächte statt denen des somalischen Volks auszurichten, was ihren Rückhalt massiv schwächte.

Ab Mai 2006 begannen die islamischen Gerichtshöfe eine Agenda für Frieden und Stabilisierung umzusetzen, und wer sich ihrem Aufruf widersetzte, musste oft teuer dafür bezahlen. So kam es zu einer kurzfristigen Stabilisierung in einer Periode, die heute von allen als relativ friedlich bezeichnet wird. Während der Auseinandersetzungen zwischen der ICU und der Antiterror-Allianz mobilisierten zivilgesellschaftliche Organisationen die somalische Öffentlichkeit, um die Kriegsherren loszuwerden, die das größte Hindernis auf dem Weg zum Frieden waren und sind.

Den Gerichtshöfen gelang es, in Mogadischu und Umgebung eine gewisse Stabilität herzustellen, und in der zweiten Jahreshälfte 2006 gewannen sie die Unterstützung der Geschäftswelt – hauptsächlich deshalb, weil den meisten führenden Unternehmern an einem stabilen, berechenbaren Umfeld für ihre Geschäfte gelegen war. In Ermangelung funktionsfähiger offizieller Alternativen trugen viele Geschäftsleute ihre Streitigkeiten vor den islamischen Gerichten aus. Einigen führenden Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft wurde angetragen, sich den Gerichtshöfen anzuschließen, und sie akzeptierten das Angebot, da sie hofften, auf diese Weise intern Einfluss nehmen zu können. Einige übernahmen sogar höhere Posten innerhalb der Gerichtshöfe und vertraten diese bei den Friedensgesprächen mit der Übergangsregierung (TFG) in Khartum sowie bei anderen Gelegenheiten. Diese Entwicklung beschädigte die Glaubwürdigkeit einiger zivilgesellschaftlicher Akteure, die Mehrheit von ihnen jedoch blieb neutral.

9 Herausforderungen

Der zivilgesellschaftliche Sektor in Somalia wird durch eine Reihe struktureller Probleme behindert, von denen ich die wichtigsten hier analysieren werde.

Misstrauen zwischen Regierungsinstitutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen: Zwischen der Übergangsregierung sowie anderen Institutionen wie etwa örtlichen Behörden einerseits und der Zivilgesellschaft andererseits herrscht tiefes Misstrauen. Dies betrifft nicht nur die extern finanzierten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Auch an der Basis, in gemeindebasierten Organisationen, sind diese Spannungen zu spüren. Die Übergangsregierung hat in letzter Zeit öfter versucht, zivilgesellschaftliche Projekte zu übernehmen, ohne dass dafür ein formales

Verfahren existieren würde, und die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind von diesen Übernahmen durch die Regierung natürlich nicht eben begeistert. Schon jetzt ist es darüber zu Streitigkeiten zwischen der Übergangsregierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen gekommen. Kürzlich forderte die Übergangsregierung, dass sich alle Medieninstitutionen an die Richtlinien der Regierung halten müssten, während das Ministerium für Land- und Wasserwirtschaft alle zivilgesellschaftlichen Organisationen anwies, staatliche Genehmigungen einzuholen, bevor sie Projekte auf Graswurzelebene in die Wege leiten.

Mangelnde Regulierung und Selbstregulierung: In Somalia fehlt ein sinnvoller und verlässlicher regulatorischer Rahmen. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen sind zum größten Teil nicht registriert und unterstehen keiner behördlichen Aufsicht. Und wie der privatwirtschaftliche Sektor haben auch sie keinen nationalen Dachverband. Diese Situation trägt nicht nur zu dem Misstrauen zwischen Übergangsregierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen bei, sondern sie wirkt sich auch negativ auf die Beziehungen zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst aus. Bisherige Versuche zusammenzuarbeiten sind hauptsächlich aus drei Gründen gescheitert:

- Die Gruppen konkurrieren oft um die begrenzten Mittel der Geber.
- Soziale Unterschiede zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren führen zu Argwohn bei allen Beteiligten.
- Die großen, etablierteren Gruppen neigen dazu, gemeinschaftliche Projekte zu dominieren.

Lose Strukturen und mangelnde Klarheit: Eine weitere Quelle von Spannungen zwischen Zivilgesellschaft und Regierungsseite sind die losen Strukturen der zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Unsicherheit auf Seiten der örtlichen Behörden. Die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen werden weder in einem konkreten Rahmen noch mit einer klaren Strategie durchgeführt. Ohne diese formale Klarheit sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen anfällig für Manipulationen von außen. Es wurden schon mehrere Versuche gemacht, stabilere Institutionen aufzubauen und eine konkrete Rahmenstruktur zu schaffen, die alle somalischen zivilgesellschaftlichen Organisationen umfasst. Das Civil Society Forum, das sich als eine Art Sammelpunkt für die wichtigsten zivilgesellschaftlichen Netzwerke und Dachverbände versteht, steckt noch in den Anfängen. Doch es hat bereits Grundprinzipien und einen Verhaltenskodex für jegliches Engagement in seinem Rahmen formuliert.

Abhängigkeit von externer Finanzierung: Zwar wird die Zivilgesellschaft bis zu einem gewissen Grad von der somalischen Geschäftswelt und der Diaspora unterstützt, doch im Großen und Ganzen sind die zivilgesellschaftlichen Organisationen auf externe Fördergelder angewiesen. Dies führt nicht nur zu Rivalitäten zwischen den einzelnen Gruppen, sondern es bedeutet auch, dass den Gruppen, wenn die Entwicklungshilfe eingestellt wird, kaum andere Mittel zur Verfügung stehen und viele von ihnen voraussichtlich ihre Arbeit werden einstellen müssen.

Begrenzte direkte Unterstützung durch internationale Akteure: Die internationale Gemeinschaft und die internationalen NGOs, die in Somalia aktiv sind, arbeiten nur in begrenztem Maße direkt mit den örtlichen zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen. Dass eine engere Zusammenarbeit entweder gar nicht

oder nur ansatzweise stattfindet, beschränkt wiederum die Möglichkeiten der örtlichen Organisationen, sich weiterzuentwickeln und an Bedeutung zu gewinnen. Nur wenige internationale Organisationen widmen sich der Kapazitätsentwicklung bei den lokalen NGOs. Solche Anstrengungen aber sind nicht nur wichtig, um dem Mangel an Führungskapazitäten und organisatorischen Strukturen abzuhelfen, sondern sie könnten auch dazu führen, dass die somalischen zivilgesellschaftlichen Organisationen sich mit der Zeit selbst tragen können und nicht mehr von externer Förderung abhängig sind.

Externer Druck zur Vernetzung: Oft werden Projekte nur unter der Bedingung gefördert, dass verschiedene lokale Gruppen zusammenarbeiten. Zwar bringt dies manchmal stabile Netzwerke hervor, die auf gemeinsamen Zielen beruhen, doch häufiger führt es dazu, dass Gruppen sich nur zusammentun, um externe Fördergelder zu erhalten. In letzter Zeit haben sich einige lose Netzwerke gebildet, darunter Civil Society in Action, das friedenskonsolidierende Aktivitäten fördert. Das CRD und Saferworld haben ein Programm auf den Weg gebracht, das Nichtregierungsakteure ermuntert, sich umfassender zu vernetzen. Es gibt eine wachsende Zahl von Berufsverbänden und Netzwerken sowie gemeindebasierten Organisationen, die sich bemühen, die Klangrenzen zu überwinden.

Bewegliche Ziele: Eine der kompliziertesten Herausforderungen, vor denen die Zivilgesellschaft in Südsomalia steht, ist die ständig sich wandelnde Dynamik, die es den zivilgesellschaftlichen Organisationen schwer macht, nachhaltig zu agieren. Die politischen Konstellationen ändern sich rasch. Zivilgesellschaftliche Organisationen bauen Schulen und Krankenhäuser, nur um wenig später zu erleben, wie ihre Investitionen durch Kämpfe zerstört werden.

Dieselben Gesichter: Wie in allen Organisationen besteht auch in den zivilgesellschaftlichen Organisationen die Gefahr, dass erstarrte Strukturen neuen Ideen und der Beweglichkeit, die angesichts des sich rasch wandelnden Umfelds erforderlich ist, im Wege stehen. In der Vergangenheit haben sich einige zivilgesellschaftliche Gruppen dem Kompromiss und Konsens verweigert und persönliche Interessen über die Interessen und das Mandat der Zivilgesellschaft gestellt. Zum Teil haben in diesen Gruppen schon seit langem dieselben Personen führende Positionen inne, ohne sich gedanklich in irgendeiner Weise fortentwickelt zu haben. Oft ist es schwierig, zwischen der Person, die an der Spitze der Organisation steht, und der Organisation selbst zu unterscheiden, was häufig dazu führt, dass die Person bekannter wird als die Organisation.

Schwerpunkt Mogadischu: Ein weiteres Problem, das den Erfolg vieler zivilgesellschaftlicher Aktivitäten einschränkt – die zum großen Teil in Mogadischu stattfinden –, ist die Beschränkung auf spezifische Anliegen und bzw. oder bestimmte Regionen. Dementsprechend haben die zivilgesellschaftlichen Organisationen nur sehr begrenzten überregionalen Einfluss, und ihre Aktivitäten sind oft ziemlich unkoordiniert. Bisherige Versuche, zivilgesellschaftliche Organisationen auf regionaler oder Distriktebene zu fördern, sind relativ fruchtlos geblieben.

10 Fazit

Der Beitrag, den die somalischen zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Hilfsdienste und der Grundversorgung leisten, zum Teil als De-facto-Verwalter

und -Leiter bestimmter Bereiche der somalischen Gemeinschaft und ihrer öffentlichen Institutionen, ist ausgesprochen wertvoll – trotz diverser Defizite, die sich nicht wegdiskutieren lassen.

Weil sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen in demokratische politische Prozesse einmischen, werden sie von vielen mächtigen Akteuren, darunter die wichtigsten Kriegsherren und das TFG, als eine Bedrohung ihrer Autorität betrachtet. In einigen Fällen hat dies bereits zu Gewalttätigkeiten geführt. Trotzdem müssen die zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Fähigkeit stärken, auf die Übergangsregierung und künftige Regierungen Einfluss zu nehmen. Daher ist es notwendig, die Möglichkeiten der Somalier zur Teilhabe am öffentlichen Geschehen zu erweitern, eine Kultur der Transparenz zu befördern und gegen die Praxis der Regierung vorzugehen, Entscheidungen fast ohne öffentliche Diskussion und Rücksprache zu treffen. Der Beitrag, den die somalischen zivilgesellschaftlichen Organisationen hier leisten können, beschränkt sich nicht auf die Einflussnahme in der Politik. Die Tatsache, dass sie den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitspracherecht bei Entscheidungen ermöglichen und den Pluralismus fördern, ist womöglich genauso wichtig wie ihre Fähigkeit, die Politik zu beeinflussen und von den staatlichen Akteuren Verantwortlichkeit und Transparenz bei Entscheidungsprozessen einzufordern.

Doch die langfristige Wirkung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten in Somalia hängt auch davon ab, ob ein Mindestmaß an Institutionalisierung erfolgt. Es bedarf einer Rahmenstruktur, die die Bildung von Koalitionen begünstigt, Vermittlungsmechanismen zur Verfügung stellt und verschiedene Glaubensrichtungen und Meinungen nebeneinander stehen lässt. Die naheliegende Frage ist: Wenn weiterhin gewalttätige Auseinandersetzungen stattfinden und praktisch kein Staat existiert, wie effektiv kann sich die Zivilgesellschaft dann tatsächlich für den Wandel, die Vermehrung des sozialen Kapitals und die Friedenskonsolidierung einsetzen?

Die traditionellen Führer und anderen Führungspersonen auf Gemeindeebene spielen, unterstützt von den zivilgesellschaftlichen Organisationen, eine wichtige Rolle bei der Konfliktlösung. Und es bilden sich örtliche Verwaltungen heraus, deren diverse Maßnahmen der florierenden Geschäftswelt Unterstützung bieten.

Die internationale Gemeinschaft kann zum Wiederaufbauprozess und zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Somalia beitragen, aber ihr Einfluss auf diese Prozesse wird beschränkt bleiben. Internationale Geber können positive Entwicklungen unterstützen, aber sie können sie nicht bewirken (Hearn/Robinson 2000). Neue Strukturen, die eine engere Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gebern und Nutznießern ermöglichen, wären schon ein großer Fortschritt. Außerdem sollte bei künftigen Aktivitäten mehr Gewicht auf Entwicklungsprogramme, Menschenrechtsfragen und die politische Bildung gelegt werden.

Literatur

African Studies Center, Boston University (1983): The Somalia Social and Institutional Profile: An Executive Summary. Working Paper No. 79, Boston.

Bryden, M.; M. Steiner (1998): Somalia Between Peace and War. UNIFEM, Nairobi.

Chazan et al. (1992): Politics and Society in Contemporary Africa, Boulder.

CRD (2004): Conflict Analysis, South-Central Somalia, Phase II. Centre for Research and Dialogue, Mogadischu, Mai 2004.
CRD (2005): The Role of Civil Society in the Current Political Impasse. Centre for Research and Dialogue, Mogadischu, Juli 2005.
CRD/Interpeace (2006): Dialogue not Guns: Promoting security and stabilization among the communities of South Central Somalia, Mogadischu, http://www.crdsomalia.org/crdbooks/Dialogue%20not%20Guns.pdf
CRD/UNDP (2004): Socio-Economic Assessment in South-Central Somalia (unveröffentlicht; siehe http://www.somali-jna.org/index.cfm?module=ActiveWeb&page=WebPage&s=social_services)
CRD/UNDP/Weltbank (2005): South-Central Somalia, Puntland and Somaliland: Synthesis Assessment of the Macroeconomic Situation (unveröffentlicht).
CRD/WSP (2004): Path to Recovery; Building a Sustainable Peace. Mogadischu, CRD/ WSP International, Juli 2004.
CRD/Weltbank (2004): Conflict Analysis Framework (unveröffentlicht).
Civil Society in Somalia (SOCDA): Concept and Pursuit of Common Concerns in a Failed State. Nairobi, Kenia, Dezember 2002.
De Waal, A. (1994): «Dangerous precedents? Famine relief in Somalia 1991-93», in: Macrae, J. und A. Zwi (eds.): War and Hunger, London: Zed Books.
Formal Private Education Network for Somalia (FPENS) (2003): Third Congress, Annex 5 and 6, Mogadischu, 31. Januar 2003.
Green, R. (1995): UNICEF and Somali survival and development 1996-98: through shifting prisms and missing pieces, Bericht für UNICEF.
Hann, C.; E. Dunn (1996): Civil Society: Challenging Western Models. London: Routledge.
Hearn, J.; M. Robinson (2000): «Civil Society and Democracy Assistance in Africa», in: P. Burnell (ed.): Democracy Assistance: International Co-operation for Democratization, London und Portland.
International Alert (2006): Local Business, Local Peace: The Peacebuilding Potential of the Domestic Private Sector, http://www.international-alert.org/our_work/themes/business_2a.php
Grosse-Kettler, S.G. (2004): External Actors in Stateless Somalia. A War Economy and its Promoters. BICC paper 39, Bonn.
Leach, M.; R. Mearns; I. Scoones (1997): Environmental entitlements: A framework for understanding the institutional dynamics of environmental change, IDS Discussion Paper 359.
Liddle, C. (2001): From Illiteracy to E-Literacy: The Development of the Somali Internet Sites, unveröffentlichte Master's Thesis, Deakin University, Melbourne.
Little, P.D. (2005): Unofficial Trade when States are weak: The Case of Cross-Border Commerce in the Horn of Africa. University of Kentucky, Research Paper No. 13.
Menkhaus, Ken, 2003, «State Collapse in Somalia: Second Thoughts», in: *Review of African Political Economy*, Vol. 30, No. 97, 405-422.
Menkhaus, K.; J. Prendergast (1995): The Political Economy of Post-Intervention Somalia. Somalia Task Force Paper No. 3: www.netnomad.com/menkhaus.html
Miller, Norman (1982) «The Other Somalia: Illicit Trade and the Hidden Economy», in: *Horn of Africa* 5, 3, 3-19.
North, D. (1995): The new Institutional Economics and Third World Development. London: Routledge.
Novib-Oxfam (2003): Mapping Somali Civil Society. Nairobi.
Porter, D.; P. Kilby (1996): Strengthening the role of civil society in development? In: *International Affairs*, vol 50, no1.
Prendergast, John; M. Bryden (1999): War and Peace in Somalia and Somaliland. Report of the Center for the Strategic Initiatives of Women, Juli 1999.
Somali Women Peace Rally (2007): http://www.youtube.com/watch?v=v1kgzbUogvM
White, G. (1994): «Civil Society, democratization and development (I): clearing the analytical ground», in: *Democratization*, Vol.1, No. 3, 375-390.

SHUKRIA DINI

Geschlechterbeziehungen, Gesellschaft und Politik in Somalia[1]

Der Entwicklungsbericht des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) von 1998 weist das staatenlose und vom Krieg zerstörte Somalia als eines der ärmsten und am wenigsten entwickelten Länder Afrikas südlich der Sahara aus. Somalische Frauen stellen das ärmste Segment dieser verarmten und gezeichneten Nation dar. In einem Zustand der Staatenlosigkeit und Unsicherheit ist Somalia seit mehr als einem Jahrzehnt das Schlachtfeld schwer bewaffneter Klan-Verbände, die dort ihre Muskeln spielen lassen und untereinander um Macht und knappe Ressourcen kämpfen. Der andauernde Konflikt und der Zerfall des Staates haben dramatische Auswirkungen auf die Frauen des Landes. Seit der Okkupation Zentral- und Südsomalias durch äthiopische Truppen im Dezember 2006 und der Verlegung von Truppen der schwachen föderalen Übergangsregierung TFG (Transitional Federal Government) in die Hauptstadt Mogadischu im Januar 2007 stehen Tausende Frauen und Kinder wieder einmal zwischen den Fronten und erleben Vertreibung, Hunger, Plünderungen, Verwundung und Tod. In Mogadischu und Umgebung werden erneut Frauen und Mädchen vergewaltigt und müssen sich in Flüchtlingscamps retten, in denen sie keinen Zugang zu genügend Nahrung, sauberem Trinkwasser, Unterkünften und Medikamenten haben. Die Wellen der Gewalt, die derzeit das südliche und zentrale Somalia überschwemmen, haben weitreichende Auswirkungen auf die Geschlechterverhältnisse im Land. Die unsichere Lage bedroht nicht nur das Wohl von Frauen und Kindern, sondern wirkt sich auch auf zahlreiche Gemeindeinitiativen und -programme aus, die Aktivistinnen in den letzten siebzehn Jahren in Bereichen wie Bildung, Gesundheit und vielen anderen auf die Beine gestellt haben. Zudem hat die neuerliche Welle der Gewalt die wenigen Fortschritte zunichte gemacht, die Frauen und Mädchen auf Gebieten wie Bildung und Handel erzielt hatten. Viele der von Gemeinden und Zivilgesellschaft gegründeten und betriebenen Schulen wurden

1 Dieser Beitrag basiert auf Feldforschungen aus den Jahren 1999, 2005 und 2006. 1999 fanden diese Forschungen in drei kenianischen Flüchtlingslagern statt, wo ich vom Bürgerkrieg vertriebene somalische Flüchtlingsfrauen interviewte. Von 2005 bis 2006 führte ich in Puntland und in Somalia eine einjährige Feldstudie durch, bei der ich verschiedene Interessenvertreter interviewte, darunter die Leiterinnen von Frauenorganisationen, Frauenrechtsaktivistinnen und die Nutznießerinnen der Frauenorganisationen. Außerdem sprach ich im kenianischen Nairobi mit einer Reihe internationaler Hilfsorganisationen, um festzustellen, in welchem Umfang sie Frauenorganisationen in Somalia und Somaliland unterstützen. Mein Dank gilt Dr. Axel Harneit-Sievers, der mir bei dieser Arbeit Rat und Hilfestellung gewährte. Außerdem danke ich meiner Freundin Hilary Grammer für die Durchsicht des Textes und ihre wertvollen Anregungen. Sowohl die in diesem Beitrag zum Ausdruck gebrachten Ansichten als auch etwaige Fehler gehen ausschließlich auf mich zurück.

geschlossen, weil sie ins Visier der TFG-Truppen als auch der Äthiopier gerieten und aufgrund ihrer politischen Ansichten und Haltung die Arbeit einstellen mussten. Seit der Ankunft der äthiopischen und der TFG-Truppen in Mogadischu im Dezember 2006 sind zahlreiche Frauen, von denen viele die Hauptverdienerinnen ihrer Familie waren, nicht mehr in der Lage, einem Broterwerb nachzugehen. Die erneute Unsicherheit, die zunehmende Militarisierung und die wachsenden Spannungen zwischen TFG bzw. Äthiopien und den Widerständlern in Mogadischu verstärken nicht nur das Leid und die Not von Frauen und Mädchen, sondern verhindern auch die Demokratisierung der Gesellschaft, indem sie die Stärkung von Frauen (Empowerment) und die Gleichstellung der Geschlechter in Entscheidungsprozessen untergraben.

Alle internen und externen kriegsführenden Gruppen haben schreckliche Verbrechen an somalischen Frauen und Kindern begangen, denen es seit mehr als einem Jahrzehnt verwehrt ist, in Frieden, Wohlstand und Würde zu leben. Dennoch ist es für eine Analyse der Rollen, die somalische Frauen während des staatlichen Zusammenbruchs und des Bürgerkriegs in ihrem Land gespielt haben, unerlässlich, die Komplexität der weiblichen Rollen zu begreifen und Frauen nicht nur als passive Opfer anzusehen.[2] «Die Betonung der typischen Schwierigkeiten, denen Frauen als Gruppe gegenüberstehen, kann leicht darin ausarten, sie nur als unschuldige Opfer zu sehen, und verhindert, die Vielzahl der Rollen wahrzunehmen, die Frauen [in Friedens- wie in Kriegszeiten, *Anmerk. d. Autorin*] tatsächlich ausfüllen» (Pankhurst 2004: 32) Trotz ihrer sozialen, ökonomischen und politischen Benachteiligung sorgen Frauen in Somalia für das Überleben ihrer um Lebensmittel, Chancen, Sicherheit und Staatsbürgerschaft gebrachten Familien und Gemeinden und nehmen als Führungsfiguren zum Teil großen Einfluss auf ihre Gemeinden.

Dieses Kapitel beginnt mit einem Überblick über die Geschlechterbeziehungen in der somalischen Gesellschaft. Die somalischen Frauen bilden keine homogene Einheit – sie unterscheiden sich nach Klassenzugehörigkeit, Ethnie, Alter, Bildung und geografischer Herkunft, und sämtliche Faktoren nehmen im Krieg wie im Frieden Einfluss auf die Art ihrer jeweiligen Erfahrungen und Rollen. Anschließend werden die Erfahrungen somalischer Frauen während des staatlichen Zusammenbruchs und des Bürgerkriegs dokumentiert und untersucht, in welcher Weise sie davon betroffen waren, welche vielfältigen Rollen sie spielten, welche Bewältigungsstrategien sie anwandten und welche Veränderungen in den Geschlechterbeziehungen und in ihren Aktivitäten sich daraus ergaben. Und schließlich wird darauf eingegangen, welche Chancen und Hindernisse sich für Frauen ergeben werden, wenn sie beginnen, im kriegszerrütteten Somalia und in Somaliland eine Gesellschaft aufzubauen, in der Frauen und Männer den gleichen Schutz und die gleichen Chancen genießen.

Traditionelle Determinanten der Geschlechterbeziehungen in Somalia

Zum besseren Verständnis der Veränderungen in den Geschlechterbeziehungen, die sich auf den staatlichen Zusammenbruch und den Bürgerkrieg zurückführen

2 Feministische Wissenschaftlerinnen äußern sich besorgt über die fortgesetzte und ausschließliche Darstellung von Frauen in Konfliktregionen (Somalia eingeschlossen) als verletzbare Opfer ohne jede Handlungsmacht (Cockburn 1998; Giles 2003).

lassen, ist es hilfreich, einen kurzen Blick auf die Beschaffenheit der Geschlechterbeziehungen vor Beginn der Auseinandersetzungen zu werfen. Geschlecht im Sinne von «Gender» umfasst Frauen und Männer (*rag iyo dumar*). Darüber hinaus beschreibt der Begriff die soziale Konstruktion von Frauen und Männern in einer spezifischen Gesellschaft, in der ihnen bestimmte Charakteristiken, Rollen, Verantwortungsbereiche und Chancen zugewiesen werden. Durch ihre Sozialisation erlernen Jungen und Mädchen ihre jeweiligen Rollen und Zuständigkeiten, die Art und Weise, wie sie sich innerhalb ihrer Familien zu verhalten haben, und die Konsequenzen, die ihnen drohen, wenn sie von diesen gesellschaftlichen Erwartungen abweichen.

Die somalische Gesellschaft ist, auch in Krisenzeiten, eine traditionelle und patriarchal geprägte Gesellschaft, in der Frauen auf einer niedrigeren Stufe stehen und weniger Rechte, Chancen, Privilegien und Schutz genießen als Männer. Von ihrer Geburt bis zum Tod wird das Leben somalischer Frauen von Männern gesteuert und kontrolliert – von ihren Vätern, Brüdern, Onkeln, Großvätern und, später dann, ihren Ehemännern. Schon in frühester Kindheit werden den Mädchen traditionelle Werte eingeimpft, deren Hauptbotschaften unter anderem vermitteln, dass sie weniger essen sollten, dass sie Stimme und Blick gesenkt halten sollten und dass man ihnen Jungen vorzieht. In sehr traditionell orientierten Familien werden Jungen wie Könige behandelt, die als erste essen dürfen und keine häuslichen Arbeiten erledigen. Die Geburt eines *wiil* (Jungen) wird gefeiert und als Errungenschaft betrachtet, die mit bestimmten Privilegien verbunden ist. Im Gegensatz dazu erwartet man von jungen Mädchen, dass sie in Familie und Gesellschaft weniger angesehene Rollen ausfüllen. Mädchen dienen ihrem Vater und ihren Brüdern und sind oft nichts anderes als das Dienstmädchen ihrer männlichen Verwandtschaft. Sie kochen, putzen und kümmern sich um die jüngeren Geschwister. Mädchen wird sehr früh beigebracht, den Großteil der häuslichen Arbeiten zu übernehmen und langfristig die Hausgehilfin ihrer Familienangehörigen zu werden. In städtischen Zentren gestattet man Mädchen zwar, die Schule zu besuchen, doch wird ihrer Ausbildung wenig Wert beigemessen, weil allgemein angenommen wird, dass sie ohnehin irgendwann Kinder bekommen und zu Hause bleiben werden, um diese großzuziehen.

Die Geschlechterrollen und -beziehungen in Somalia setzen sich aus verschiedenen Komponenten zusammen, von denen die drei wichtigsten die traditionelle Hirtengesellschaft, das Klanwesen und der Islam sind.

Die Geschlechterbeziehungen und die Hirtengesellschaft

In einer Hirtengesellschaft existieren traditionell vorgegebene Geschlechterrollen und -aufgaben. So sind die Frauen beispielsweise dafür zuständig, sich um die Herden der kleineren Tiere, wie Ziegen oder Schafe, zu kümmern. Sie kochen, sammeln Brennholz, putzen, ziehen die Kinder groß und kümmern sich um die Bedürfnisse der anderen Familienmitglieder. Sie verbringen Tag für Tag einen erheblichen Teil ihrer Zeit mit der Erledigung der oben genannten Aufgaben. Auch die kleinen Kinder, Jungen wie Mädchen, hüten Schafe und Ziegen, während die Frauen Brennholz sammeln oder andere Hausarbeiten erledigen. Hirtengesellschaften leben von ihren Herden, daher ist die Suche nach Gras und Wasser für das Auskommen der Familien von fundamentaler Bedeutung. Zieht die Familie an einen anderen Ort, sind

die Frauen dafür zuständig, das Tukul, die traditionelle Wohnhütte, auszupacken und neu aufzustellen.

Männer sind in einer solchen Weidengesellschaft die Hauptentscheidungsträger. Ihnen gehören die Herden und sie bestimmen, welche Tiere an wen, wo, wann und für wie viel verkauft werden. Obwohl sich die Frauen um die Tiere kümmern, sind es meist die Männer, die Ziegen, Schafe und Kamele auf den nächsten Markt bringen und dort verkaufen. Selbst die Tiere werden nach ihrem Wert unterschieden: So fallen Kamele beispielsweise in den Verantwortungsbereich der Männer und nur sie und Jungen dürfen sich um die Tiere kümmern.

Auch wenn ihre Rollen marginalisiert werden, sind Frauen für den wirtschaftlichen Erfolg einer Hirtengesellschaft von entscheidender Bedeutung. Sie stellen ihre Arbeitskraft in den Dienst von Familie und Gemeinde, ohne jede Belohnung oder Anreize. Doch wie an späterer Stelle noch ausgeführt wird, hat der fortdauernde Bürgerkrieg die strenge geschlechtsspezifische Arbeitsteilung stellenweise aufgeweicht. Durch den Verlust des Ehemanns, des bisherigen Hauptverdieners, wurden viele Frauen gezwungen, in Rollen zu schlüpfen, die traditionell den Männern vorbehalten waren.

Die Geschlechterbeziehungen und das Klanwesen

Das somalische Volk gilt als kulturell, religiös und sprachlich homogen, mit Traditionen, die in erster Linie auf einer Lebensweise als nomadisierendes Hirtenvolk und auf dem Islam basieren. Doch innerhalb dieses größeren gemeinsamen Kontextes haben sich die Somalier in unterschiedliche Klanlinien aufgeteilt, in ein hierarchisches System patrilinearer Abstammungsgruppen, die auf einen gemeinsamen Vorfahren zurückgeführt werden, von dem sich auch der jeweilige Name des Klans ableitet. Die Klans wiederum unterteilen sich in Subklans und weitere Untereinheiten (Subsubklans). Das Klanwesen ist eine der ältesten Institutionen der somalischen Hirtengesellschaft, ein System, das Frauen auf direkte und indirekte Weise diskriminiert und ihre Marginalisierung durch die geschlechtsspezifische Zuweisung von Verantwortungsbereichen, Rechten und Ansprüchen aufrechterhält. Für Somalier sind die Klans mehr als nur ein Mittel der Identifikation. Das Klansystem schließt Menschen ein und grenzt sie aus und führt mit dieser Politik der Inklusion und Exklusion sowohl zu Diskriminierung als auch zu Rassismus. Das Klanwesen fungiert als wichtiges Sicherheitsnetz und dient als eine Art Versicherung, in die Klanmitglieder investieren und auf die sie sich verlassen. So wenden sich die Mitglieder eines Klans in Krisenzeiten an ihre Klanbrüder, die wiederum mit der ganzen Familie auf solche Rufe reagieren.

Das Klanwesen ist in Somalia tief verwurzelt. Dominanz, Überlegenheit und gesellschaftliche Stellung eines Mannes ergeben sich aus seiner Geschlechts- und seiner Klanzugehörigkeit. Als Mann in einen dominanten Klan hineingeboren zu werden, bedeutet nichts anderes, als eine überaus geschützte und privilegierte Position zu erben. Das Klanwesen stärkt die Stellung der Männer, indem nur ihr Name und ihre Klanzugehörigkeit an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden können. Kinder wie Erwachsene lernen die Abfolge ihrer männlichen Vorfahren über Dutzende Generationen hinweg auswendig, um ihre Klans und Subklans auf den übergeordneten Stamm zurückführen zu können, von dem sie

abstammen. Obwohl auch die Mädchen den Namen des Vaters und seine Klanzugehörigkeit übernehmen, gelten sie als zweitklassige Mitglieder.

Junge Mädchen und Frauen werden lediglich als vorübergehende Gäste im väterlichen Klan angesehen – Gäste, die irgendwann jemanden heiraten werden, der entweder einem Unterzweig des eigenen Klans angehört oder einem ganz anderen Klan. Ein bekanntes somalisches Sprichwort, das die Marginalisierung der Frauen in ihrem Klan unterstreicht, lautet: «Der Klan einer Frau ist der Klan, in den sie irgendwann einheiratet.» Eine weitere somalische Redewendung lautet: «Der Leib einer Mutter ist wie der Ozean», und spielt darauf an, dass eine Frau Kinder gebären kann, die verschiedenen Klans angehören. Aus diesem Grund gelten Frauen nicht als loyale, beständige und vertrauenswürdige Klanmitglieder. Besonders hart ergeht es Frauen in Klanübergreifenden Ehen, da man ihnen auf beiden Seiten misstraut und Schutz verwehrt. Das Klanwesen wurde von Männern für Männer geschaffen und bleibt ihnen auch weiterhin vorbehalten, da nur ihnen eine lebenslange Mitgliedschaft gewährt wird und nur sie, als legitime und rechtmäßige Mitglieder, alle seine Privilegien, seinen Schutz und die mit ihm verbundenen Rechte in Anspruch nehmen können. Das Blut des Mannes gilt als das wahre Blut des Klans. Wird das Blut eines Klanmitglieds durch jemanden vergossen, der einem anderen Klan angehört, ist es, als sei das Blut des gesamten Klans vergossen worden, und man wird schleunigst darangehen, diese Tat gewaltsam zu rächen oder den erlittenen Verlust durch eine finanzielle Entschädigung wieder gutzumachen. Das Blut von Frauen wird weniger hoch geschätzt.[3] Wenn beispielsweise ein Mann seine Ehefrau tötet, werden Familie, Verwandte und Klan der Frau eher bereit sein, für ihren Verlust eine finanzielle Entschädigung zu akzeptieren. Bei der Ermordung eines männlichen Mitglieds hingegen wird der Klan eher zur Blutrache neigen – Auge um Auge.

Hinzu kommt, dass auch die Entscheidungsfindung innerhalb des Klanwesens den Männern vorbehalten ist, da in den meisten Klans und Stämmen nur Männer zu Anführern und offiziellen Sprechern gewählt werden. In keinem einzigen Fall wurde in Somalia bislang eine Frau zum Oberhaupt ihres Klans ernannt. So sind auch Ehrentitel wie Ugas, Isim, Suldan und Boqor ausnahmslos mit Pflichten verknüpft, die Männern vorbehalten sind. Und nach dem Tod eines Würdenträgers können nur Männer – meist der Sohn, Bruder oder Neffe des Verstorbenen – seinen Platz einnehmen. Auch die Kandidatensuche und -auswahl gilt als «Männerarbeit». Frauen sind von diesem Auswahlprozess ausgeschlossen, obwohl er erhebliche Auswirkungen auf ihr künftiges Leben haben kann. So haben Klanführer das Recht zu entscheiden, wen weibliche Klanmitglieder heiraten dürfen und ob in Fällen von Wiedergutmachung, Scheidung oder Tod Frauen als Bräute übergeben werden.

Hirtengesellschaften wie die somalische organisieren sich auf der Grundlage des *xeer* genannten Nomadenrechts. Dieses Gewohnheitsrecht wird von Männern angewandt, um Probleme auf Gebieten wie Ehe, Scheidung, Erbschaft, Aufteilung knapper Ressourcen wie Wasser oder Streitschlichtung «anzugehen oder zu lösen». In einer Hirtengemeinschaft kann das Oberhaupt eines Klans beispielsweise anordnen, Bräute zu übergeben, um in kriegerischen Zeiten weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Diese Praxis wird als *godob reeb* oder *godob tir* bezeichnet und verfolgt

3 So beträgt die Diya (das Blutgeld) für Männer 100 Kamele (wobei man weibliche Kamele bevorzugt), während es für Frauen nur 50 Kamele sind.

den Zweck, die von einer bestimmten Gruppe begangene Bluttat durch die Schenkung von Bräuten an den geschädigten Klan ungeschehen zu machen – in der Erwartung, dass diese ihrem neuen Klan männliche Kinder gebären werden. Ein problematisches Vorgehen, bei dem die Sünden der Männer auf die Frauen übertragen werden. Während die für den Tod anderer verantwortlichen männlichen Klanmitglieder ungeschoren davonkommen, müssen die Frauen einem Klan beitreten, der Tote zu beklagen hat. Frauen, die unter solchen Umständen zur Ehefrau werden, drohen Gewalt und Misshandlung, besonders dann, wenn es ihnen nicht gelingt, Söhne zu gebären. Von Treffen, auf denen derartige Entscheidungen gefällt werden, sind Frauen ausgeschlossen. Ein weiterer Beleg für die tief sitzende Überzeugung, dass sie minderwertige Mitglieder sind, denen das nötige Wissen, die Erfahrung oder die Fähigkeit fehlt, in traditionellen oder staatlichen Institutionen Führungsrollen zu übernehmen.

Die Marginalisierung von Frauen innerhalb der traditionellen somalischen Institutionen ist umso besorgniserregender, als gerade die Stabilität in Somaliland und Puntland dem Wiedererstarken traditioneller Strukturen zugeschrieben wird. Sicherlich ist es den traditionellen Führern sowohl in Puntland als auch in Somaliland gelungen, in diesen Zonen Gewaltakte zwischen und innerhalb der Klans zu vermeiden. Doch trifft es ebenso zu, dass Frauen an der Einrichtung dieser Zonen wesentlichen Anteil hatten – und dass das Wiedererstarken der traditionellen Strukturen die Gleichstellung von Frauen und Männern nicht vorangebracht hat. Auch in den sogenannten «friedlichen Zonen» müssen Frauen weiter um Anerkennung und Gleichberechtigung ringen. Ich bin der Ansicht, dass, solange Frauen durch die traditionellen somalischen Strukturen weiter marginalisiert werden, sich diese Diskriminierung auch im zukünftigen staatlichen System fortsetzen und man ihnen dort kein Platz einräumen wird. Vor allem dann nicht, wenn internationale Organisationen versuchen, durch den Rückgriff auf traditionelle Institutionen wie das Klanwesen die Grundlage für Stabilität und Ordnung zu schaffen – und so die Chance vertun, neue Geschlechterbeziehungen und die Stärkung der Frauen im Nachkriegssomalia zu fördern. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass Frauen durchaus Mittel und Wege gefunden haben, die rigiden und durch Tradition, Klan, Lebensweise und Gesellschaft vorgegebenen Einschränkungen zu umgehen und ihre Ehemänner, Väter, Onkel, Brüder, Cousins und Söhne unter Druck zu setzen oder sie gar dazu bewegen, Gewalt zu vermeiden und Versöhnung anzustreben.

Die Geschlechterbeziehungen und der Islam

Die somalische Bevölkerung gehört überwiegend dem sunnitischen Zweig des Islam an, und wie die Männer suchen auch die Frauen in Krisenzeiten Zuflucht im Glauben. Als Somalia in Auflösung begriffen war, bot der Islam ihnen Hoffnung und weckte ihren Optimismus, ihre Solidarität, ihr Mitgefühl und ihr Aktionspotential. Durch den Koran gesteht der Islam beiden Geschlechtern gewisse Rechte und Ansprüche zu. So haben Frauen zum Beispiel das Recht auf Wissen und Bildung oder darauf, das Vermögen ihrer verstorbenen Eltern zu erben und, vor allen Dingen, das Recht, Eigentum besitzen zu dürfen. Im Gegensatz zu den klaren Vorgaben des Koran ist es Frauen nach dem somalischem Gewohnheitsrecht *xeer* weder erlaubt, Eigentum

zu besitzen noch ihre Ehemänner oder Eltern zu beerben. Zudem verbietet der Islam arrangierte Ehen, in die nicht beide Partner eingewilligt haben, ebenso wie den Zwang für Witwen, den Bruder ihres verstorbenen Mannes heiraten zu müssen. Beide Praktiken sind in vielen somalischen Gemeinschaften üblich und stellen einen klaren Verstoß gegen die Rechte der Frauen dar. Ich behaupte, dass die den Frauen qua Religion gewährten Rechte und Ansprüche durch patriarchale Institutionen, kulturelle Traditionen und eine von Männern fehlinterpretierte Scharia beschnitten werden. Das Gesetz der Scharia ist das Gesetz Allahs (Gottes) und es ist allumfassend. Die in ihm enthaltenen Vorschriften zielen darauf ab, Menschen (Männer wie Frauen) anzuleiten, ihr tägliches Leben gerecht und anständig zu leben. Auch Aspekte hinsichtlich der Rechte von Frauen und Familien werden in der Scharia klar dargelegt.

Wie in anderen muslimischen Gesellschaften werden auch in Somalia die Gesetze der Scharia (göttliches Recht) und das Klanrecht *xeer* (Gewohnheitsrecht) häufig miteinander vermischt, was zu Fehlinterpretationen und Verzerrungen der Scharia führt. Die Frauen, die ich zwischen 2005 und 2006 in Puntland und Somaliland interviewte, beziehungsweise 1999 in kenianischen Flüchtlingslagern, aber auch Immigrantinnen in Nordamerika nennen nur selten den Islam als Grund für ihre Marginalisierung und Diskriminierung. Vielmehr sehen sie die Ursache in der somalischen Kultur (einschließlich des Gewohnheitsrechts), den patriarchalen Strukturen (wie dem Klanwesen) und der falschen Auslegung des Islam.

Die hohe Analphabetenrate in Somalia leistet der Missinterpretation des Islam Vorschub. Dennoch setzen sich viele Frauen innerhalb und außerhalb Somalias intensiv mit ihrer Religion auseinander, um ihre Rechte und Pflichten genau zu verstehen. Auch wenn dies in jedem Fall richtig und wichtig ist, wird das Studieren ihrer Rechte Frauen nicht helfen, die Marginalisierung und Diskriminierung zu beseitigen. Um die grundlegenden Ursachen der Geschlechterdiskriminierung zu bekämpfen, sind institutionelle Veränderungen erforderlich, wie die Einsetzung von Kontrollgremien, die eine kompetente Auslegung der Scharia sicherstellen, und die Vermittlung von Wissen und Bildung für beide Geschlechter. Frauen müssen nach kreativen Wegen suchen, um die häufig als göttliches Recht verschleierten Gewohnheitsrechte zu hinterfragen, und ihren Glauben als Waffe für soziale und geschlechterbezogene Gerechtigkeit einsetzen. Die Herausforderung für Männer wie für Frauen liegt darin, die Gesetze der Scharia vom traditionellen Klanrecht zu unterscheiden. Wenn ihnen das gelingt, werden die somalischen Frauen endlich in der Lage sein, die gottgegebenen Rechte und Ansprüche einzulösen, die ihnen so lange vorenthalten wurden.

Die Auswirkungen des staatlichen Zusammenbruchs, des Bürgerkriegs und der jüngsten gewaltsamen Auseinandersetzungen auf somalische Frauen

Seit dem Zusammenbruch des Rechts- und Verwaltungssystems in Somalia in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts und dem nachfolgenden Bürgerkrieg ist im Land ein Machtvakuum entstanden, das es einer Reihe von Kriegsherren – von denen einige inzwischen der Übergangsregierung angehören – erlaubt, sich in tödliche Machtkämpfe zu verstricken. Die Folgen davon sind der Verlust von Menschenleben, die Zerstörung öffentlicher Einrichtungen und Infrastruktur, die Plünderung der

natürlichen Ressourcen (Holzkohleproduktion), die Ausbeutung der Meere (durch Verträge, die es ausländischen Fangflotten gestatten, in somalischen Gewässern zu fischen), Hunger und vor allen Dingen die Vertreibung von Zivilisten, vor allem Frauen und Kindern, aus ihren Heimatorten, was sie zu Binnenflüchtlingen macht oder über die Landesgrenzen treibt.

Inmitten dieser vom Krieg beherrschten Umgebung führen die Frauen weiterhin ein Leben voller nicht enden wollender materieller Entbehrungen, Gewalt, Unsicherheit und Chaos. Sie haben ihre Rechte und Ansprüche auf öffentliche Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsversorgung und Arbeit verloren, die früher Aufgaben des Staates waren, und zu alledem auch ihren Anspruch auf gesellschaftlichen Schutz vor Gewalt. Wiederholt wurde Frauen und Mädchen von bewaffneten Truppen Gewalt angetan, vor allem von Kriegsherren und ihren Milizen, die Landstriche und Farmen plündern und Frauen jeden Alters sexuell missbrauchen. Auch auf dem Arbeitsmarkt und in politischen und wirtschaftlichen Belangen haben Frauen die vor dem Krieg errungenen Fortschritte wieder eingebüßt.

Frauen sind vom Zusammenbruch des somalischen Staates und vom Bürgerkrieg in besonderem Maße betroffen und leiden im Vergleich zur restlichen Gesellschaft in vielfacher und sehr spezifischer Weise unter den Auswirkungen. Anfang der 1990er Jahre wurden Männer und Frauen von rivalisierenden Gruppen aufgrund ihrer Klanzugehörigkeit ermordet. Frauen, die man verdächtigte, dem Barre-Regime nahezustehen, wurden von den Kriegsherren und ihren bewaffneten Milizen gezielt ins Visier genommen und ihre persönlichen Besitztümer wie die ihrer Familie geplündert. Unabhängig davon, welche (direkte oder indirekte) Rolle Frauen in den verschiedenen Auseinandersetzungen spielten, haben sie durch Vertreibung, das Fehlen öffentlicher Dienstleistungen, den Tod von Familienmitgliedern und die verstärkte wirtschaftliche und politische Marginalisierung unermessliche Verluste erlitten. In den meisten Fällen tragen sie die Hauptlast des Krieges, vor allem wenn es darum geht, ohne die erforderlichen Netzwerke und Strukturen das Überleben ihrer Familien zu sichern.

Ein weiteres Beispiel zur Veranschaulichung der geschlechterbezogenen Auswirkungen von Staatszerfall und Bürgerkrieg ist die Zerstörung und Plünderung öffentlicher Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen und Universitäten, der Verlust lebensnotwendiger Infrastruktur, von Wasserrohren und Strommasten bis hin zu Fabriken, die für das Wohlergehen und die Stärkung von Frauen unerlässlich sind. Die Ereignisse des letzten Jahrzehnts haben das somalische Volk um einhundert Jahre zurückgeworfen, in eine Zeit ohne funktionierende Schulen, ohne Gesundheitswesen, Sicherheit und Arbeitsmöglichkeiten. Mit dem Zusammenbruch des Erziehungswesens in den 1990er Jahren schwanden die Bildungschancen der Mädchen dahin. Faktoren wie Familienstatus und ethnische Abstammung, der Mangel an Ressourcen und gesellschaftlich wie kulturell verankerte Vorbehalte gegen den Schulbesuch von Mädchen stehen somalischen Frauen und Mädchen weiterhin im Weg und verwehren ihnen das Recht auf eine elementare schulische Bildung. Durch die Plünderung öffentlichen Eigentums wie der Ausstattung von Krankenhäusern wurden schwangere Frauen gezwungen, ihre Kinder in Übergangs- oder Flüchtlingslagern inner- und außerhalb Somalias zur Welt zu bringen, wo die Kinder weder Geburtsurkunden erhalten noch registriert werden. In vielerlei Hinsicht stellt der nicht enden wollende Bürgerkrieg in Somalia einen Krieg gegen Frauen dar, in dem

ihre persönlichen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rechte missachtet und von nicht-staatlichen Akteuren zunichte gemacht werden.

Frauen und Kinder sind vom Bürgerkrieg und dem Wegfall von Recht und Ordnung in Somalia am stärksten betroffen. Seit mehr als einem Jahrzehnt sehen sich Frauen spezifischen Arten von Gewalt ausgesetzt. So wurden Vergewaltigungen als Mittel der Kriegsführung eingesetzt und dienten der Mehrzahl der Klanmilizen als Racheinstrument, um den gegnerischen Klan zu zerstören und zu demütigen, indem sie die Frauen des «Feindes» attackierten. Zu den am stärksten von sexueller Gewalt betroffenen Frauen zählen jene, die unbewaffneten Minderheiten angehören und nicht unter dem Schutz eines Klans stehen, wie die Brawanesen, die Reer Hamar und andere. Die Folgen einer Vergewaltigung sind dauerhaft, und die betroffenen Frauen fürs Leben gezeichnet. «Das Geschlecht spielt für die Kriegsführenden durchaus eine Rolle», erklärt Bunch (2004: 81), «und das, was Frauen widerfährt, ist keineswegs nur ein zufälliges Nebenprodukt des Krieges oder Biologie.» Die an somalischen Frauen und Mädchen verübten Gräueltaten waren Taten, die von allen Seiten geplant oder stillschweigend hingenommen wurden.

Es ist notwendig, die geschlechterdifferenten Folgen von Krieg und Staatenlosenkeit wahrzunehmen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und dafür zu sorgen, dass nach Beendigung der Konflike Programme entwickelt und durchgeführt werden, die den psychosozialen Bedürfnissen einer derartig betroffenen Bevölkerung Rechnung tragen. Somalische Frauenorganisationen gehen bereits seit einiger Zeit in die Gemeinden, um Vergewaltigungsopfern spezielle Hilfe anzubieten. Um jedoch einen wirklichen Heilungsprozess zu bewirken, ist es erforderlich, diejenigen, die Gräueltaten begangen haben, zur Verantwortung zu ziehen und den Opfern sowohl materielle wie immaterielle Entschädigung zu gewähren.

Was ist mit der Handlungsmacht somalischer Frauen?

Frauen waren in Somalia nicht nur Opfer geschlechterbezogener Gewalt oder passive Zuschauerinnen. Sie hatten und haben sowohl in den bewaffneten Auseinandersetzungen als auch bei der Friedenskonsolidierung eine bedeutende Rolle inne. So hält Sorenson fest, dass Frauen in Konfliktzonen auf der ganzen Welt «… zum Ausbruch von Gewalt und Feindseligkeiten beitragen – oftmals indem sie Männer dazu anstiften, die Interesse der Gruppe, die Ehre oder die Existenzgrundlage der Gemeinschaft zu verteidigen» (1998, ii). Dies trifft auch auf den somalischen Bürgerkrieg zu. Frauen unterstützten die Führer dominanter Klans, weil sie sich von den neuen politischen Machtverhältnissen finanzielle Vorteile oder Statuszuwachs erhofften. Andere taten es einfach deshalb, weil sie Schutz und lebensnotwendige Güter brauchten, um ihr Überleben zu sichern (El Bushra 2000, Karam 2001).

Sowohl in Somalia als auch in Somaliland unterstützten Frauen ihre Klans auf unterschiedlichste Weise darin, in den Krieg zu ziehen – sei es durch Kochen, Saubermachen, Kinderbetreuung, die Beschaffung finanzieller Mittel, für die sie ihren Schmuck verkauften, oder durch Ausspionieren des «Feindes». Es war auch üblich, dass Frauen den Krieg mit künstlerischen Ausdrucksmitteln unterstützten, etwa indem sie für ihre Klansmänner Lieder und musikalische Buraanbur-Gedichte verfassten und rezitierten. Diese Gedichte, die bei privaten und öffentlichen Treffen nur von Frauen rezitiert werden, dienen dazu, die Moral der Männer zu stärken

und sie zu ermutigen, härter zu kämpfen und den Krieg zu gewinnen. Auch an den Plünderungen, die Anfang der 1990er Jahre weit verbreitet waren, haben sich Frauen beteiligt. So stahlen weibliche Plünderer aus dominanten und kämpferisch überlegenen Klans den Schmuck und die Habe von Frauen aus anderen Klans, aber auch von Angehörigen schutzloser Minderheiten.

Gleichzeitig übernahmen Frauen ganz andere Aufgaben, die für das Überleben ihrer Familien und Gemeinschaften von entscheidender Bedeutung waren. Ihr marginalisierter Status erlaubte es ihnen, selbst auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen Anfang der 1990er Jahre auch jene «No go»-Gebiete zu betreten, die für ihre Ehemänner tabu waren, und dort mit Frauen und Männern Tauschhandel zu treiben, die eigentlich «feindlichen» Gruppierungen angehörten. Darüber hinaus waren Frauen aufgrund ihrer durch Geburt und Heirat erlangten ausgedehnten Klanbeziehungen in der Lage, sich als Mittlerinnen zwischen den Lagern erfolgreich für den Frieden einzusetzen und sich mit Frauen und Männern aus gegnerischen Klans zu verständigen. Diese Beziehungen sollten auch nach Beendigung des Konflikts weiter gewürdigt und unterstützt werden, um es den Frauen zu ermöglichen, in der Gesellschaft mehr Raum und Einfluss zu gewinnen.

Nur wer die Komplexität der Handlungsmacht und Beteiligung von Frauen im Krieg versteht, wird begreifen können, dass sie nicht ausschließlich Opfer waren. Die vielfältigen Rollen, die sie im Bürgerkrieg wahrnahmen, belegen ihre Handlungsmacht in Kriegszeiten und legen die Frage nahe, welchen potentiellen Beitrag sie zur Friedenskonsolidierung und zum Wiederaufbau leisten können. Genau wie Männer waren auch die somalischen Frauen vor die Wahl gestellt, sich auf der Grundlage von Faktoren wie Profit, Statuszuwachs und der Sicherung des eigenen wie des Überlebens ihrer Familie zu entscheiden, ob sie zur Kriegsmaschinerie beitragen oder auf den Frieden hinarbeiten wollten.

Neue Rollen und Verantwortungen: Neue Geschlechterbeziehungen?

Die Geschichte kennt viele Beispiele dafür, wie Geschlechterrollen in konfliktbeladenen Zeiten auf den Kopf gestellt werden können, wenn Männer aus ihrer Versorgerrolle verdrängt werden und Frauen Aufgaben übernehmen, die traditionell den Männern vorbehalten sind. So beobachtet Codou, dass «die hohe Sterblichkeitsrate von Männern in Kriegen sowie Vertreibung und Migration zu tiefgreifenden Veränderungen innerhalb von Familien führen. Eine der bedeutendsten ist dabei die Entstehung von Haushalten, in denen Frauen als Familienoberhaupt die gesamte Verantwortung für den Erhalt der Familie übernehmen» (2001: 27) Dass dies für Somalia und Somaliland zutrifft, bestätigten Gardner und El Bushra mit der Feststellung, dass «… zunehmend Frauen die Männer als Hauptversorger der Familien ablösen» (2004: 10).

Konflikte verändern unweigerlich die demografische Struktur einer Gesellschaft. Die Kriegsteilnahme der Männer zwingt Frauen und Kinder, sich allein durchzuschlagen, und lässt den Frauen keine andere Wahl, als selbst für das Überleben ihrer Familien zu sorgen – was sowohl in Somalia als auch in Somaliland der Fall war. Eine weitere Tatsache ist, dass, obwohl die mit Konflikten und Vertreibung verbundene Umkehr der Geschlechterrollen für Frauen zusätzliche Belastungen mit sich bringt, diese zugleich auch ein Bewusstsein für die eigene Belastbarkeit und ihre

Fähigkeit zu selbstständigem Handeln entwickeln (El Bushra 2001). Als ihr Land und ihre Gemeinden zusammenbrachen und Gewalt das Leben und die Kraft des Volkes aufzehrten, erwiesen sich die somalischen Frauen als äußerst einfallsreich, und sie sind bis heute wichtige Garanten für das Überleben der Familien und Gemeinschaften. Sie haben sich zu einer unübersehbaren Kraft und wichtigen ökonomischen Akteuren entwickelt, die, auch wenn es ihnen an angemessener Hilfe und Unterstützung durch den Staat oder andere stabilisierende Netzwerke fehlt, das Überleben ihrer Lieben sicherzustellen wussten.

Trotz ihrer wertvollen Beiträge haben der Mangel an staatlichen Strukturen, öffentlichen Dienstleistungen und Bildungsmöglichkeiten sowie der anhaltende Konflikt und die hohe Arbeitslosigkeit die Femininisierung der Armut in Somalia verstärkt. Selbst in Somaliland und Puntland, in denen es in den letzten Jahren relativ friedlich zuging, stellen Frauen weiterhin die Ärmsten der Armen und die am stärksten marginalisierte und diskriminierte Gruppe innerhalb ihrer patriarchalen Gesellschaft.

Für den Frieden streiten: Die Rolle der Frauen bei der Friedenskonsolidierung in Somalia und Somaliland

Die Lebenswirklichkeit von Frauen in gewalttätigen Konflikten ist komplex – sie sind Opfer, Täterinnen und Verfechterinnen von Krieg oder Frieden (Giles et al. 2003). So erfanden im Krieg zwischen den beiden Warlords Ali Mahdi und Aidid in Mogadischu zu Beginn der 1990er Jahre Frauen aus den verfeindeten Klans eine Reihe geschickter Ausreden, um sich an den Kontrollpunkten vorbeizuschmuggeln. Sie gaben beispielsweise vor, sich von Verwandten oder Freundinnen auf der anderen Seite der Stadt Salz oder Zucker ausleihen zu wollen, während sie sich in Wirklichkeit um Frauen und Kinder kümmerten, die unter der Gewalt zu leiden hatten. Auch als Vermittlerinnen haben sich Frauen hervorgetan, deren Beteiligung für die Schaffung eines nachhaltigen Friedens in ihren Gemeinschaften von zentraler Bedeutung ist (Cockburn 1998). Garner und El Bushra zufolge brachten Frauen ihren Protest gegen den Krieg häufig mit traditionellen weiblichen Mitteln zum Ausdruck, «etwa durch das Tragen weißer Kopfbedeckungen, das Abhalten von Gebetstreffen oder das Verfassen von Gedichten» (2004: 15-16). Die weibliche Gedichtkunst der Buraanbar-Lieder wurde nicht nur dazu genutzt, den Krieg zu unterstützen, sondern auch den Frieden, indem Frauen beispielsweise ihre persönlichen Verluste besangen. Zudem waren sie häufig die Ersten, die sich nach Beendigung von Kämpfen in ihren Gemeinden der Zerstörungen annahmen und den Heilungsprozess in Gang setzten.

Zusammengenommen haben Staatszerfall, Bürgerkrieg, neue Geschlechterbeziehungen, die Umkehrung der Geschlechterrollen, die humanitäre Krise, Unsicherheit und Vertreibung somalischen Frauen die Möglichkeit eröffnet, alternative und von der Basis ausgehende Ansätze zur Friedensschaffung zu entwickeln und voranzutreiben. Verfolgt wurden dabei vor allem solche Ansätze, die eine integrative und aus den Gemeinschaften selbst kommende Herangehensweise beinhalten (Bottom-up-Prinzip) – der einzig mögliche Weg für einen erfolgreichen gesellschaftlichen Friedensprozess. Gardner und El Bushra führen die Tatsache, dass Frauen in der Lage sind, sich bei Friedensbemühungen und der Verhinderung weiterer

Gewaltakte besonders hervorzutun, auf ihre Fähigkeit zurück, innerhalb des patrilinearen Klanwesens effektiv zu arbeiten. Ihre untergeordnete Stellung innerhalb der Klanstrukturen erlaubt es somalischen Frauen «… sich relativ leicht zwischen den Klans zu bewegen und über die einzelnen Klaninteressen hinauszusehen» (Gardner und El Bushra 2004: 16). Frauen haben ihre Marginalisierung innerhalb des Klanwesens dazu genutzt, ihre Fähigkeit, auch mit Frauen und Männern aus anderen Klans in Verbindung zu treten, so weit wie möglich auszubauen. So setzten sich im Jahr 2000 Frauenrechtlerinnen wie Asha Hagi Elmi und andere ähnlich denkende Mitstreiterinnen auf der Friedenskonferenz von Arta (Dschibuti) dafür ein, die somalischen Frauen symbolisch in einem «sechsten Klan» zusammenzufassen, um ihrer Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung mehr Nachdruck zu verleihen. Bei den 2002 in Kenia abgehaltenen Friedensgesprächen wurden 23 Frauen als Mitglieder in die neue Übergangsregierung berufen. Dies zeigt, dass die Mobilisierung von Frauen über Klangrenzen hinweg durchaus das Potential hat, die patriarchale und hierarchische Mitgliederstruktur innerhalb der Klans zu schwächen.

Das vorherrschende einseitige Bild von der somalischen Frau als Opfer verkennt ihre aktive Rolle im Krieg wie im Frieden. Häufig dient das Image von Frauen als «passiven Opfern» nicht nur dazu, ihnen die Verantwortung hinsichtlich ihrer eigenen Beteiligung an Konflikten abzusprechen, sondern verfolgt auch den Zweck, ihnen in Konsolidierungsprozessen jede Mitwirkung zu verwehren (Kardam 2001: 7). Die Aktivitäten somalischer Frauen bei der Friedenskonsolidierung sind jedoch unlösbar mit ihrem Handeln im Krieg und dem Einfallsreichtum verquickt, mit dem sie in den Anfangsjahren des Konflikts das Überleben ihrer Familien und Gemeinschaften gesichert haben.

Einen strategischen Raum erobern: Frauen in Somalia und Somaliland gestalten die Zukunft

Durch Katastrophen wie den Zusammenbruch eines Staates, Bürgerkrieg und Vertreibung können sich in jeder Gesellschaft Chancen für die am stärksten unterrepräsentierten und marginalisierten Gruppen ergeben, Frauen eingeschlossen. Daher ist durch den Zerfall des somalischen Staates und die Schwächung patriarchaler Werte und Strukturen die Möglichkeit entstanden, dass die Frauen dank ihrer Kompetenz, sich in einzigartiger Weise für ihre Familien und Gemeinden einzusetzen, befreiende Erfahrungen machen können. Erstmalig haben sie in Somalia und Somaliland einen Raum erobert, in dem sie nie zuvor vertreten waren – die Zivilgesellschaft.

Die Katastrophen, von denen ihre Gemeinschaftenen heimgesucht wurden, haben Frauen veranlasst, eigene Organisationen zu gründen, um mit oder ohne internationale Hilfe auf die Missstände reagieren zu können. Einer der Hauptantriebsfaktoren für die Gründung somalischer Frauenorganisationen war das Verschwinden der Männer aus dem öffentlichen Raum und die Tatsache, dass letztere in Somalia wie in Somaliland in erster Linie mit Klankriegen und Machtkämpfen beschäftigt waren. Dieser Rückzug und die damit einhergehende, zumindest zeitweilige Verschiebung in den Geschlechterbeziehungen eröffnete den Frauen einen Raum auf der öffentlichen Bühne, der ihnen zuvor verwehrt war. Die Erfahrung zeigt, dass die Frauen diesen

Raum effektiv zu nutzen wussten, um das Überleben ihrer Familien und Gemeinschaften zu sichern.

Viele Somalierinnen ergriffen die Gelegenheit, im NGO-Bereich leitende Funktionen zu übernehmen und ihren Familien und Gemeinden zu helfen, die Folgen des Krieges zu bewältigen, sowie in Basisprojekten bei der Friedenskonsolidierung und am Wiederaufbau mitzuwirken. Date-Bah nennt diesen abrupten Wechsel der Geschlechterrollen einen «Vorteil aus der Not» des Krieges (1996: 14) und stellt fest, dass die somalischen Frauen auf die Krise frühzeitig und überlegt reagierten und mit dem eroberten (physischen) Handlungsraum einen Glückstreffer in einer glücklosen und von Anarchie, Staatenlosigkeit, Unsicherheit und humanitärer Krise geprägten Zeit erzielten. Den Wandel der Geschlechterrollen und Entscheidungsprozesse sieht sie als «positive Entwicklung, die zur Stärkung von Frauen beitragen kann, wenn sie … bei den Wiederaufbaubestrebungen in der Konfliktfolgezeit beibehalten und unterstützt wird» (1996: 11).

Die katastrophalen Lebensbedingungen in Somalia und Somaliland waren ein weiterer Antriebsfaktor für den Aktivismus der Frauen und führten zur Gründung von Frauenorganisationen und dem Engagement von Frauen in Mediationsprojekten sowie bei Friedenskonsolidierungs- und Wiederaufbaumaßnahmen in den kriegsgeschädigten Gemeinden. Als die Somalische Nationale Bewegung 1991 Siad Barres Truppen in Somaliland schlug, kehrte die vertriebene Bevölkerung in Dörfer zurück, die völlig zerstört waren und über keinerlei funktionierende soziale Strukturen mehr verfügten. Infolgedessen gründeten Frauen und Männer Organisationen, die dazu beitragen sollten, die Grundbedürfnisse der Menschen zu stillen. So stellte Nakaya fest: «Die Entstehung der somalischen Frauenbewegung entsprang einer humanitären Notwendigkeit im Zuge eines fortdauernden Bürgerkriegs, in dem Frauen den Kämpfern Unterkunft und medizinische Versorgung gewährten, kriegsgeschädigte Gemeinden mit sauberem Trinkwasser versorgten und zerstörte Schulen wieder aufbauten.» (2004: 152)

Staatszerfall und Bürgerkrieg führten zu einer dramatischen humanitären Krise und einem Machtvakuum, in deren Folge Nichtregierungsorganisationen (NGOs) – darunter auch Frauenorganisationen – entstanden, um auf die Bedürfnisse der Schwachen reagieren zu können. Eine der bemerkenswertesten und viel versprechendsten Entwicklungen im kriegszerrütteten Somalia und in Somaliland ist die Tatsache, dass Frauen sich nicht nur einen eigenen Raum eroberten, sondern darüber hinaus Organisationen schufen, die auf die humanitären Missstände in den Gemeinschaften reagierten. Zu diesen Organisationen gehören Save Somali Women and Children (SSWC), das Galkayo Bildungszentrum für Frieden und Entwicklung (GECPD), die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Horn Relief, NAGAAD (ein Dachverband mit 35 angeschlossenen Organisationen), die Frauenorganisation We Are Women's Activists (WAWA) und das Frauennetzwerk Coalition of Grassroots of Women's Organizations (COGWO).

Der von den somalischen Frauen eroberte Raum ist das Sinnbild ihres Widerstands gegen Gewalt, Staatenlosigkeit, Marginalisierung und die Feminisierung der Armut. Zudem ist er eine Antwort auf das Patriarchat, eine strategische Basis, von der aus somalische Aktivistinnen am Aufbau einer gerechten Gesellschaft mitwirken können, die sich durch Frieden und die Gleichstellung der Geschlechter auszeichnet. Frauen haben sich ihre eigenen Erfahrungen als Opfer, Täterinnen und Akteu-

rinnen zu Nutze gemacht, um sich dafür einzusetzen, dass in ihren Gemeinden wie im ganzen von Bürgerkrieg und Gesetzlosigkeit verwüsteten Land ein nachhaltiger Friede Einzug halten kann.

Nun fordern die Frauen, in sämtlichen Stadien des Wiederaufbaus beteiligt zu werden. Ihre neu erworbene Rolle in der Zivilgesellschaft bietet ihnen eine strategische Basis zur Bekämpfung von Unsicherheit, Staatenlosigkeit, Gewalt gegen Frauen, Armut, Geschlechterungerechtigkeit und die generelle Marginalisierung von Frauen. Wenn es ihnen gelingt, diese Basis auch über die Phase des staatlichen Wiederaufbaus hinaus zu halten (und im Falle einer internationalen Anerkennung der Abspaltung Somalilands vom restlichen Somalia), wird der öffentliche Raum in der Konfliktfolgezeit für die Bekämpfung traditioneller patriarchaler Werte und der Marginalisierung der Frauen von großer strategischer Bedeutung sein. Er würde zu einem Schlüsselinstrument, mit dem Frauen in den neu entstehenden Strukturen und Institutionen ihrer Gemeinden Geschlechtergerechtigkeit einfordern können.

Wie an früherer Stelle bereits erwähnt wurde, sind die somalischen Frauen ebenso wie die von Frauen geführten Organisationen sehr heterogen und weichen in Bezug auf Aufgaben, Ziele, Visionen und Probleme erheblich voneinander ab. Vor dem Hintergrund der humanitären und politischen Krisen und angesichts mangelnder internationaler Unterstützung hat diese Heterogenität zu einem Wettbewerb um knappe Ressourcen und die Anerkennung der internationalen Hilfsorganisationen geführt. Nicht selten beschuldigen sich die Leiterinnen von Frauenorganisationen gegenseitig, Schwindlerinnen zu sein oder eine «Ein-Frau-NGO» darzustellen. Die Unfähigkeit, miteinander zu kooperieren und die vorhandenen Mittel zu teilen, untergräbt das gemeinsame Anliegen, für Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit zu kämpfen. Frauenorganisationen können jedoch nur dann zu effektiven Akteurinnen werden und greifbare Erfolge erzielen, wenn sie sich zur Verfolgung dieses gemeinsamen Anliegens zusammenschließen.

Trotz dieser Mängel stellt das zivilgesellschaftliche Engagement von Frauen innerhalb des Friedensprozesses einen alternativen Basisansatz dar, der einen kritischen Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter gewährleistet. Daraus können sich transformative politische Veränderungen ergeben, die sich unter anderem auch auf soziale Praktiken und die Geschlechterbeziehungen auswirken. So benennt Raghe als Aufgaben der somalischen NGOs: «politische Einflussnahme, entwicklungspolitische Bildungsarbeit und die Stärkung von Bürgerbewegungen[, die] in Somalia derzeit sehr gebraucht werden. Aus dem staatlichen Zusammenbruch erwachsen den NGOs in praktischer wie in moralischer Hinsicht besondere Verantwortungen. Sie bieten eine von wenigen Gelegenheiten zur Unterstützung lokaler Kräfte, die den partizipatorischen Ansatz, der für die Erholung des Landes notwendig ist, zumindest stärken könnten.» (1997: 380)

In allen Teilen Somalias ist die Mehrzahl der Frauenorganisationen von externer Finanzierung und den Zuwendungen der somalischen Diaspora im Ausland abhängig. In Europa und Nordamerika lebende somalische Frauen haben entscheidend zur Entstehung dieser Organisationen beigetragen, indem sie entweder führende Positionen übernahmen oder finanzielle Unterstützung leisteten. Diese Verbindungen zwischen somalischen Diaspora-Frauen und den Frauenorganisationen und Aktivistinnen in Somalia und Somaliland selbst gilt es weiter zu vertiefen. Organisationen wie die Heinrich-Böll-Stiftung können maßgeblich dazu beitragen, die Gräben

zwischen Frauen in der Diaspora und Aktivistinnen in Somalia und Somaliland zu überwinden, etwa durch den Aufbau von Netzwerken für den Austausch von Ideen und Ressourcen zur Förderung von Gleichstellung und Empowerment.

Die somalischen Frauen – eine Kraft, mit der gerechnet werden muss

«Krieg schafft nicht nur Opfer, sondern auch eine gehörige Anzahl Helden und Heldinnen» (Karam 2001: 8). Krieg hat für alle negative Auswirkungen, aber er kann Menschen auch positiv verändern. Die Situation in Somalia und Somaliland ist ein Beispiel dafür. Trotz der schrecklichen Auswirkungen auf Frauen in Konfliktzonen, haben Konflikte auch das Potential, «die patriarchalen Strukturen einer Gesellschaft zu zerstören, die Frauen einschränken und erniedrigen. Durch den Zusammenbruch von Moralvorstellungen, Traditionen, Bräuchen und Gemeinschaft sorgt Krieg gleichzeitig für Öffnung und Neuanfang» (Karam 2001: 20). Die Schwächung beziehungsweise der Zusammenbruch von Strukturen, die das Leben von Frauen zuvor beherrschten, gibt ihnen Gelegenheit, sich selbst neu zu definieren und ihre Handlungsmacht geltend zu machen.

In Somalia haben Frauen im Verlauf des Konflikts gelernt, wie wichtig es ist, ein neues Selbstverständnis zu entwickeln, ihre Handlungsmacht zu erkennen und entsprechend zu handeln. Sie begannen, sich als wichtige Subjekte zu begreifen, die in der Lage sind, ihre Lebensumstände und ihre Gemeinden zu verändern. Der Zusammenbruch des Staates und die bewaffneten Auseinandersetzungen gaben ihnen Gelegenheit, eigene Organisationen aufzubauen und sich um die Belange von Frauen und Kindern und betroffene Gemeinden insgesamt zu kümmern. Diese Realität steht in scharfem Kontrast zum allgemein verbreiteten Bild von Frauen als passiven und hilflosen Opfern von Konflikten. Allerdings sollte das Selbstverständnis von Frauen, ihre Handlungsmacht, Belastbarkeit, ihre Neufindung und ihre vielfältigen Kriegserfahrungen aus dem jeweiligen Kontext heraus verstanden werden – und als sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten ständigen Veränderungen unterworfen.

Die Aktivitäten der somalischen NGOs sind Hoffnungsfunken für eine von Krieg und Gesetzlosigkeit zerstörte Nation. In vielen Teilen Somalias und Somalilands haben die von Frauen geführten Organisationen dringend benötigte Grundversorgungsmaßnahmen und Gemeindeinitiativen in die Wege geleitet. Oftmals sind es die einzigen, zu denen die Schwachen im Land Zugang haben. Durch ihre Maßnahmen und Initiativen ermöglichten Frauen das Überleben von Gemeinschaften, die ohne jede Hoffnung waren und ansonsten zu Grunde gegangen wären.

Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern: Chancen, Hindernisse und Herausforderungen

Der Großteil der von Frauenorganisationen oder anderen weiblich geführten zivilgesellschaftlichen Organisationen geleisteten Arbeit befindet sich derzeit im ersten oder «karitativen» Stadium. Sie konzentriert sich auf die unmittelbarsten Bedürfnisse der Menschen, wie eine elementare Schul- und Erwachsenenbildung, die grundlegende Gesundheitsversorgung und Mikrokredite für Witwen, die es den Frauen ermöglichen sollen, ein eigenes Einkommen zu erwirtschaften. Die Organisationen reagieren damit auf die gewaltige humanitäre Krise in Somalia und den Mangel an

staatlichen Institutionen, die in der Lage wären, darauf zu reagieren. Aufgrund des enormen Bedarfs an grundlegenden Versorgungsmaßnahmen, die für das karitative Stadium typisch sind, haben die Frauen in Somaliland gerade erst damit begonnen, auch politisch Einfluss zu nehmen und sich passiven wie aktiven Maßnahmen zuzuwenden, die sich sowohl auf die unmittelbaren als auch auf die langfristigen Bedürfnisse von Frauen auswirken können. Es ist wichtig, die Entstehung dieser von Frauen geführten Organisationen im kriegszerrütteten Somalia und in Nachkriegs-Somaliland zu würdigen und ihr Potential anzuerkennen und zu unterstützen – ganz besonders ihre Fähigkeit, für Gleichstellung und die politischen, sozialen und ökonomischen Rechte der Bürger und Bürgerinnen von Somalia und Somaliland einzutreten.

Im Gegensatz zu Somaliland mit seinen – wenn auch schwachen – staatlichen Institutionen, könnte es für die Frauenorganisationen im südlichen und zentralen Somalia und in Puntland schwer werden, ebenso erfolgreich zu arbeiten wie NGOs in konfliktfreier Umgebung. Dennoch haben sie sich als wichtige Akteure erwiesen, die sich um zurückgekehrte Flüchtlinge kümmerten und eine verlassene, von Kriegsherren ausgebeutete und in Unsicherheit versunkene Nation stützten. Es ist nicht meine Absicht, diese Frauenorganisationen als Antwort auf sämtliche bestehenden Probleme in Somalia und Somaliland darzustellen. Dennoch sollte man sich darüber im Klaren sein, dass sie, auch wenn sie nur in beschränktem Maße Lösungen anzubieten haben, zweifellos großen Einfluss auf die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Arenen nehmen werden, die in Somalia noch heranwachsen müssen, während sie in Somaliland bereits im Entstehen begriffen sind. Anderlini befasst sich mit einigen Herausforderungen, denen Frauenorganisationen dabei gegenüberstehen und stellt fest, dass ihre Arbeit sich auf «die Basis und lokale Vernetzungsarbeit beschränkt und es für Frauen [daher] häufig mühsam ist, sich offizielle politische Strukturen zuzulegen, weil es ihnen an entsprechenden Ressourcen fehlt oder an Erfahrungen mit effektiven Strategien des Bürgerengagements» (2000: 11). Dies gilt für Frauenorganisationen in Puntland wie in Somaliland. In Somalia sind die Frauen im Kontext von Staatenlosigkeit und Krieg ein wenig sichtbarer geworden, doch fehlen ihnen die Mittel, sich effektiv zu organisieren und einen umfassenden Aktionsplan zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit zu entwerfen. Dennoch ist die Sichtbarkeit von Frauen auf dem NGO-Sektor beziehungsweise in der Zivilgesellschaft Somalias und Somalilands ein Beispiel dafür, wie sie die Staatenlosigkeit und die Konfliktfolgezeit zu nutzen wussten, um ihre Handlungsmacht geltend zu machen.

Aktivistinnen und ihre Organisationen werden mit dem Einsatz für Frauenrechte und Gleichstellung im Nachkriegs-Somalia und Somaliland vor große Herausforderungen gestellt. Es bleibt abzuwarten, bis zu welchem Grad ihre politischen Forderungen bei einer zukünftigen somalischen Regierung Berücksichtigung finden werden, in welcher Weise ihr Egagement die Geschlechtergerechtigkeit beeinflussen wird und ob – beziehungsweise zu welchem Preis – die Frauen in der Lage sein werden, in der Zivilgesellschaft weiter präsent zu sein.

Wenn es ihnen gelingen soll, ihre Organisationen aufrechtzuerhalten und politische Berücksichtigung zu finden, müssen Frauen in Konfliktzonen wie Somalia «danach streben, im institutionellen, politischen und rechtlichen Bereich vertreten zu sein und sich durch lokale, regionale und internationale Netzwerke Solidarität

und Unterstützung sichern» (Anderlini 2000: 13). Genau an dieser Stelle können internationale Organisationen wie die Heinrich-Böll-Stiftung helfen. Eine dauerhafte Lösung für die politische Instabilität Somalias erfordert nicht nur den Aufbau eines legitimen Staates, die Entwaffung der kämpfenden Gruppen sowie die Wiedereinführung von Recht und Gesetz, sie erfordert auch die Förderung von Gleichstellung und Empowerment. Genau das haben sich Frauenorganisationen in Somalia (einschließlich Puntland) und Somaliland mit ihren bescheidenen und unterfinanzierten Programmen zum Ziel gesetzt. Die Verbesserung des Status' von Frauen und Mädchen sowohl im kriegszerrütteten Somalia als auch in Somaliland ist für den Aufbau eines nachhaltigen Friedens, für die zukünftige Entwicklung und für generelle Transformationsbemühungen in der Konfliktfolgezeit von entscheidender Bedeutung. Die somalischen Frauenorganisationen haben zur Friedenskonsolidierung und der Transformation ihrer Gemeinden Wichtiges beizutragen. Daher könnte es hilfreich sein, weitere Foren und Publikationen zu unterstützen, um bereits vorhandene Berichte über Frauen in Somalia und Somaliland mit Blick auf ihre Aktivitäten und ihre Beteiligung am Friedensprozess zu ergänzen. Männer, Frauen und junge Menschen müssen von der wichtigen Arbeit erfahren, die Aktivistinnen in ihren Gemeinden leisten.

Es wird auch in Zukunft unerlässlich sein, die Kapazitäten, Fähigkeiten und Kompetenzen von Frauenorganisationen zu unterstützen, vor allem jener, die bei der Friedenskonsolidierung und in Transformationsprozessen der Nachkonfliktzeit involviert sind. Frauenorganisationen haben mit internationaler Unterstützung Normalität in das Leben von Menschen gebracht, die in einer von Gewalt geprägten Umgebung ums Überleben kämpften. Trotzdem wird die bedeutende Rolle, die sie bei der Friedenskonsolidierung spielen, weiter ingnoriert und zu selten erforscht. Daher ist es dringend erforderlich, diese Initiativen durch weitere Untersuchungen besser zu dokumentieren.

Herausforderungen durch den gängigen Ansatz bei der Friedenskonsolidierung

Traditionelle Maßnahmen der Friedenskonsolidierung werden häufig für ihren Top-Down-Ansatz und als männlich dominiert kritisiert (Kumar 2001; Cockburn 1998; Sorensen 1998) und haben sich zudem für die Beendigung von Konflikten oft genug als ungeeignet erwiesen. So werden nationale Versöhnungsprozesse häufig von externen (ausschließlich männlichen) Akteuren und Kriegsherren bestimmt, während die Mitglieder der Zivilgesellschaft beziehungsweise Frauen sich auf die Rolle der Zuschauer beschränken müssen. Wie schon in der Vergangenheit werden solche ausgrenzenden Top-Down-Ansätze bei der Friedenskonsolidierung und dem Wiederaufbau auch zukünftig negative Auswirkungen auf die somalischen Frauen haben. Darauf weisen Darby und MacGinty hin, wenn sie feststellen: «Diejenigen, die mit der Waffe in der Hand dastehen oder auf dem Schlachtfeld gerade die Oberhand haben, wenn eine Feuerpause ausgerufen wird, werden die Verhandlungspartner – unabhängig davon, ob sie ihre Leute angemessen vertreten können. Andere Stimmen dagegen [vor allem die der Frauen, *Anmerk. d. Autorin*], meist jene ohne Kampfmittel, werden häufig nicht gehört» (2003: 3). Meintjes bestätigt dies und führt weiter aus: «Solange Frauen vor den Verhandlungen nicht wahrgenommen werden und sie nicht darauf vorbereitet sind, das Thema Frauen bei der Friedenskonsolidierung und

der Neuverteilung der Macht auf die Tagesordnung zu bringen, besteht die Gefahr, dass die machthabenden Männer die Bedürfnisse und Interessen von Frauen in praktischer wie in strategischer Hinsicht beiseite schieben werden» (2001: 76).

Ein ausgrenzender Top-Down-Ansatz bei der Friedenskonsolidierung hat außerordentlich negative Auswirkungen auf Frauen, weil er ihre tagtäglichen Beiträge zum Friedensprozess auf der Grassroots-Ebene ignoriert. Zudem bestärkt er traditionelle patriarchale Strukturen und fördert den Wiederaufbau einer männlich dominierten Gesellschaft, in der Frauen eine aktive Rolle im öffentlichem Bereich verwehrt wird. Von einem Frieden, an dessen Aufbau sie keinen Anteil haben, können Frauen jedoch nicht voll profitieren.

In vergangenen wie in derzeitigen Versöhnungskonferenzen in Somalia basieren die Formeln für eine zukünftige Machtverteilung hauptsächlich auf der Institution der Klans. Doch der Einsatz einer solchen, auf dem Klanwesen beruhenden Formel als Mittel der Machtverteilung kommt Männern zugute, nicht Frauen. Sie ermächtigt Männer als Vertreter der Klans an den Verhandlungstisch zu kommen und eröffnet ausschließlich ihnen die Chance, in den neuen staatlichen Institutionen mitzuwirken. Interne wie externe Akteure (meist männlichen Geschlechts) sind der Ansicht, die Klans seien das richtige Instrument, um unzufriedene Gruppen zufrieden zu stellen, sie an den Verhandlungstisch zu holen und an einer dauerhaften Lösung für Somalias politische Krise mitzuarbeiten. Allerdings ignoriert diese Herangehensweise die Geschlechterdiskriminierung, die diesem System inhärent ist. Ein System zugrunde zu legen, das Frauen unumwunden das Recht abspricht, in gleichem und fairem Maße an Entscheidungsprozessen teilzuhaben, ist mit schweren Mängeln behaftet, da die Gleichstellung der Geschlechter für die Schaffung von Frieden und Stabilität und eine gute Regierungsführung von substanzieller Bedeutung ist.

Die auf dem Klanwesen basierende Formel war zentraler Bestandteil der beim Aufbau der Regionalregierung von Puntland und der staatlichen Strukturen in Somaliland angewandten Machtverteilungsstrategien. Infolgedessen wurden die Frauen wiederum marginalisiert und ihre gleichberechtigte Vertretung in den neuen regionalen Institutionen verhindert. Die Männer in den betreffenden Regionen gaben sich wenig Mühe, die Zahl der vertretenen Frauen zu erhöhen. Und wie sie leisten viele Klans und Stämme wenig bis gar keine Unterstützung, wenn Frauen aus ihren Reihen sie in politischen Belangen vertreten wollen – das ist die Spiegelung der tief sitzenden gesellschaftlichen Ansicht, dass Frauen für politische Führerungspositionen ungeeignet sind und keine Politikerinnen werden sollten. In Anbetracht dessen ist es nicht weiter erstaunlich, dass Frauen in den Institutionen auf dörflicher und regionaler Ebene sowie in den Übergangsstrukturen von Puntland und Somaliland ebenso unterrepräsentiert sind wie auf der politischen Bühne Somalias.

Obwohl es für sie von großer strategischer und politischer Bedeutung ist, an den in nationalen Versöhnungsversammlungen entwickelten Entscheidungen und Plänen teilzuhaben, wird die Teilnahme von Frauen durch kulturelle, gesellschaftliche, ökonomische und politische Barrieren weiter behindert. Organisationen wie die Heinrich-Böll-Stiftung, UNIFEM und NOVIB-Oxfam International haben sich bei diesen Treffen bemüht, eine Genderperspektive einzubringen, indem sie auf die Einbeziehung von Frauen drängten und die technische Hilfe bereitstellten, die sie

brauchen, um ihre Anliegen und Interessen in Bezug auf die Zukunft des Landes zu artikulieren. Diese Unterstützung von außen, gepaart mit strategischem Druck, hat maßgeblich dazu beigetragen, dass somalische Frauen, insbesondere Aktivistinnen, Gelegenheit erhielten, auf diesen Treffen Geschlechteraspekte zu thematisieren, und auch dazu, dass einige wenige Frauen in das neue Parlament aufgenommen wurden.

Herausforderungen durch islamistische Gruppen

Als Religion spricht der Islam Frauen vergleichsweise mehr Rechte und Schutz zu als das Gewohnheitsrecht *xeer*. Dennoch ist es in Ländern wie Somalia gängige Praxis, die gesellschaftliche Stellung eines Menschen eher auf der Grundlage kultureller Normen zu definieren. Mit anderen Worten, die Unterdrückung der Frau geht in Somalia eher auf kulturelle als auf religiöse Praktiken zurück. So wirken sich beispielsweise Fehlinterpretationen des Islam durch islamistische Gruppen und deren strenge Haltung gegenüber Frauen negativ auf Frauen aus.

Islamistische Gruppen tauchten in den 1990er Jahren auf, etablierten sich jedoch erst in den letzten Jahren als ernstzunehmende politische Akteure. Als es den Islamisten im Sommer 2006 gelang, die Kontrolle über Zentral- und Südsomalia zu erlangen, darunter auch über die Hauptstadt Mogadischu, sorgten sie für Stabilität und beendeten die Schreckensherrschaft der Kriegsherren und ihrer Milizen. Straßensperren verschwanden, und die Menschen konnten sich in Mogadischu wieder frei und ohne die von den Milizen eingeführten Restriktionen bewegen.

Frauen profitierten ebenfalls von dieser vorübergehenden Stabilität. So sank die Zahl der Vergewaltigungen in Mogadischu beträchtlich. Doch die politische Herrschaft der Islamisten hatte auch negative Folgen. Frauen, die für ihre Familien den Lebensunterhalt erwirtschafteten, schickte man nach Hause und verbot ihnen, sich auf öffentlichen Plätzen wie Marktplätzen zu zeigen. Videocafés, in denen indische und europäische Filme liefen, wurden geschlossen, was die Verdienstmöglichkeiten von Frauen, die dort Tee, Kaffee und Snacks verkauften, beeinträchtigte. Diese und andere Restriktionen der Islamisten verkennen die Bedeutung, die Frauen für das Überleben ihrer Familien, ihrer Gemeinden und der ganzen Nation haben. Die neuen Geschlechterbeziehungen, die der Bürgerkrieg und der Zusammenbruch des Staates hervorgebracht haben, werden von den Islamisten weder anerkannt noch akzeptiert. Ebenso wenig vermögen sie die fundamentale Bedeutung der Rollen zu erkennen, die Frauen seit mehr als zehn Jahren in einem staatenlosen Land ausfüllen – trotz kaum vorhandener Aufmerksamkeit und Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft.

Somalische Frauen und ihr Aktionspotential dürfen nicht länger ignoriert werden, da sie zum Frieden und zur Entwicklung in Somalia und Somaliland einen entscheidenden Beitrag zu leisten haben. Eine islamisch ausgerichtete Partei oder Basisorganisation, die auch für Frauen von Bedeutung sein will, darf das Führungs- und Aktionspotential von Frauen sowie die von ihnen ausgehenden Initiativen nicht einschränken. Sie muss anerkennen, dass dieses Engagement in einer kriegsgeschädigten Gesellschaft dringend benötigt wird und dass es im Interesse der Regierung ist, die Stärkung der Frauen in sämtlichen Lebensbereichen Somalias voranzutreiben.

Herausforderungen durch gesellschaftlichen Konservatismus

Der wachsende gesellschaftliche Konservatismus in Somalia und Somaliland stellt eine weitere Herausforderung für Frauen dar, insbesondere für Aktivistinnen. Nicht wenige Männer begegnen Frauen mit politischen Ambitionen zunehmend feindselig. Veranschaulicht wird das Wiedererstarken des Konservatismus, unabhängig davon, ob er auf Klaninteressen oder den politischen Islam zurückzuführen ist, durch die Tatsache, dass die wenigen für ein politisches Engagement qualifizierten Frauen nach wie vor auf das Einverständnis ihres Mannes, ihres religiösen Führers und ihres Klanoberhauptes angewiesen sind, um ihre Gemeinde politisch vertreten zu können. Dieser Konservatismus ist zumindest teilweise als Reaktion sowohl auf den vergrößerten und aus dem Konflikt hervorgegangenen Handlungsspielraum von Frauen zu verstehen als auch auf den Mangel an sozioökonomischen Möglichkeiten auf Seiten der Männer. Das Resultat dieser Faktoren ist ein wachsender Unmut gegenüber Frauen, ihren Fähigkeit im Umgang mit der Krise und ihrer Entschlossenheit, für ihre Familien und Gemeinden zu sorgen.

Als Reaktion auf den wachsenden Konservatismus haben die Frauen im Umgang mit feindseligen Vertretern spezielle Strategien entwickelt. So haben sich Aktivistinnen in Puntland und Somaliland (möglicherweise auch in Zentral- und Südsomalia) mit den männlichen Klanoberhäuptern und religiösen Führern ihrer Gemeinden zusammengeschlossen, um den Programmen gegen Genitalverstümmelung und Gewalt gegen Frauen mehr Wirkung zu verschaffen. Durch Partnerschaften mit männlichen Gemeindeführern werden Spannungen, Misstrauen und Hass abgebaut. Eine fundamentale Erkenntnis aus dieser Erfahrung ist die Tatsache, dass die Stärkung von Frauen und ihre verstärkte Teilhabe an Entscheidungsprozessen nicht isoliert durchgesetzt werden können. Positive Veränderungen im Hinblick auf die Geschlechterbeziehungen und die Gleichstellung von Frauen und Männern lassen sich nur erreichen, wenn auch Männer eingebunden werden, um sich in ihren Gemeinden als Verfechter, Unterstützer und Verbündete für Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit einzusetzen.

Eine starke Zivilgesellschaft, auch mit weiblich geführten Organisationen, wird in Somalia und in Somaliland dringend gebraucht. Internationale Organisationen können Wichtiges dazu beitragen, indem sie die Menschen vor Ort stärken, sich gegen geschlechterunsensible staatliche Politik sowie patriarchale und kulturelle Praktiken zu wehren, die Gleichstellung und Empowerment verhindern.

Schlussfolgerung und Perspektiven

Trotz der Hindernisse, vor denen sie stehen, bleiben die Frauen von Somalia und Somaliland eine wichtige Kraft für den Frieden, die Entwicklung der Gemeinden, Gender Empowerment und den Heilungsprozess ihres Landes. Wenn der politische Wiederaufbau und Good Governance, also eine gute Regierungsführung, gelingen und auch Frauen davon profitieren sollen, ist es unerlässlich, diesen eine zentrale Rolle einzuräumen und ihnen die Möglichkeit zu geben, in sämtlichen politischen Stadien aktiv mitzuarbeiten. Die Beteiligung von Frauen am Wiederaufbau der staatlichen Strukturen ist für die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit und dauerhafter politischer Lösungen von elementarer Bedeutung. Die Gleichstellung

der Geschlechter hat Einfluss auf die Transformation der politischen Strukturen von Somalia. Um zukünftig gewaltsame Konflikte und den Zusammenbruch des Staates zu vermeiden, ist es notwendig, lokale Organisationen, vor allem solche unter weiblicher Leitung, zu stärken. Starke Frauenorganisationen können über die Einhaltung von Frauenrechten und Gleichberechtigung wachen und lokale Verwaltungen zur Verantwortung ziehen, sollten sie es versäumen, in ihren Gemeinden die Rechte der Frauen zu schützen und zu fördern. «[O]hne die aktive Beteiligung von Frauen und die Berücksichtigung ihrer Perspektiven auf sämtlichen Ebenen der Entscheidungsfindung, sind hoch gesteckte Ziele wie Gleichheit, Entwicklung und Frieden nicht erreichbar» (Adeleye-Fayemi 2004: 104). Adam Biixi, selbst Somalier, beschreibt mit treffenden Worten die Bedeutung der Gleichstellung in einer von Männern dominierten Gesellschaft und warnt, dass es ohne Geschlechtergerechtigkeit in Somalia weder Frieden noch Wohlstand oder Entwicklung geben kann: «Keiner Nation, die die Hälfte ihrer Bevökerung vom Nationbuilding-Prozess ausschließt, ist es gelungen, für Entwicklung und gerechten Fortschritt zu sorgen. Die Beteiligung von Frauen in sämtlichen Belangen unseres Landes voranzutreiben, bedeutet keinesfalls, den Glauben oder die reichen Traditionen des somalischen Volkes zu missachten oder sie zu übergehen. Im Gegenteil. Gerade durch die Schaffung eines integrativen Systems, das volle und grundlegende politische Mitwirkung garantiert, können der Glaube und die Traditionen der Menschen bereichert werden und sich weiterentwickeln» (2001: 91).

Mit ihren im Krieg gesammelten Erfahrungen und dem Einfallsreichtum, mit dem sie auf die Gewalt und den staatlichen Zusammenbruch reagierten, können Frauen zur Friedenskonsolidierung, zum Wiederaufbau des Landes und der staatlichen Strukturen wichtige Erkenntnisse und kritischen Input beisteuern.

Ihr Anpassungsvermögen an neue Geschlechterrollen, ihre Überlebensstrategien, ihr Aktionspotential und der zivilgesellschaftliche Raum, den sie sich erobert haben, sind wichtige Faktoren, denen in der Konfliktfolgezeit besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Wenn die Männer in ihre zurückgelassenen Familien und Gemeinden zurückkehren, ihren alten Status zurückfordern und die traditionellen Geschlechterbeziehungen wiederaufleben lassen wollen, könnten die Frauen, die zwischenzeitlich die unterschiedlichsten Rollen wahrgenommen haben und für das Überleben ihrer Familien gesorgt haben, gezwungen sein, sich in ihre alte Domäne, den häuslichen Bereich, zurückzuziehen. Trotz dieser Gefahr glaube ich nicht, dass die Frauen in Somalia und Somaliland gewillt sind, zu den alten Verhältnissen zurückzukehren. Es gibt ein Bedürfnis danach, die männlich dominierte und nach dem Top-down-Prinzip funktionierende Herangehensweise beim Aufbau des neuen Staates, dem Friedensprozess und dem Wiederaufbau in Frage zu stellen. Gerade auf diesem Gebiet können Aktivistinnen die vor dem Krieg herrschenden gesellschaftlichen Strukturen und Normen, die Frauen marginalisierten und diskriminierten, verändern.

Internationale Organisationen sollten den neu gewonnenen Handlungsraum somalischer Frauen in der Zivilgesellschaft als strategisches Mittel betrachten, mit dem sich gegen politische Unsicherheit, Staatenlosigkeit, Gewalt, Armut und die in den Gemeinden erlebte Marginalisierung von Frauen Widerstand leisten lässt. Viele Frauen äußern sich zuversichtlich darüber, dass ihnen der errungene Raum nicht so schnell wieder verloren gehen wird. Mit den Worten einer Aktivistin aus Puntland:

«Ich glaube nicht, dass wir Frauen diesen Raum, den wir uns erobert haben, wieder völlig verlieren werden. Wir sind fest entschlossen, (auf der zivilgesellschaftlichen Ebene) an den Entscheidungsprozessen in der Konfliktfolgezeit teilzuhaben. Und wir werden diesen Raum beschützen, um weiter aktiv sein zu können, und nicht zulassen, dass er uns genommen wird.»[4] Auch in Somaliland haben Frauen bekundet, diesen Raum bewachen und um jeden Preis halten zu wollen. Es wird sich zeigen, ob ihnen dies gelingt.

Wenn es ihnen gelingt, diesen Raum auch nach dem staatlichen Wiederaufbau weiter besetzt zu halten, wird es Frauen ermöglicht, ihre Rechte und Interessen zu formulieren und sich für sie einzusetzen. Zudem können sie ihn nutzen, um patriarchale Institutionen und traditionelle Praktiken in Frage zu stellen und sich für die Stärkung (Empowerment) von Frauen und Mädchen in ihren Gemeinden einzusetzen. Ohne einen eigenen Raum wird es für somalische Frauenrechtlerinnen dagegen schwer werden, die Stärkung von Frauen voranzutreiben.

Internationale Organisationen sollten die neuen, aus dem Konflikt hervorgehenden Geschlechterbeziehungen intensiv verfolgen und in die gesellschaftliche Sichtbarkeit und das Führungspotential von Frauen investieren. Sie unterstützen damit die Geschlechtergleichstellung in der Konfliktfolgezeit und sorgen dafür, dass ihre finanziellen Hilfen und Programme, vor allem jene, die für den Wiederaufbau gedacht sind, die Stellung der Frauen in gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Hinsicht stärken. Darüber hinaus können internationale Organisationen die Beziehungen zwischen somalischen Frauen im Land und jenen in der Diaspora unterstützen, in dem sie beispielsweise im Ausland lebende somalische Wissenschaftlerinnen mit Aktivistinnen in Somalia und Somaliland vernetzen. Auf diese Weise würden gemeinsame Forschungen unterstützt und die im Ausland lebenden Somalierinnen hätten Gelegenheit, finanzielle Mittel für Projekte von Frauenorganisationen in Somalia und Somaliland zu sammeln.

Sowohl nationale Akteure (zu denen auch die zukünftige Regierung von Somalia gehört) wie internationale Institutionen und Geber sollten Aktivistinnen Gelegenheit geben, sich am staatlichen Wiederaufbau zu beteiligen, indem sie über die Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen wachen. Dafür gilt es, die «Skills» und Kapazitäten von Frauenorganisationen auszubauen, damit diese sich effektiv für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen können. Mit den erforderlichen Fähigkeiten, Kompetenzen und Kapazitäten ausgestattet, werden Frauenorganisationen in der Lage sein, die «Köpfe der Menschen» zu demokratisieren und auf lokaler Ebene Veränderungen zu bewirken.

Weiterhin ist ein hohes Maß an Aufklärungsarbeit über die Belange von Frauen und Mädchen erforderlich, besonders für Politiker auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Die Mehrzahl der Parlamentsmitglieder der derzeitigen Übergangsregierung verfügt noch immer über ein sehr niedriges Bildungsniveau. Daher müssen männliche Parlamentarier und Klanführer in Workshops über Frauenrechte und die Bedeutung von Gleichstellung und Empowerment geschult werden. Zumindest teilweise sollten derartige Workshops von Männern geleitet werden, da es sich als

4 «Halima», persönliches Interview von Shukria Dini, Galkacyo, Puntland, Somalia, im Dezember 2005. Um die Identität der befragten Aktivistinnen zu schützen, wurden fiktive Namen verwendet.

sehr effektiv erwiesen hat, Männer von Geschlechtsgenossen über Frauenrechte unterrichten zu lassen. Aktivistinnen in Puntland und in Somaliland haben diese Herangehensweise erprobt und in ihren Programmen gute Ergebnisse erzielt.

Schließlich und endlich sollten internationale Organisationen bei ihren Bemühungen um die Wiederherstellung traditioneller Strukturen Vorsicht walten lassen. Der Rückgriff auf undemokratische Strukturen, die Bestrebungen nach Geschlechtergerechtigkeit und Empowerment behindern, wäre ein gefährliches Unterfangen. Internationale Organisationen und Geber sollten sich vergewissern, dass die lokalen Strukturen, auf die zurückgegriffen werden soll, Frauen genügend Raum lassen, um ihr Führungs- und Aktionspotential auszuschöpfen. Jeder Dollar, der in den Wiederaufbau lokaler Strukturen investiert wird, ob in Somalia oder in Somaliland, muss die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern zwingend voraussetzen. Hilfsorganisationen scheuen häufig davor zurück, sich für Gleichstellung einzusetzen, aus Angst, man könnte ihnen vorwerfen, lokale Traditionen verändern und fremde Werte überstülpen zu wollen. Doch die Gleichstellung der Geschlechter ist kein fremder Wert, sondern unabdingbarer Bestandteil von dauerhaftem Frieden und Entwicklung in Somalia und Somaliland.

Literatur

Adeleye-Fayemi, Bisi (2004): «Creating and Sustaining Feminist Space in Africa: Local and Global Challenges in the Twenty-First Century". In: Luciana Ricciutelli, Angela Miles und Margaret H. McFadden (eds.): Feminism Politics, Activism and Vision: Local and Global Challenges. London und New York: Zed Books.

Anderlini, Sanam (2000): Women at the Peace Table: Making a Difference. Unifem.

Biixi, Adam J. (2001): «Building from the Bottom: Basic Institutions of Local Governance". In: Rebuilding Somalia: Issues and Possibilities for Puntland. WSP Somali Programme: WSP International.

Bunch, Charlotte (2004): «Feminism, Peace, Human Rights and Human Security". In: Luciana Ricciutelli, Angela Miles und Margaret H. McFadden: siehe oben.

Cockburn, C. (1998): The space between us: Negotiating gender and national identities in conflict. London: Zed Books.

Codou, Bop (2001): «Women in conflict: Their gains and their losses". In: Meintjes, S., A. Pillay und M. Turshen (eds.): The aftermath: Women in post-conflict transformation. London und New York: Zed Books: 19-34.

Darby, John und Roger MacGinty (eds.): Contemporary peacemaking: Conflict, violence and peace processes. Houndmills: Palgrave MacMillan.

Date-Bah, E. (1996): Sustainable peace after war: Arguing the need for major integration of gender perspectives in post conflict programming. Genf: International Labour Office.

El-Bushra, J. (2000): «Transforming conflict: Some thoughts on a gendered understanding of conflict processes". In: Susie Jacobs, Ruth Jacobson und Jennifer Marchbank (eds.): States of conflict: Gender violence and resistance. London: Zed Books.

Gardner, Judith; Judy El-Bushra (eds.) (2004): Somalia – the untold story: The war through the eyes of Somali women. London: Pluto Press.

Giles, Wenona (2003): «Introduction: Feminist Exchanges and Comparative Perspectives across Conflict Zones". In: Wenona Giles, Malathi de Alwis, Edith Klein, Neluka Silva: Feminists Under Fire: Exchanges across War Zones. Toronto: Between the Lines.

Giles, Wenona; Malathi de Alwis; Edith Klein; Neluka Silva (eds.) (2003): Feminists Under Fire: Exchanges across War Zones. Toronto: Between the Lines.

Karam, A. (2001): «Women in war and peace-building: The roads traversed, the challenges ahead". *International Feminist Journal of Politics, 3*(1), 2-25.

Kumar, K. (ed.) (2001): Women and civil war: Impact, organizations and actions. Boulder: Lynne Rienner Publishers.
Meintjes, S. (2001): «There is no aftermath for women". In: Meintjes, S., A. Pillay und M. Turshen (eds.): The aftermath: Women in post-conflict transformation. New York: Zed Books.
Nakaya, Sumie (2004): «Women and Gender Equality in Peacebuilding: Somalia and Mozambique". In: Tom Keating und W. A. Knight (eds.): Building Sustainable Peace. Tokyo: United Nations University Press.
Pankhurst, Donna (2004): «The 'Sex War' and other Wars: Towards a Feminist Approach to Peacebuilding". In: Haleh Afshar and Deborah Eade: Development, Women and War: Feminist Perspectives. Oxford: Oxfam.
Raghe, A. O. (1997): «Somali NGOs: A product of crisis". In: Adam Hussein und Richard Ford (eds.): Mending rips in the sky: Options for Somali communities in the 21st century. Asmara: The Red Sea Press.
Sorensen, B. (1998): Women and post-conflict reconstruction: Issues and sources. The War-Torn Societies Project, Occasional Report No. 3. Genf: UNRISD.
UNDP (1998): UNDP-Entwicklungsbericht für Somalia. New York: UNDP.

Flüchtlingscamp bei Mogadischu, November 2007

AXEL HARNEIT-SIEVERS

Die Heinrich-Böll-Stiftung in Somalia: Aktivitäten und Erfahrungen

Mit seiner langen Geschichte der Instabilität und gewalttätigen Konflikte, externer Interventionen und internen institutionellen Versagens stellt Somalia sowohl außenpolitische Entscheidungsträger als auch Entwicklungsexperten vor besondere Herausforderungen.

In den Jahren 1992/93 schienen die Geschehnisse in Somalia zu beweisen, dass eine «robuste» internationale humanitäre Intervention sinnlos ist, wenn relevante (d.h. ausreichend bewaffnete) lokale Akteure nicht zur Mitwirkung bereit sind oder befürchten, ein solcher Einsatz gefährde ihre politische Position. Danach erlosch für die Dauer von fast zehn Jahren das internationale Interesse an dem Land. Tatsächlich brachten in den 1990er Jahren weder massive externe Einmischung noch deren Ausbleiben das Land einer Beendigung seiner Krise näher. Nur Somaliland, das sich zur unabhängigen Republik erklärt hatte, demonstrierte, dass die somalische Gesellschaft – günstige Bedingungen und den politischen Willen der relevanten Akteure vorausgesetzt – sehr wohl imstande ist, weitgehend aus eigener Kraft Frieden zu schaffen und Institutionen aufzubauen.

Nach der Jahrtausendwende erwachte das internationale Interesse an Somalia wieder. Die regional initiierten Verhandlungen in den Jahren 2002-2004, die zur Etablierung föderaler Übergangsinstitutionen mit breiter internationaler Unterstützung führten, eröffneten zumindest einige Möglichkeiten für eine Vorwärtsentwicklung. Doch infolge von Machtkämpfen innerhalb Somalias, der Einmischung regionaler Mächte und des auf den «Kampf gegen den Terrorismus» verengten Blickwinkels der USA, der ihre Unterstützung der äthiopischen Militärintervention um die Jahreswende 2006/2007 zur Folge hatte, gingen diese Möglichkeiten allesamt verloren. Die Bürgerkriegssituation, die im Laufe des Jahres 2007 entstand, zeigte, dass wieder einmal eine externe Militärintervention sowohl die Lage im Land als auch die Chancen auf eine politische Lösung verschlechtert hatte.

Doch bei aller berechtigten Kritik an der externen Einmischung in somalische Angelegenheiten macht man es sich zu leicht, wenn man einfach nur «somalische Lösungen» fordert. Offensichtlich ist es den entscheidenden somalischen Akteuren bisher nicht selbst gelungen, dauerhafte Lösungen für die Probleme der Friedensentwicklung und der Staatsbildung in ihrem Land zu finden. Daher müssen sich externe Akteure über die humanitäre Hilfe hinaus – die angesichts der herrschenden Verhältnisse oft schwierig genug zu leisten ist – auf eine konstruktive Weise für die Erarbeitung politischer Lösungen engagieren. Eine der vorrangigen Aufgaben für externe Akteure in Somalia besteht darin, verlässliche lokale Akteure zu identifizieren und sie in ihrer Fähigkeit zu stärken, zur Konfliktlösung und zum Aufbau rechtsstaatli-

cher Institutionen beizutragen. Diverse internationale Organisationen – neben der Heinrich-Böll-Stiftung sind dies unter anderem Oxfam-Novib, Saferworld, Interpeace und der Dänische Flüchtlingsrat – arbeiten heute in Somalia auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Ansätzen auf diese Ziele hin. Außerdem stellen sie wichtige Verbindungen zu lokalen Akteuren her, die sonst kaum an internationale Fördergelder herankämen.[1]

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine von Deutschlands politischen Stiftungen. Sie steht der im Bundestag vertretenen Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Wie andere politische Stiftungen in Deutschland auch, widmet sich die Heinrich-Böll-Stiftung der politischen Bildung, sowohl innerhalb Deutschlands als auch im Ausland. Anfang 2008 unterhielt sie 26 internationale Büros, davon vier in Afrika.

Ihren grünen Wurzeln entsprechend engagiert sich die Heinrich-Böll-Stiftung für die Menschenrechte, Geschlechterdemokratie, nachhaltige Entwicklung und friedliche Konfliktlösung. Viele der Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung zielen darauf ab, zu aktuellen politischen Fragen in diesen Bereichen Wissen zu vermitteln und Kapazitäten zu stärken, indem sie eine kritische und konstruktive politische Diskussion und die Beteiligung an Entscheidungsprozessen fördert. Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet hauptsächlich mit Nichtregierungsorganisationen und unabhängigen Thinktanks zusammen, und sie ist sowohl an der Basis als auch auf verschiedenen politischen Entscheidungsebenen aktiv.

Am Horn von Afrika engagiert sich die Heinrich-Böll-Stiftung seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre. In den ersten Jahren war dieses Engagement von den hoffnungsvollen Erwartungen bestimmt, die sich aus der neuen Situation am Horn nach dem Ende der Mengistu-Diktatur in Äthiopien und der Unabhängigkeit Eritreas ergaben; außerdem war es von der politischen Solidarität mit äthiopischen und eritreischen Diasporagruppen in Deutschland geprägt, zu denen schon länger Beziehungen bestanden. Die Heinrich-Böll-Stiftung konzentrierte ihre Förderung auf Wissensvermittlung und den Ausbau institutioneller Kapazitäten in diesen beiden Ländern. In Eritrea zum Beispiel finanzierte die Heinrich-Böll-Stiftung ab 1995 Aktivitäten der für Umwelt und Bildung zuständigen Ministerien und half ihnen, einen Nationalen Umweltmanagementplan zu erarbeiten. Mit Projekten in Äthiopien wurden die Gründung von Umweltclubs in Schulen sowie Kurse zur Einübung demokratischer Praktiken gefördert.

Im Jahre 1997 wurde in Addis Abeba ein Regionalbüro eingerichtet, das sich auf die Förderung von Umweltschutzaktivitäten sowie ganz allgemein der Entwicklung der Zivilgesellschaft in der Region Horn von Afrika konzentrierte. Nach Ausbruch des Krieges zwischen Äthiopien und Eritrea musste das Büro nach Nairobi, Kenia, verlegt werden, wo es 2001 neu eröffnet wurde. Fast zehn Jahre lang leitete Frau

1 Viele dieser Initiativen werden durch das Programm «Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Bereich Entwicklung» für Somalia mitfinanziert, das von dem EU-Büro in Nairobi (Kenia) durchgeführt wird. Sie sind ein Teil der umfassenderen Zusammenarbeit der Europäischen Union mit Somalia, die sich auf Armutsbekämpfung, soziale Dienstleistungen und Regierungsführung konzentriert.

Asgedeth Ghirmazion, eine aus Eritrea stammende deutsche Staatsangehörige, die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in der Region. Neben der Arbeit vor Ort förderte die Heinrich-Böll-Stiftung auch außerhalb der Region den Dialog über Probleme am Horn von Afrika, zum Beispiel indem sie Anfang 1999 in Deutschland äthiopische und eritreische Journalisten zusammenführte.

Neben der Projektarbeit in Äthiopien und Eritrea hatte die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung von Anfang an eine ausgeprägte regionale Dimension. Die Gründung der regionalen Entwicklungsorganisation Intergovernmental Agency for Development (IGAD) im Jahr 1996 (ihre Vorgängerorganisation IGADD, Inter-Governmental Authority on Drought and Development, hatte sich vor allem mit der Wüstenausdehnung und andere Umweltproblemen befasst) sowie andere neue regionale und panafrikanische Perspektiven, die sich um die Jahrtausendwende auftaten (insbesondere sei hier das 2001 ins Leben gerufene wirtschaftliche Entwicklungsprogramm NEPAD, New Partnership for Africa's Development, genannt) eröffneten neue Möglichkeiten für intensivere regionale Aktivitäten und Vernetzung. Das Regionalbüro der Heinrich-Böll-Stiftung war sich von Anfang an der engen Verflechtung der Konflikte in der Region bewusst, die seit etwa 1998 in einem beunruhigenden Ausmaß wieder zugenommen haben. In diesem Zusammenhang ist besonders die Tatsache zu erwähnen, dass sowohl Äthiopien als auch Eritrea immer wieder somalische Akteure aufgrund von nationalen Eigeninteressen unterstützten und manchmal sogar als Stellvertreter in ihrem Konflikt instrumentalisierten.

Aufgrund der Vielfalt der nach einer Lösung verlangenden Probleme und Konflikte in der Region um das Horn von Afrika hat das Regionalbüro das Konzept einer «Akademie für den Dialog» entwickelt. Bei dieser Akademie handelt es sich nicht um eine konkrete Institution, sondern um Veranstaltungen in verschiedenen Umfeldern und zu verschiedenen thematischen Schwerpunkten, deren Ziel es ist, Akademiker und Aktivisten aus der Region zusammenzuführen und ein Forum für eine politische und intellektuelle Debatte zu schaffen. Somalische Aktivisten und Akademiker waren bei diesem Projekt von Anfang an dabei und sind es bis heute. Das Spektrum dieser Begegnungen hat sich im Laufe der Jahre und im Zuge vieler konkreter Diskussionen erweitert – vom «African court of women» (1999 in Addis Abeba) bis zu der Konferenz «In quest for a culture of peace in the Horn of Africa» (2006 in Nairobi), die sich mit wissenschaftlichen und populären Konstruktionen von Geschichte und Identität in der Region befasste und dadurch gemeinsame Entwicklungstendenzen in der Region zu identifizieren versuchte, anstatt sich auf die kontroversen Themen zu konzentrieren, denen normalerweise das Hauptaugenmerk gilt. Das Büro unterstützte auch einige somalische zivilgesellschaftliche Akteure bei der Vorbereitung auf und die Teilnahme an Global-Governance-Verhandlungsprozessen wie etwa dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 und half so, Wissen zu verbreiten, zumindest eine gewisse Verbindung zwischen Somalia und den internationalen Prozessen herzustellen und in einer Situation somalische Standpunkte zu Gehör zu bringen, in der staatliche Institutionen in Somalia dazu praktisch nicht in der Lage waren.

Die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung in Somalia

Eine Weile förderte die Heinrich-Böll-Stiftung die Frauenvereinigung von Dikhil in Dschibuti, das ebenfalls Teil der Somali sprechenden Welt ist. Mit der Unterstützung

von Projekten in Somalia selbst begann die Heinrich-Böll-Stiftung Ende der 1990er Jahre in Somaliland. Dieses Gebiet hatte hinsichtlich der Befriedung, Entwaffnung und Schaffung grundlegender demokratischer Institutionen zu diesem Zeitpunkt beachtliche Fortschritte gemacht und dabei statt auf externe Unterstützung vorwiegend auf örtliche Ressourcen (materieller wie kultureller Art) zurückgegriffen.[2] Die Förderung der Heinrich-Böll-Stiftung konzentrierte sich auf zwei Bereiche.

Zum einen erhielt das im Entstehen begriffene Ministerium für ländliche Entwicklung und Umwelt bis 2005 direkte institutionelle Förderung (für Personal, Ausstattung und Aktivitäten). Junge Regierungsinstitutionen in einem staatsähnlichen Gebilde finanziell zu unterstützen schien der geeignete Weg, um ihre Kapazitäten zu stärken – und um Brücken zwischen den staatlichen Institutionen und örtlichen Nichtregierungsorganisationen zu schlagen, da diese zusammenarbeiten mussten, um politische Strategien zu entwickeln. Zum anderen wirkte die Heinrich-Böll-Stiftung auf der Nichtregierungsebene an der Gründung der NAGAAD mit, einer Dachorganisation von 32 Frauenverbänden und anderen Nichtregierungsorganisationen in Somaliland. Seit 1999 hat die Stiftung entscheidende Beiträge zur organisatorischen Infrastruktur der NAGAAD geleistet. Mit einem Informations- und Begegnungszentrum für Frauen vom Land als erstem Projekt hat sich die NAGAAD im Laufe der Jahre zur wichtigsten Frauenorganisation in Somaliland entwickelt. Seit 2002 organisiert die NAGAAD öffentliche Foren zum Thema Gender und hat so die Frauenrechte (und ganz allgemein die Gender-Thematik) stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt. Außerdem leistet die NAGAAD in Fragen der Geschlechtergerechtigkeit Beiträge zu politischen Entscheidungsprozessen, unterstützt Frauen bei der Kandidatur für politische Ämter und arbeitet ganz grundsätzlich darauf hin, den Anteil der Frauen in Regierungsinstitutionen zu erhöhen.

Seit 2003 engagiert sich die Heinrich-Böll-Stiftung in Somaliland auch noch in einem anderen, für sie zentralen Bereich, nämlich dem des Umweltschutzes und der Energiefrage. Zum Teil auf das Netzwerk ihrer Partnerorganisationen zurückgreifend, hat die NAGAAD eine Reihe von Nachbarschaftskomitees in Hargeisa organisiert, die sich dem örtlichen Umweltschutz verschrieben haben (Abfallwirtschaft etc.). In den meisten dieser Komitees haben von Anfang an Frauen eine wichtige Rolle gespielt, und das ist bis heute nicht anders.

Des Weiteren nimmt sich die Heinrich-Böll-Stiftung mit ihrer Unterstützung der NAGAAD-Mitgliedsorganisationen Candlelight for Health and Education (CLEH)

2 Der interne Bericht des Regionalbüros führte die Stabilisierung in Somaliland nicht nur auf eine (im Vergleich zum übrigen Somalia) positivere landwirtschaftliche Entwicklung, sondern bemerkenswerterweise auch auf die Tatsache zurück, dass sich die Hilfsorganisationen 1992 aus der Gegend zurückgezogen hatten, nachdem 1991 Klanmilizen im großen Stil Hilfsgüter geraubt hatten. Mit diesem Rückzug, so der Bericht, sei auch eine der Hauptressourcen abgezogen worden, um die die Milizen immer wieder kämpften. Das Büro erkannte den politischen Willen verschiedener Klanführer an, friedliche Beziehungen wiederherzustellen, indem sie sie von der Basis her aufbauten; ebenso anerkannte es, dass die Konferenz von Boroma 1997, eine wichtige Friedensinitiative in Somaliland, größtenteils ohne externe Unterstützung durchgeführt worden war und dass die staatlichen Institutionen komplett neu aufgebaut werden mussten. Im Jahr 1997 stellte sich die Lage in Somaliland bereits sehr viel besser dar als in Süd-Somalia, wo nur die Privatwirtschaft sowie zivilgesellschaftliche Organisationen soziale Dienste bereitstellten und so die praktisch nicht existenten staatlichen Strukturen ersetzten.

und Agricultural Development Organisation eines der Hauptumweltprobleme von Somaliland an, nämlich dessen lokaler Form der Energiekrise: Die massive Produktion von Holzkohle sowohl für den Eigengebrauch (in Ermangelung echter Alternativen) als auch für den Export auf die Arabische Halbinsel führt zur rapiden Reduzierung des ohnehin knappen Baumbestandes. Die Partnerorganisationen der Heinrich-Böll-Stiftung betreiben Bewusstseinsbildung, zum Beispiel in Schulen, und geben Newsletters heraus, sie führen kleine Wiederaufforstungsprojekte durch und werben für den Gebrauch energieeffizienter Herde. In jüngerer Zeit wurden erste Schritte unternommen, um die Anstrengungen auf diesem Gebiet mit denen anderer Akteure (besonders der Adventist Development and Relief Agency, ADRA) zu koordinieren und so auf die systematische Implementierung einer Energiepolitik für Somaliland hinzuarbeiten.

Zwar hat Somaliland relativ schwache staatliche Institutionen, doch die sozio-politische Lage ist im Großen und Ganzen friedlich und stabil. Unter diesen Bedingungen konnte die Stiftung einen Schwerpunkt auf die «klassische» Unterstützung der Arbeit lokaler NGOs legen, was sowohl die Förderung konkreter Projekte als auch die Stärkung organisatorischer Kapazitäten beinhaltete. Dieser Ansatz wurde von einer Reihe von Aktivitäten flankiert, die bestimmte Ministerien in ihrer Fähigkeit zur Formulierung und Umsetzung politischer Maßnahmen stärken sollten. Wie überall sind auch in Somaliland die Beziehungen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren nicht immer unproblematisch gewesen, da um Status und den Zugang zu Ressourcen konkurriert wird. Dennoch besteht kein Zweifel, dass dieser Ansatz sinnvoll ist, und wir werden ihn weiter verfolgen.

In Südsomalia hingegen war es wegen der mangelnden Sicherheit, der über lange Zeit praktisch nicht existierenden Regierungsinstitutionen und der extremen Unbeständigkeit der allgemeinen politischen Lage nicht möglich, den «klassischen» Ansatz zu verfolgen. Hier konzentrierte sich die Heinrich-Böll-Stiftung in ihrem Engagement stattdessen auf die Verhandlungsprozesse, in denen es um eine neue politische Ordnung und die Entwicklung politischer Aufgabenstellungen für die Übergangsinstitutionen ging.

Die Heinrich-Böll-Stiftung pflegt schon seit Ende der 1990er Jahre Kontakte zu zivilgesellschaftlichen Aktivisten und Intellektuellen aus Südsomalia. Doch die unter der Schirmherrschaft der IGAD im Oktober 2002 eingeläutete neue Verhandlungsrunde zur Bildung eines Übergangsparlaments und einer Übergangsregierung eröffnete neue Möglichkeiten für ein intensiveres Engagement. Die Stiftung verfolgte vor allem zwei Ziele: Die Stärkung der Rolle der Frauen in den Verhandlungen und den damit verbundenen politischen Prozessen sowie die Erarbeitung politischer Perspektiven und Grundsatzdokumente für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Somalias nach dem Ende des Konflikts. (Für ihre Arbeit in diesen beiden Bereichen sowie für die Zusammenarbeit mit der NAGAAD in Somaliland konnte die Heinrich-Böll-Stiftung 2006 zusätzliche Mittel von der EU einwerben).

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt schon seit geraumer Zeit somalische Aktivistinnen, die sich für ein größeres Mitsprachrecht der Frauen bei den laufenden Verhandlungen einsetzen. Im Mittelpunkt steht dabei die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von Save Somali Women and Children (SSWC) unter deren kämpferischen Vorsitzenden Asha Hagi Elmi. Während der achtzehnmonatigen Friedenskonferenz in Kenia spielten zivilgesellschaftliche Organisationen eine

wichtigere Rolle als bei allen vorangegangenen Konferenzen, auf denen nach einem Ausweg aus der somalischen Sackgasse gesucht wurde. Es wurde systematisch die Forderung nach einer stärker formalisierten Rolle der Frauen erhoben, was schließlich in der bemerkenswerten (wenn auch in erster Linie symbolischen) Neudefinition der Frauen als dem sechsten Klan gipfelte – verbunden mit der Forderung nach einer klar definierten und gestärkten formellen Vertretung innerhalb des klan-basierten Systems und Diskurses der somalischen Politik.

Letztlich einigte man sich auf eine 12%-Quote für Frauen im Übergangsparlament; allerdings waren unter den 275 Parlamentariern, die auf Basis des Klansystems ernannt wurden, tatsächlich dann nur 24 Frauen, also ganze 7%.[3] Parallel zur politischen Arbeit auf der nationalen Ebene betrieb SSWC Interessenvertretung und Bewussteinsbildung vor Ort – zum Beispiel zur Frage der Frauenrechte in der islamischen Scharia –, indem sie in Mogadischu Gender-Foren organisierte. Als kleine Lobbygruppe von Frauenrechtlerinnen, die sich in das politische Tagesgeschehen einmischten, bildete SSWC auch den Kern des Women's Political Caucus, eines frauenpolitischen Interessenverbandes. Nachdem die Union der Islamischen Gerichtshöfe (ICU) in Mogadischu die Kontrolle übernommen hatte, verhandelte SSWC im November 2006 sogar mit moderaten Vertretern der Islamischen Gerichte über Mittel und Wege zur Verbesserung der Frauenrechte und der weiblichen Partizipation am öffentlichen Leben unter islamischem Recht.

Die zweite Schiene im Engagement der Heinrich-Böll-Stiftung war die Unterstützung somalischer Intellektueller, die über Gegenwart und Zukunft ihres Landes diskutierten und Analysen und Szenarios für die Entwicklung bestimmter Sektoren in der Konfliktfolgezeit erstellten. Auf der Basis früherer Netzwerke somalischer Gelehrter, die an dem regional initiierten Friedensdialog 2002-2004 teilgenommen hatten, wurde 2004 das National Civic Forum (NCF) gegründet. Das NCF ist ein Netzwerk von angesehenen somalischen Intellektuellen und zivilgesellschaftlichen Aktivisten in Somalia, der ostafrikanischen Region und der ferneren Diaspora. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat das NCF in Mogadischu beim Aufbau einer grundlegenden Infrastruktur zur Durchführung zivilgesellschaftlicher Bildungsprogramme unterstützt; außerdem die Vernetzungsaktivitäten des NCF, darunter die Veranstaltung einer jährlichen Konferenz in Nairobi seit 2004. Das NCF hat den Intellektuellen eine gemeinsame, starke Stimme innerhalb der somalischen Politik verliehen, die sonst vornehmlich von Machtpolitik, Kriegsherrentum und Gewalt gekennzeichnet ist.

Die äthiopische Intervention in Südsomalia im Dezember 2006 hat die zahlreichen vielversprechenden Ansatzpunkte für einen Versöhnungs-, Wiederaufbau- und Staatsbildungsprozess, die sich aus den Verhandlungsprozessen seit 2002 ergeben hatten, über den Haufen geworfen. Durch die Intervention sind nicht nur viele Szenarios für die Konfliktfolgezeit – zumindest vorerst – obsolet geworden, sondern es haben sich auch die Fronten zwischen den Unterstützern der Übergangsregierung (Transitional Federal Government, TFG) und ihren Gegnern verhärtet. Im Zuge heftiger Gefechte zwischen der äthiopischen Armee und den Aufständischen in Mogadischu wurden Hunderttausende Einwohner aus der Stadt vertrieben. In diesem von Spannungen

3 Bei einer früheren Verhandlungsrunde im Jahr 2000 in Arta (Dschibuti) hatte man sich sogar auf eine Frauenquote von 25% geeinigt, die jedoch nie in die Realität umgesetzt wurde.

und offener Gewalt geprägten Klima konnte die Versöhnungskonferenz, die Mitte 2007 von der Übergangsregierung einberufen wurde, nur wenig bewirken. Der Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft – nicht zuletzt für die Medien, die mit Verboten durch die Übergangsregierung und sogar mit Mordanschlägen konfrontiert sind – ist kleiner statt größer geworden.

Das zivilgesellschaftliche Engagement in Mogadischu wurde 2007 selbst unter diesen Bedingungen fortgesetzt – aber mit großen Einschränkungen und Unterbrechungen. SSWC zum Beispiel veranstaltete weiterhin öffentliche Foren, in denen die Organisation die Versöhnungskonferenz und die «Gegenkonferenz» der von Asmara aus agierenden Oppositionsgruppen kritisch begleitete und die Stimme der Frauen in diesen Prozessen weiter zu stärken versuchte. Auch setzte sie sich bei den Institutionen der Übergangsregierung für die Vertriebenen ein. Das NCF konnte öffentliche Foren zu Entwicklungsfragen durchführen und veröffentlichte immer wieder kritische Pressenotizen. Aktivitäten in einem größeren Rahmen allerdings waren nicht möglich. Entgegen den noch 2006 vorherrschenden optimistischen Erwartungen konnte die jährliche NCF-Konferenz im Dezember 2007 nicht in Somalia selbst, sondern nur in Dschibuti durchgeführt werden. Während die Konferenz Einzelnen und Gruppen, die sich sonst nur selten treffen, ein willkommenes Diskussionsforum bot, zeigte sie zugleich auch, wie schwierig es ist, angesichts der tiefen politischen Kluft zwischen der Übergangsregierung und der Opposition, die vor allem eine Folge der äthiopischen Militärpräsenz in Somalia ist, zukunftsweisende Perspektiven für das Land zu entwickeln.

Zur Zeit versucht die Heinrich-Böll-Stiftung mit ihrer Projektarbeit in Somalia hauptsächlich, dafür zu sorgen, dass die zivilgesellschaftlichen Stimmen – vor allem die Stimme der Frauen – unter den sehr schwierigen Bedingungen nicht verstummen. Stimmen aus der Zivilgesellschaft haben ein besonderes Potential, die Gräben tief verwurzelter politischer Feindschaften zu überwinden – wobei dieses Potential in eskalierten Konfliktsituationen nicht immer so leicht zu realisieren ist, wie man es sich wünschen würde, da sich die Differenzen innerhalb der Gesellschaft auch unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren widerspiegeln. Nichtsdestoweniger werden Bemühungen um Vernetzung, Vertrauensbildung und Versöhnung «unterhalb» der offiziellen Ebene von den zivilgesellschaftlichen Akteuren Somalias sehr wohl unterstützt. Eine Reihe von Treffen in den ersten drei Monaten des Jahres 2008 und die parallel dazu stattfindenden politischen Annäherungsversuche des neuen Premierministers der Übergangsregierung, Nur Hassan Hussein, gegenüber der Opposition gaben Anlass zu (vorsichtiger) Hoffnung, auch wenn sich die radikalsten Segmente der bewaffneten Opposition weiterhin jeglichen Vermittlungsversuchen verschließen, solange die äthiopische Militärpräsenz anhält. Die Unterstützung solcher Versöhnungsbemühungen und die tatkräftige Mitwirkung bei den spezifischen Aufgaben der politischen Übergangszeit (Volkszählung, Wählerregistrierung etc. in Vorbereitung auf die Neuwahlen im Jahr 2009) sind auch Anfang 2008 noch die vielversprechendsten Handlungsoptionen für zivilgesellschaftliche Aktivisten in Somalia. Die Alternative wären endlose und womöglich immer gewalttätigere Konfrontationen.

Ganz anders als in Südsomalia unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung in Somaliland Nichtregierungsorganisationen in den Bereichen Geschlechtergleichstellung, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung weiterhin in ähnlicher Weise wie in den anderen afrikanischen Ländern. Natürlich verfügen die lokalen Organisa-

tionen in Somaliland oft über geringere Fähigkeiten als andere afrikanische Länder, geberfinanzierte Projekte zu realisieren, aber da die Lage in Somaliland insgesamt friedlich ist, kann die Stiftung systematisch am Aufbau solcher Fähigkeiten arbeiten, indem sie eigene Leute zu Fortbildungsprogrammen bei Partnerorganisationen nach Hargeisa schickt, und manchmal können an diesen Fortbildungen auch Mitglieder von Partnerorganisationen aus Südsomalia teilnehmen.

Dennoch bleiben verschiedene Fragen und Herausforderungen bestehen. Da wäre zum einen das Problem einer allein auf Nichtregierungsorganisationen abzielenden Förderung in einem entstehenden (oder neu entstandenen) Staat, dessen noch schwache Institutionen eigentlich dringend gestärkt werden müssten. Zur Zeit unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung keine Regierungsinstitutionen in Somaliland, was sie einige Jahre lang durchaus getan, dann aber aus Gründen der Ineffizienz und mangelnden Transparenz eingestellt hat. Natürlich bleiben Kontakte und Verhandlungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen einerseits und staatlichen Akteuren und Institutionen andererseits bei der Entwicklung bestimmter sektoraler Politiken (etwa zum Thema Gender oder Umweltschutz) ein wichtiger Aspekt des derzeitigen Engagements der Stiftung. Doch das Grundproblem des Ungleichgewichts zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren bleibt bestehen, und eine Lösung scheint so lange nicht in Sicht, wie große internationale Geber Probleme haben, selbst im friedlichen, international jedoch nicht anerkannten Somaliland staatlichen Institutionen substanzielle institutionelle Unterstützung zu gewähren.

Eine zweite wichtige Herausforderung liegt in der Struktur der somalischen Zivilgesellschaft, ihrer Vielfalt, ihrer Abhängigkeit von Fördergeldern aus dem Ausland und der ausgeprägten internen Konkurrenz – einer Konkurrenz, die manchmal auch mit den grundsätzlichen politischen Rivalitäten verbunden ist. Aus der Top-down-Perspektive scheint es sich um ein Problem der Geberkoordination in einem großen, von starkem Wettbewerb geprägten Markt für externe Fördergelder zu handeln. Die Vielfalt der Organisationen und Herangehensweisen hat natürlich zahlreiche gute und innovative Ansätze und Projektideen hervorgebracht. Zugleich jedoch sehen sich die Heinrich-Böll-Stiftung und andere Organisationen, die eine wichtige Mittlerrolle einnehmen, indem sie die Gelder der großen Geber (wie etwas der Europäischen Kommission) kanalisieren, manchmal mit einer schwindelerregenden Menge von Aktivitäten, Projektvorschlägen und Ideen konfrontiert, die nicht nur verwirrend ist, sondern auch immer wieder mit mangelnder Information, Projektüberschneidungen und unwirtschaftlicher Konkurrenz einhergeht.

Eine dritte Herausforderung – vor allem aber Chance – ist der Ausbau von Vernetzung und Zusammenarbeit der somalischen zivilgesellschaftlichen Gruppen über die Grenzen der drei quasistaatlichen Gebilde hinaus, die derzeit in Somalia existieren. Es ist absehbar, dass sich mit fortschreitender Zeit und zunehmend unterschiedlich verlaufenden politischen Entwicklungen die zivilgesellschaftlichen Organisationen in den drei Gebilden noch weiter auseinanderentwickeln werden. Egal wie sie (oder die Heinrich-Böll-Stiftung) zu Somalilands Forderung nach Unabhängigkeit stehen, eines steht fest: Es gibt zahlreiche Themen und Bereiche, zu denen zivilgesellschaftliche Organisationen aus Somalia zusammenarbeiten, einen Dialog führen und voneinander lernen können, denn viele Probleme sind und bleiben ähnlich. Eine solche Zusammenarbeit wirkt vertrauensbildend und schafft somit eine Basis

für eine friedliche Lösung, was Staatlichkeit, Unabhängigkeit und Föderalismus in Somalia betrifft. Die Heinrich-Böll-Stiftung hofft, diese Art der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den zivilgesellschaftlichen Akteuren Somalias weiter stärken zu können.

Literatur

Bildhaan. An International Journal of Somali Studies, Sonderausgabe, Vol. 7, 2007.

Europäische Union, Delegation der Europäischen Kommission in der Republik Kenia (n.d.): EU & Somalia. EU Co-operation. Past and Ongoing Co-operation, http://www.delken.ec.europa.eu/en/information.asp?MenuID=3&SubMenuID=14

Heinrich-Böll-Stiftung (2006): In Quest for a Culture of Peace in the IGAD Region: The Role of Intellectuals and Scholars. Nairobi: Heinrich-Böll-Stiftung.

ANHANG

Die Geschichte Somalias in Stichworten

Frühzeit

3. Jahrtausend v. Chr.	Import von Myrrhe und Weihrauch nach Ägypten aus einem Land namens «Punt», an der heutigen somalischen Küste gelegen
1. Jahrtausend v. Chr.	Einwanderung von Bantuvölkern nach Ostafrika

Bis zur Kolonialzeit

1. Jh.	Einwanderung von Nomaden aus dem heutigen Nordkenia in den Nordosten des Horn von Afrika; Entstehung einzelner Marktorte an der Küste in den kommenden Jahrhunderten
Frühes 7. Jh., ca. ab 615	Ausbreitung des Islam am Horn von Afrika, ausgehend von Zentren an der Küste, die von arabischen und persischen Händlern ausgebaut werden
Etwa 900	Gründung von Mogadischu durch arabische und persische Händler
11.-13. Jh.	Ausbreitung des Islam im Landesinneren des Horn von Afrika
Ab Mitte 16. Jh.	Zurückdrängung des Islam aus dem Landesinneren; jesuitische Missionsversuche in Äthiopien
Ab 1670	Osmanische Herrschaft über die Küstenkolonie Zeila und Teile des heutigen Nordwestsomalia
Ab Mitte 18. Jh.	Britische Dominanz über den Indischen Ozean
1. Hälfte 19. Jh.	Verträge über Hafenrechte zwischen der British East India Company und somalischen Gemeinschaften
1862	Französische Eroberung von Obock

1877	Gründung von Dschibuti
1889	Eritrea italienische Kolonie Krönung von Menelik II. zum Kaiser Äthiopiens
1895-96	Erster äthiopisch-italienischer Krieg; äthiopischer Sieg bei Adua 1896
Ab 1896	Kolonie «Französische Somaliküste» (Hauptstadt Dschibuti)
Ab Ende 19. Jh.	Kolonisierung der somalischen Gebiete am Horn von Afrika durch Italien (Italienisch-Somalia), Frankreich (Dschibuti) und Großbritannien (Britisch-Somaliland)
1899-1920	Antikolonialer Widerstand der Somalier unter Mohammed Abdullah Hassan, Niederschlagung der Bewegung durch Großbritannien
1935-36	Zweiter äthiopisch-italienischer Krieg, Besetzung Äthiopiens durch italienische Truppen und Exil des Kaisers Haile Selassie in London
1941	Rückeroberung Äthiopiens durch britische Armee; Ende der italienischen Herrschaft in Äthiopien und britische Verwaltung in ganz Somalia

Vom Kalten Krieg zum Bürgerkrieg

1949	UN stellen Südsomalia zur Vorbereitung der Unabhängigkeit wieder unter italienische Verwaltung
1951	Arabisch wird offizielle Sprache Somalias
1953	Militärabkommen zwischen Äthiopien und den USA
1960	Unabhängige Republik Somalia und Vereinigung der vormaligen Teilgebiete Britisch- und Italienisch-Somaliland Bis 1969 semi-demokratische Phase in Somalia
1963	Militärabkommen zwischen Somalia und der Sowjetunion
1969	Unblutiger Militärputsch und Beginn der Herrschaft von Mohammed Siad Barre

1974	Beitritt Somalias zur Arabischen Liga; weiteres Kooperationsabkommen mit der Sowjetunion Sturz des äthiopischen Kaisers Haile Selassie durch den «Derg»
1977	Militärherrschaft unter Mengistu Haile Mariam in Äthiopien; «roter Terror» und Bruch mit den USA
1977-78	Ogaden-Krieg: Einmarsch Somalias in die äthiopische Ost-Region Ogaden; nach anfänglichen somalischen Erfolgen Intervention der Sowjetunion und Kubas zugunsten Äthiopiens; Kündigung des Militärabkommens mit der Sowjetunion durch Barre; Ankündigung des Rückzugs Somalias aus dem Ogaden im März 1978
1978	Militärabkommen zwischen Äthiopien und der Sowjetunion; kurz darauf vorsichtige Annäherung zwischen Somalia und den USA («Reversal of Alliances»)
Ab Anfang 1980	Rapide Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Somalia; wachsender bewaffneter Widerstand gegen das geschwächte Regime Barres
1988	Auf Druck der Supermächte Friedensabkommen zwischen Somalia und Äthiopien, daraufhin offener Ausbruch des Bürgerkriegs in Nordwestsomalia, bis 1990 Ausweitung auf ganz Somalia
1991	Sturz und Flucht Siad Barres; weitgehender Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung in Südsomalia, v.a. in Mogadischu Ausrufung der unabhängigen Republik Somaliland (20. Mai) Sturz des Mengistu-Regimes in Äthiopien; Unabhängigkeit Eritreas
Ab 1992	US-geführte Missionen UNOSOM I, UNITAF und UNOSOM II zur humanitären Hilfe und Wiederherstellung stabiler Verhältnisse in Somalia
März 1993	Beginn von UNOSOM II, der ersten Peacekeeping-Operation der 3. Generation nach Kapitel VII der UN-Charta
3.-4. Oktober 1993	«Schlacht von Mogadischu»: bei einer verunglückten Festnahmeaktion kommen 18 US-amerikanische Soldaten ums Leben; daraufhin Strategiewechsel der USA, bis März 1994 Abzug westlicher Truppen aus Somalia und «Re-Somalisierung» des Bürgerkriegs

März 1995	Offizielles Ende von UNOSOM II
1996	Gründung der Regionalorganisation Intergovernmental Authority on Development (IGAD)

Ab der Jahrtausendwende

1998	Ausrufung der autonomen Region Puntland unter Abdullahi Yusuf
1998-2000	Grenzkrieg zwischen Äthiopien und Eritrea
2000	«Somalia National Peace Conference» in Arta (Dschibuti) zur Bildung einer somalischen Übergangsregierung; Etablierung der Übergangsregierung Transitional National Government (TNG) unter Präsident Abdiqassim Salad Hassan, die in ihrer vierjährigen Amtszeit nur wenig Akzeptanz erreichen kann
2002-2004	Versöhnungskonferenz in Eldoret (Kenia), Besetzung des Transitional Federal Parliament (TFP) nach Klanproporz; Wahl von Abdullahi Yusuf (Führer der autonomen Region Puntland) zum neuen Präsidenten Somalias (November 2004)
Ab 2004	Vereinigung mehrerer islamischer Gerichtshöfe in Mogadischu unter dem Dach des Supreme Council of Sharia Courts in Somalia, auch als Islamic Courts Union (ICU) bekannt, unter Sheikh Hassan Dahir Aweys und Sheikh Sharif Ahmed
2006	Übersiedlung des Transitional Federal Government (TFG) und des Parlaments nach Somalia, allerdings aus Sicherheitsgründen mit Sitz in Baidoa, etwa 250 km von Mogadischu entfernt
Februar 2006	Gründung der Alliance for the Restoration of Peace and Counter-Terrorism (ARPCT) in Mogadischu durch somalische Kriegsherren und Geschäftsleute auf Druck der CIA; unmittelbar darauf Ausbruch heftiger Kämpfe mit Milizen der islamischen Gerichtshöfe
Juni 2006	Niederlage und Flucht der ARPCT aus Mogadischu
Ab Mitte 2006	Vorrücken der ICU-Milizen in weite Teile Südsomalias; Einsickern äthiopischer Truppen nach Somalia

24. Dezember 2006	Offizielle Kriegserklärung des äthiopischen Premiers Meles Zenawi an die Islamischen Gerichtshöfe
Ende Dezember 2006 – Januar 2007	Einmarsch und schnelles Vorrücken äthiopischer Truppen mit US-Unterstützung; kampflose Einnahme von Mogadischu; Niederlage der ICU-Milizen in Süd-Somalia
2007	Autorisierung der African Union Mission to Somalia (AMISOM) durch den UN-Sicherheitsrat; Entsendung von ca. 1.500 Soldaten aus Uganda im März sowie von ca. 200 Soldaten aus Burundi im Dezember 2007
September 2007	Gründung der oppositionellen Alliance for the (Re-)Liberation of Somalia in Asmara (Eritrea) u.a. durch Sheikh Aweys, Sheikh Ahmed, den früheren TFG-Parlamentssprecher Sheikh Aden sowie den früheren stellvertretenden TFG-Premierminister Hussein Farrah
Seit 2007	Präsenz äthiopischer Truppen in Somalia in unbekannter Stärke; immer wieder Kampfhandlungen zwischen äthiopischen Kräften bzw. Regierungstruppen und Aufständischen, v.a. im Raum Mogadischu; dabei nach unterschiedlichen Schätzungen bisher 5-10.000 Tote und 1,5-2 Millionen Flüchtlinge

Personen, Organisationen, Institutionen

Personen (Klan-Zugehörigkeit)

Abdullahi Yusuf Ahmed (Darod-Majertain)

Präsident des TFG und damit offizielles Staatsoberhaupt Somalias seit der Formierung des TFG Ende 2004; seine Amtszeit endet 2009. Nach Ausbildung in Italien und der Sowjetunion seit den 1960er Jahren Kommandant in der somalischen Armee, später beteiligt an Umsturzversuchen gegen Diktator Siad Barre (zunächst mit äthiopischer Unterstützung). Später vom Regime Mengistus inhaftiert und erst nach dessen Fall freigelassen; seither gute Verbindungen zum äthiopischen Premier Meles Zenawi. In den 1990er Jahren war Yusuf Führer der Somali Salvation Democratic Front und damit des Puntland, das er 1998 zur autonomen Region erklärte; dabei kam es mehrfach zu Auseinandersetzungen mit militanten Islamisten, u.a. mit Sheikh Aweys.

Sheikh Sharif Sheikh Ahmed (Hawiye-Abgaal)

Ab 2004 als Vorsitzender im engeren Führungszirkel des SCIC (ICU) in Mogadischu; galt im Gegensatz zu Sheikh Aweys allgemein als das moderatere «Gesicht» der ICU und möglicher Ansprechpartner für eine Verhandlungslösung. Nach dem Einmarsch Äthiopiens kurzzeitig in kenianischer Haft, danach im eritreischen Exil. 2007 Gründungsmitglied der ALS in Asmara.

Mohammed Farah Aidid (Hawiye-Habar Gedir)

Kriegsherr in Mogadischu; gilt seit dem 4. Oktober 1993 als Sieger über die US-Truppen, als seine Milizen im Straßenkampf 18 US-Soldaten töteten und die USA daraufhin ihren Rückzug veranlassten; starb 1996.

Sheikh Hassan Dahir Aweys (Hawiye-Habar Gedir)

Allgemein respektierter Colonel der somalischen Armee (u.a. im Ogaden-Krieg); zu Beginn der 1990er Jahre Milizenführer unter Mohammed Aidid; Verbindungen zur terrorverdächtigen Organisation al-Itihaad; beteiligt an erfolglosen Versuchen, lokale islamische Emirate in Somalia zu errichten. Ab Mitte/Ende der 1990er Jahre Aufbau einer Dachorganisation islamischer Gerichtshöfe in Mogadischu, von Beginn an Führungspersönlichkeit der ICU; Vertreter des radikaleren Flügels, mit angeblichen, von ihm allerdings bestrittenen Verbindungen zum Wahhabismus und zu al-Quaida. Seit 2007 in Eritrea, Gründungsmitglied der ALS.

Aden Hashi «Ayro» Protegé von Dahir Aweys, vermutlich auf dessen Eingreifen hin ausgebildet in afghanischen Trainingscamps. In den 1990er Jahren Verbindungen zur somalischen al-Itihaad. Nach Ernennung durch Aweys Führer der al-Shabaab, der Jugendmiliz der ICU.

Mohammed Siad Barre (Darod-Marehan) Geboren vermutlich 1919, ursprünglich Hirte ohne formelle Bildung, trat in die italienische Kolonialpolizei ein (1941-1960) und wurde in Italien militärisch ausgebildet. Nach der Unabhängigkeit 1960 Vizekommandant in der somalischen Armee, Aufstieg bis 1966 zum Generalmajor (und damit Oberbefehlshaber) der Armee; Anführer des unblutigen Coups 1969 und Diktator bis 1991. Führte die Ideologie des «Wissenschaftlichen Sozialismus» ein und stand im Kalten Krieg zunächst an der Seite der Sowjetunion. Regierte auf Klanbasis mit der sogenannten MOD-Koalition (Marehan – Ogadeni – Dhulbahante); vertrat eine agressiv-nationalistische Groß-Somalia-Politik; führte und verlor 1977/78 den Ogaden-Krieg gegen Äthiopien; verlor in den 1980er Jahren zunehmend die Kontrolle über das Land, bis er 1990 nur noch wenige Straßenzüge in der Hauptstadt kontrollierte. 1991 von Mohammed Farah Aidid aus der Stadt vertrieben, gestorben 1995 im nigerianischen Exil in Lagos.

Hussein Mohammed Farah; auch bekannt als: Hussein Mohammed Farah Aidid, oder «Aidid Junior» (Hawiye – Habar Gedir) Schillernder Kriegsherr aus Mogadischu, Sohn von Kriegsherr Aidid. In den USA als Marine-Soldat ausgebildet. Ab 1996 Anführer der Somali National Alliance, später Gründungsmitglied des SRRC und Gegner des TNG; 2004 Eintritt ins neue TFG, dort auf verschiedenen Ministerposten und als stellvertretender Premier tätig, Aidid begrüßte Ende 2006 den Einmarsch Äthiopiens. Im Mai 2007 als stellvertretender Premier entlassen, daraufhin in Eritrea Gründungsmitglied der ALS mit Sheikh Aweys.

Ali Mohammed Ghedi (Hawiye-Abgal) Premierminister des TFG unter Abdullahi Yusuf 2004-07, gemeinhin angesehen als Integrationsfigur zur Berücksichtigung von Hawiye-Klaninteressen; von Hause aus Veterinär sowie Gründungsmitglied und Präsident des somalischen NGO-Konsortiums, ohne auffälliges politisches Profil; Amtsverlust nach Meinungsverschiedenheiten mit Yusuf Ende 2007.

Abdiqasim Salad Hassan (Hawiye-Habar Gedir) Somalischer Übergangspräsident im dschibutischen Exil zur Zeit des TNG (2000-2004); entschiedener Gegner des neuen TFG; zeitweilig Innen- und Finanzminister unter Siad Barre.

Nur Hassan Hussein («Nur Adde») (Hawiye-Abgal)
Seit November 2007 Premierminister des TFG, gilt als gemäßigt und dialogbereit. In den 1950er Jahren Mitglied der italienischen Kolonialpolizei; studierte später Jura und absolvierte Lehrgänge an Polizeiakademien in Italien und den USA; unter Siad Barre stellvertretender Vorsitzender eines Gerichts zur Verfolgung von Finanzdelikten. Nach 1991 allgemein geachteter Vorsitzender des somalischen Roten Halbmonds.

Organisationen und Institutionen

Alliance for the Liberation of Somalia (ALS)
Oppositionsbewegung gegen das TFG, gegründet 2007 in Asmara (Eritrea), teilweise auch bekannt als Alliance for the Re-Liberation of Somalia (ARS). Umfasst ein breites Spektrum von Mitgliedern des Führungszirkels der ICU und sonstiger Gegner des TFG. Verbindendes Element ist – neben der Ablehnung des TFG und der feindseligen Haltung gegenüber Präsident Yusuf – die Forderung nach einem Abzug der äthiopischen Truppen aus Somalia.

al-Shabaab
Jugendmiliz der ICU, auch bekannt unter der Bezeichnung Hizbul Shahaab («Partei der Jugend»); geführt bis Ende 2006 vom militanten Aden Hashi Ayro, Angaben über ihre zahlenmäßige Stärke schwanken indes stark. Nach der militärischen Niederlage der ICU Anfang 2007 schlossen sich zahlreiche Mitglieder der al-Shahaab dem Guerilla-Aufstand gegen die äthiopische Präsenz im Lande an. Am 28. Februar 2008 vom US Department of State offiziell als terroristische Organisation eingestuft.

African Union Mission in Somalia (AMISOM)
Militärmission der Afrikanischen Union in Somalia; im Februar 2007 nach dem Einmarsch Äthiopiens durch den UN-Sicherheitsrat sanktioniert. Von den ursprünglich anvisierten 8.000 Soldaten befinden sich im April 2008 etwa 2000 im Land (aus Uganda und Burundi), die nur wenige strategische Gebiete in der Hauptstadt sichern konnten. AMISOMs Mandat lief ursprünglich Mitte bis Ende 2007 und wurde seither um 6 Monate verlängert.

Islamic Courts Union (ICU) bzw. Union of Islamic Courts (UIC)

Dachorganisation islamischer (Scharia-)/Gerichtshöfe v.a. in Mogadischu, teilweise werden auch die Begriffe Supreme Council of Islamic Courts (SCIC) und Supreme Islamic Courts Council (SICC) verwendet. Dabei bezieht sich SCIC und SICC zumeist eher auf die islamistische Führungsriege der Organisation, während der Begriff Islamic Courts häufig für die gesamte Bewegung verwendet wird. Die islamischen Gerichtshöfe haben eine lange Tradition im Land; sie etablierten sich jedoch verstärkt in den 1990er Jahren als lokale Alternativen gegen die allgemeine Rechtsunsicherheit. Die ICU als Dachorganisation wurde um die Jahrtausendwende gegründet (2000-2003 auch unter dem Namen Sharia Implementation Council bekannt) und maßgeblich beeinflusst von Sheikh Aweys, der als militant gilt. Das moderate Gesicht war Sheikh Sharif Sheikh Ahmed, der als Vorsitzender fungierte. Die Machtverteilung zwischen moderaten und militanten Kräften war immer wieder umstritten. Nach 2000 baute die Organisation auch eigene Milizen (u.a. die Jugendmiliz al-Shahaab) auf und entwickelte sich in den folgenden Jahren zu einem maßgeblichen politischen und paramilitärischen Faktor im Land. 2004 erfolgte die Neu-Gründung als Supreme Council of Islamic Courts (SCIC). Ab Februar 2006 blutige Zusammenstöße und schneller Sieg über Milizen der ARPCT; Übernahme Mogadischus im Juni 2006 und Vorrücken in weite Teile Südsomalias. Speziell von den USA und Äthiopien als islamistische Bedrohung wahrgenommen und gelegentlich als somalische Version der Taliban charakterisiert; im Gegensatz dazu betrachten viele Somalis das Interregnum der ICU rückblickend als kurze Zeit der Stabilisierung und relativen Sicherheit. Im Dezember 2006 Vorrücken auf den Regierungssitz des TFG, daraufhin Ende 2006 / Anfang 2007 von somalischen Regierungstruppen mit maßgeblicher Unterstützung Äthiopiens militärisch besiegt und vertrieben. Viele Anhänger und Milizionäre zerstreuten sich daraufhin und mischten sich unter die Bevölkerung, Mitglieder der Führungsriege sind teilweise untergetaucht, sind aber auch teilweise Gründer der ALS.

Somalia Reconciliation and Restoration Council (SRRC)

Politische Bewegung in Somalia 2001-2004, in Opposition zum TNG; maßgeblich ins Leben gerufen von Aidid Junior.

Transitional Federal Government (TFG)

Somalische Übergangsregierung unter Präsident Abdullahi Yusuf Ahmed, gebildet Ende 2004 als Ergebnis der erneuten somalischen Friedensverhandlungen in Eldoret (Kenia). Die Übergangsregierung fehlte es an Ressourcen und Legitimation. Sie tagte 2006 aus Sicherheitsgründen in Baidoa (nahe der äthiopischen Grenze), sah sich in der 2. Jahreshälfte zunehmend bedroht durch das Vorrücken der ICU-Milizen und wandte sich mit der Bitte um Hilfe an Äthiopien. Nach militärischem Sieg über die ICU 2007 erfolgte erstmals die Verlegung des TFG nach Mogadischu. Seither kann es sich dort v.a. durch die Unterstützung Äthiopiens halten. Die Amtszeit des TFG endet 2009; bis dahin sollen (der Übergangsverfassung zufolge) eine Volkszählung sowie allgemeine Wahlen stattfinden.

Transitional National Government (TNG)

Somalische Übergangsregierung unter Abdiqasim Salad Hassan, gebildet 2000 als Ergebnis der Friedensverhandlungen in Arta (Dschibuti). Das TNG tagte im Exil in Dschibuti und konnte nie das Vertrauen der somalischen Bevölkerung gewinnen. Es wurde 2004 durch das TFG abgelöst.

UNOSOM I und II / UNITAF

United Nations Operation in Somalia I (UNOSOM I) wurde im April 1992 als UN-Mission zur Unterstützung und Ermöglichung humanitärer Hilfe etabliert. UNOSOMs Aufgaben wurden im Dezember 1992 von der US-geführten Unified Task Force (UNITAF, auch bekannt als «Operation Restore Hope») übernommen, die erstmalig über ein sogenanntes robustes Mandat nach Kapitel VII der UN-Charta verfügte; ihre Aufgabe war die Sicherung humanitärer Hilfe «by all necessary means». UNITAF wurde im März 1993 abgelöst von UNOSOM II, die ebenfalls nach Kapitel VII operierte. Nach anfänglichen Sympathien stieß UNOSOM II zunehmend auf Widerstand von Seiten einzelner Kriegsherren sowie aus der Bevölkerung. Am 3./4. Oktober 1993 kam es bei einer verunglückten Festnahmeaktion in Mogadischu zu andauernden Kampfhandlungen zwischen US-Soldaten und somalischen Milizen (v.a. des Kriegsherren Aidid), bei denen 18 Amerikaner und vermutlich 500 bis 1.000 Somalier getötet wurden. Nachdem Bilder von zwei toten US-Soldaten um die Welt gegangen waren, beschloss US-Präsident Clinton noch am 4. Oktober 1993 den Abzug aus Somalia (bekannt als «CNN-Effekt»). Bis Ende März 1994 zogen die USA und mit ihnen praktisch alle westlichen Nationen ihre Soldaten ab. Die verbleibenden Truppen aus Ländern des Südens konnten den aufflammenden Milizenkämpfen wenig entgegensetzen und wurden bis März 1995 (offizielles Ende der UNOSOM II) ebenfalls abgezogen.

DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

Dirk Spilker (Jahrgang 1975) ist seit Januar 2007 als Head of Programmes im Regionalbüro Südliches Afrika der Heinrich-Böll-Stiftung in Kapstadt tätig. Davor war er seit 2002 im Afrikareferat der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin schwerpunktmäßig mit Projekten im Südlichen Afrika/Ostafrika sowie im Bereich der internationalen Demokratieförderung betraut und verbrachte zwischenzeitlich mehrere Kurzzeiteinsätze als Gastforscher am Institute for Public Policy Research in Windhuk, Namibia. Von 1996-2002 studierte er Medienwissenschaften an der Hochschule für Musik und Theater in Hannover und der University of Namibia. Während seines anschließenden Studiums der «Internationalen Beziehungen» an der Humboldt-Universität Berlin 2004-2006 beschäftigte er sich intensiv mit den politischen Entwicklungen am Horn von Afrika, vor allem in Äthiopien und Somalia.

Dr. Kenneth John Menkhaus ist Professor für Politische Wissenschaften am Davidson College in North Carolina (USA). Er erwarb seinen Ph.D. für International Studies an der Universität von South Carolina 1989. Sein regionales Spezialgebiet ist das Horn von Afrika; zu seinen besonderen Interessenfeldern gehören Staatsversagen, fortdauernde Konflikte, Wiederaufbau, humanitäre Intervention und der politische Islam. Von 1993-1994 war er besonderer politischer Berater bei der UN-Operation in Somalia und 1994-1995 Gastprofessor am Peacekeeping Institute des U. S. Army War College in Carlisle, Pennsylvania. Im Jahre 2002 erhielt er ein Forschungsstipendium des US Institute for Peace zur Erforschung des anhaltenden Konflikts am Horn von Afrika. Er arbeitet häufig als Berater für die US-Regierung, die Vereinten Nationen und NGOs und ist Autor etlicher Artikel, Aufsätze und Monographien über das Horn von Afrika.

Mohammed Hassan Ibrahim ist Forschungsleiter an der Academy for Peace and Development (APD) in Hargeisa/Somaliland. Er arbeitet seit 1998 bei der APD und hat umfassend über Regierungstätigkeit, Demokratisierung und Ökonomie in Somaliland publiziert. Einige seiner Veröffentlichungen sind erhältlich unter www.apd-somaliland.org

Ulf Terlinden ist Politikwissenschaftler mit dem Spezialgebiet Herrschaft und Konflikte in der Region Horn von Afrika. Er schreibt seine Dissertation über Herrschaft in Somaliland und wird dabei durch ein Stipendium der Heinrich-Böll-Stiftung gefördert. Vor kurzem hat er als Teil des Projekts über «Staatsversagen und lokale Herrschaft in Afghanistan und Somaliland» Feldforschung in Somaliland betrieben, finanziert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung. Seine Publikationen sind erhältlich unter www.ulf-terlinden.de

Jabril Ibrahim Abdulle ist Wissenschaftler, Mediator, Trainer und Consultant, spezialisiert auf Konfliktmanagement, Friedenssicherung und öffentlichen Dialog in Postkonfliktgesellschaften. 1995 wurde er von der Regierung von Ontario (Kanada) als Mitarbeiter der Ontario Trillium Foundation ernannt und erhielt 1999 den Canada Leadership Award. Er war als Berater für internationale, in Somalia arbeitende NGOs sowie für Entwicklungsorganisationen in Nairobi und New York tätig und hat Forschungsprojekte der Weltbank und UNDP koordiniert. Er ist Direktor des «Center for Research and Dialogue – Somalia» (CRD) in Mogadischu, einer unabhängigen gemeinnützigen Einrichtung, die den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Somalias fördert und dabei partizipative Forschungsmethoden einsetzt, um Dialogprozesse und Konsensbildung herbeizuführen und zur politischen Strategieentwicklung und zur Stärkung institutioneller Kapazitäten auf nationaler und lokaler Ebene beizutragen. Das Programm von CRD führt Akteure lokaler und internationaler Organisationen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Privatleute, Führer lokaler Gemeinschaften und internationale NGOs zusammen.

Shukria Dini ist somalische Feministin und Wissenschaftlerin und promoviert derzeit an der School of Women's Studies der York University in Toronto, Kanada. Ihre wissenschaftlichen Forschungen beschäftigen sich mit der Rolle von Frauenorganisationen bei der Friedenskonsolidierung und dem Wiederaufbau in Puntland und Somaliland. Auch sie wurde Opfer der Gewalt in ihrem Heimatland Somalia und musste flüchten. Sie beantragte in Kanada Asyl, wo sie seit 1993 lebt und arbeitet. Shukria Dini hat an der Universität von Winnipeg, Manitoba, Kanada, einen Bachelor-Abschluss in Politikwissenschaft erlangt sowie einen Master in International Development Studies an der Saint Mary's Universität von Halifax, Nova Scotia, Kanada. Ihre Magisterarbeit befasste sich mit den Auswirkungen der Vertreibung auf somalische Flüchtlingsfrauen in den Lagern nahe der Stadt Dadaab in Kenia. Ihre beruflichen Ziele umfassen Forschung und Lehre sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Hilfsorganisationen wie den Vereinten Nationen.

Dr. Axel Harneit-Sievers ist Historiker und Politikwissenschaftler mit Schwerpunkt Afrika. Er hat an der Universität Hannover, dem Zentrum Moderner Orient in Berlin und anderen akademischen Institutionen in Deutschland gearbeitet. Im Jahre 2002 ist er nach Nigeria gegangen, um in Lagos das Landesbüro der Heinrich-Böll-Stiftung aufzubauen. Er hat zahlreiche Bücher und Artikel veröffentlicht, zuletzt *Constructions of Belonging: Igbo Communities and the Nigerian State in the 20th Century* (University of Rochester Press, 2006). Seit Dezember 2006 leitet er das Regionalbüro für Ostafrika und das Horn von Afrika der Heinrich-Böll-Stiftung in Nairobi (Kenia).